

36

Beyrich, Kursachsen und die polnische Thronfolge.

Biblioteka Uniwersytecka
w Toroniu

31891

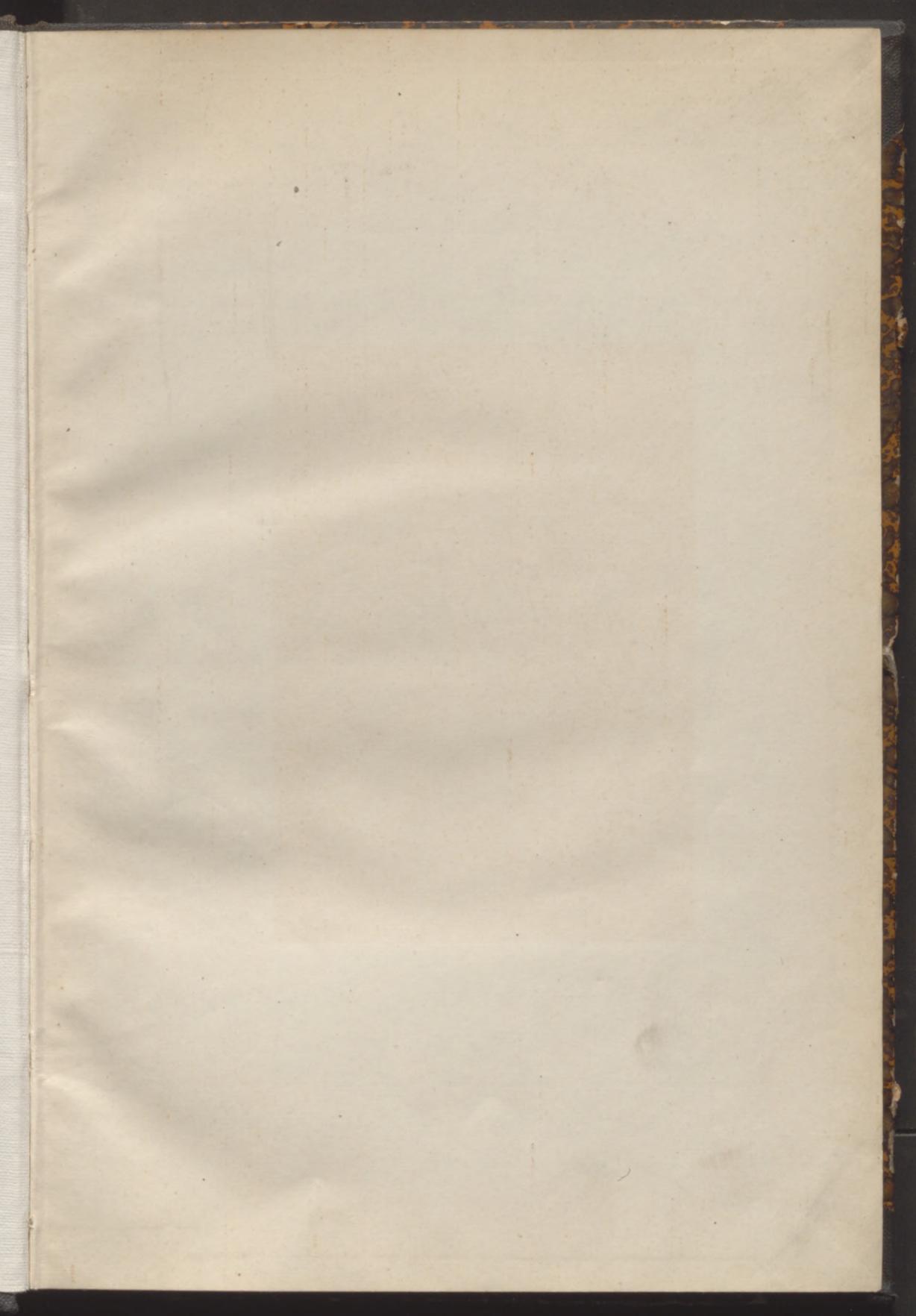
1
9

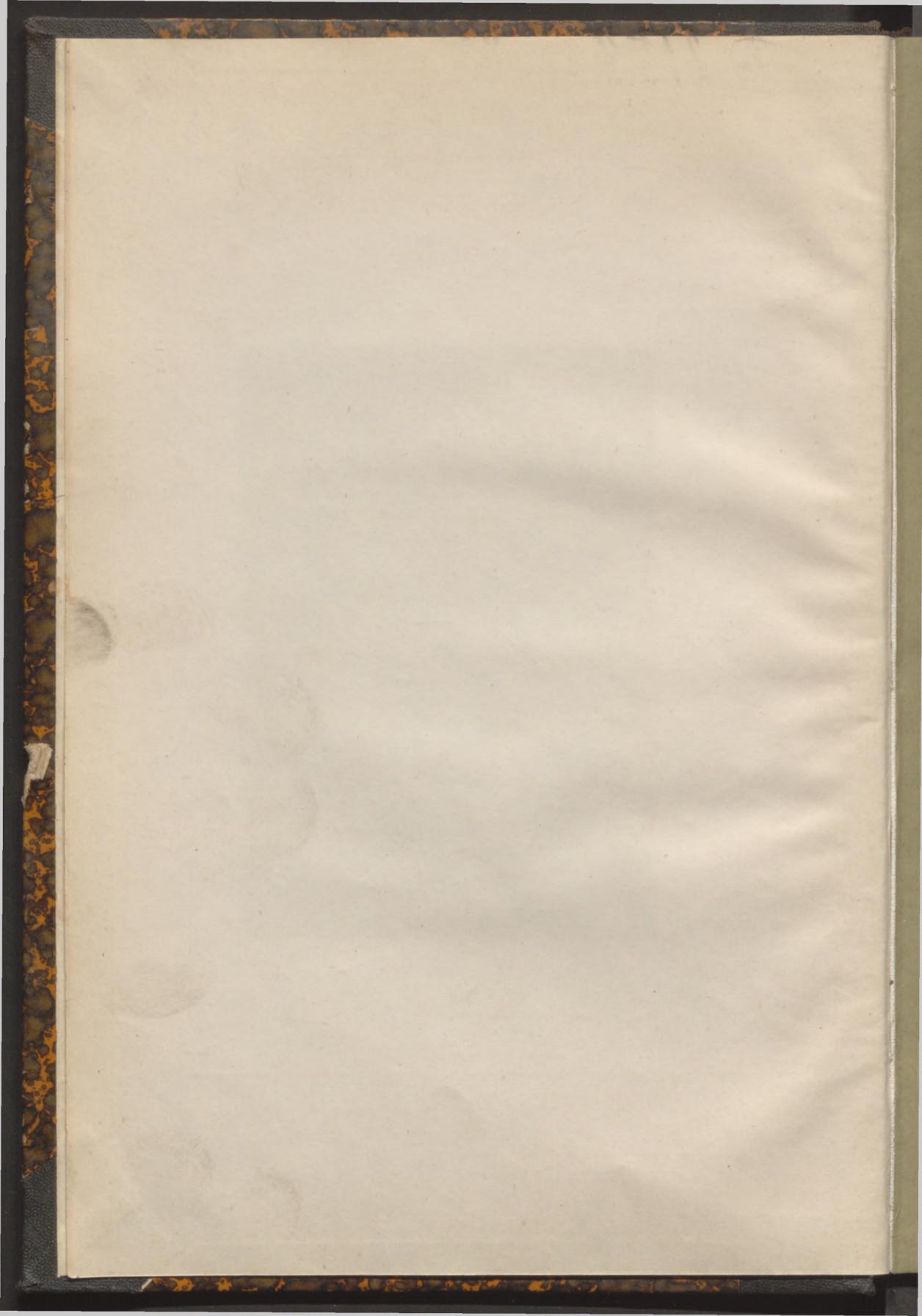
Od 2159 80
[36.]

Zur Beachtung!

- 1) Die Bücher sind zum Termin zurückzugeben oder es ist eine Verlängerung der Leihfrist zu beantragen.
- 2) Jedes entlehene Buch ist während der Leihzeit in einem Umschlage aufzubewahren und so auch der Bibliothek wieder zuzustellen.
- 3) Die Bücher sind in jeder Weise zu schonen. Das Anstreichen, Unterstreichen, Beschreiben und dgl. sind streng verboten. Zuwiderhandelnde können zum Ersatz des Buches verpflichtet werden. Auch werden ihnen in Zukunft andere Bücher nicht verabfolgt werden.
- 4) Beschädigungen und Defekte sind spätestens am Tage nach Empfang der Bücher zur Anzeige zu bringen.

Die Verwaltung.





00 2159 8 02 1/2 c
03

LEIPZIGER HISTORISCHE ABHANDLUNGEN

HERAUSGEGEBEN VON

E. BRANDENBURG · G. SEELIGER · U. WILCKEN

HEFT XXXVI

KURSACHSEN
UND DIE POLNISCHE THRONFOLGE
1733—1736

VON

RUDOLF BEYRICH

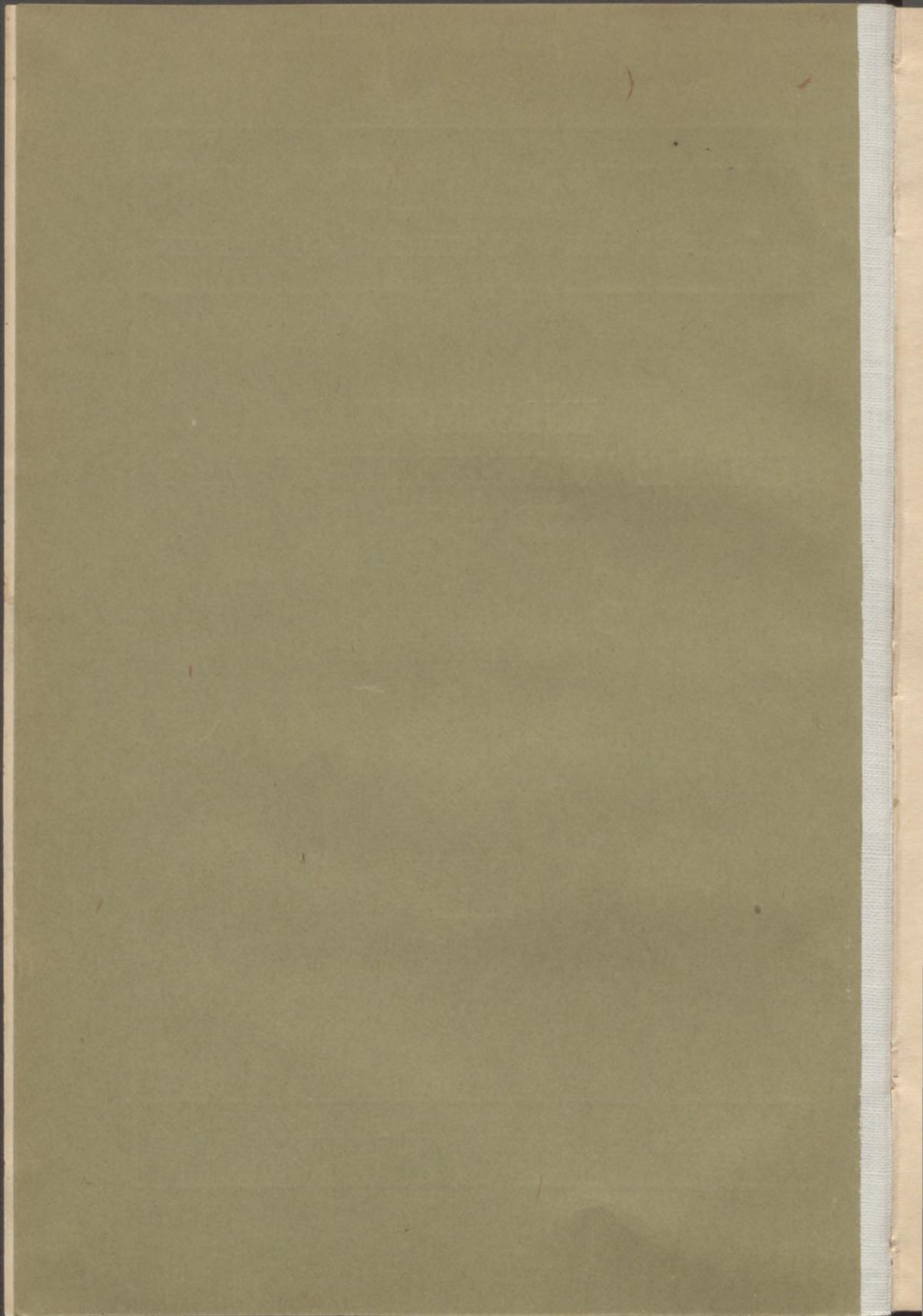
DR. PHIL.



10

VERLAG VON QUELLE & MEYER IN LEIPZIG

65



LEIPZIG

HISTORISCHE ABHANDLUNGEN

HERAUSGEGEBEN VON

M. BRANDBURG, G. FREYTAG, U. WILCKEN

HEFT XXVI



LEIPZIG
VERLAG VON BROSCH & CO.

LEIPZIGER
HISTORISCHE ABHANDLUNGEN

HERAUSGEGEBEN VON

E. BRANDENBURG G. SEELIGER U. WILCKEN

HEFT XXXVI

RUDOLF BEYRICH: KURSACHSEN UND DIE POLNISCHE THRONFOLGE 1733—1736



LEIPZIG
VERLAG VON QUELLE & MEYER
1913

KURSACHSEN
UND DIE POLNISCHE THRONFOLGE
1733 – 1736

VON

RUDOLF BEYRICH
DR. PHIL.



22
1914

LEIPZIG
VERLAG VON QUELLE & MEYER
1913

KURZGESCHICHTE
VON DER POLNISCHEM HERANWORTUNG
1733 - 1736

VON

RUDOLF BRUNNICH
DR. PHIL.



31891
II

ERSCHEINT GLEICHZEITIG ALS DISSERTATION LEIPZIG 1913

Vorwort.

Ursprünglich beabsichtigte ich — einer Anregung des Herrn Oberregierungsrates Dr. Lippert in Dresden folgend — nur das Verhalten der kursächsischen Politik zur Frage der polnischen Königswahl des Jahres 1733 auf Grund des im K. S. Hauptstaatsarchiv zu Dresden vorhandenen überaus reichhaltigen Materials zu untersuchen. Im Laufe der archivalischen Studien zeigte es sich, daß für das sächsische Kabinett bald die Stellung der beiden kaiserlichen Höfe zu Wien und Petersburg von ausschlaggebender Bedeutung ward. Von ihr hing eine erfolgreiche Bewerbung um die polnische Königskrone in erster Linie ab. Gegenüber den politischen Beziehungen Kursachsens zu Österreich und Rußland und in ihrem Gefolge auch gegenüber denen zu Preußen traten die zu Polen verhältnismäßig sehr in den Hintergrund. Ich entschloß mich daher, die ersteren in den Mittelpunkt meiner Arbeit zu stellen und bis zur völligen Befestigung des Kurfürsten auf Polens Thron zu verfolgen, auf die nähere Darstellung seiner Teilnahme an den polnischen Wirren und Kämpfen aber zu verzichten.

Die sächsische Politik mußte sich 1733 unter großen Opfern zu zwei Bündnissen — mit Kaiser Karl VI. sowohl als auch mit der russischen Kaiserin Anna — verstehen; sie waren der Preis für deren hilfreiches Eintreten in der polnischen Wahlangelegenheit. An Österreich und Rußland hatte aber damit Sachsen gleichzeitig den Hauptrückhalt seines ganzen politischen Systems gefunden, das bis zum Jahre 1740 bestand. Nachdem erst 1736 der polnische Königsthron für den Kurfürsten völlig gesichert war, wandte sich die Politik seiner Staatsmänner vornehmlich der bereits bisher nie außer acht gelassenen jülichischen und österreichischen Sukzessionsfrage zu. In der letzteren konnten jedoch unter dem Zwang der Verhältnisse vorläufige Schritte zu einer einstigen erfolgreichen Erhebung nie aufgebener Ansprüche nur unter Anwendung der größten Vorsicht und im tiefsten Geheimnis unternommen werden. Es sollte der sächsischen Politik schließlich gelingen, für dieses Ziel seitens der Zarin die Zusage künftiger Unterstützung zu erhalten, die sie in einem geheimen Abkommen vom 27. Januar 1739 gab; andererseits versprach ihr der Kurfürstkönig in einer Gegendeklaration (vom 18. März) die Garantie ihrer künftigen Erbfolgeordnung. Der Mann,

dem Sachsen diesen vorläufigen Erfolg allein verdankte, war ihr einflußreichster Günstling, der Oberkammerherr Graf Biron, der seit dem Jahre 1733 in wohlberechneter Absicht dem Nachfolger Augusts des Starken mannigfache und große Dienste erwiesen hatte. Die Darstellung der wichtigsten Beziehungen zwischen dem späteren Herzog von Kurland und dem sächsischen Hofe bildet einen nicht unwesentlichen Bestandteil der vorliegenden Untersuchung, die als ein Beitrag zur Geschichte Kursachsens in den Jahren 1733—1736 aufgefaßt sein will.

Um die Darstellung nicht zu sehr zu belasten, konnte manche Frage nur kurz angedeutet werden, zu deren Behandlung die betreffenden Aktenbündel weit reichlicheren Stoff und viele interessante Einzelheiten boten; häufig mußte ich auch auf die bloße Erwähnung verzichten, nachdem das oft weit verstreut liegende Material gesichtet vorlag. Unter den gesammelten Stoffmassen ergaben die meist in mehreren Abschriften vorhandenen Instruktionen, Berichte und Briefe der sächsischen Gesandten an den auswärtigen Höfen, sowie die Protokolle über die Beratungen der Minister und ihre Gutachten die wertvollste Ausbeute.

Bei der Anfertigung meiner Arbeit kamen mir die Ratschläge des Herrn Professor Dr. Brandenburg in Leipzig zustatten, der mir auch sonst jederzeit anregend und fördernd zur Seite gestanden hat; ihm fühle ich mich zu dauerndem Danke verpflichtet. Ebenso möchte ich Herrn Oberregierungsrat Dr. Lippert sowie den Herren Direktoren und Beamten des Dresdener Hauptstaatsarchives und des Berliner geheimen Staatsarchives auch an dieser Stelle meinen Dank für ihr Entgegenkommen aussprechen.

Dresden, im Januar 1913.

Rudolf Beyrich.

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Vorwort	V
Literatur und Quellen	IX
Einleitung: Die politische Lage Kursachsens beim Tode Augusts des Starken	1
<p>Scheitern der Großmächtspläne Augusts des Starken. Seine Politik im letzten Regierungsjahr. Stellung zu Österreich, Bayern und Frankreich. Annäherungsversuche an Preußen und Rußland. Wünsche nach Petersburg: Sicherung der sächsischen Nachfolge in Polen und Projekt der Vermählung Johann Adolfs von Sachsen-Weißenfels mit Anna von Mecklenburg, der Nichte der russischen Kaiserin Anna. Sächsische Bemühungen bei Annas Oberkammerherrn Biron und ihrem Minister Ostermann; Angebote an sie; ihre Haltung. Plan der Absendung der Gemahlin des Petersburger sächsischen Gesandten an den augusteischen Hof. Isolierung Augusts des Starken. Sein Tod. Sein Sohn und Nachfolger Kurfürst Friedrich August II. Ziele und Charakter seiner Politik. Ihre erste Aufgabe. Beabsichtigte Zugeständnisse. Kassenbestand.</p>	
I. Abschnitt: Kursachsen und die polnische Königswahl von 1733	13
§ 1. Das Verhalten der sächsischen Politik zu Österreich, Rußland und Preußen bis zur Wiener Allianz (16. Juli 1733)	13
<p>Stellung zu den Forderungen der Mächte im allgemeinen. Beginn der Verhandlungen mit dem Wiener Hofe. Dessen Wünsche. Der nicht vorgelegte sächsische Bündnisentwurf (13. April). Das 1. Wiener Projekt (28. April). Rußlands Haltung und erste Wünsche. Preußens Forderungen. Wackerbart-Salmour und Baudissin in Warschau. Das 1. sächsische Gegenprojekt in Wien (7. Juni). Seine Ablehnung. Bartensteins Bündnisentwurf (12. Juni). Dresdner Projekt an den Berliner Hof (19. Juni). Dessen Stimmung. Erfüllung der Wiener Forderungen. Der 1. sächsische Bündnisentwurf nach Petersburg (18. Juni). Das 1. kurfürstliche Handschreiben an die Zarin vom 28. Juni. Das 3. Wiener Projekt (3. Juli). Das 2. Handschreiben an Anna vom 9. Juli. Abschluß mit dem Kaiser. 2. Bündnisentwurf nach Berlin (12. Juli). Preußens Haltung. Augusts Handschreiben an Friedrich Wilhelm I. vom 29. Juli und 31. August. Dessen Antwort (13. August).</p>	
§ 2. Sachsens Verständigung mit Rußland und Stellung zu Polen	35
<p>Der russische Allianzentwurf (10. Juli). Differenzpunkte. Die kurländische Frage. Sächsische Gegenprojekte vom 29. Juli und 19. August. Abschluß einer besonderen Konvention in Warschau (25. August). Die Frage der Truppeneinrückung. Standpunkt des Dresdener Kabinetts. Das nicht ausgeführte Warschauer Abkommen vom 19. August. Kaiserliche Wünsche um sächsische Truppen. Sachsens Stellung zur Königswahl.</p>	

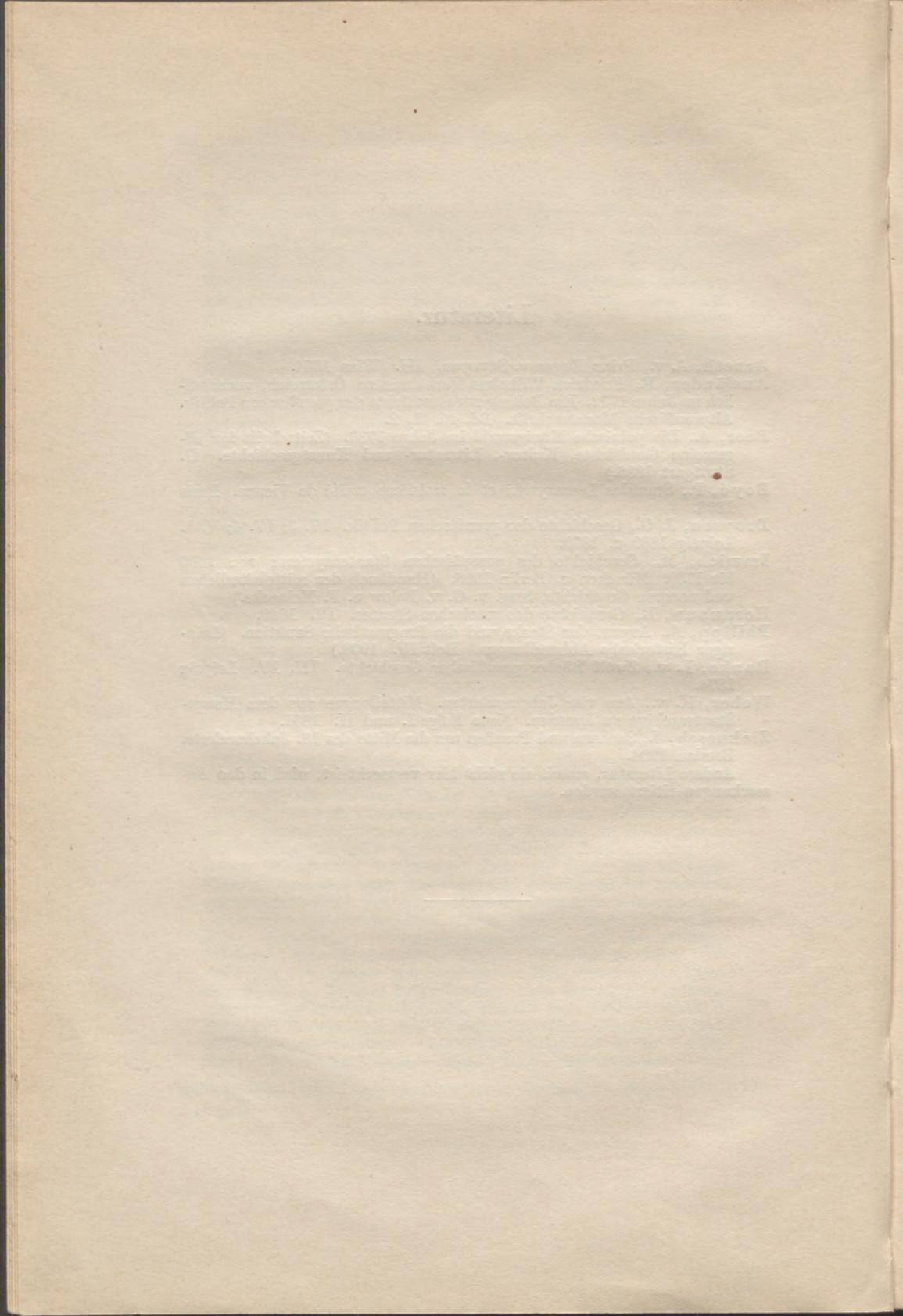
II. Abschnitt: Kursachsens Politik während des polnischen Thronfolgekrieges 49

Sachsens Haltung gegenüber Preußen. Gefahr eines Einfalles seitens der Polen in die sächsischen Erblande. Vorläufige Sicherheitsmaßnahmen. Stellungnahme der Wiener Hofburg zu den preußischen Wünschen. Sachsens Verhältnis zu England-Hannover und Dänemark. Biron's Dienste. Lage und Schwierigkeiten in Polen. Die kaiserlichen Truppenforderungen. Die Krakauer Konferenzen vom 8. und 13. Februar 1734. Sächsische Absichten auf eine territoriale Verbindung mit Polen. Allgemeine Lage. Gefahr eines französischen Einfalles in die Erblande. Sicherheitsvorkehrungen. Verstimmung in Petersburg gegen Sachsen. Gefährliche Lage in Polen. Augusts Rückkehr nach Dresden. Notwendigkeit seines Aufenthaltes im Kurfürstentum. Maßnahmen wegen Danzig. Preußens vermehrte Forderungen. Stellungnahme hierzu in Wien und Petersburg. Bemühungen um die Gunst des russischen Oberstallmeisters Löwenwolde. Zweifelhafte Haltung Preußens. Freier Durchzug seiner Hilfstruppen. Erneute Truppenforderungen aus Wien. Löwenwoldes Verhandlungen mit der sächsischen Regierung in Leipzig. Entschluß zu Zugeständnissen an Preußen und erwartete Erfolge. Dessen abermals erhöhte Forderungen. Seine Haltung gegenüber den sächsischen Durchzügen. Reise Augusts nach Danzig. Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit dem Berliner Hofe. Allgemeine Lage. Drängen seitens des Kaisers. Neue drohende Gefahr von Westen und Vorsichtsmaßnahmen. Landtagsschluß. Geldforderungen an den Danziger Magistrat. Plan zur Aufgabe der jülichischen Rechte gegen Geld. Gefährliche Lage. Gespanntes Verhältnis zur Hofburg. Projekt der Auslieferung Leszczyńskis. Schwere Erkrankung Friedrich Wilhelms und Gefahr eines preußischen Thronwechsels. Die kurländische Frage. Biron's Verdienste. Augusts Versprechen an ihn vom 23. November 1734. Manteuffels Bemühungen in Berlin. Verhaftung des ehemaligen sächsischen Ministers Hoym. Sendung des sächsischen Legationsrates Walther nach Berlin. Englands Erklärungen. Sicherheitsmaßnahmen im Dezember. Dringende und erhöhte Truppenforderungen des Kaisers. Plan der Vermählung des sächsischen Kurprinzen mit der Zarinne Anna. Gedanke einer außerordentlichen Hilfe an den Kaiser und Projekt der Vermählung Friedrich Christians mit Maria Theresia. Ablehnung und deren Begründung seitens der Dresdener Minister und Räte. Zusage der Stellung von Hilfstruppen an den Kaiser. Zurückweisung von dessen Vorwürfen. Petersburger Anfragen wegen des künftigen Türkenkrieges und deren Beantwortung. Stellung zu den russischen und den kaiserlichen Wünschen. Aufnahme eines russischen Darlehns und Bemühungen um Anleihen. Letzte Gefahr eines feindlichen Einfalles. Verhältnis zu Preußen. Besorgnisse wegen des künftigen Friedens. Neue Drohungen in Berlin. Verhältnis zu Biron. Beziehungen zum Wiener und Petersburger Hof. Friedensplan Friedrich Wilhelms. Wiener Präliminarien. Neue kaiserliche Geldforderungen. Sachsens und Rußlands Beitritt zum Präliminarfrieden. Heimliche Bemühungen und Wünsche Preußens. Dienste des russischen Oberkammerherrn. Gefährliche Bestrebungen des Berliner Hofes in Petersburg. Versicherungen an Biron. Pazifikationsreichstag.

Schluß: Rückblick. Die gebrachten Opfer. Geldsorgen. Zukunftspläne 169
Anhang 172

Literatur.

- Arneth, A. v., Prinz Eugen v. Savoyen. III. Wien 1864.
- Ausländer, F., Friedrich Wilhelms Verhältnis zu Österreich, vornehmlich im Jahre 1732. Ein Beitrag zur Geschichte der preußischen Politik. Altpreußische Monatsschrift. Bd. 46. 1. 2.
- Beer, A., Die polnische Königswahl im Jahre 1733. (Zeitschrift für allgemeine Geschichte, Kultur-, Literatur- und Kunstgeschichte. II. Stuttgart 1885.)
- Boyé, P., Stanislas Leszczyński et le troisième traité de Vienne. Paris 1898.
- Droysen, J. G., Geschichte der preußischen Politik. IV. 3; IV. 4; V. 1. Leipzig 1869 u. 1870.
- Immich, M., Geschichte des europäischen Staatensystems von 1660 bis 1789. München u. Berlin 1905. (Handbuch der mittelalterlichen und neueren Geschichte, hrsg. v. G. v. Below u. F. Meinecke.)
- Herrmann, E., Geschichte des russischen Staates. IV. 1849.
- Philipp, A., August der Starke und die Pragmatische Sanktion. (Leipziger Historische Abhandlungen. Heft IV. 1908.)
- Ranke, L. v., Zwölf Bücher preußischer Geschichte. III. IV. Leipzig 1874.
- Weber, K. v., Aus vier Jahrhunderten. Mitteilungen aus dem Hauptstaatsarchive zu Dresden. Neue Folge I. und II. 1861.
- Ziekursch, J., Sachsen und Preußen um die Mitte des 18. Jahrhunderts. Breslau 1904.
- Andere Literatur, soweit sie nicht hier vermerkt ist, wird in den Anmerkungen zitiert werden.
-



Verzeichnis der benutzten Akten.

A. Königl. Sächs. Hauptstaatsarchiv zu Dresden.

- Loc. 3586. Correspondance du Cte Wackerbarth avec S. E. Mr. de Bruhl. 1732. 1733.
- „ 2881. Negotiations avec l'ambassadeur de France Marquis de Monti . . 1729, 1730—1732.
- „ 3024. Sachen mit Moscau. Die Abschickung des Leg. Rathes Le Fort an den Czaarischen Hof u. dessen Negotiation betr. 1721 bis 1733. Vol. XVIII—XX.
- „ 3361. Depeschen aus u. nach Petersburg. 1732.
- „ 3362. Ordres du Roi à Mr. le Fort à la cour de Russie. 1726—1732.
- „ 3420. Die Instruction für den Grafen v. Lützelburg als Gesandten zu Wien betr. ao. 1733.
- „ 3550. Der Cabinetsministers Grafen v. Lützelburg und würl. Geh. Rathes Freyh. v. Zech Abschickung u. Negotiation am Kays. Hofe, die Pohln. Königswahl, wie auch die zwischen I. Kays. Maj. u. I. K. Hoh. dem Churfürsten zu Sachsen zu errich-tende Allianz betr. ao. 1733. Vol. I—IV.
- „ 2904. Des Cabinetsministers Gr. v. Lützelburg u. würl. geh. Rathes Freyh. v. Zech an dem Kays. Hof gehabte Negotiation, sowie des letzteren alleinige Geschäftsführung. 1733—1740. Vol. I bis VI.
- „ 3333. Correspondenz der Gesandtschaft zu Wien mit der Herrn Cabinets Ministri v. Brühl Exc. u. beyden Königl. Ministris Plenip. de ao. 1733.
- „ 3333. Correspondenz der Gesandtschaft zu Wien mit dem Cabinets-minister Gr. v. Brühl. 1733ff. Vol. Ia. 1733. 1734. Vol. Ib. 1735.
- „ 3556. Die Verschickung derer Cabinets Minister Gr. v. Wackerbart-Salmour u. General v. Baudissin nach Warschau u. deren Abfertigung dahin. ao. 1733. Vol. I.
- „ 3556. Die bevorstehende Pohln. Königswahl, wie auch die Liqui-dation der zwischen Pohlen u. Sachsen reciproquen Präten-sionen u. Schulden etc. 1733. Vol. II—V.
- „ 3689. Derer Cabinetsmin. Gr. v. Wackerbarth-Salmour u. Generals v. Baudissin Negotiationes zu Warschau etc. 1733. 34. Vol. VI. VII. VIII.
- „ 3557. Rescripte u. Depeschen an den Gr. v. Wackerbarth u. den General Baudis zu Warschau. ao. 1733. Vol. I. II.
- „ 3519. Minutes des concerts pris entre l'Ambassadeur Imperial, les ministres de Russie et de Saxe.
- „ 3552. Den General Postmeisters Grafen zu Lynar Abschickung an den Russisch Kayserl. Hof u. dessen sowohl als des Geh. Kriegsraths Le Fort wegen der Pohlnischen Königswahl u. sonst geführte Negotiationes. 1733. Vol. I. II.

- Loc. 3017. Specialrescripte an den Kriegsath Le Fort in Petersburg u. Briefe an ihn. 1733—34.
- „ 3025. Des General Postmeisters Grafen zu Lynar u. des Geh. Kriegsathes Le Fort gemeinschaftliche Negociation an den Russisch Kaiserlichen Hof. 1734—1736. Vol. I—VI.
- „ 3018. Die an I. K. die Russische Kaiserin Anna von I. K. Maj. in Pohlen August III. vor ein Regiment Cuirassierer geschenkte Armaturen nebst Zubehörung betr. 1733. 34.
- „ 3018. Das zwischen Rußland u. Sachsen zu etablirende commercium betr. 1733—63 nebst Beilagen.
- „ 5326. Die Untersuchung der in Vorschlag gebrachten Aufrichtung eines sächsischen Contoirs in Petersburg betr. 1733—35.
- „ 2696. Die eventuale Succession in dem Herzogthum Curland nach dereinst erfolgten Ableben des regierenden Hertzogs Ferdinands, u. was dieserhalb an denen Rußisch-Kayßerl. auch Königl. Preußischen Höfen vorgegangen betr. ao. 1732—1737.
- „ 2696. Die bei des Herzogs Ferdinands von Curland dereinst erfolgten Ableben gemachte eventual-Anstalten zu Versiegelung deßen zu Dantzig befindliche Verlaßenschaft betr. ao. 1735 bis 1737. (Anstalten.)
- „ 781. Die wegen erfolgten Ablebens I. K. M. in Pohlen u. zu thuen-der Notification beschene Absckickung des General Majors v. Birkholtz an den Königl. Preuß. Hof betr. ao. 1733.
- „ 2970. Sachen mit dem Königl. Preuß. Hofe, die von dem Königl. Preuß. Minister v. Lüderitz angebrachten Desideria u. deren Beantwortung, auch was dieserhalb durch den nach Berlin abgeschickten Obristen v. Ponickau u. sonsten auch an den Röm. u. Russ. Kais. Höfen negotiirt worden. 1733—1735. Vol. I. II.
- „ 2994. Des Obersten v. Ponickau Absckickung an den Königl. Preuß. Hof u. dessen daselbst geführte Negociation. 1733—1738. Vol. I—V.
- „ 3380. Correspondance de S. E. le Feldmaréchal le Cte de Wackerbarth avec S. E. le Cte de Manteuffel à Berlin. 1733—1734. Vol. I. II.
- „ 3381. Vermischte Correspondenz des Feldmarschalls Gr. v. Wack. 1731. 1733. 1734.
- „ 3593. Correspondance du C. de Wack. avec les ministres du roi aux cours étrangères pendant la négociation à Varsovie. 1733.
- „ 3593. Correspondenz des Gr. v. Wackerbarth mit dem Feldmarschal Grafen v. Wack. zu Warschau. 1733.
- „ 719. Lettres du Comte Sulkowski au Cte de Bruhl. 1732—38.
- „ 30015. Briefwechsel des Grafen v. Zech mit Brühl. 1733. 34.
- „ 719. Correspondance de Mr. le Comte de Wackerbarth avec de Bruhl. 1735.
- „ 455. Correspondenz des Gr. v. Brühl mit dem Gr. v. Manteuffel. (1734—39.) Vol. XXII.
- „ 456. Dasselbe. Vol. XXIII—XXVII.
- „ 456. Correspondenz des Premierministers Grafen Brühl, nach dem Alphabet geordnet. Vol. 26. 27.
- „ 458. Dasselbe. Vol. 38.
- „ 460. Dasselbe. Vol. 50. 53.
- „ 461. Dasselbe. Vol. 56.
- „ 3246. Acta die Rechte des Hauses Sachsen auf die Jülichische Succession.
- „ 3243. Jülichische Successions-Sache betr. 1733—1739. Vol. VI. VII.

- Loc. 3071. Die nähere Zusammensetzung mit denen Herrn Vettern Ernestinischer Linie. 1732. 1733. Vol. II.
- „ 2676. Des Kammerherrn Heinrich v. Büнау zu Püchen Negotiation am Königl. Groß Brittanischen Hof. 1733.
- „ 638. Die Abschiekung des wirklichen Geh. Rathes I. A. v. Loß an den Königl. Groß Brittanischen Hof u. dessen allda geführte Negotiation betr. 1733—38. Vol. I, IIa, IIb, IIIb, IVb.
- „ 2774. Die mit England errichtete Defensiv Allianz betr. 1731. Wie solche erneuert u. auf 6 Jahre prolongiret worden. 1734 bis 1736. Vol. II.
- „ 3435. Ordres à Mr. le Cte de Plessen à Copenhague tant du Cabinet que du Conseil privé. 1733—1742.
- „ 1154. Die Zusammenziehung u. Campirung derer 2 Corps zum Marsch destinirten Regimenten zu Pferd u. zu Fuß, auch Mobilmachung der Armee etc. 1733.
- „ 359. Acta die nach Absterben Ihro K. M. in Pohlen u. zwar bei Antritt der glorwürdig. Regierung Ihro jetzigen K. M. Uns. Allergn. Herrn in Cammer u. andern Angelegenheiten, besonders aber in Geldsachen angeordneten u. darauf erfolgte expeditiones betr. ao. 1733.
- „ 3523. Acta Commissionis. Die von Ihro Kön. Hoh. anbefohlene Einrichtung eines gewissen besondern zur Pohn. Gesandtschaft destinirten Geldnegotii u. was sothaner Expedition allenthalben mehr anhängig betr. 1733.
- „ 3523. Pohnische Reise-Gesandtschafts-Cassa-Sachen, bey Verschickung derer Cabinetsministres, Grafens Wackerbart-Salmour u. Generals v. Baudissin nach Warschau, zu der daselbst angestellten neuen Königswahl betr. 1733.
- „ 1297. Acta Commiss. die dem Conferenz Minister u. Vicekammer Präsidenten Grafen v. Hennicke aufgetragenen geheimen Commissionen betr. Vol. I. 1734—37. Vol. II. 1738. 39.
- „ 360. Acta die von Ihro Kön. Maj. im Monat November bei dero Abreise in das Kgr. Polen gemachten auch von Zeit zu Zeit beschenehen Veranstaltungen u. darauf erfolgten Expeditiones. 1733—36.
- „ 1483. Den Landtag betr. 1733. 1734. Vol. II.
- „ 1484. Den Landtag betr. 1736. 1737. Vol. III.
- „ 945. Protocolle, so bei denen von den Conferenz Ministerio zu Dresden gehaltenen Conferenzen gehalten worden. 1734—1736.
- „ 3368. Des Cabinets Ministers Gr. v. Wackerbart an I. K. M. erstattete Relationen aus Dresden u. Resolutionen 1735. 1736. zu den auswärtigen Verhältnissen gehörig.
- „ 3690. Die nach Absterben Ihr. Kön. Maj. in Polen August II. zu Warschau angestellte Königswahl betr. Was dieserhalb von denen an auswärtigen Höfen subsistirenden Churf. Ministri u. sonst einberichtet worden. 1733. Vol. II.
- „ 3666. Ihr. Kön. Maj. Augusti III. nebst Dero Frau Gemahlin Kgl. Maj. Abreise nach Tarnowiz u. die vorher in den Churfürstenthum Sachsen gemachte Dispositiones etc. 1733. 34. (I.)
- „ 3666. I. K. M. in P. Augusti III. Abreise aus Crakau nach Warschau, deren Veränderung u. darauf erfolgte Retour nach Sachsen, auch was deshalb an auswärtigen Höfen vorgefallen betr. 1734. (II.)
- „ 3666. I. K. M. in P. Augusti III. nebst I. M. der Königin Reise nach Warschau u. die zu deren Bedeckung u. Sicherheit commandirte Escorten auch dieserhalb angelegte Postierungen betr. 1734. (III.)

- Loc. 3690. Die wegen glücklich vollzogener Krönung beider Kön. Maj. zu Krakau abgelassene Notificationes u. darauf eingelaufene Antworten etc. 1737. 1738. Vol. III.
- „ 3643. Die nach glücklich erfolgter Wahl Ihr. Königl. Hoh. zum Könige in Pohlen, in dieses Königreich eingerückte Sächs. Auxiliartruppen etc. betr. ao. 1733. 1734. Vol. I.
- „ 3671. Die nach I. K. M. in P. Augusti III. glücklich vollbrachten Crönung in Cracau, zu Beförderung der Pacification u. des Ruhestandes in Pohlen u. Lithauen vorgekehrte Anstalten u. genomene Mesures etc. ao. 1734. Vol. I. II.
- „ 3672. Item die zu Beförderung der Pacification u. des Ruhestandes in Polen u. Lithauen vorgekehrte Anstalten u. genomene Mesures . . . auch was dieserhalb u. sonst an ausw. Höfen negociirt worden. etc. ao. 1734. Vol. III. IV.
- „ 3672. Item ferner die mit dem Woywoden v. Lublin Gr. Tarlo zu Czestochow vorgewesene aber fruchtlos abgelaufene Handlungen. 1735. Vol. V. VII.
- „ 3673. Item, ferner die Submission verschiedener Woywodschaften u. Magnaten. Vol. VIII. IX.
- „ 3651. Den Marsch der Russ. Armee ingl. des Herzogs Johann Adolphs v. Sachsen-Weißenfels Durchzüge mit seinem unterhabenden Corps Sächs. Auxiliar Truppen vor Danzig. Die Belagerung dieser Stadt etc. 1734. Vol. I.
- „ 3651. Die Belagerung der Stadt Danzig etc. 1734. Vol. II. III. IV.
- „ 3652. Ihr. K. M. Augusti III. Abreise von Dresden nach Danzig u. dero nebst derer Russischen Truppen an diese Stadt gemachte Anforderungen etc. 1734. Vol. V.
- „ 3652. Ihr. K. M. in P. Augusti III. nebst derer Truppen an die Stadt D. gemachte Anforderungen u. wie solche endlich abgethan worden. etc. 1736. 1737. Vol. VII.
- „ 2873. Den Krieg des Römischen Kaisers Karls VI. mit denen Cronen Frankreich u. Spanien betr. 1733—1735. Vol. X.
- „ 2873. Die von Ihro Maj. dem Röm. Kaiser aus dem unter dem 16. July 1733 geschlossenen Allianz Tractat verlangte Stellung der 6000 Mann Chur Sächs. Hilfsvölker gegen Frankreich betr. 1733—34.
- „ 3166. Die Stellung des Chursächs. Mannschaftscontingents u. was wegen Übernehmung einiger Truppen zu diesem Behufe an denen Königl. dänischen, Schwedischen u. Fürstl. Hessischen Höfen, auch sonst negotiirt worden betr. 1734—1740. Vol. I—III.
- „ 3410. Die von dem Span. Successionskrieg rückständige Arreragen vor die Kön. Armee 1711 in denen Niederlanden gestandenen Regimenter betr. 1734—37. Wiener Gesandtschaftsakten.
- „ 2874. Die bei der Kais. Hof-Cammer in Wien zu fordern habenden Arrerages, Subsidia u. Marschspesen, auch was dieserhalb an den Kaiserl. Hof negociirt worden. 1733—40. Vol. I. II.
- „ 3168. Ihr. Kön. Maj. in Pohlen Chursächs. auch derer Ober Sächs. Creisstände Beitrag zu der errichteten Reichs Kriegs Operations Casse, etc. betr. 1734—57. Vol. I—III.
- „ 2877. Den Durchmarsch derer von Ihro Kais. Maj. Carl VI. übernommenen 10 000 Mann Preußische Auxiliar Truppen durch die Sächs. Lande ins Reich betr. ao. 1734, deren Rückmarsch vom Rhein u. die dabei von ihnen in hiesigen Landen, wie auch in den Grafschaften Mannsfeld Sächs. Hoheit u. Henneberg Schleußingischen Antheils verübten Excesse. ao. 1735 bis 1738.

- Loc. 3347. Königl. Special Rescripte an den geh. Rath v. Zech zu Wien, den Krieg mit Frankreich u. die dazu von I. K. M. geleistete Volkshülfe, sowohl die angefangene Friedensnegociation, ingl. die Pacification in Pohlen betr. 1735.
- „ 2251. Die wieder die besorglichen Einfälle und Streiffereyen derer wiedriggesinneten Pohlen in denen Marggraffthüern Ober- und Nieder-Lausitz gemachte Veranstaltungen betr. ao. 1733. 34. 35. (Poln.)
- „ 2251. Die in denen Chur- und Erblanden gegen den zu besorgenden frantzösischen Einfall zu machende Defensions-Anstalten, u. die dieserhalb mit denen Fürstl. Ernestinischen Häusern, sowohl dem Landgräfl. Hause Hessen-Cassel vermittelt Abschickung des Obristens v. Ponickau, ingl. mit denen Chur-Braunschweigischen Geheimen Räthen zu Hannover als sonst gepflogene vertrauliche Communication betr. ao. 1734. 1735. Vol. I. II.
- „ 3068. Die von dem Obristen v. Ponickau nach seiner ao. 1734 be-
schehenen Verschickung an die Fürstl. Sächs. Häuser Ernestinischer Linie, wieder eingeliferte Original Instruction, Rescripte u. Ordres, etc. 1734.
- „ 2962. Des würkl. Geheimen Rathes Gr. von Nostitz secrete Negotiation in Holland wegen des Printzens Emanuel von Portugal betr. ao. 1734. 1735
- „ 3082. Des Cammerherrn v. Uetterodt Abschickung an den Königl. Schwedischen Hof u. dessen allda geführte Negotiation. Vol. IV. 1734.
- „ 2791. Acta den wegen der Grafschaft Hanau, Münzenbergischen Antheils zwischen I. K. Maj. u. Churf. Durchl. zu Sachsen, ingl. des Hr. Landgraffens zu Hessen-Caßels Durchl. getroffenen Vergleich u. das dieserhalb von Heßen Caßel erlangte Äquivalent, wie nicht weniger die gantze Beschaffenheit der Hanauischen Expectanz betr. ao. 1725. 35. 36. (I)
- „ 2791. Acta die Abschickung des von Studnitz nach Cassel wegen Erhebung der Hanau-Münzenbergischen Aequivalents „Gelder betr. ao. 1734. 35. (II.)
- „ 3018. Das bei der Russischen Kaiserin Anna Maj. aufgenommene Darlehn von 100 000 Dukaten betr. 1735—1739.
- „ 392. Die Arretirung Carl Heinrichs Grafen v. Hoym etc. betr. 1734. 1735. Vol. I.
- „ 2971. Des Legations Rathes Walthers Reise nach Berlin. 1734. 1735.
- „ 2984. Des Königl. Preuß. Geh. Etatsraths v. Wallenrodt zu Dantzig geführte Conduite u. was dieserhalb zwischen den Königl. Pohn. u. Preuß. Höfen vorgefallen. Ingl. des Preuß. Hofes durch dessen Residenten zu Warschau, Hofmann, geschehener bedrohlicher Antrag wegen der aus denen Taugoggenischen Güthern in Litthauen von der Sächs. Parthei erhobenen Contribution. 1734. 1735.
- „ 2984. Die von den Königl. Preuß. Ministeris wegen eines vermeintlich formierten Desseins gegen den in Königsberg sich aufhaltenden Grafen Stanislaum Leszcinski u. seine Anhänger denen Röm. u. Russ. Kais. auch Königl. Pohn. Ministris zu Berlin, mit angehängten Drohungen beschehene Declarationes, wie auch des zu Warschau befindlichen Preuß. Residenten Hoffmanns geführten bedrohliche Discours. 1735.
- „ 2875. Die Friedenshandlung zwischen dem Römischen Kaiser Carl VI. u. der Crone Frankreich nebst beiderseits Allirten betr. 1734 bis 1740. Vol. II. III. V. VII.

Loc. 443. Original Rechnungen aus denen Cassen in Sachsen über die seit dem Jahre 1697—1740 nach Pohlen verwendeten Geldsummen. ao. 1697f.

B. Königl. Preuß. Geheimes Staatsarchiv zu Berlin.

Rep. 41. no. 39. Des von Luderitz negotiations-acta am Churs. Hofe zu Dresden.

Rep. 9. no. 29c. b. Acta des Königl. Geh. Staats-Archivs betr. Die Recognition des Kurf. v. Sachsen als König v. Polen und Sendung des Generalmajors Gr. Truchseß zu Waldburg. 1737.

Einleitung.

Die politische Lage Kursachsens beim Tode Augusts des Starken.

August dem Starken war es während seiner an ehrgeizigen und hochfliegenden Expansionsplänen so reichen Regierung nicht gelungen, den erträumten osteuropäischen Großmachtstaat zu gründen. Die bis zu seinem Tode gehegte Hoffnung auf die deutsche Kaiserkrone und den Erwerb von Böhmen, Schlesien und Mähren blieb unerfüllt. Gescheitert waren die Pläne einer Teilung Polens, mit denen er mehrmals an die Nachbarmächte herangetreten war, und in denen er als Anteil ein erbliches, souveränes Fürstentum beansprucht hatte, — ebenso wie die Versuche, Sachsen und Polen dadurch, daß er einen verbindenden Landstreifen von Preußen oder Österreich erwarb, territorial zusammenzuschließen. Ergebnislos waren auch seine mannigfachen Bemühungen verlaufen, dem Kurprinzen die Thronfolge in Polen zu sichern.

Hauptsächlich wegen der Fülle und Verschiedenartigkeit der oft gleichzeitig verfolgten Pläne des wettinischen Kurfürstkönigs, der Widersprüche seines Charakters und der Meinungsverschiedenheiten¹ seiner Ratgeber hatte die Politik des augusteischen Hofes meist das Gepräge der Unentschlossenheit und des Schwankens zwischen den Parteien tragen, Mißtrauen und Eifersucht der Mächte erregen müssen.

Wie kaum je zuvor haben sich im letzten Regierungsjahr Augusts des Starken die Fäden seiner europäischen Politik zu einem dichten Netz verschlungen. Noch immer beruhte sie zu Anfang des Jahres 1732 wie in den letzten Jahren darauf, daß er gleichzeitig an den beiden großen Expansionsplänen auf Kosten Österreichs und Polens festhielt. Noch entwarf er selbst neue, oft miteinander unvereinbare Projekte über die österreichische Erbfolge und über Polens Zukunft. Gedanken, wie er sein Königreich mit Hilfe des Kaisers teilen könnte, kreuzten sich mit Angriffsplänen, die sich gegen letzteren richteten.² Hatte sich der seit langem drohende Bruch mit dem Wiener Hofe

¹ Diese waren vor allem bezüglich der Stellungnahme Sachsens zur Reichsgarantie der pragmatischen Sanktion hervorgetreten. Vgl. A. Philipp, August der Starke u. die pragmatische Sanktion. S. 114ff.

² Ebenda S. 137.

endlich am 11. Januar 1732 zu Regensburg vollzogen, wo Kursachsen gemeinsam mit Bayern und Kurpfalz gegen die Reichsgarantie der pragmatischen Sanktion protestierten, so zielten bald darauf heimliche Versuche¹ auf Wiederherstellung guter Beziehungen zum Kaiser; sie scheiterten daran, daß Karl VI. zu keiner Verständigung mehr bereit war. Gleichzeitig wurden früher begonnene Verhandlungen mit Bayern und Frankreich fortgesetzt. Am 4. Juli 1732 schloß August mit Bayern einen Freundschaftstraktat auf drei Jahre: Zusammengehen in Reichsangelegenheiten und gegenseitige Unterstützung bei einem Angriff innerhalb des Reiches bildeten den Inhalt.² Frankreichs eifriges Bestreben, August den Starken endgültig in das antihabsburgische System der bourbonischen Höfe zu ziehen und ihn gegen das wohlfeile Anerbieten, daß man künftig die sächsischen Ansprüche auf das österreichische Erbe unterstützen werde, zur Aufgabe seiner polnischen Pläne zu bewegen, war jedoch von keinem Erfolg gekrönt worden. Um die Krone oder Teile Polens dem Hause Wettin zu erhalten und aus Rücksicht auf den Kaiser, dem er sich aus diesem Grunde wieder zu nähern suchte, war sicher der Kurfürst-könig schließlich vor einem Bündnis mit Frankreich zurückgeschreckt. Nur eine Konvention, unterzeichnet von dem französischen Gesandten Monti und dem Grafen Brühl, kam in Warschau am 25. Mai 1732 zustande.³ In ihr war aber weder von Versprechungen Frankreichs noch vom Verzicht auf die augusteischen Pläne hinsichtlich Polens die Rede; nur ganz allgemein war für die Zukunft gemeinsames Handeln zur Erhaltung der „Ruhe Europas“ und der Reichsgesetze vereinbart worden, worüber bald eine genauere Verständigung folgen sollte.⁴ Doch nach dieser inhaltsleeren Konvention lockerten sich

¹ Feldmarschall Wackerbart an Brühl, 24. April 1732: „je reçus la depeche de V. E. que le Cte de Lagnasco a été instruit à l'insu de Thioly et de tout le monde de faire sonder l'Empereur par le Cte de Sinzendorf s'il vouloit bien être persuadé de l'attachement du roi à son egard que le roi étoit sans engagement et nullement éloigné de retablir la bonne harmonie pourvu l'Empereur meme souhaitoit que cela se fit“ (Loc. 3586).

² Vgl. Philipp, S. 138.

³ Loc. 2881. — Recueil des Instructions données aux Ambassadeurs et Ministres de France, Pologne T. I, par L. Farges, Paris 1888, S. LXVIII.

⁴ Die Ansicht (vgl. u. a. J. Ziekursch, Sachsen u. Preußen um die Mitte des 18. Jahrh., S. 20; F. Ausländer, Friedr. Wilhelms Verhältnis zu Österreich, S. 172), daß August der Starke an Frankreich endlich den Bundesgenossen und mit der Konvention das Mittel zur Ausführung seiner letzten polnischen Pläne gefunden habe, ist irrig. Ebenso ist die Meinung (Ranke, Preuß. Gesch. III. IV, S. 188; Ziekursch, S. 6. u. 7), diese gegenseitigen Beziehungen hätten über Projekte hinaus zu einer vertragsmäßigen französischen Zustimmung des Anfalls von Böhmen, Schlesien und Mähren nach Karls VI. Tod an Sachsen geführt, unrichtig; auch die Annahme (Droysen, Gesch. der preuß. Politik IV. 3, S. 183; C. Hübner, Zur Gesch. der kursächs. Politik beim Ausbruche des öst. Erbfolgestreites. Diss. 1892, S. 11) von einer bestimmten Abmachung gemeinsamer Angriffspläne auf die kaiserlichen Erblände, wenn der Herzog von Lothringen zum Kaiser erwählt werden sollte, läßt sich aktenmäßig nicht nachweisen.

schnell die von den Nachbarmächten gefürchteten, in ihrer Bedeutung weit überschätzten Beziehungen Kursachsens zum französischen Hofe. Dieser ebnete schon seit Jahren in Polen Stanislas Leszczynski, dem Vater der Gemahlin Ludwigs XV., die Wege zu einer neuen Thronbesteigung, um den seit Ausgang des nordischen Krieges zurückgegangenen Einfluß Frankreichs im östlichen Europa wieder zu stärken.

Entschieden näherte sich August der Starke nun in den letzten Monaten seines Lebens der polnischen Pläne wegen den im Bunde mit Preußen stehenden Mächten, deren Interesse eine französische Kandidatur verbot. Wie früher schon mehrfach¹ suchten jetzt, wo mit der Möglichkeit eines baldigen Todes des Königs von Polen gerechnet werden mußte, Staatsmänner des russischen, kaiserlichen und preußischen Hofes aufs neue gegenseitige Verständigung über die Besetzung des polnischen Thrones unter Ausschluß des französischen und sächsischen Kandidaten. Nach längeren Verhandlungen, besonders im März 1732 in Berlin, unterzeichnete hier am 13. September der russische Unterhändler Karl Gustav Löwenwolde mit dem Wiener Gesandten Friedrich Heinrich von Seckendorff eine Punktation, welche die Wahlunterstützung des Infanten Emanuel von Portugal festsetzte, der zu Anfang des Jahres von kaiserlicher Seite vorgeschlagen worden war. Diese Vereinbarung ihrer Minister, die in allen wesentlichen Punkten dann mit einem unter dem 13. Dezember zwischen dem kaiserlichen und dem russischen sowie den preußischen Ministern abgefaßten förmlichen Vertrag übereinstimmte², hinderte aber die Höfe zu Berlin und Petersburg nicht, vor und nach ihr sich über die Pläne, mit denen August der Starke noch an sie herantrat, in Verhandlungen einzulassen.³

Preußen schickte an den Kurfürstkönig Johann August Marschall von Bieberstein ab, den er selbst gewünscht und dem er bereits im Mai und Juni wiederum gefaßte Lieblingspläne angedeutet hatte; im Oktober kehrte der Gesandte mit näheren mündlich erteilten Eröffnungen nach Berlin zurück. Diese zielten noch einmal auf die nur durch eine Verfassungsänderung mögliche Einführung der Erblichkeit der polnischen Krone unter Zustimmung und mit Hilfe Preußens, Rußlands und des Kaisers, die mit Teilen der Republik belohnt werden sollten. In Wien fanden jedoch die Teilungsvorschläge⁴ gar kein Gehör, der Berliner kaiserliche Gesandte Seckendorff wies ein Zu-

¹ Über die Vorverhandlungen der Mächte wegen der polnischen Königswahl vgl. Ranke, S. 190 ff. — A. Beer, S. 1 ff.

² Droysen, IV. 3, S. 173 ff. — Arneth, III. S. 357 ff. — F. Ausländer, S. 174 ff. — Preußens Staatsverträge aus der Regierungszeit König Friedrich Wilhelms I., hrsg. v. V. Loewe. Publ. aus den K. Preuß. Staatsarchiven. 87. Bd. 1913. S. 429—440.

³ Über die letzten Verhandlungen Augusts des Starken mit Preußen vgl. Fr. Förster, Friedrich Wilhelm I., König von Preußen, 2. Bd., S. 118 ff. — Droysen, IV. 3, S. 183 ff. und IV. 4, 406 ff. — Ranke, S. 188 ff.

⁴ Arneth, S. 357. — Droysen, IV. 4, S. 413.

sammentreffen mit August ab, und auch mit Preußen, dessen König ebenfalls eine im Herbst gewünschte persönliche Aussprache abgelehnt hatte, kam man über Verhandlungen im Dezember nicht hinaus, wie die von Marschall in Dresden vorgelegten Bedenken und Anfragen zu beantworten seien. Ohne jedes Ergebnis verliefen dann die Unterredungen, die August der Starke mit dem erbetenen und abgeschickten preußischen General und Minister Friedrich Wilhelm von Grumbkow über Art und Durchführung seiner letzten Pläne am 11. und 12. Januar 1733 in Krossen hatte; der König befand sich damals auf dem Wege nach Warschau, wo er den einberufenen, außerordentlichen Reichstag eröffnen wollte, um auf ihm seinen Absichten entsprechende Maßregeln zu treffen.

Fruchtlos blieben endlich die mannigfachen Bemühungen des sächsischen Gesandten Le Fort in Petersburg, der hier eine Förderung der augusteischen Pläne zu erzielen suchte. Diese richteten sich außer auf die Sicherung der sächsischen Nachfolge in Polen¹ auch auf eine Heirat des Herzogs Johann Adolf von Sachsen-Weißenfels mit der Nichte der Zarin, der jungen Herzogin Anna von Mecklenburg, ihrer mutmaßlichen Nachfolgerin auf dem russischen Throne. Es gelang Le Fort, von dem Grafen Biron, dem Oberkammerherrn der Kaiserin Anna, im Februar 1732 die Zusage zu erhalten, jene von ihm Anfang Januar vorgeschlagene Heirat zu unterstützen. Sowohl Biron, welcher seine Dienste mit dem Hinweis anbot, daß Preußen ihn bereits zu gewinnen versucht habe, als auch der russische Minister Graf Ostermann, der die Antwort der Zarin auf sächsische Vorschläge einer engeren Verbindung in Aussicht stellte, erklärten verschiedentlich die Gerüchte eines Heiratsprojektes der Prinzessin mit einem brandenburgischen Prinzen für unbegründet.² Indes beabsichtigten und hofften beide deutschen Berater der Zarin wahrscheinlich nur, durch scheinbares Eingehen auf Verhandlungen die übrigen Pläne, vor allem die gleichzeitigen Beziehungen Sachsens zu Frankreich, desto leichter zu erfahren. August der Starke war einer Allianz mit dem russischen Hofe nicht abgeneigt, wenn der Heiratsplan verwirklicht und nach seinem Tode dem Kurprinzen die ersehnte Unterstützung von Petersburg aus zuteil werden würde. In einem Memoranda legte er diese Wünsche als notwendige Grundlage für ein Bündnis dar und entwickelte, was gegen eine Verheiratung der

¹ Aus den Dresdener Akten läßt sich nicht feststellen, ob August der Starke versucht hat, Rußland auf die Seite einer angeblich französisch-polnischen Allianz zu ziehen (Droysen, IV. 3, S. 143); ebensowenig sind hier Vorschläge und Anerbieten zu ersehen, mit denen er sich gemeinsam mit Frankreich an den Petersburger Hof nach Mitteilungen Löwenwoldes in Berlin (Droysen, IV. 3, S. 175) gewandt haben soll.

² Le Fort, d. d. Petersburg, 12. u. 19. Februar 1732. (Loc. 3024. Vol. XVIII.) Vgl. E. Herrmann, *Diplomatische Beiträge zur Russischen Geschichte aus dem Kgl. Sächs. Hauptstaatsarchiv zu Dresden. 1728—34.* St. Petersburg. 1870. Vol. XVIII. S. 155ff. Gedruckt sind hier auch zum Teil die im folgenden benutzten Relationen Le Forts.

Mecklenburgerin mit einem brandenburgischen, hessischen oder lothringischen Prinzen spreche.¹ Aber keine günstige Antwort erfolgte auf das Schreiben, das Le Fort nach Diplomatenstyle als von ihm selbst verfaßt, Biron und Ostermann übergab. Äußerte jener hierauf überhaupt nichts Bestimmtes², so antwortete dieser nach mehreren Wochen fast ablehnend, indem er vor jeder Stellungnahme der Zarin unbedingt erst Kenntnis davon verlangte, wie weit August bei seinem gegenwärtigen Verhältnis zu Österreich und Preußen, auf die er ja schwerlich in seinen polnischen Plänen rechnen könne, sich auf die andern Mächte, besonders auf Frankreich und Schweden verlasse und welche Gegenleistungen etwa diese gefordert hätten.³ Dabei unterließ jedoch Biron nicht, nach wie vor ständig seine volle Bereitwilligkeit hervorzuheben und Beweise seiner Ergebenheit und seines Vertrauens anzuführen. So beklagte er sich über die kaiserlichen und preußischen Gesandten Wratislaw und Mardefeld, die an ihre Höfe seine Neigung für die augusteischen Pläne berichtet und als Ursache hierfür seine Absichten auf das Herzogtum Kurland angegeben hätten,⁴ begründete ein andermal die beendete erste Reise⁵ des russischen Oberstallmeisters Löwenwolde nach Wien und Berlin damit, daß man Maßnahmen gegen die Türken wegen ihrer Eroberungen in Persien getroffen habe, stellte sich als alleinigen Vertreter von Augusts Wünschen hin und gab der Hoffnung ihrer Erfüllung durch die Zarin Ausdruck, die, wie er auch sonst oft beteuerte, an einem engen Zusammenschluß keineswegs durch bestehende Verträge verhindert sei.⁶ Als Ende Mai Biron wieder die volle Entschlußfreiheit seiner Herrin betonte, ließ Le Fort dem Oberkammerherrn, nur in der Absicht, ihm zu schmeicheln und seine Gedanken und Wünsche zu erfahren, die Begünstigung etwaiger Pläne auf Polens Lehnsherzogtum von seiten des Kurfürstkönigs hoffen.⁷ Nachdem aber der Günstling

¹ August an Le Fort, d. d. Warschau, 9. April 1732. Loc. 3362.

² Le Fort, d. d. Petersburg, 13. Mai. Loc. 3024. Vol. XVIII.

³ Le Fort, 21. Juni: Précis du discours que m'a tenu le Cte d'Ostermann le 7/18 Juin 1732 pour reponse au mien du 14 May 1732. Ebda.

⁴ Biron erklärte, hierzu nie einen Schritt getan zu haben. (Le Fort, 13. Mai. Ebda.)

⁵ Über diese vgl. Droysen, S. 143ff.

⁶ Le Fort, 20. Mai. Loc. 3024. Vol. XVIII.

⁷ Le Fort, 31. Mai: „je crus ensuite devoir lui toucher l'article qui regarde ses vues et luy fis sentir les bonnes intentions ou V. M. se trouvoit par rapport à la Courlande et le chemin que l'on pourroit prendre supposé que le mariage eut lieu . . .“ Dahingestellt muß bleiben, ob Biron ablehrende Antwort dem damaligen Stande seiner Wünsche entsprach: „ . . . sur ce qui me regarde je suis comblé de graces de la Czarienne je n'ay rien à desirer . . . mon ambition ne m'a jamais porté à devenir chef de ma patrie . . . la Courlande est endetté, il me faudroit 4 à 5 cents mille écus pour me mettre en Etat . . . S. M. peut jeter les yeux sur quelque sujet plus digne p. e. le C. Maurice qui y a le premier droit et qui merite mieux . . .“ Ähnlich sprach er sich einige Tage später aus, wies auf die vielen im Wege stehenden Schwierigkeiten hin und erklärte, daß das Herzogtum zurzeit nicht einmal 4000 Taler abwerfe. (Le Fort, 3. Juni. Ebda.)

der Zarin ein solches Ziel seiner Wünsche mehrmals in Abrede gestellt und die Absicht seiner Herrin gemeldet hatte, die Prinzessin Anna noch nicht zu vermählen¹, da bot ihm Le Fort, jetzt mit ausdrücklicher Zustimmung Augusts des Starken zur künftigen Gewährung eines Geldgeschenkes², eine halbe Million Taler für die Verwirklichung des Heiratsplanes an; gleichzeitig verhiess er zu dem selben Zwecke auf Biron's Vorschlag dem Grafen Ostermann 100 000 Rubel.³ Diese Angebote erfolgten gegen Ende des Monats, als Graf Löwenwolde wieder Petersburg verließ, um, wie Biron und Ostermann versicherten⁴, Militärangelegenheiten halber nach Livland, in Wirklichkeit aber um nach Deutschland zu reisen. Bald sollte der Aufenthalt des russischen Oberstallmeisters in Berlin und seine Verhandlungen mit Seckendorff und den preußischen Ministern das Mißtrauen, das August der Starke stets in die Aufrichtigkeit der russischen Versicherungen setzte, erhöhen. Auf seine eigenhändigen Schreiben⁵ um Absendung eines Ministers an seinen Hof, wenn man russischerseits ernsthaft an Verhandlungen denke, wiederholte Biron die Entschliebung der Kaiserin, während Ostermann die Unmöglichkeit, Instruktionen zur Sendung einer Vertrauensperson zu geben, mit dem Ausbleiben näherer Eröffnungen begründete.⁶ Auch nachdem in der Löwenwoldeschen Punktation vom 13. September festgesetzt worden war, daß der Prinz Anton Ulrich von Braunschweig-Bevern, der Schwager des preußischen Kronprinzen, in russische Dienste treten sollte, um von der Zarin, wenn er ihr genehm sei, die Hand ihrer Nichte zu erhalten, suchte Biron weiterhin, sich durch mannigfache Äußerungen als treuen Förderer der augusteischen Wünsche hinzustellen. So erklärte er im Oktober, die Zarin billige nicht die Haltung Löwenwoldes, nie werde er selbst einen brandenburgischen Prinzen unterstützen, der Oberstallmeister habe keinen Befehl, die Verheiratung der Prinzessin zu betreiben.⁷ Mitte November zeigte er sich mit dessen Ver-

¹ Le Forts Frage, ob damit der Heiratsplan abgelehnt sei, beantwortete Biron mit den Worten: „Nein, ganz und gar nicht.“ (Le Fort, 9. Juli. Loc. 3024. Vol. XIX.)

² Ordre an Le Fort, d. d. Warschau, 3. Juli (Loc. 3362). Der sächsische Gesandte hatte die Vermutung ausgesprochen, daß Biron sich vielleicht mit 500 000 Talern ohne Kurland begnügen würde. (Le Fort, 10. Juni. Loc. 3024. Vol. XVIII.) Die Notwendigkeit beträchtlicher pekuniärer Opfer begründete Le Fort oft, besonders im Hinblick auf die großen Summen, mit denen Preußen und Österreich die Durchführung ihrer Pläne in Petersburg zu erreichen hofften.

³ Le Fort, 22. Juli. Relat. Nr. 33. Seconde. (Loc. 3024. Vol. XIX.)

⁴ Le Fort, 29. Juli. Ebda.

⁵ d. d. Warschau, 4. Sept., mit der Ordre an Le Fort, 4. Sept. (Loc. 3362).

⁶ Le Fort, 23. Sept. (Loc. 3024. Vol. XIX). Ebenso waren Ostermanns und Biron's schriftliche Antworten (vom 12. Okt. bez. 22. Sept.) an den sächsischen Hof ganz allgemein abgefaßt.

⁷ Le Fort, 4. u. 25. Okt. Ebda.

halten unzufrieden¹, bot nötigenfalls die russische Vermittlung zu einer Aussöhnung Augusts mit dem Kaiser an, betonte sein Eintreten im Ministerrate für eine Wahl des Kurprinzen in Polen und schlug jetzt auf erneutes Drängen des sächsischen Gesandten in Ermangelung einer anderen Vertrauensperson vor, dessen Gattin², die eine Winterreise nach Teplitz plante, zur Beschleunigung der eingeleiteten Verhandlungen mit vorläufigen Instruktionen an den augusteischen Hof zu senden. Ostermann billigte Biron's Plan, beide empfahlen den Beitritt der Hofburg zu der künftigen Allianz. Wie diesen August der Starke bei der ablehnenden Haltung des Kaisers gegenüber seinen Annäherungsversuchen bezweifelte, so mußten auch von neuem sein Mißtrauen, daß er je bei dem russischen Hofe eine wirkliche Unterstützung seiner Pläne finden würde, gleichzeitige Nachrichten aus Berlin wachrufen, die den Eintritt Anton Ulrichs in russische Dienste, seine künftige Heirat mit Anna von Mecklenburg und Löwenwoldes Verhandlungen über Kurlands Schicksal meldeten. Was nützte es jetzt noch, Mitte Dezember, daß der Kurfürstkönig Klagen nach Petersburg richtete über in Berlin verbreitete, von Löwenwolde gern seinem Hofe mitgeteilte, aber grundlose Gerüchte von rußlandfeindlichen Bestrebungen Sachsens oder daß er seine Stellung zum Kaiser während der letzten sieben Jahre zu rechtfertigen versuchte?³ Die russischen Aufträge an Frau Le Fort würden ihn enttäuscht haben, hätte er ihr ersehntes Eintreffen erlebt. Zwar führte noch im Januar 1733, als die Ankunft des Prinzen von Bevern in Petersburg täglich erwartet wurde, Biron seine alte Sprache, daß die Gattenwahl für Anna bisher nicht erfolgt sei und daß er zugunsten der sächsischen Pläne eintrete.⁴ Rußland, so erklärte er auch, könne sich nur verpflichten, mit Waffen eine Wahl des Kurprinzen zu erzwingen, ein Heer von 60 oder 70 000

¹ „Que la conduite de Loewenwolde avoit brouillé toutes leurs affaires“ (Le Fort, 18. Nov. Ebda.)

² Diese, eine Freundin von Biron's Frau, von ihr „Fritzchen“ genannt, suchte gleichfalls den sächsischen Heiratsplan, namentlich in der weiblichen Umgebung der Zarin, zu fördern und stand deshalb auch im brieflichen Verkehr mit Brühl. Ihr Mann ließ sie daneben auch für die Thronkandidatur Stimmung machen. Auf direktem Wege hat durch sie August der Starke aber, soweit dies aus den Akten zu ersehen ist, keine neuen Angebote an Biron gelangen und „Combinationen“ (Droysen, IV. 3, S. 183) dem Petersburger Hofe vorschlagen lassen.

³ Er führte im besondern aus, daß die ihm untergeschobene Allianz mit Frankreich nur dazu diene, die Hofburg von ihrem rücksichtslosen Verhalten freizusprechen, das sie ihm gegenüber in der Frage der pragmatischen Sanktion bewiesen habe; er verteidigte die eigene Haltung und seinen Protest, der nur die Folge ihrer jedes Entgegenkommen abweisenden Stellungnahme sei. (Ordre an Le Fort, d. d. Dresden, 16. Dez. 1732. Loc. 3362.)

⁴ „Que lui seul s'étoit opposé de force contre le mariage prussien et que depuis l'offre que V. M. luy avoit fait faire des 100 000 Roubles il avoit abandonné le parti prussien et n'avoit pas été contraire au choix du Duc Jean Adolphe qu'ainsi pour barrer le chemin au parti prussien dans notre Negotiation.“ (Le Fort, 27. Januar 1733. Loc. 3024. Vol. XX.)

Mann werde in Polen mehr als alle Millionen in Gold vollbringen. Auf seinen Rat ließ Le Fort nicht nur nochmals dem Grafen Ostermann die bereits im Juli des Vorjahres für das Zustandekommen des Heiratsplanes angebotenen 100 000 Rubel von seiten Augusts hoffen, sondern außerdem 200 000 Taler für einen die russische Unterstützung der sächsischen Kandidatur betreffenden Artikel in dem geplanten Vertrage. Aber nachdem Ende Januar Graf Löwenwolde wieder eingetroffen war, änderten Biron und Ostermann plötzlich ihr Verhalten. Beide wurden jetzt Le Fort gegenüber auffallend kühl und zurückhaltend. Und nicht das geringste Eingehen auf die augusteischen Pläne verrieten die russischen Erklärungen, die man der Gattin des sächsischen Gesandten endlich am 7. Februar 1733 — der Tod Augusts des Starken wurde erst am 12. in Petersburg bekannt — anlässlich ihrer Abreise nach Warschau übermittelte. In zwei langen Unterredungen¹ hatte ihr Graf Ostermann neben verschiedenen Beschwerden gegen den polnischen Hof ganz im allgemeinen die Neigung für ein russisch-sächsisches Bündnis und wieder die Bereitwilligkeit eröffnet, einer Versöhnung des Kurfürstkönigs mit dem Kaiser die Hand zu bieten; daß Rußland mit diesem im engsten Einvernehmen trotz aller Versuche, es zu stören, nach wie vor stehe, und daß von seiten Augusts Vorschläge über den Bündnisinhalt ergehen müßten, war von dem Minister nachdrücklich hervorgehoben worden, ohne daß er aber dabei die Wahlanglegenheit überhaupt berührt oder eine Hoffnung zur Verwirklichung des sächsischen Heiratsplanes gelassen hätte; von neuem ward durch ihn erklärt, Annas Vermählung sei noch keineswegs festgesetzt; auch er führte den zwischen Johann Adolf und Anna bestehenden großen Altersunterschied als Hinderungsgrund an, worauf schon Biron hingewiesen hatte.²

Bei keiner der Mächte, an die er sich am Ende seines Lebens mit seinen Plänen wandte, hatte somit August der Starke einen Rückhalt gefunden. Letzte Entwürfe, sein Heer zu verstärken, kamen nicht mehr zur Ausführung³, Verhandlungen mit den ernestinischen Vettern wegen Übernahme von Truppen waren erfolglos geblieben. Dahingestellt muß es bleiben, wie sich, wenn ihm überhaupt auf dem Warschauer Reichstag der Umsturz von Polens Verfassung geglückt wäre, sein Verhältnis zu den drei Nachbarmächten gestaltet haben würde, die, wie er wußte, bereits Truppen in den der Adels-

¹ Le Fort, 10. Febr. (Ebda.) Journal des Conferences, qui se sont tenues sur le depart de Mad. le Fort qui luy a été remis le 7. de Févr. 1733. (Konzept Loc. 3361.)

² Le Fort, 6. Jan. Loc. 3024. Vol. XX. — Johann Adolf war am 4. Sept. 1685, Anna von Mecklenburg am 18. Dez. 1718 geboren.

³ Sie wären wohl nie in dem geplanten Grade verwirklicht worden: das Heer sollte, einschließlich der polnischen Truppen, auf 70 000 Mann erhöht werden; an Kosten für Bau und Einrichtung von 8 Magazinen wurden 2 130 000 Taler veranschlagt (Loc. 2881).

republik nächstgelegenen Gebieten zusammenzogen. Am Morgen des 1. Februar 1733 riß ihn der Tod aus einem sturmbelegten, bis zuletzt an Enttäuschungen reichen Leben. Eine „Dornenkrone“ war ihm, so hat er es selbst auf dem Sterbelager¹ ausgesprochen, die Krone von Polen gewesen, eine Dornenkrone sollte diese auch seinem Erben und Kursachsen, wiederum ein Menschenalter hindurch, werden.

Es folgte der Sohn, über den — abgesehen von seinem anerkannten Verständnis für die Kunst und einem einwandfreien Leben als Familienoberhaupt — in seiner Eigenschaft als Landesherr jedoch mit Recht so wenig Rühmenswertes wie von kaum einem andern sächsischen Herrscher bis heute seit dem scharfen Urteile seines großen Feindes² gesagt worden ist. An geistigen Gaben stand Friedrich August II. weit hinter dem Vater zurück, dessen Tatendrang ihm ganz fehlte, während der dynastische Ehrgeiz in ihm fortlebte. Ohne jede Initiative überließ er die Geschäfte der innern und auswärtigen Politik seinen Ministern. Das Geheime Kabinett und der Geheime Rat regierten in den ersten Jahren³, bis Graf Brühl alle Gewalt in seiner Hand vereinigte.

Der Machtzuwachs des Hauses Wettin blieb auch fernerhin der Leitstern der sächsischen Politik. Diese bewegte sich weiter in den Bahnen einer Großmachtpolitik. So wurde sie in jede der drei großen Krisen hineingezogen, welche die europäischen Kabinette besonders im dritten Jahrzehnt des 18. Jahrhunderts bewegten. In mehr oder minder hohem Grade an der polnischen, jülichischen und österreichischen Erfolgsfrage beteiligt, suchte sie nach altem diplomatischen

¹ Vgl. Arch. f. Sächs. Gesch. IX. 1871, S. 335ff.

² Vgl. Friedrichs des Großen Histoire de mon temps; Redaktion von 1746, hrsg. v. M. Posner, Publ. aus den K. Preuß. Staatsarchiven. IV. Bd. 1879, S. 183 und die von 1775: Oeuvres II. S. 26.

³ Man kann da noch nicht den überwiegenden Einfluß eines Ministers wahrnehmen. Die größte Zahl aller Reskripte trägt neben dem Namenszug Friedrich Augusts die beiden Unterschriften der vortragenden geheimen Kabinettsminister Sulkowski und Brühl, die offiziell am 25. Juni 1733 gemeinsam an die Spitze des Departements der auswärtigen Angelegenheiten im Kabinett berufen wurden. Da Graf Sulkowski weiterhin mit persönlichen Dienstleistungen beim Kurfürsten beauftragt blieb, wurde dem Grafen Brühl der briefliche Verkehr mit den Gesandten übertragen, soweit es sich darum handelte, den Empfang erhaltener Depeschen zu bescheinigen, die Reskripte mit näheren Erläuterungen zu begleiten, Anfragen zu stellen u. a. In der Regel nahmen außer beiden und dem Generalfeldmarschall, dem greisen Aug. Christoph Grafen v. Wackerbart, an den das Auswärtige und Polen betreffenden Beratungen die folgenden Konferenzminister teil: Gottlob Friedr. Freih. v. Gersdorff, Bernh. Freih. v. Zech, Friedr. Gotth. v. Bülow, später Gabaleon Graf v. Wackerbart-Salmour, sowie mit Geschäften beauftragte Offiziere, oft auch am Hofe weilende sächsische, später kaiserliche und russische Gesandte, Geistliche, polnische Getreue und Würdenträger. — Bei wichtigen Fragen wurden oft kollegialische Gutachten eingefordert; an ihrer Abfassung waren verschiedentlich auch die geheimen Räte (außer Gersdorff und B. v. Zech Alexander v. Miltiz und Gottlob Hieronymus v. Leipziger) beteiligt.

Brauch gegen möglichst geringe Opfer von Rechten, Ansprüchen und Geld und möglichst ohne Übernahme von Verpflichtungen ihr stetes Ziel zu erreichen, die Vergrößerung Sachsens.

Die Weiterführung der Pläne Augusts des Starken zwang die sächsischen Minister, die unter ihm noch eingeleitete Politik der Annäherung an die Mächte aufzunehmen, die sich im Gegensatz zu Frankreich zusammengefunden hatten, um mit ihrer Hilfe die polnische Krone, von der die europäische Stellung des Wettiner Hauses abhing, wiederzugewinnen. Zu einer Bewerbung war Friedrich August sofort entschlossen.¹ Seiner Absicht kam zustatten, daß der in Berlin zwischen den Gesandten der Kaiserhöfe und den preußischen Ministern vereinbarte Vertrag vom 13. Dezember 1732 schließlich nicht ausgeführt wurde. Denn kurz vor der Ratifikation hatten Rußland und Österreich Schwierigkeiten erhoben. Auf Grund einer Erklärung Löwenwoldes, der hierin auch die in Petersburg noch verweigerte Unterzeichnung des Kurland betreffenden Separatartikels in Aussicht stellte, erließ zwar Friedrich Wilhelm unter dem 11. Dezember 1732 ein förmliches schriftliches Versprechen², dem Grafen Biron 200 000 Taler zu zahlen, sobald der kurländische Artikel, der die Gründung einer brandenburgischen Sekundogenitur in Kurland vorsah, verwirklicht und sein zweiter Sohn August Wilhelm nach dem Tode des Herzogs Ferdinand dessen Stelle einnehmen würde. Daraufhin wurde auch vom russischen Hofe eine vom 25. Januar 1733 datierte Ratifikation des ganzen Abkommens an Löwenwolde nach Berlin übersandt, die dieser aber in Anbetracht der veränderten Lage wieder nach Petersburg zurückschickte. Denn inzwischen waren in Wien Seckendorffs Abmachungen verworfen worden. Man hatte hier geglaubt, als Gegenleistung für den selbst vorgeschlagenen Anfall von Kurland an Preußen dieses in der jülich-bergischen Frage willfähriger zu finden; als man dann sich aber in dieser Hoffnung getäuscht sah, verweigerte man die Ratifikation.³

¹ Es läßt sich nicht nachweisen, wann er diesen Entschluß gefaßt oder wer ihn hierzu in besonderen etwa bestimmt hat. Als Kurprinz hatte er am 8. Juli 1730 ein von einem Teile der väterlichen Ratgeber aufgestelltes politisches Programm mitunterzeichnet, das die Erhaltung der Königskrone für notwendig erklärte. (Vgl. Philipp, S. 105.) Am 2. Februar 1733, einen Tag vor dem Eintreffen der Botschaft vom Ableben seines Vaters, richtete er von Dresden ein Schreiben an den polnischen Großschatzmeister Ossolinski mit der Bitte um Wahlunterstützung. (Vgl. Boyé, Stanisł. Leszczyński, S. 121.) Gleichen Inhalts waren sicher auch drei weitere Briefe an den polnischen Großmarschall, den Krakauer Bischof Lipski und den päpstlichen Nuntius Paolucci. Sulkowski schickte an Brühl diese vier Schreiben zwecks Übermittlung „dans le cas dont Dieu nous preserve longtems“. (Sulk. an Brühl d. d. Dresden, 2. Febr. 1733. Loc. 719.)

² Brief abgedruckt bei: Geré (Guerrier, Woldemar), Bórba za polsky prestol v 1733 godn. Moskva 1862, im deutschen Anhang S. 1. — Vgl. Droysen, S. 174, 179, 197. — Preußens Staatsverträge, hrsg. von V. Loewe, S. 431.

³ Vgl. Arneth, S. 360ff. — Beer, S. 7ff.

Die erste Aufgabe der sächsischen Politik, die von Anfang an mit einer Doppelwahl auf dem Warschauer Wahlreichstage, einer „Scission“ der Parteien im Lande des Liberum veto rechnete, war, zur Unterstützung der kurfürstlichen Kandidatur Verständigung mit dem Kaiser zu suchen. In keiner Weise ging sie mehr auf Frankreichs Lockungen ein, das den Anschluß Friedrich Augusts an Österreich zu hintertreiben und ihn zum Verzicht auf eine Bewerbung zugunsten Leszczyńskis zu bewegen suchte durch erneute Versicherungen, einst die sächsischen Ansprüche auf das habsburgische Erbe vertreten zu wollen.¹ Wenn auch diese, wie die Verhandlungen mit Wien und die fernere Politik Kursachsens zeigen sollten, nie aus deren Programm schwanden, so mußten sie jetzt zurücktreten vor dem Ziel, eine Königskrone zu gewinnen. Dies bereitete endgültig dem langjährigen Schwanken des Kurfürstenhofes zwischen den europäischen Parteien ein Ende, führte auf Jahre hinaus zu einer Trennung von Frankreich und dessen Bundesgenossen Bayern, Sachsens Rivalen in einem Kampfe um das kaiserliche Erbe, und erforderte offenes Einvernehmen mit Österreich. Die sich zeitlich und sachlich bedingenden und durchdringenden Beziehungen zum Kaiser und zu seinen Verbündeten, Rußland und Preußen, aus Anlaß des Kampfes um Polens Besitz sind es vornehmlich, welche in den ersten Regierungsjahren Friedrich Augusts der kursächsischen Politik das Gepräge geben.

Wohl wollte sie unter möglichster Schonung der Kräfte der Erblande und Wahrung der Rechte des Kurfürstentums wie der Republik ihr Ziel erreichen. Aber der Gang der Ereignisse zwang sie, weitaus mehr als beabsichtigt zu opfern und Verpflichtungen einzugehen, die sie als drückend empfand. Im klaren darüber, daß für eine Wahlunterstützung durch Karl VI. der Preis die Anerkennung der seit Jahrzehnten den Mittelpunkt seines politischen Systems bildenden Erbfolgeordnung vom 19. April 1713 sein werde — die den karolinischen Töchtern den Vorrang vor den josephinischen in der Erbfolge zusprach — waren die Minister des neuen Kurfürsten von Anfang an entschlossen, den Widerstand der bisherigen augusteischen Politik gegen die Reichsgarantie der pragmatischen Sanktion aufzugeben, diese anzuerkennen und damit offen die Ansprüche des Hauses Wettin auf das österreichische Erbe fallen zu lassen. Auf die enge Interessengemeinschaft bauend, welche die Höfe von Wien und Petersburg gegen das ihre Machtsphäre bedrohende Eindringen französischen Einflusses im Osten Europas verband, hofften die sächsischen Staatsmänner, durch die Gewinnung des Kaisers Rußland und auch Preußen ohne nennenswerte Gegenleistungen, nur mit unverbindlichen Versicherungen aller Art, auf ihre Seite zu ziehen. Wie sehr sie sich hierin täuschten, sollte das Ergebnis der Verhandlungen mit den drei Mächten zeigen.

¹S. Ludwigs XV. Schreiben an den Warschauer französischen Gesandten Monti vom 2. März 1733. (Farges I, S. LXIX.)

Auch der Kostenaufwand, den die Behauptung des Schattenkönigtums in mehrjährigen Kämpfen erforderte, sollte weit die Erwartungen der sächsischen Regierung übersteigen. Waren einst die Landeskassen, als sich August der Starke um Polens Thron bewarb, fast vollständig leer, so füllten sie bei seinem Tode 670 968 Taler 7 Groschen 2 Pfennige.¹ Nur diese bescheidene Summe und ein Heer von ungefähr 27 000 Mann standen als Machtmittel Friedrich August II. beim Regierungsantritt zu Gebote. Denn wohl kaum durfte er hoffen, je die 39 Millionen Taler wiederzuerhalten, die er an die Republik als berechnete, unter seinem Vater angesammelte Forderungen stellen zu können glaubte.² In den Erblanden mußten sofort und in den folgenden Jahren fast immer die zur Erwerbung und Erhaltung der Königskrone nötigen Anleihen³ aufgebracht werden. Weniger die vom Kurfürsten zum Wahlgeschäft bestimmten 500 000 Dukaten⁴ als vielmehr die vielen Millionen Taler, welche die Teilnahme der Hauptmacht der sächsischen Truppen am polnischen Thronfolgekrieg kostete, sollten Kursachsens materielle Hilfsquellen in hohem Maße in Anspruch nehmen, so daß seine Staatsmänner durch vollständig erschöpfte Kassen mehr als einmal in arge Verlegenheit gesetzt wurden.

¹ Auf kurfürstlichen Befehl vom 6. Februar festgestellt. Bericht des Kammerdirektors Joh. Christ. v. Hennicke, d. d. Dresden, 17. Sept. (Loc. 359, auch Loc. 3523). Nicht zu ermitteln war die Richtigkeit der Angabe des geh. Kammer- und Bergrates Grafen A. Ludw. von der Schulenburg in seinem Tableau général de la cour . . . de la Saxe en 1769 (Loc. 30 087), der als Schuldenlast Sachsens am 1. Febr. 1733 — unter Abzug der Kassenbestände — 4 131 347 Taler angibt.

² Ohne die Zinsen. S. die Haupt Spezifikation dererjenigen Pretensionen, welche I. Kgl. Hoheit als Churfürst zu Sachsen an die Respublic von Pohlen zu formiren berechnigt sind. Aufgestellt d. d. Dresden, 18. Juli 1733. (Loc. 3688, auch Loc. 443; abgedruckt von P. Haake, Hist. Vierteljahrsschrift IX. 1906, S. 84.)

³ Diese wurden mit Vorliebe bei den Städten (Leipzig, Zittau, Görlitz, Bautzen, Lauban, Löbau, Freiberg, Zwickau, Chemnitz, Pirna) aufgenommen, meist gegen von der Kammer, Steuer und Generalaccise ausgegebene Zinsscheine. So erhoben diese Kassen im Mai 1733 Darlehen von 1 048 000 Taler; 647 630 Taler 18 Groschen wurden bei der Obersteuereinnahme im September zur Mobilmachung der Armee zinsbar aufgenommen. (Vgl. Hennickes Bericht.) Wegen der oft mehrmals und zum Teil in kurzen Zwischenräumen anbefohlenen Beschaffung von größeren Kapitalien mußten die Stadträte ihrerseits meist selbst gegen Ausgabe von Ratszinsscheinen Anleihen aufnehmen. Hierunter hatte besonders der Leipziger Rat zu leiden, der auch die zu den Messen üblichen „Donativs“ (z. B. zur Ostermesse 300 000 Taler; vgl. E. Hasse, Geschichte der Leipziger Messen. 1885. S. 147) beschaffen mußte. Die Staatsfinanzen leitete Graf Brühl, dem die Aufsicht über sämtliche Landeskassen und über die Kammer-, Accis- und Bergwerksangelegenheiten am 25. Februar übertragen wurde. Sein begabter und findiger Gehilfe war hierbei Hennicke. Zur Beschaffung von barem Gelde bedienten sie sich anfangs in der Regel des Bankiers Örtel und des Juden Gerd Levi in Leipzig.

⁴ Diese Summe (= rund 1 375 000 Taler) wurde in der ersten, über Maßnahmen zur Königwahl abgehaltenen Konferenz am 26. Febr. festgesetzt. (Loc. 3556. Vol. I.)

I. Abschnitt.

Kursachsen und die polnische Königswahl von 1733.

§ 1.

Das Verhalten der sächsischen Politik zu Österreich, Rußland und Preußen bis zur Wiener Allianz (16. Juli 1733).

Hatte anfangs der Tod Augusts des Starken die Verwirrung und Unsicherheit im europäischen Staatensystem noch erhöht, so zeigte und vollendete sich bald die zum Teil schon angebahnte Gruppierung der Mächte, wie sie den von ihnen verfolgten Interessen entsprach. Eng schlossen sich die bourbonischen und antihabsburgischen Höfe zusammen gegen den Kaiser und seine Verbündeten. Die Erledigung und Neubesetzung von Polens Thron gab das Signal zum neuen Ausbruch des habsburgisch-französischen Gegensatzes; nach längerem Frieden sollten nunmehr auf mehreren Kriegsschauplätzen die verschiedenen Macht Tendenzen zum Austrag durch die Waffen gelangen.

Nicht leicht und nicht sofort vollzog sich der schließlich durch zwei Verträge vollendete Anschluß Sachsens an Österreich und Rußland. Die Gründe lagen in dem Widerstande, den es den Forderungen beider für eine Wahlhilfe monatelang entgegensetzte. Zu dieser glaubte man in Dresden leichten Kaufes zu kommen, indem man allzusehr damit rechnete, daß infolge seiner Stellung und Machtmittel allein schon der sächsische Kurfürst mehr als irgendeiner der bald zahlreich genannten Bewerber den beiden Mächten als König von Polen willkommen sein müßte. Auf Grund der von letzteren wegen der Königswahl erlassenen zahlreichen Erklärungen — die unter dem Deckmantel, die Wahlfreiheit zu schützen, nur allzu deutlich den Ausschluß von Frankreichs Kandidaten bezeichneten — führten Kursachsens Staatsmänner oft als Argument in den Verhandlungen ins Feld, daß die Alliierten durch eine kurfürstliche Bewerbung in ihrer Parteinahme gegen Stanislas verstärkt, auf jeden Fall dessen Thronbesteigung nach erfolgter Wahl hindern und einem Piasten als Gegenkandidaten nicht gleiche Forderungen — speziell hinsichtlich Polens — wie an Sachsen stellen würden.

Von Anfang an faßten und vertraten die sächsischen Diplomaten den Grundsatz, sich zu nichts verbindlich zu machen, dessen Erfüllung nicht in der Macht und Willkür des Kurfürsten stehe. Dadurch hofften sie, sich für die Zukunft Freiheit der Entschließung zu wahren und Verpflichtungen zu entgehen, die eigne Ansprüche bedrohten oder einst den Kurfürsten, sollte er zum König erwählt werden, in Konflikte mit den auf ihre Freiheiten eifersüchtigen Polen bringen konnten. So lange als möglich suchte das Dresdner Kabinett vor dem unsicheren Ausgang einer Wahl sowohl der Übernahme von Verbindlichkeiten, welche dem Kurlande zu hohe Lasten aufbürdeten, aus dem Wege zu gehen, als auch den uneingeschränkten und endgültigen Verzicht auf sächsische und polnische Rechte zu verhindern.

Viele Vertragsentwürfe und Gegenprojekte ergingen infolgedessen von und nach Dresden. Nur zögernd und schrittweise fügte man sich hier; schließlich gab man in fast allen Differenzpunkten gegenüber den beiden kaiserlichen Höfen nach, deren Maßnahmen und Weisungen, vornehmlich an ihre Warschauer Gesandten, zum guten Teil von dem jeweiligen Stand der Verhandlungen mit Sachsen abhingen. Daß keine Opfer an Preußen nötig waren, bewirkte vor allem ihre Stellungnahme zu dessen Forderungen.

In den Märzkonferenzen wurden die näheren Zugeständnisse festgesetzt, die Kursachsen dem Wiener Hofe machen wollte. Die vier, den Beratungen über die Verhandlungen mit der Hofburg fast regelmäßig beiwohnenden Minister Brühl, Gersdorff, Bernhard von Zech und Generalfeldmarschall Wackerbart waren bereit, neben der Garantie der kaiserlichen Erbfolgeordnung, wie sie die Mehrheit der Reichsstände im Januar 1732 übernommen hatte, ein besonderes Bündnis zu schließen und zwar auf der Grundlage des Gegenprojektes, das der damalige sächsische Minister Graf Ernst Christoph von Manteuffel im März 1729 in ergebnislosen Bündnisverhandlungen¹ mit dem Kaiser auf die Vorschläge des Grafen Seckendorff entworfen hatte. Bestärkt wurden sie in ihrer Absicht durch eine geheime Anfrage² kaiserlicherseits an Wackerbart, ob der Kurfürst auf Grund jener Verhandlungen neue einzugehen geneigt sei. Wie einst August der Starke in früheren Verhandlungen, so gedachte auch sein Sohn, dem Kaiser nur den Besitz der in Deutschland gelegenen Erbländer, keineswegs aber die habsburgischen Territorien in Italien und den Niederlanden oder Ungarn zu garantieren. Die Zahl der ehemals von Seckendorff geforderten 8000 Mann sächsischer Hilfstruppen sollte jetzt auf 6000 Mann reduziert, die Dauer des Bündnisses nach dem Wunsche des Kurfürsten³ auf vier, höchstens aber auf sechs Jahre festgesetzt werden.

¹ Vgl. Philipp, S. 91ff.

² Vermutlich ging sie von Seckendorff aus. Konferenz, d. d. Dresden, 17. März. (Loc. 3550. Vol. I.)

³ Er sprach ihn selbst in der Konferenz am 20. März aus — eins der wenigen aus den Akten ersichtlichen Zeugnisse von einer persönlich geäußerten Ansicht Friedrich Augusts in den Beratungen seiner Minister.

Als die beiden sächsischen Gesandten, der Kabinettsminister Graf Anton von Lützelburg und der geheime Rat Ludwig Adolph Freiherr von Zech¹, Mitte März am Wiener Hofe eintrafen und ein kurfürstliches Ergebnissschreiben mit der Bitte um Wahlunterstützung überbrachten, fanden sie dort zu Verhandlungen sofortiges Entgegenkommen. Die Ursache hierfür lag vor allem in der Furcht einer sonst möglichen Verständigung Augusts mit Frankreich, sodann in der Hoffnung, daß er sich aller Ansprüche auf das österreichische Erbe begeben werde, wenn er mit kaiserlicher Hilfe das Ziel seiner Wünsche erreicht haben würde.² Zwar gab in der ersten Audienz am 16. März der Kaiser seiner Unzufriedenheit mit der Politik des verstorbenen Kurfürstkönigs genügend Ausdruck³; er erklärte sich aber bereit, Minister für die Verhandlungen zu ernennen; Prinz Eugen sprach nicht von Geschäften⁴; Graf Königsegg ließ deutlich durchblicken, daß ein vom Kaiser mit „ändern“ Mächten wegen der polnischen Thronvakanz früher getroffenes Übereinkommen rückgängig gemacht werden könnte, da dem Kurfürsten nicht die „exclusiva“ gegeben sei. Am 29. März fand die erste Konferenz statt. Die zu den Verhandlungen bestimmten Minister — es waren Prinz Eugen, der Oberhofkanzler Sinzendorff, die Konferenzminister Königsegg und Starhemberg, der geheime Referendar Bartenstein⁵ — kritisierten gleichfalls zunächst das frühere Verhalten Sachsens, besonders auch seine Beziehungen zu Bayern, und betonten — wie in der Folge noch häufig — das enge Verhältnis des Kaisers zu seinen Verbündeten Rußland und Preußen, ohne die er nichts versprechen könne und die das Dresdener Kabinett gewinnen müsse. Als Gegenleistung für eine tatkräftige Hilfe erklärten Lützelburg und Zech sofort die Absicht ihres Hofes zum Beitritt der Reichsgarantie der pragmatischen Sanktion, den zu vollziehen August der Starke nicht des „An“, sondern allein des „Quomodo“ wegen gezögert habe.⁶ Anstatt eines erhofften kaiserlichen Bündnisentwurfes erhielten sie daraufhin am 2. April

¹ Ihre Instruktion vom 28. Febr. enthält 14 Punkte. (Loc. 3550. Vol. I.) Im März sandte Brühl an Lützelburg noch einige, nur für ihn bestimmte geheime Instruktionpunkte. Mit Hilfe der Beichtväter an der Hofburg sollte er den Kaiser zu bewegen suchen, in zwei Geheimartikeln des zu schließenden Bündnisses oder in einem eigenhändigen Briefe Kurachsen die Erhaltung des Direktoriums vom Corpus Evangelicorum zu versprechen und den dauernden Besitz der Stifter Meißen, Merseburg und besonders Naumburg, sowie den künftiger Säkularisationen zu garantieren. (Konzept Loc. 3420.)

² Vgl. Ranke, S. 196. — Arneht, S. 366. — Beer, S. 13ff.

³ Lützelburg u. Zech, d. d. Wien, 18. März. Loc. 3550. Vol. I.

⁴ Am 24. März äußerte dieser aber zweimal zu Lützelburg und Zech, sie sollten sich „nur wohl explizieren“. (Lützelburg u. Zech, 25. März. Ebda.)

⁵ In der Folge wohnte auch oft der Bischof von Bamberg und Würzburg, Friedrich Karl von Schönborn, den Konferenzen bei.

⁶ Lützelburg u. Zech, 29. März. Loc. 3550. Vol. I.

nur eine vom 31. März datierte Denkschrift¹, die gleichzeitig Rußland, Preußen und Englands Gesandten, Lord Robinson, mitgeteilt wurde und deren Inhalt eine klare Stellungnahme für einen Kandidaten unentschieden ließ. Neben allgemeinen Versicherungen, daß der Wiener Hof nicht ohne den russischen und preußischen vorgehen und nicht die polnische Verfassung verletzen werde, daß aber die kaiserlichen Gesandten in Petersburg, Berlin und Warschau vorläufig zugunsten Augusts instruiert seien, enthielt sie gleichzeitig die ersten beiden Artikel des zwischen dem Kaiser und England am 16. März 1731 geschlossenen Bündnisses² und die Beitrittserklärung zur Reichsgarantie der pragmatischen Sanktion.

Das Ziel zeigte sich bereits, auf das die Wünsche der kaiserlichen Politik gerichtet waren. Einerseits begnügte sie sich nicht mehr mit einem bloßen Beitritt Kursachsens zum Conclusum Electorale vom 11. Januar 1732³; denn in diesem und dem formulierten Reichsgutachten war nur der die Anerkennung und Garantie der kaiserlichen Erbfolgeordnung betreffende 2. Artikel des österreichisch-englischen Bündnisses enthalten, nicht aber der 1. Artikel, der eine dauernde beiderseitige Garantie aller Länder bei irgendeinem Angriffe bestimmte. Andererseits wollte sie sich nicht auf eine alleinige Kandidatur des Kurfürsten festlegen; sie rechnete zugleich mit dem Eintreten für einen anderen Bewerber, wenn es die Parteiverhältnisse in Polen oder die Haltung Sachsens erfordern sollten.⁴

Zunächst glaubte man in Dresden, die Verhandlungen mit dem Wiener Hofe auf der Basis eines aus den Beratungen im März hervorgegangenen und am 13. April abgesandten Bündnisprojektes⁵ beginnen zu können. Die Hauptpunkte waren die gegenseitige Garantie der im Reiche gelegenen Länder, kaiserliche Subsidien und Hilfsleistung von 12 000 Mann, von 6000 Mann sächsischerseits, Beförderung einer Reichsindemnisation des durch den Schwedeneinfall in Sachsen 1706 und 1707 erlittenen Schadens⁶, Zahlung rückständiger Subsidien⁷, baldige Entscheidung sächsischer Prozesse und Beschwerden beim Reichshofrat und Unterstützung des Kurfürsten nach erfolgter Wahl mit Geld und Waffen. Vier Separatartikel enthielten die sächsische Beitrittserklärung zur Reichsgarantie der pragmatischen Sanktion,

¹ Lützelburg u. Zech, 3. April. Ebda. — Diese meint wohl auch Beer, S. 14.

² Gedruckt u. a. bei Dumont-Rousset, Supplement au corps universel diplomatique (1739) II, 2, S. 288.

³ Gedruckt bei Faber, Europ. Staats-Cantzley, IX. Theil, Cap. XI, S. 563.

⁴ Vgl. Beer, S. 14ff.

⁵ In 13 Artikeln u. 4 Separatartikeln. (Konferenz, 9. April. Loc. 3550. Vol. I.)

⁶ Er belief sich auf 35 724 945 Taler ohne Zinsen nach der unter dem 18. Juli aufgestellten Berechnung über sächsische Geldforderungen an Polen.

⁷ In der Höhe von 71 559 Gulden 13 Groschen 3 $\frac{1}{2}$. August der Starke hatte in der Konvention vom 18. April 1718 dem Kaiser zwei Infanterieregimenter und ein Kürassierregiment nach Ungarn überlassen.

Festsetzung der kaiserlichen Wahlhilfe und Regelung von alten Grenz-, Handels- und anderen Differenzen.

Dieser erste sächsische Entwurf eines auf nur vier Jahre berechneten Bündnisses mit der Hofburg ist von Lützelburg und Zech nie in Wien vorgelegt worden aus Furcht, die kaum eingeleiteten Verhandlungen könnten daraufhin sofort wieder abgebrochen werden. Vorläufig übergaben sie als Beantwortung der kaiserlichen Denkschrift am 22. April dem Prinzen Eugen auf seinen Wunsch ein Promemoria in 4 Punkten. Außer einem durch Frankreichs Maßnahmen zugunsten Leszczynskis bedingten schnellen gemeinsamen Vorgehen des kaiserlichen Botschafters Wilczek mit den beiden sächsischen Unterhändlern in Warschau — dem Kabinettsminister Joseph Anton Gabaleon Grafen von Wackerbart-Salmour und dem General Wolff Heinrich von Baudissin — wünschte es Beförderung und Erhaltung von Kursachsens Rechten und verhiess dafür dessen Beitritt zur Reichsgarantie.¹ Auf die erklärte Bereitwilligkeit zu Bündnisverhandlungen übergab Graf Sinzendorff am 3. Mai einen vom 28. April datierten ersten Vertragsentwurf, zu dem in der Konferenz vom 4. Mai einige Erläuterungen gegeben wurden, nachdem die Dresdner Gesandten sofort Vorstellungen gegen zu weitgehende Garantieforderungen erhoben hatten.

Weder der Form noch dem Inhalt nach berührte sich dieses Wiener Projekt² mit dem sächsischen Bündnisplan. Es faßte zum ersten Male klar alle kaiserlichen Forderungen zusammen und war nach Sinzendorffs Erklärung die Bedingung für das Eintreten der verbündeten Ostmächte in der Wahlsache. Möglichste Abhängigkeit des Kurfürsten von dem Willen der Hofburg sollte, wenigstens auf dem Papier, gewährleistet werden. Sie erblickte in dem bloßen Beitritt Kursachsens zur Reichsgarantie der pragmatischen Sanktion kein wichtiges Zugeständnis, da sie es schon durch den Regensburger per majora erfolgten Reichsschluß vom 11. Januar 1732 für verpflichtet betrachtete, in einem künftigen Garantiefall sein Reichskontingent zu stellen. Wie andere Territorien sollte es nun ebenfalls eine doppelte Garantie der kaiserlichen Lande auf sich nehmen, einmal als Reichsstand bei einem feindlichen Eingriff in die Erbfolgeordnung, dann als „Generalgarant“ des gesamten kaiserlichen Besitzstandes bei jedem diesem drohenden Angriffe. Außer der uneingeschränkten und dauernden Garantie sämtlicher kaiserlicher Lande, wie es analog der Denkschrift vom 30. März im Verlangen zum Beitritt der Reichsgarantie und des 1. Artikels des englischen Vertrages ausgesprochen war, forderte der Wiener Entwurf im wesentlichen ewige Dauer des Bündnisses, Anerkennung der auf das Herzogtum Mantua ausgedehnten weiblichen Erbfolge sowie die Verpflichtung, mit keiner Macht inner- oder außerhalb des Reiches jemals dem Verträge zuwiderlaufende Bündnisse

¹ Lützelburg u. Zech, 22. April. Loc. 3550. Vol. I.

² In 12 Artikeln, 2 Separatartikeln und einem Geheimartikel. (Lützelburg u. Zech, 6. u. 9. Mai. Loc. 3550. Vol. II.)



zu schließen und des Kaisers Autorität und Reservatrechte aufrechtzuerhalten. Die Gegenleistung bildete die Erklärung des Kaisers, dem Kurfürsten „vorzüglich vor andren Kandidaten“ Vorschub zu leisten, damit in Polen die sächsische nicht der französischen Partei unterläge. Jener behielt sich also vor, jederzeit einen anderen Bewerber als Stanislas und Friedrich August nach einer Wahl anzuerkennen, wie denn auch bisher und in der Folge vom Wiener Kabinett stets erklärt wurde, daß man nur bona officia versprechen, polnische Freiheiten und Rechte nicht antasten und die Wahl eines Piasten nicht hindern könne. Auch wenn die sächsischen Absichten scheitern würden, sollte der volle Inhalt des Vertrages seine Geltung behalten. Endlich war die kaiserliche Wahlhilfe noch an die Bedingung geknüpft, daß Kursachsen mit England¹, Rußland und Preußen Defensivallianzen schließe (Art. 5), den russischen Hof in seinen Ansprüchen hinsichtlich Polens und Kurlands² zufriedenstelle und die preußischen Wünsche erfülle (Art. 8).

Die Höfe zu Petersburg und Berlin hatten sich inzwischen auch gemeldet.

Charakteristisch für die Eile, mit welcher Rußland kurz nach dem Tode Augusts des Starken die Pläne seines Sohnes zu erfahren und dessen befürchteten Anschluß an Frankreich durch geeignete Schritte zuvorkommen suchte, ist der Eifer, mit dem der Oberkammerherr Biron den sächsischen Gesandten Le Fort bestimmte, sofort einen Kurier³ nach Dresden zu senden, um über die Absichten

¹ Der britische Gesandte Lord Robinson drang bald in Wien darauf, die Erwähnung seines Hofes in dem 5. und 8. Artikel zu unterlassen. (Lützelburg u. Zech, 20. Mai. Ebda.)

² Art. secretus: „Obwohlen Articulo Octavo ohne das vorgesehen, daß die Beistimmung I. Maj. von allen Russen die Bedingung zum grund habe, daß I. Churf. D. wann Sie den Polnischen Thron besteigen sollten, sich angelegen sein lassen würden dem Russischen Hof in denen an Polen habenden praetensionen eine gerecht- und billigmäßige Satisfaction auf art und weiß zu verschaffen, als es demselben von der Cron Frankreich, da des Stanislai erhebung die Hände geboten werden wollen, angetragen worden; Und aber das Französische Anerbieten sich respectu Curland soweit erstreckt hat, daß ged^{es} Herzogtum nach erlöschung des nunmehr dasselbe innenhabenden Kettlerischen Mannsstammen jenen zum Fürsten haben solle, welchen I. Maj. von allen Russen hierzu benennen würden; So haben sich jedoch jetzterwehnte I. Russ. Maj. dero angestammten ruhmwürdigsten gemütsbilligkeit nach dahin erklärt, zu vorderst der Republik Polen Oberlehenherrlichkeit in so weit sie mit denen pactis Subjectionis übereinkommt, keinen Abbruch tun zu wollen; hiernächst aber ein mehreres hierunter nicht anzuverlangen, als daß vielgedachtes Herzogtum Churland auf alle art und weiß bei seiner gegenwärtigen Regierungsform, privilegien und einer freien Wahl nach Erlöschung des Kettlerschen Mannsstammes gehandhabt u. geschützt werde: worzu sich also I. Churf. D. zum voraus verbindlich zu erklären keinen Anstand genommen haben. Vorstehender Artikel soll höchst geheim gehalten werden . . .“

³ „Pour prevenir Mad. Le Fort, qui ne sauroit arriver sitôt . . .“ Le Fort wählte seinen Sekretär Joh. Sigism. Pezold. (Le Fort, d. d. Petersburg, 18. Febr. Loc. 3552. Vol. I.)

des Kurfürsten Gewißheit zu erlangen. Zurückhaltender als Biron, welcher bei einer Wiederaufnahme der letzten augusteischen Verhandlungen von neuem die russische Begünstigung der sächsischen Pläne und Truppensendungen gegen die französische Partei nach Polen in Aussicht stellte, verhielt sich wie bereits früher so auch jetzt der Vizekanzler Graf Ostermann. Er äußerte nur, Rußland habe keinen direkten Kandidaten vorzuschlagen, werde mit dem Kaiser zusammengehen und einen „Freund“ begünstigen. Nachdem dann Mitte März Friedrich August dem Petersburger Hofe von seiner ernstlichen Bewerbung hatte Kenntnis geben und Ostermann und Biron in ganz allgemein gefaßten Worten Anerkennung ihrer Dienste in Aussicht stellen lassen¹, erklärte der letztere, die russischen Gesandten in Warschau seien gegen eine Wahl des Stanislas instruiert; wenn sie erfolgte, hätten die russischen Grenztruppen Befehl, in Polen einzurücken.² Da Biron gleichzeitig den Wunsch vorgebracht hatte, in dessen Erfüllung er seine Belohnung erblicken wollte, und der darin bestand, seinem Vaterlande Kurland unter einem sächsischen Herrscher die „alte“ Verfassung zu bewahren, antwortete der Kurfürst mit einer allgemeingehaltenen und unverbindlichen Versicherung künftiger Berücksichtigung der geäußerten Bitte³; dem Grafen Ostermann verhielt er eine „beträchtliche“ Geldsumme als Belohnung.

Doch bald sah man sich in Dresden in der Hoffnung getäuscht, Bündnisverhandlungen, die zur Übernahme bestimmter Verpflichtungen vor der Wahl führen mußten, vermeiden und Rußland gewinnen zu können nur mit dem Betonen nachbarlicher Freundschaft und der Vorteile, die es durch einen sächsischen Herrscher auf Polens Thron finden würde. Deutlich drückten bereits Ende April, dann Anfang Mai⁴ der Oberkammerherr wie der Vizekanzler ihr Erstaunen aus wegen des langen Ausbleibens sächsischer Vorschläge über einen zu bildenden „Plan“; diesen und die Eröffnung der Gedanken des Kurfürsten in bezug auf Kurland stellte Ostermann als Bedingung hin für das weitere Treffen günstiger Beschlüsse.

Um dieselbe Zeit gab nun auch Preußen Forderungen für eine Wahlunterstützung bekannt. Wie seine Minister Wilhelm Heinrich von Thulemeier und Adrian Bernhard von Borcke dem sächsischen Gesandten und Generalmajor Georg Wilhelm von Birckholz zunächst

¹ Ordre an Le Fort, d. d. Dresden, 16. März: „Je n'oublierai pas de reconnaitre reellement et d'une manière satisfaisante les bons services, qu'ils me rendront auprez de la Czarine.“ (Loc. 3552. Vol. I.)

² Le Fort, 11. April. (Ebda.) — In verschiedenen Gesprächen äußerte die Zarin Anna bereits, nur für den Kurfürsten Partei ergreifen zu wollen.

³ Ordre an Le Fort, d. d. Leipzig, 6. Mai: „Que le cas existant sa patrie peut s'attendre de l'équité de mes sentiments et de ma bienveillance à toutes les faveurs qui dependront de moi, Je saurai reconnoitre en tems et lieu le zele et les bons offices que le Cte aura employé pour la réussite de mon dessein et que je m'en acquiterai reellement et d'une manière qu'il aura lieu d'être entierement satisfait.“ (Ebda.)

⁴ Le Fort, 21. April; 2. u. 9. Mai. Ebda.

andeuteten¹, sollte Sachsen den ostfriesischen Titel anerkennen, den ihr König im August des Vorjahres angenommen hatte, ihm Werbungen in Polen und Salzdurchfuhr durch Elbingen gestatten, das Herzogtum Berg und die Grafschaft Ravenstein nach dem bevorstehenden Aussterben der männlichen Linie des Hauses Pfalz-Neuburg garantieren und auf Kleve verzichten; Preußen werde nach dem Erlöschen des Mannesstammes der Pfalz-Sulzbachschen Linie den Wettinern Jülich garantieren und hierzu England und Holland zu bringen sich bemühen; sodann bot auch Thulemeier ein Darlehen seines Herrn in Höhe von einer Million Taler an. In 10 Punkten formuliert wurden die preußischen Wünsche² ohne Datum und Unterschrift von dem außerordentlichen Gesandten und geheimen Kriegsrat Samuel Ludwig von Lüderitz³ am 18. Mai in Dresden überreicht. Hinzugekommen waren die Forderungen, den sächsischen Prozeß beim Reichshofrat in der jülichischen Erbfolgesache zurückzuziehen, die preußischen Absichten auf Kurland nach Möglichkeit zu begünstigen und Handelsverträge zu erneuern. Die Wahlunterstützung ward auf die Weise versprochen, wie sie durch Österreich und Rußland erfolgen werde. Nicht viel besagte das erneute Anerbieten einer preußischen Garantie Jülichs, da es jetzt die kaiserliche Einwilligung voraussetzte. Noch ehe aus Wien die bestimmte Nachricht⁴, daß sich der Kaiser über die weitgehenden Wünsche Preußens gewundert habe, und bevor eine von Seckendorff und Manteuffel entworfene Beantwortung⁵ eingelaufen waren, wurde in der Dresdner Konferenz

¹ Sie und Heinrich von Podewils führten in der Folge die Verhandlungen mit Sachsen. — Birekholz, d. d. Berlin, 24. April u. 8. Mai. (Loc. 3690.) Birekholz war im März dem abberufenen geheimen Kriegsrat von Bülow auf den Berliner Gesandtenposten gefolgt.

² Eine Kopie schickte Brühl an Lützelburg u. Zech, d. d. Dresden, 5. Juni. (Loc. 3333.) Vgl. Droysen, S. 200; Ranke, S. 197; Ausländer S. 203.

³ Er sollte besonders auf die Verfassung der sächsischen Armee achten, speziell auf Zustand, Rekrutierungsverhältnisse und etwaige Verabschiedungen des Regimentes Rutowski. Instruktion für Lüderitz, d. d. Potsdam, 30. März. (Berl. Arch. Rep. 41. no. 39.) Sogleich nach Augusts des Starken Tod hatte im geheimen das Berliner Kabinett den Hofrat Sellentin nach Dresden zu dem Zwecke abgeschickt, um über die Absichten und Veranstaltungen des Thronfolgers bezüglich der polnischen Krone, Veränderungen an seinem Hofe und in seinem Heere, über etwaige fortdauernde heimliche Beziehungen zu Frankreich und Bayern und über seinen wahrscheinlichen Anschluß an den Kaiser zu berichten. (Ministerielle Instruktion vom 7. Febr. Ebda.)

⁴ Lützelburg u. Zech, 20. Mai (Loc. 3550. Vol. II.) Aber ein Bericht aus Warschau vom 7. Mai war schon eingetroffen mit Versicherungen des kaiserlichen an die sächsischen Gesandten, daß der Kaiser Preußen vom Ausschluß des Kurfürsten abgebracht und gestellte Forderungen — Abtretung der Rechte auf Jülich und Berg, das ganze oder geteilte Kurland und das Rutowskische Regiment — als zu hohe habe vorstellen lassen. (Loc. 3556. Vol. II.)

⁵ Manteuffel an Friedrich August, d. d. Berlin, 24. Mai. Loc. 2970. Vol. I.

am 22. Mai, obwohl man keineswegs schon fest auf Österreichs und Rußlands Hilfe rechnen konnte, jene bekannte Antwort beschlossen, welche, auf Ausführungen des Feldmarschalls Wackerbart beruhend, die preußischen Forderungen ablehnte. Sie schied die Polen betreffenden Wünsche von den Punkten, deren Bewilligung in der Macht des Kurfürsten läge. Er erklärte, nach einer Wahl für geleistete Dienste Erkenntlichkeit, „in so weit es die zulässigen Mittel und vorgeschriebenen Gesetze gestatten, auf alle Art und Weiße zu bezeugen“. Zur Erneuerung von Handelsverträgen erbot er sich nach Vornahme notwendiger Änderungen. Wie er das Beilegen des ostfriesischen Titels von der Zustimmung des Kaisers abhängig machte¹, so schob er die der sächsischen Herzöge in der Preußen am Herzen liegenden Erbfolgesache vor.

Keineswegs war jetzt die sächsische Regierung gesonnen, die Jahrhunderte alten, immer zäh festgehaltenen Ansprüche² des Hauses Wettin auf das jülichische Gesamterbe zu opfern. Sie war soeben erst erneut mit ihnen hervorgetreten.³ Wenn auch in dieser Frage zum Nachteil Preußens keine Vereinbarungen zwischen Sachsen und Österreich getroffen oder Verhandlungen weder in Wien noch in London⁴ geführt

¹ Unausgeführt blieb der in Aussicht gestellte Versuch, den Widerspruch des Kaisers zu beseitigen. In Dresden wußte man, daß dieser namentlich aus Rücksicht auf England-Hannover Preußens König den ostfriesischen Titel verweigerte.

² Sie gründeten sich auf die 1483 von Kaiser Friedrich III. dem Herzog Albert von Sachsen gegebene Exspektanz auf die Herzogtümer und auf die vielfachen, später dem Hause Sachsen erteilten Belehungen. (Vgl. M. Ritter, Sachsen und der Jülicher Erbfolgestreit 1483—1610. Abh. d. 3. Kl. der K. Ak. d. Wiss. XII. Bd., II. Abth.) 1715 hatte noch Karl VI. Sachsen mit den Fürstentümern „belehnt“. Der letzte erfolglos gebliebene Versuch einer gütlichen Verständigung zwischen dem Berliner und Dresdener Hofe in dieser Erbfolgefrage war im September 1728 von dem preußischen Minister Ilgen ausgegangen. Er äußerte damals zu Suhm, dem sächsischen Gesandten in Berlin, daß ein Vergleich wohl möglich sei, er habe oft darüber mit dem verstorbenen Feldmarschall Flemming gesprochen, der aber den ganzen Saalekreis gefordert habe, woran nicht zu denken sei. Als dann Ilgen Anfang Oktober die Neigung seines Herrn zu geheimen Verhandlungen erklärte, wurde Graf Manteuffel beauftragt, mit ihm in Privatkorrespondenz zu treten. (Loc. 3246.) Über ihren Verlauf konnte nichts Näheres gefunden werden.

³ Schon am 2. März erging an den Haager Gesandten, Generalleutnant Claude de Debrose, Befehl, auf Verhandlungen wegen Jülich zu achten, besonders auf einen eventuellen Vergleich zwischen Preußen und Pfalz-Sulzbach. Er erhielt eine gedruckte Deduktion der sächsischen Rechte. Diese sollte auch, wie die Erhaltung des Direktoriums des Corpus Evangelicorum, der Londoner Gesandte Graf Büнау bei den englisch-hannoverschen Ministern vertreten. (Ordre an Büнау, 29. April. Loc. 3243. Vol. VI.) Am 30. April wurden dem sächsischen Anwalt Joh. Sam. Kornacker in Wien Vollmachten erteilt, von neuem den 1615 beim Reichshofrat erhobenen, wegen des 30jährigen Krieges im Sande verlaufenen Prozeß aufzunehmen, den schon im November 1730 August der Starke wieder anhängig gemacht hatte. (Loc. 3246.)

⁴ Keinerlei Anhaltspunkte finden sich für die Richtigkeit der An-

wurden, so baute man doch hauptsächlich in Dresden auf die Politik der Wiener Staatsmänner, welche stets die oberste Entscheidung in der Hand zu behalten strebten und bald Verwunderung über das preußische Anerbieten betreffs Jülichs bekundeten.¹ Mit der Antwort und zugleich mit dem Gesandtenposten² in Berlin wurde nicht Bernhard von Zech, dessen Sendung König Friedrich Wilhelm I. am liebsten gesehen hätte³, betraut, sondern der Oberst Johann Ludwig von Ponickau, der auf Anraten des kaiserlichen Gesandten zwei „Kerls“ als Geschenk für den Soldatenkönig mitbekam, und dessen Tätigkeit fortan im engsten Zusammenhang mit dem Wirken Seckendorffs und Manteuffels für Kursachsen stand.

Der Monat Juni sollte nun den Höhepunkt in dem bunten Wirrwarr der Verhandlungen zwischen den vier Höfen bilden. Bestimmenden Einfluß auf ihren Gang übten mehr und mehr die Nachrichten von den Zuständen in Polen aus. Sie meldeten neben ununterbrochenem, fast täglichem Wechsel in der Lage der Parteien und all den mannigfachen Bemühungen der Warschauer sächsischen Gesandten, die Zahl der Anhänger des Kurfürsten zu verstärken, nach wie vor die Notwendigkeit seiner schnellen Verständigung mit Österreich. Offiziell zur Begleichung augusteischer Schulden geschickt und versehen mit weiten, bei plötzlichen Entscheidungen selbständiges Handeln zulassenden Vollmachten⁴, arbeiteten seit Ende April in Polens Hauptstadt Wackerbart-Salmour und Baudissin im Interesse ihres Herrn. In unermüdlicher Tätigkeit wandten sie die alten Mittel — Geld, Geschenke aller Art, Versprechungen von Ämtern, Würden und Pensionen — zum Stimmenkauf an. Eine Summe von 300 000 Talern⁵ stand ihnen zunächst zur Verfügung. Noch war Ende Mai der für Friedrich August gewonnene Anhang sehr gering an Zahl. Welche günstige Stimmung für Stanislas herrschte, bewies deutlich Verlauf und Ende des Konvokationsreichstages, der beschlossen hatte, nur einen im Lande geborenen Kandidaten zu wählen.⁶ Dazu kamen Nach-

gaben, die der preußische Gesandte Graf Degenfeld im Mai 1733 über Londoner Konferenzen machte (Droysen, V. 1, S. 126), wonach sich Sachsen erboten haben soll, gegen eine kaiserliche Garantie des Anfalls der polnischen Krone und gegen die Abtretung von Schlesien oder eines Teiles von Böhmen auf die jülich-bergische Sukzession zugunsten Sulzbachs zu verzichten und die pragmatische Sanktion zu garantieren.

¹ Lützelburg u. Zech, 27. Mai. (Loc. 3550. Vol. II.) Vgl. Ausländer, S. 204.

² Birckholz wurde als nicht „erfahren“ genug auf Wunsch von kaiserlicher Seite abberufen.

³ Seckendorff an Friedr. Aug. 17. Mai. Loc. 2970. Vol. I.

⁴ „Declaration de S. A. R. sur ce qui doit servir d'Instruction au Cte de Wackerbarth-Salmour et au General de Baudissin dans leurs Commissions en Pologne“ vom 6. April. (Loc. 3556. Vol. I.)

⁵ Überbracht durch den Generalacciskassierer Christian Gottlob Klinkkicht. Dessen von Brühl unterzeichnete Instruktion d. d. Dresden, 4. April. (Loc. 3523.)

⁶ Vgl. Boyé, S. 123ff.

richten, daß auch der kaiserliche Hof einen anderen zur Hand hatte. Der Warschauer apostolische Nuntius Paolucci überbrachte den sächsischen Bevollmächtigten¹ den Inhalt von Wiener Depeschen, daß der kaiserliche Gesandte im Falle der Ausschichtslosigkeit einer Wahl Augusts für den Prinzen Emanuel eintreten sollte, dem sein Bruder, Portugals König, mehrere Millionen und eine Pension ausgesetzt habe; Wilczek hatte dem Nuntius versichert, daß man Emanuel nur „im äußersten Fall“ wählen und jedenfalls einem Piasten vorziehen werde.

Nach langem Zögern verzichtete der Kurfürst auf die Vorlage des Bündnisentwurfes vom 13. April, den Lützelburg und Zech trotz eines Befehles vom 18. Mai nicht in Wien unterbreitet hatten. Er billigte² die von ihnen vorgenommenen Änderungen, die hauptsächlich im Wegfall der Geldforderungen und in der Anerkennung der „ewigen“ Dauer des Bündnisses wie der weiblichen Erbfolge in Mantua bestanden. Hinzugefügt war in dem die Wahlunterstützung betreffenden Artikel, alle Hilfe zu leisten, damit kein „wiedrig gesinnter Tertius“ auf den Thron gelange, und in dem Garantieartikel die für die Zukunft wichtige Klausel, daß bei einem erfolgten oder drohenden Angriff auf eigene Lande der Garantieleistende seiner Verpflichtungen enthoben sein sollte. Am 7. Juni übergab Zech den modifizierten Entwurf als ein erstes sächsisches Gegenprojekt³ dem Wiener Hofe, der Schwierigkeiten von Sachsen nicht vermutet und bereits mehrfach Unruhe und Argwohn über die Verzögerung hatte erkennen lassen.

Doch die an das Gegenprojekt geknüpfte Erwartung des Dresdner Hofes, daß es die Hofburg zufriedenstellen werde, erfüllte sich nicht. Wie Graf Sinzendorff, der es als erster gelesen hatte, in ihm „viele Restrictionen, Contradictionen und Difficultäten“ fand⁴, so beklagten sich auch die übrigen Wiener Minister oft, vor allem in der Konferenz am 11. Juni⁵, über die „nachdenklichen Änderungen, Anstände und bedenklichen clausuln“; Prinz Eugen bezweifelte sogar den ernstlichen Willen Sachsens an der Fortsetzung der Verhandlungen. Der 2. und

¹ Wackerbart-Salmour u. Baudissin, d. d. Warschau, 16. Mai. (Loc. 3556. Vol. I.) Daß auf Wiener Anerbietungen einer Wahlhilfe für Emanuel diesem sein Bruder Geldsummen bewilligt habe, berichtete ein avis secret aus Lissabon vom 15. April. (Brühl an Lützelburg, 22. Mai. Loc. 3550. Vol. II.) Am 18. Mai erklärte ein Pater Bellavita Wackerbart-Salmour: „Qu'il etoit chargé de veiller aux interets du Prince de Portugal supposé que V. A. ne put point reussir.“ (Relation, d. d. Warschau, 19. Mai.)

² In dem vom 31. Mai datierten Reskript. (Loc. 3550. Vol. II.) Es wurde aber erst am 4. Juni abgeschickt nach dem erwarteten Eintreffen der Warschauer Relation. Diese, vom 30. Mai, meldete das Gerücht der — in Wirklichkeit erst am 8. September — erfolgten Ankunft Leszczyńskis in Warschau.

³ Nun in 10 Artikeln, 2 Separat- und 2 Geheimartikeln. In der Reihenfolge entsprachen sie ungefähr denen des Wiener Projektes. (Loc. 3550. Vol. III.)

⁴ Lützelburg u. Zech, 9. Juni. Ebda.

⁵ Lützelburg u. Zech, 13. Juni. Ebda. Vgl. Beer, S. 15.

3. Artikel enthielten die strittigen Punkte, um welche sich vornehmlich die Verhandlungen in den nächsten Wochen drehten. Einmal war es die Garantiefrage. Denn stark schränkte ja der sächsische Gegenentwurf die geforderten Garantieleistungen des kaiserlichen Projektes vom 3. Mai ein, indem er sie allein auf die Gebiete innerhalb Deutschlands nicht nur in der besonderen beiderseitigen Garantie (Art. 3), sondern ebenfalls ausdrücklich in dem (Art. 2) erklärten Beitritt zum Reichsgutachten über die pragmatische Sanktion bezog, das allgemein eine Reichsgarantie „aller“ Länder ausgesprochen hatte. Außerdem war eine Leistung der Garantie der kaiserlichen Erbfolgeordnung versprochen „mit und nebst dero übrigen Herren Reichs-Mit-Ständen“. Mit Hilfe dieses Zusatzes konnte, wenn irgend ein Reichsstand einst die Teilnahme an ihr verweigern würde, leicht eine etwaige künftige Entziehung von einer jetzt übernommenen Verbindlichkeit gerechtfertigt werden. Andererseits erschien dem Wiener Kabinett das Nichtvorhandensein einiger Bestimmungen seines Bündnisplanes äußerst bedenklich. Es fehlte die ausdrückliche Erneuerung des Verzichtes von Ansprüchen auf Österreichs Erbe, wie er kaiserlicherseits gemäß den im Jahre 1719 von dem sächsischen Kurprinzen und Maria Josepha, der ältesten Tochter Kaiser Josephs I., bei ihrer Vermählung beschworenen Renunziationsurkunden noch einmal angeführt war. Ebenso hatte der Kurfürst nicht seine Deszendenz als verbunden zu diesem Verzicht anerkannt, sondern nur kurz für sich und seine Nachkommen versprochen, niemals etwas gegen Karls VI. Erbfolge „regen“ zu wollen. Als gefährlich erkannten endlich die Wiener Staatsmänner mit vollem Recht das Weglassen einer Klausel¹, welche die Anerkennung des Reichsschlusses vom 11. Januar 1732 als eines Reichsgesetzes enthielt. Hatten sie anfänglich durchaus auf ihrem Projekt bestanden, so entschlossen sie sich auf Zechs Drängen und Vorschlag zu einem neuen, dessen Ausführung auf der Grundlage der beiden gegenseitigen Entwürfe Bartenstein übertragen wurde. Eine Frist von 14 Tagen gaben sie an, bis zu der die Verhandlungen abgeschlossen sein müßten, sonst würde der Kaiser andere „Mesures“ in der Wahlangelegenheit ergreifen.

Wie die bisherigen, so wurden auch die meisten folgenden Proteste Sachsens gegen zu weitgehende Forderungen verworfen. Wieder stellte Zech vergebens mündlich und schriftlich das Mißverhältnis in der beiderseitigen Übernahme des Schutzes der hinsichtlich Lage

¹ „... Wornebst auch höchstgedacht I. Churf. D. für sich dero Erben und Nachkommen zur Garantie jetzgedachter Erbfolgsordnung, wie solche Articulo Secundo des mit der Cron Engelland den 16. Martii 1731 geschlossenen Tractats, wie auch in dem zu einem bündigen Reichsgesetz erwachsenen Concluso Imperii vom 11. Januarii 1732 ausgedrückt sich befindet, ohnabbrüchig der aus jetzgedachtem Concluso Imperii vorhin entspringender Verbindlichkeit, dergestalten sich anheischig machen, daß Sr. kais. Maj. . . .“ (2. Art. des „Wienerischen Projekts zum Tractat.“ Loc. 3550 Vol. III.)

und Ausdehnung so verschiedenen Gebiete vor. Vorwurfsvolle und scharfe Töne schlug Graf Sinzendorff in der Antwort¹ an: ganz anders wäre das Bild der Dinge in Polen, wenn nicht Sachsen durch sein Sträuben kaiserlicherseits gewünschte günstigere Maßnahmen unmöglich gemacht hätte; ein Imzweifellassen der Generalgarantie bedeute ebenso den Abbruch der Verhandlungen wie das Nicht-ankennen der Reichsgarantie als Reichsgesetz.

Schon am 14. Juni wurde Bartensteins unter dem 12. datierter Bündnisentwurf² zur sofortigen EntschlieÙung übergeben. Zwar waren einige sächsische Wünsche aufgenommen, so die Garantie der Stifter seitens des Kaisers, seine Wahlhilfe auch gegen einen „wiedrig gesinnten Tertius“, dann sollte im Falle einer Nichtwahl Sachsen nur zum Beitritt zur Reichsgarantie verpflichtet sein. Inhaltlich unverändert aber war der zweite, ausführlicher gefaÙt der 3. Artikel. Deutlich setzte dieser neben der nochmals erwähnten Garantie der Erbfolge die allgemeine Garantie sämtlicher kaiserlicher Gebiete, in jedem Falle mit 6000 Mann Hilfstruppen, fest. Sachsen garantierte der Kaiser mit 12 000 Mann; von Subsidien war keine Rede. Berücksichtigt hatte man nur noch das sächsische Verlangen, daß die Garantieleistungen bei drohenden oder erfolgten Angriffen auf eigne Lande außer Kraft treten sollten. Von neuem folgten nun Bemühungen, um die als überaus hart empfundene Forderung einzuschränken, dem Kaiserhofs, wann und wo er auch immer angegriffen würde, dauernd und überall hin neben dem jeweiligen Reichskontingent 6000 Mann ins Feld zu stellen. Außer der Reduktion der allgemeinen Garantie auf 10—12 Jahre wurde ebenso wieder versucht, wenigstens die Türkenkriege³ vom casu foederis auszunehmen und allein zur Stellung des Reichskontingentes verpflichtet zu sein, wenn die Erbfolgeordnung bedroht würde.⁴

Zum endgültigen Nachgeben trugen schließlich neben dem beständigen Drängen der kaiserlichen und sächsischen Gesandten zu Warschau und Wien, sowie Seckendorffs und Manteuffels wesentlich die Nachrichten von der Stimmung des Berliner Hofes bei. Hier, wo

¹ Lützelburg u. Zech, 15. Juni. (Ebda.) — „Der Kayser würde es ehernd zum öffentlichen Krieg, als die principia aufkommen lassen, daß etlicher weniger Stände Contradiction die per majora gemachte Conclusa Imperii, wo Pax Westphalica ein anderes nicht disponire, hindern oder aufheben sollte.“ Dies von Zech „umb Glimpfs willen“ erst in der Relation vom 25. Juni berichtet. (Ebda.)

² In 10 Artikeln, 2 Separat- und 3 Geheimartikeln. (Lützelburg u. Zech, 15. Juni. Ebda.)

³ Ihre Ausnahme verlangte Zech schon in der Wiener Konferenz vom 11. Juni, da auch die englische Garantie, wie er im Anfange des Monats von Lord Robinson erfahren hatte, sich nicht auf den Fall eines Türkenkrieges erstreckte.

⁴ Gemeinsames Gutachten von Wackerbart, Gersdorff, B. v. Zech und Brühl vom 19. Juni. Konferenz, d. d. Dresden, 20. Juni. Reskript an Lützelburg u. Zech, d. d. Moritzburg, 22. Juni. (Loc. 3550. Vol. III.)

man schon im Mai den Abschluß Sachsens mit Wien für nahe bevorstehend, den mit Petersburg bereits für eine vollendete Tatsache hielt¹, hatte man in der sächsischen Antwort leere Komplimente und die Weigerung gesehen, überhaupt Preußens Unterstützung nachzusuchen.² Dies blieb die Meinung des Berliner Kabinetts auch nach dem Eintreffen eines Bündnisprojektes³ aus Dresden, das inhaltlich sich mit der Antwort auf die Lüderitzschen Punkte deckte und die Absicht zu Verhandlungen aussprach. Es blieb jedoch ohne eine schriftliche Beantwortung. Wieder erklärten die preußischen Minister⁴, mit Komplimenten ließe man sich nicht abpeisen, während der Kurfürst alle russischen Bedingungen erfüllt habe. Bereits hatte auch, wie Ponickau gleichzeitig meldete, Friedrich Wilhelm in Gesprächen zu Seckendorff mit unverzüglichen Maßnahmen gemeinsam mit Frankreich für Stanislas gedroht, wenn man nicht anders mit ihm umgehe und sich der Kaiser von ihm trenne. Die Neutralität Preußens in der Wahlsache blieb fortan stets sehr fraglich.⁵

Besonders wegen des mißlichen Standes der Verhandlungen mit dem Berliner Hofe riet Bernhard von Zech in der Dresdener Konferenz am 30. Juni zum Nachgeben in den beiden zuletzt noch strittigen Punkten der Wiener Forderungen. Der Generalfeldmarschall befürwortete vor allem den Verzicht auf die Ausnahme der Türkenkriege von einer Garantie. Beide stimmten mit Brühl einem von Gersdorff schriftlich abgefaßten Gutachten bei, das auch die mündlich vorgebrachten Gründe und Gegenstände der drei anderen Staatsmänner enthielt. Sein Inhalt ist überaus charakteristisch für ihre Stellungnahme zur pragmatischen Sanktion. Es zeigt, wie schwer ihnen die Bejahung der anderen zur Beratung gestellten Frage fiel: ob in der kaiserlichen

¹ Seckendorff an Friedr. Aug., 24. Mai. (Loc. 3380. Vol. I.): „J'ai trouvé le Roy un peu prevenu contre Elle parce qu'il suppose que V. A. ne fait pas grand cas de son appuis, et qu'Elle croit pouvoir reussir en Pologne sans luy apres s'être assuré de l'Empereur et de la Czarienne, contre la Czarienne parce qu'elle est convenue de ses conditions avec V. A. sans en avoir prealablement averti S. M. Pruss.“ — Vgl. Ausländer, S. 198ff.

² Schon zeigten die preußischen Minister deutlich ihre Unzufriedenheit; Thulemeier offenbarte sogar die wahre Meinung seines Hofes: Diesem werde ein Piast „weniger ombrage als ein mächtiger Churfürst machen“. (Ponickau, d. d. Berlin, 8. Juni. Loc. 2970. Vol. I.)

³ In 7 Artikeln und einem Geheimartikel. (An Ponickau, d. d. Dresden, 19. Juni. Ebda.) Vgl. Droysen, IV. 3, S. 204.

⁴ In der Konferenz am 23. Juni. (Ponickau, d. d. Berlin, 26. Juni. Loc. 2970. Vol. I.)

⁵ Manteuffel berichtete am 7. Juni den Inhalt eines „Billets“ Friedr. Wilhelms an Seckendorff vom 5.: „Chitardie (Marquis de la Chetardie, der Berliner französische Gesandte) ist hier gewesen, der gloriret als wenn Stanislas schon König wäre: Indessen bin ich mit dem Kayser; aber daß ich in Polen soll mir vor diesen oder jenen Declariren, kann ich nicht thun, denn ich keinen Tractat habe der ratificiret ist: Wird sich Sachßen gut beweisen, und der Kayser seine partie nimmt, so mache mit; Thut er vor mir nichts, so halte ichs weder mit Sachßen weder mit Stanislas, und warte quo tempore et quo modo.“ (Loc. 3380. Vol. I.)

Fassung endlich die Bestimmung zugelassen werden sollte, welche die ausdrückliche Anerkennung der Reichsgarantie als bündiges Reichsgesetz enthielt; bedeutete dies ja das Aufgeben eines Rechtsmittels, auf das sie ihre Pläne in der Zukunft gründen konnten. Wenn sie die durch die Mehrzahl der Stände übernommene Reichsgarantie der pragmatischen Sanktion als ein für alle verbindliches Reichsgesetz anerkannten, so räumten sie die bindende Kraft von Majoritätsbeschlüssen des Reichstages für die Minorität ein. Damit aber begaben sie sich der Möglichkeit, auf Grund von Protesten gegen die Rechtsgültigkeit des Mehrheitsbeschlusses anlässlich der Reichsgarantie die Teilnahme an dieser existente casu zu verweigern. Wäre durch das Durchsetzen der Weigerung, die Reichsgarantie als Reichsgesetz anzuerkennen, nicht aber zugleich auch ein Hemmnis beseitigt geblieben, welches die Erhebung und Begründung von Ansprüchen auf Karls VI. Erbe nach seinem Tode erschweren mußte? Denn an diesen hielt man sächsischerseits trotz der einst ausgestellten Renunziationsurkunden, der erneuten Verzichtleistungen und des offenen Beitritts zur Reichsgarantie der pragmatischen Sanktion im stillen weiter fest; vorläufig mied man nur ängstlich alle ihr und dem Kaiser feindlichen Beziehungen und Maßnahmen. Daß der Beitritt in der verlangten Form erzwungen war, blieb fortan immer die Meinung des Dresdener Kabinetts; nun erst, am letzten Juni, gab es alle versuchten Vorbehalte und Einschränkungen in bezug auf geforderte Garantieleistungen und alle Bedenken gegen ein Zugeständnis¹ der Gültigkeit des Mehrheitsbeschlusses über die Reichsgarantie auf.

Inzwischen war in Wien am 28. Juni außer der zeitlichen Be-

¹ Das bedeute, so wurde näher ausgeführt, das Anerkennen der Ungesetzlichkeit von Augusts des Starken ablehnendem Verhalten und sei zugleich der Konsequenzen wegen gefährlich, da künftig bei ähnlichen Reichstagsbeschlüssen der Kaiser sich noch mehr für berechtigt erachten würde, durch seinen Machtanspruch schwächere Stände „abmajoriren“ zu lassen. („... da die Passagen so in dem Wienerischen Tractat von der Bündigkeit derer Majorum in Imperio occasione des errichteten Reichs Conclusi respectu Garantiae Sanctionis pragmaticae mit eingeschlossen... I. K. H. sehr nachtheilig fallen können, u. durch Zugestehung derselben die facta I. K. M. dero Vaters u. deßelben Principia, folglich die in deren Conformität geschehene Declarationes vor ohnrecht erkannt würden bloß auf gegenwärtigen Casum den Worten nach zu verstehen, bey welchen weiter kein Anstand sich findet. Davon aber ad alios künftig sich nicht füglich argumentiren laßen wird, sondern in denselben I. K. H. nach Maaßgebung des Instrumenti Pacis Ihr Recht in salvo behalten müßen; u. wenn endlich deshalb der so weit avancirte Tractat gar abrumpiret werden solte, viel zu beschwerliche Extremitäten bey der gegenwärtigen Animosität des Kays. Ministerii zu befürchten, so wolte ich davor halten, I. K. H., wenn es nicht zu ändern, könnten endlich auch geschehen lassen, daß die passagen, wovon die Rede wie sie Kays. Seite gefaßet, stehen blieben, u. die Remedur dagegen von der Zeit erwarten.“ (Loc. 3550. Vol. III.) Das ministerielle Gutachten las Brühl dem Kurfürsten in Moritzburg, wo er in Begleitung Sulkowskis weilte, vor; es wurde gebilligt, und noch am 30. Juni erging die Weisung nach Wien, das Bündnis so gut als möglich abzuschließen.

grenzung der Garantie und der Ausnahme der Türkenkriege bereits über alle Punkte Einigkeit erzielt worden, selbst über die Anerkennung der Reichsgarantie als Reichsgesetz. Diese verschwand aus dem Vertragsentwurfe und wurde dafür in einer vom Wiener Kabinett angeregten, von Lützelburg und Zech unter dem 26. Juni zu Protokoll gegebenen Deklaration ausgesprochen.¹ Einen Erfolg errangen beide damit, daß unter den 6000 Mann sächsischer Hilfstruppen immer das jeweilige Reichskontingent einbegriffen sein sollte; betrug dieses selbst bereits 6000 Mann oder mehr, so brauchte Sachsen keine weiteren Truppen zu stellen. Die versuchte Fassung, nach der vom Kaiser alle die Kursachsen „durch Succession oder andre rechtmäßige Art“ im Reiche zufallenden Gebiete garantiert werden sollten, wurde besonders deshalb abgelehnt, weil sie die Deutung einer Garantie von Jülich und Berg zuließ. Nur die der Äquivalentorte wurde übernommen, welche Hessen-Kassel nach dem Tode des Grafen von Hanau an Sachsen gegen früher überlassene Rechte von Hanau-Münzenbergischen Reichslehen abtreten würde.

Ein letztes Hemmnis des Bündnisschlusses mit Wien, dessen Verzögerung bisher durch die ablehnende Haltung Sachsens verursacht worden war, brachte die — wie bereits in Dresden — nun auch bei der Hofburg zur Unterstützung eingetroffene russische Forderung eines vom Kurfürsten anzunehmenden vorläufigen „Versicherungsprojektes“.

Hatte dieser noch am 25. Mai Le Fort instruiert², bestimmte Gegenleistungen und eine Allianz, zu der man in Petersburg während des ganzen Monats drängte, abzulehnen, so sah er sich zu Bündnisverhandlungen genötigt durch die hier zwei Tage früher abgeschickten, in fünf Punkte gefaßten Wünsche Rußlands.³ Sie betrafen Anerkennung des Kaiserintitels durch Friedrich August als Kurfürsten und polnischen König, Weiterbestehen Kurlands als Herzogtum mit freier Herzogswahl und Privilegien, Verzicht der Republik auf Livland, Grenzregulierungen und möglichste Unterstützung von Beschwerden an die Republik. Hierauf wurde mit einem am 18. Juni abgesandten Projekt eines Bündnisses geantwortet⁴, das, nur als Freundschafts-

¹ Lützelburg u. Zech, d. d. Wien, 29. Juni u. 4. Juli. (Loc. 3550. Vol. III.) Schon das Reskript vom 22. Juni erlaubte zur Not die bisher verworfene Fassung in Form eines eingeschobenen Satzes: „...ingleichen in dem Concluso Imperii vom 11. Januarii 1732 (: als welches I. K. H. vor ein bündiges Reichsgesetze Kraft dieses erkennen :) ausgedruckt sich befinden, sich dergestalt anheischig gemachet ...“

² Loc. 3017.

³ Points des demandes de l'Imperatrice de Russie envoyez par Le Fort avec sa Relation du 23 May. Eine Kopie schickte Brühl an Lützelburg und Zech, d. d. Dresden, 26. Juni. (Loc. 3333.)

⁴ In 8 Artikeln und einem Geheimartikel. (An Lynar und Le Fort, d. d. Dresden, 18. Juni. Loc. 3552. Vol. I.) Generalpostmeister Graf Moritz Karl zu Lynar war als außerordentlicher Gesandter am 29. April in Petersburg eingetroffen.

traktat gedacht, die kurfürstliche Anerkennung des Kaiserintitels enthielt. Sonst war ganz allgemein die Anwendung „guter Officia“ bei der Republik versprochen¹; über Ansprüche Polens auf Livland sollten nach einer Wahl Informationen eingeholt werden. Einen Tag später kam nun in Dresden die von Rußland verlangte Versicherungsschrift² an, deren Inhalt einem unverzüglich zu schließenden Defensivbündnis eingefügt werden sollte. Außer der beiderseitigen Garantie sämtlicher Länder enthielt sie eine ausführlichere Fassung der schon bekannt gegebenen Wünsche. Wie das Vermeiden von Verhandlungen auf dieser Basis, so erhoffte der Kurfürst auch die Annahme seines Entwurfes durch ein Handschreiben vom 28. Juni an die Zarin Anna. Unter Freundschaftsversicherungen versprach er hierin, sich als König allen ihren Wünschen gefällig zu erweisen, soweit sie von seinem Willen³ abhingen und Polens Reichsgesetzen nicht zuwiderliefen.⁴ Damit ward zum Teil einer Anregung des russischen Oberstallmeisters, die sein jüngerer Bruder, der Kammerherr Friedrich Kasimir Löwenwolde, den sächsischen Gesandten in Warschau übermittelt hatte, gefolgt, vorläufig in einem „obliganten“ Briefe die Erfüllung der Präliminarpunkte zu versprechen.

Dem kaiserlichen Hofe gab das Bekanntwerden des Versicherungsprojektes, das hier als Folge preußischer Meldungen nach Petersburg von einem bereits abgeschlossenen Wiener Bündnis bezeichnet wurde, in der Konferenz am 28. Juni erneut Anlaß zu Klagen und Vorwürfen über Sachsens langes Zögern.⁵ Wäre der Wiener Traktat früher vollzogen worden, führte man an, so hätte der Kaiser die Zarin bestimmen können, „es dabey bewenden zu laßen“; jetzt sei dies, ohne

¹ „... Allermaßen aber I. K. H. der Churf. zu S. dagegen Vorstellung thun laßen, wie Sie in dieser die Republique Pohlen vornehmlich angehenden Sache Sich zu nichts verbinden könnten; Alß haben I. Kays. Maj. aller Reußen Sich dabey beruhiget, daß I. K. H. Sich erkläret, wenn Sie nach Gottes Willen zur Pohln. Crone gelangten, bey selbiger Republique Ihrer gute Officia anzuwenden, u. I. Kays. M. Absichten, zu Erhaltung des allgemeinen Ruhestandes, bestmöglichst zu secundiren.“ (Art. 3.)

² In 8 Artikeln. Unterzeichnet von Ostermann und Czircaski. Am 29. Juni schickte Brühl eine Kopie an die Gesandten nach Wien.

³ „... Wogegen dieselbe fest versichert seyn können, daß, wenn durch Göttlichen Segen u. E. Kays. M. u. deroselben Bundsgenossen, wie auch meiner Freunde Beystand ich auf den Poln. Thron gelangen sollte, ich in allem, so von meiner Willkür alsdann abhängen u. denen dortigen Reichsgesetzen nicht zuwiederlauffen möchte, E. Kays. M. als ein aufrichtig ergebener Freund u. guter Nachbar zu Gefallen zu seyn u. dadurch Proben von meiner wahren Erkenntlichkeit an den Tag zu legen mir angelegen seyn laßen werde...“ d. d. Moritzburg, 28. Juni. (Kopie Loc. 3552. Vol. I.)

⁴ Die letzte Klausel hatten die sächsischen Gesandten in Warschau im Einverständnis mit Graf Wilczek vorgeschlagen. (Wackerbart-Salmour u. Baudissin, 3. Inserat zur Relation vom 19. Juni. d. d. Warschau, 21. Juni. Loc. 3556. Vol. II.)

⁵ Lützelburg u. Zech, d. d. Wien, 29. Juni. (Loc. 3550. Vol. III.)

Argwohn gegen sich selbst zu erregen, nicht mehr möglich. Gegen eine vorgeschlagene besondere Bestimmung, welche die Wahlhilfe von dem Einverständnis mit Rußland abhängig machte¹, erhoben Lützelburg und Zech, die stets für eine ganz allgemeine Fassung der Verbindung mit des Kaisers Alliierten und ihrer Wünsche gewirkt hatten, zwar mit Erfolg Einspruch. Aber dafür fehlte die in dem Juniprojekt erreichte Einschränkung dieser Verständigung auf die in der Macht des Kurfürsten beruhenden Bedingungen in dem am 3. Juli übergebenen, nun dritten Wiener Bündnisentwurf, der nach den Ergebnissen der letzten Konferenz abgeändert war.² Wie in ihr, so wurde bei der Übergabe des Entwurfes dringend die Gewinnung des Petersburger Hofes durch das von seiten der russischen Gesandten vorgeschlagene Handschreiben angeraten; infolgedessen schickten hierüber am 4. Juli die Wiener Vertreter ein Projekt ab, welches sie auf Grund von Äußerungen der kaiserlichen Minister verfaßt hatten. Daraufhin entschied man sich in Dresden für ein neues Handschreiben, das der Kurfürst an die Zarin am 9. Juli sandte. Ausführlicher als das erste, doch kürzer als das eingelaufene Projekt lautend und die Bereiterklärung zu einem Defensivbündnis enthaltend, versprach es in der alten Weise Berücksichtigung bekannt gegebener Wünsche.³

¹ In dem 7. Art. „Sobald I. K. H. mit I. Maj. von allen Rußen in denen Ihr angezeigten Ansprüchen Sich insbesondere würden einverstanden haben: so dann zu dero Behuf die weiter daselbst exprimirte Mittel vorgekehret werden sollten . . .“

² Wie der endgültige Traktat in 11 Artikeln, mit der auch bisher immer beigefügten Beitrittsurkunde zum Reichsschluß vom 11. Januar 1732, — die dann im Kurfürstenkolleg zu Regensburg am 9. Oktober vom sächsischen Vertreter v. Schönberg verlesen werden sollte — und 2 Separat- und 2 Geheimartikeln. Der 3., ursprünglich einzige, Rußlands Wünsche betreffende Geheimartikel war weggefallen; der bisherige 3. Garantieartikel der Deutlichkeit wegen in zwei zerlegt. Der Kaiser übernahm die Verpflegung der das Reichskontingent übersteigenden Anzahl der sächsischen Truppen. An Stelle der abgelehnten Klausel „mit u. nebst dero übrigen Herrn Reichsmittständen“ (2. Art.) war die von den Gesandten oft gewünschte Fassung: „in Conformität der Reichsmitleidenschaft“ noch zugelassen worden.

³ „. . . Wiewohl nun aus dem letzten Communicato es das Ansehen gewinnen wollen, als ob eine mehr specifique Erklärung auch über noch mehrere Punkte von mir verlangt würde, so halte von E. Kays. M. hohen Gemüthsbilligkeit ich mich doch zuverlässig versichert, daß Sie ein mehrers, als die Zeit u. der Sachen selbsteigene Beschaffenheit auch die Ihro mir allzuwohl bekannte Pohn. Reichs-Verfaßung erlauben, von mir nicht begehren, u. nach dero erleuchteten Begabniß von selbst erkennen, daß in denen die Cron Pohlen betreffenden Angelegenheiten, mehr denn bona officia von mir weder gefordert noch geleistet werden mögen, zu welchen als bereits erwehnet, ich mich schon verbindlich anerklähet, mithin zum Voraus E. K. M. ein Genügen gethan, u. damit dießfalls an meiner aufrichtigen Intention nicht der geringste Zweifel übrig bleibe, nochmalts hierdurch declarire, daß sowohl ize, als künftig vor meine Persohn mit E. Kays. M. ein nachbarliches freundlich gutes Vernehmen beständig unterhalten, mit deroselben in ein defensivbündniß treten, wieder dieselbe u. dero Reiche u. Lande hingegen weder selbst etwas feindseliges unternehmen,

Eine Kopie ging sogleich nach Wien ab, wo am 13. die Verhandlungen zwischen Kaiser und Kurfürst ihr Ende erreichten.¹ Zuletzt hatte man die allgemeine Garantie so formuliert, daß die sächsischen Hilfstruppen bei Angriffen, die aus andren Gründen als wegen der Erbfolge auf außerhalb des Reichsverbandes stehende kaiserliche Territorien geschehen würden, nur zur Bedeckung der innerhalb gelegenen Gebiete zu verwenden waren; Lützelburg und Zech suchten hierbei die Garantie noch einmal ganz generell dahin zu fassen, daß die 6000 Mann überhaupt nicht außer dem Reiche gebraucht werden sollten. Das wurde abgelehnt, weil sich sonst Sachsen der Teilnahme einer etwaigen Hilfe von Reichs wegen nach außerdeutschen Besitzungen des Kaisers leicht hätte entziehen können. Einige sächsischerseits gewünschte Zusätze wurden sodann aufgenommen, vor allem die einschränkende Klausel „auf billige Wege“ in dem die Verständigung mit Rußland betreffenden (8.) Artikel. Zum Schluß bekannten sich die sächsischen Gesandten noch einmal zu der Deklaration über die Anerkennung des Reichskonklusums als bündiges Reichsgesetz. Am 16. Juli wurde der Allianztraktat in Wien unterzeichnet.² Sofort erhielt davon der englische Gesandte Robinson Kenntnis, der bei der Hofburg für eine Begleichung der Differenzen zwischen ihr und dem Kurfürsten gewirkt hatte³ und nun seinen Hof über Befürchtungen, die man in London wegen angeblich geheimer Beziehungen Sachsens zu Bayern und der Pfalz gehegt hatte, beruhigen konnte.⁴

Nach dem Anschluß an Österreich war vorauszusehen, daß der an Rußland nicht zu lange mehr auf sich warten lassen würde. Ihn hatten die Wiener Staatsmänner in der letzten Zeit energischer gefordert, während sie kein zu großes Gewicht darauf legten, den König

noch andern, so dergl. intendiren möchten, einigen Vorschub dazu thun, u. in denen an der Cron Pohlen habenden, mir bekannt gemachten besondern Ansprüchen u. Begehren, vornehmlich auch wegen Cur- u. Liefeland, daß Ihre nach Anleitung derer vorhandenen solennen Tractaten u. der dasigen Reichs Verfaßung eine gerecht u. billigmäßige Befriedigung wiederfare, mir nach allen Vermögen angelegen sein lassen wolle . . .“ d. d. Dresden, 9. Juli. (Kopie Loc. 3557. Vol. I.)

¹ Lützelburg u. Zech, 15. Juli. Loc. 3550. Vol. IV.

² Von Prinz Eugen, Sinzendorf, Starhemberg, Königsegg, Lützelburg und Zech. Ratifiziert von Friedrich August d. d. Dresden, 28. Juli, von Karl VI. d. d. Wien, 3. August. Original Nr. 14 680 im Dresdener H. St. A. Druck bei F. A. W. Wenck, Codex juris gentium recentissimi. T. I. Lips. 1781, S. 700ff.

³ Nach Bartensteins zweifellos übertreibenden Worten (Arneht, Joh. Christ. Bartenstein u. seine Zeit. Arch. f. Öst. Gesch. 46. Bd., S. 154 ff. Arneht, Prinz Eugen. 3. Bd., S. 366) soll er gemeinsam mit Dieden, dem hannöverschen Gesandten, mehr als Lützelburg und Zech zum Zustandekommen des „öftters abgeändert werden müssenden, und eben daher nicht zum Besten gerathenen Tractats“ beigetragen haben.

⁴ Büнау an Brühl, d. d. London, 22. u. 29. Juni. Loc. 2676.

von Preußen zu gewinnen.¹ Nie drangen sie auf Erfüllung eines seiner angegebenen Wünsche; des öfteren stellten sie nur vor, Sachsen solle ihn, dessen Beitritt zum Wahlgeschäft seit Mitte Juni als sehr ungewiß bezeichnet wurde, auf bessere Gedanken bringen und „einigermaßen zu befriedigen“ suchen. Mehr als sein Hof ließ sich Seckendorff im Bunde mit Manteuffel eine Verständigung zwischen Berlin und Dresden angelegen sein. Auf ihr Verlangen und Drängen, den preußischen Hof wegen seines immer mehr an den Tag gelegten Mißmutes² zu einem noch möglichen Eintreten zu bestimmen, verstand sich der Kurfürst zu einer durch Aufnahme der einzelnen Wünsche an Polen erweiterten Fassung der im 1. Artikel des Bündnisentwurfes vom 19. Juni abgegebenen Erklärung, „in allem, was billig, auch der Pohlen. Regierungs Form und selbigen Reichs Rechten und Verfaßung nicht entgegen sein wird, iederzeit als ein treuer Freund und Nachbar nach Möglichkeit zu willfahren“. Manteuffel faßte den erweiterten ersten Artikel in verschiedene; das neue Projekt³, das nun erst dem am 24. Mai abgesandten Seckendorffschen Beantwortungsentwurfe der Lüderitzschen Punkte gleich, wurde am 12. Juli in Dresden gebilligt. Für seine Person erklärte sich jetzt der Kurfürst bereit, als König von Polen den preußischen Königstitel zu geben, ein etwaiges „Interesse“⁴ hinsichtlich Kurlands auf alle zulässige Weise zu befördern, nichts gegen den ruhigen Besitz von Elbing und Draheim zu unternehmen, und Salzdurchfuhr durch das Elbingische Gebiet, Erneuerung der Velauschen Pakten sowie Werbungen in Polen zu gestatten — alles aber *Salvis Juribus Reipublicae*. Inhaltlich unverändert waren die Artikel über die anderen Forderungen. Jedoch der von

¹ Im April riet man, es auf ein Dutzend großer Grenadiere nicht ankommen zu lassen (Lützelburg u. Zech, 25. April. Loc. 3550. Vol. I.); im Mai schlug Graf Wilczek die Überlassung des Regiments Rutowski an Friedrich Wilhelm vor. (Wackerbart-Salmour u. Baudissin, 19. Mai. Loc. 3556. Vol. II.)

² So soll sich z. B. am 27. Juni Friedrich Wilhelm auf der Parade zu Seckendorff wie folgt ausgelassen haben: „Sie halten mich zu Dresden vor nichts, wann der Churfürst aber mit seiner Armée nach Polen ginng, u. sich mit Gewalt zum Könige machen wollte, müßte ich dann nicht den Polacken beystehen? und könnte ich dann nicht so lange in Sachsen rücken, biß er wieder zurück kommen müßte? wäre das nichts? Ich sage noch nicht, daß ich es thun wil, hört er wohl? aber wer könnte mirs verdenken? den Pohlen bin ich in solchem Fall schuldig beizustehen, und dem Churfürsten bin ich nicht schuldig zu helfen, u. er glaubt auch nicht, daß er mich nötig hat.“ Gerüchte verlauteten in Berlin, der König wolle, da der Kurfürst sich nicht um ihn bemühe, ein Heer nach Polen vor der Wahl schicken, um Differenzen mit der Republik ein Ende zu machen. (Manteuffel an Wackerbart, d. d. Berlin, 29. Juni. Loc. 3380. Vol. I.)

³ In 14 Artikeln. (Ponickau, d. d. Berlin, 10. Juli. Loc. 2970. Vol. I.)

⁴ Manteuffels Formulierung: „in dero auf das Herzogtum Curland habende Absichten“ war in der Konferenz vom 30. Juni als noch zu bestimmt gefaßt abgelehnt worden. (Loc. 3550. Vol. III.) In Wackerbarts Antwort an Manteuffel vom 4. Juli wurde vorgegeben, nicht zu wissen, worin die Absichten beständen. (Loc. 3380. Vol. I.)

Seckendorff verheißene günstige Erfolg blieb aus: als Antwort auf das von Ponickau übergebene Projekt erklärten ihm die preußischen Minister am 16. Juli zwar, daß eine volle Einigung über die meisten Punkte wohl möglich sei, zugleich aber auch, daß einmal der „Vergleich“ in der jülichischen Sache, wobei überdies die kaiserliche Zustimmung ausgewirkt werden müsse, sodann völliges Zufriedenstellen Rußlands, ohne das sich ihr Hof in der Wahlangelegenheit zu nichts verbinden könne, die unbedingte Voraussetzung für weiteres Verhandeln sei.¹ Diese erhöhten Postulate enthielt auch eine am folgenden Tage überreichte, vom 15. Juli datierte Deklaration. Sofort, am 18., erhob Seckendorff, der immer Sachsens Stellungnahme betreffs Jülichs vertreten und auf den notwendigen Rechtsgang durch das kaiserliche Obergericht verwiesen hatte, Vorstellungen gegen diese zur *conditio sine qua non* gemachte Forderung, zu welcher der Kaiser nie seine Zustimmung geben könnte.² Um sie zu erlangen, traf der Dresdner Hof keine Anstalten, ebensowenig wie er Schritte zugunsten des Vergleiches bei den als dabei interessiert angeführten Ernestinischen Vettern unternahm. Etwaige Bemühungen hätten wohl auch schwerlich so schnell zu einem Ziele geführt, um noch eine rechtzeitige und wirksame Mithilfe Preußens im Wahlgeschäft zu gewährleisten. Kein geneigtes Ohr fand in Dresden Seckendorffs Vorschlag³, die Kosten für ein Campement der preußischen Truppen bei Landsberg an der polnischen Grenze zu tragen, zu dem er Friedrich Wilhelm vergeblich zu bewegen suchte. Man teilte auch nicht Manteuffels Meinung⁴, daß eine Garantie Bergs, sobald Preußen in seinen Besitz gelange, nichts „Reelles“ enthalte; der Folgen und des Mangels an entsprechenden Gegenleistungen wegen wurde sie abgelehnt.⁵

Daß eine sächsische Nachfolge in Polen überhaupt nicht im Sinne und Interesse Friedrich Wilhelms lag, wußten von Anfang an Sachsens Minister nur zu genau; keine seiner Maßnahmen zeugte davon, daß es ihm mit ihrer Unterstützung wirklich ernst sei. An eine der alten und vielen Reibungsflächen war von ihm gleich im Beginn von Augusts Regierung gerührt worden, als der Berliner Gesandte Graf Degenfeld in London lebhaft auf ein gemeinsames Vorgehen Englands und Preußens gegen die Beibehaltung des kursächsischen Direktoriums des

¹ Ponickau, 17. Juli. Loc. 2970. Vol. I. — Nur beiläufig berührte Thulemeier jetzt den ostfriesischen Titel. Da preußischerseits behauptet worden war, August der Starke habe ihn wiederholt versprochen, gab Ponickau eine berichtigende Erklärung Brühls ab, daß Marschall von Biberstein auf ein darauf bezügliches Schreiben im Vorjahre nur die Antwort erhalten hätte, August werde den Titel geben, wenn dieser „an andren Höfen keine Schwierigkeit finden werde“. In einem damaligen Kabinettsgutachten sprach man sich für Verleihung des Titels an Friedrich Wilhelm aus, sobald er dem Kurfürsten den von Anhalt beilegte.

² Ponickau, 19. Juli. Ebda. Vgl. Ausländer, S. 204.

³ Ponickau, 20. Juli. Ebda.

⁴ Manteuffel an Wackerbart, 28. Juli. Loc. 3380. Vol. I.

⁵ Wackerbart an Manteuffel, 1. Aug. Ebda.

Corpus Evangelicorum und des Stiftes Naumburg drang.¹ Auf starke Zweifel mußte die Ansicht Manteuffels² stoßen, daß damals, im März und April, ein Dutzend großer Leute — deren Preisgabe er von Anfang an häufig vertreten hatte und nach wie vor als ein überaus wertvolles Lockmittel hinzustellen suchte — genügt hätten, um Preußens König ohne weitere größere Opfer zu gewinnen.

Nur zu einem Handschreiben an Friedrich Wilhelm entschloß sich noch am 29. Juli³ der Kurfürst auf Seckendorffs Rat; unter Bezugnahme auf ehemalige mündlich bezeugte „theuerste“ Versicherungen des Königs und auf ihm zuerst und eher als dem Kaiser mitgeteilte Absichten ersuchte es um nochmalige Erwägung des letzten sächsischen Entwurfes, indem zugleich in Kürze dessen Inhalt wiederholt wurde. Höflich lehnte jedoch der Preußenkönig unter dem 13. August ab. Er gönne Polens Krone dem Kurfürsten, der „ihrer vorlängst würdig gewesen“; würde dieser sie durch eine freie und einmütige Wahl erlangen, so sähe er seinen Wunsch erfüllt; nichts werde dem von seiner Seite in den Weg gelegt werden. Die eigene Haltung begründete er mit der Stellung und den Bedenken Sachsens in der jülich-schen Sache; ein Vergleich hätte wohl die Rechte Dritter berücksichtigen können und wäre dem Oberrichteramt in keiner Weise zu nahe getreten. Nie ließen aber diese auch sonst schon oft von seiten der preußischen Minister angeführten Argumente daran zweifeln, daß es ihrer Politik weniger um einen Vergleich, zu welchem in dem kurfürstlichen Dankschreiben vom 31. August Bereitwilligkeit erklärt wurde, auf das dann keine Antwort mehr erfolgte, sondern um die volle Aufgabe der kursächsischen Ansprüche überhaupt zu tun war. Sie zu opfern, überdies sich um die sicher aussichtslose kaiserliche Zustimmung zu bemühen und endlich die Last einer Garantie Bergs zu übernehmen, das hielten die sächsischen Staatsmänner nach dem

¹ Bünau, d. d. London, 3./14. April u. 15./26. Mai. (Loc. 2676.) Über die vergeblichen Schritte Preußens gegen die Weiterführung des Direktoriums von seiten Sachsens vgl. A. Frantz, Das katholische Direktorium des Corpus Evangelicorum. 1880. S. 159 ff.

² Manteuffel an Wackerbart, 8. Aug. (Loc. 3380. Vol. I.) Er betonte zugleich, daß die Schritte, mit denen man in Dresden dem Berliner Hofe entgegengekommen sei, den erwünschten Erfolg gehabt hätten, wenn sie in der von ihm und Seckendorff angeratenen Zeit getan worden wären. Ähnliches äußerte er bereits im Juni, als er dringend das letzte Bündnisprojekt befürwortete: „Qu'après avoir manqué de profiter de la première chaleur des bonnes Dispositions du Roi de Prusse, il ne nous sera plus si aisé, qu'il l'eut été il y a 3 mois de l'engager pour nous, ses Ministres qui ne nous furent jamais fort favorables, ayant eu trop de tems, pour lui donner des impressions contraires.“ (Mant. an Wack., 26. Juni. Ebda.)

³ Konferenz, 29. Juli. (Loc. 2970. Vol. I.) Wenn dieser Brief nichts erreiche, so schrieb am 1. August Wackerbart an Manteuffel „laisser aller les choses comme elles peuvent puisqu'au bout du compte, nous sommes toujours Electeur de Saxe, qualité, qui en tems et lieu peut nous faire valoir.“ (Loc. 3380. Vol. I.)

abgeschlossenen Bündnis mit Österreich noch viel weniger als zuvor für erforderlich, zumal auch die volle Verständigung mit Rußland nicht zu lange mehr auf sich warten lassen sollte.¹

§ 2.

Sachsens Verständigung mit Rußland und Stellung zu Polen.

Am Petersburger Hofe hatte die lange Dauer der Wiener Verhandlungen, über die man wochenlang keine genauen Nachrichten erhielt und deren Scheitern man schon befürchtete, große Unruhe erweckt. Man hegte hier sogar geraume Zeit den Verdacht, das Dresdener Kabinett habe sich durch Lockungen von seiten Frankreichs zu einem Systemwechsel verleiten lassen. Das sächsische Projekt vom 18. Juni war nicht angenommen worden, sondern dafür hatte am 11. Juli, vor dem Eintreffen beider Handschreiben, Graf Ostermann einen neuen Allianzentwurf als Ultimatum übergeben.² Dieser bildete nun die Basis für die weiteren, noch über einen Monat sich hinziehenden Verhandlungen, die sich hauptsächlich um zwei Differenzpunkte, einmal um Art und Dauer der verlangten gegenseitigen Garantien aller in Europa gelegenen Gebiete, sodann um den kurländischen Artikel drehten.

Die Erledigung des Herzogstuhls von Kurland stand nahe bevor, da die männliche Linie der Dynastie Gotthards von Kettler, der 1561 Polens Oberlehenherrschaft anerkannt hatte, im Falle des Todes des alten kinderlosen Herzogs Ferdinand erlosch. Seit Jahrzehnten³ schon beschäftigte sich naturgemäß mit der Nachfolge die Politik der drei Nachbarmächte am meisten. Rußland, Preußen, August der Starke — dieser gemeinsam oder ohne Einvernehmen mit der Regierung seines Königreiches — waren längst eifrig bemüht gewesen, eine Wiederbesetzung in ihrem Interesse vorzubereiten und zu verwerten. So hatte die kurländische Frage bereits bisher seitens dieser konkurrierenden Höfe je nach den politischen Konstellationen die verschiedensten Pläne gezeitigt und vielseitige Verhandlungen und Maßnahmen bewirkt. In den letzten Jahren waren Rußlands Absichten, seine Machtsphäre auf Kurland auszudehnen, am deutlichsten und zumeist von Erfolg begleitet zutage getreten. Seine Politik hauptsächlich machte 1725 die Wahl des Grafen Moritz von Sachsen durch die Stände des Herzogtums nicht nur illusorisch,

¹ Hieran hatten die preußischen Minister Podewils und Thulemeier auf Grund einer bekannt gewordenen Erklärung der Zarin Zweifel laut werden lassen. (Ponickau, 4. Aug. Loc. 2994. Vol. I.)

² Le Fort u. Lynar, d. d. Petersburg, 7. u. 11. Juli. (Loc. 3552. Vol. II.)

³ Hierüber vgl. K. W. Cruse, Kurland unter den Herzögen (Mitau 1833), Bd. 1, S. 275 ff. — E. Seraphim, Livländische Geschichte. III. Bd. (Die Geschichte des Herzogtums Kurland.) Reval 1904², S. 183 ff.

sondern hintertrieb andererseits auch die sofortige Vornahme einer Inkorporierung Kurlands, welche die Republik beabsichtigt hatte. Diese beschloß hierauf im Jahre 1726 in der gleichzeitig die Wahl von Moritz annullierenden Reichskonstitution zu Grodno, die Einverleibung bis zum Tode Ferdinands auszusetzen. Daß aber danach Polen das Lehen nicht mehr zu vergeben, sondern einzuziehen und in Palatinate aufzuteilen gedachte, entsprach wiederum ebensowenig den Interessen des kurländischen Adels als den Wünschen Rußlands und Preußens. Beide unterstützten infolgedessen diesen in seinen Gegenbemühungen und in dem Streben, seine hergebrachten Privilege durch das oft beanspruchte Recht der eignen Fürstenwahl zu krönen, das der polnische Hof als Oberlehnsherr formell für sich immer gewahrt hatte und auch weiterhin festzuhalten suchte. Wie er 1727 (26. September) den kurländischen Landtag zwang, in einem Dekret der angemäßen Wahl des Grafen Moritz wegen um Verzeihung zu bitten und unter Verzichtleistung auf das Wahlrecht die Einverleibung im voraus zu billigen, so wurde 1731 (25. Februar) in der Lehnurkunde für Herzog Ferdinand ausdrücklich die künftige Nichtbesetzung des Herzogstuhles im Falle der Lehnseröffnung erklärt. Unter Kurlands Ständen wuchs seitdem die Erbitterung auf Polen und die Furcht, ihre Rechte und Freiheiten zu verlieren. Zugleich aber begann Rußland immer offenkundiger die Rolle des Fürsprechers und Schutzherrn zu spielen. Darüber wurde nun auch der Hof Augusts des Starken nicht im unklaren gelassen. Ostermann erklärte ausdrücklich, daß die Zarin fest entschlossen sei, den Kurländern alle Rechte zu wahren.¹ Häufig verlautete fortan aus Petersburg, daß hier in dieser Sache unter der Hand Maßnahmen getroffen würden; bald erschien es auch zweifellos, daß Biron in der Stille nach dem Herzogshut seines Heimatlandes strebte. Im Oktober des Jahres, wo in Berlin über das Schicksal des polnischen Lehnsstaates zugunsten Preußens verhandelt wurde, galt es dem sächsischen Gesandten Le Fort auf Grund seiner Beobachtungen als sehr wahrscheinlich, daß im Winter die Zarin Anna nach Kurland, das sich wegen der Garantie seiner Rechte unter ihren Schutz begeben habe, reisen und ihren Günstling zum Herzog ernennen werde.² Als er diesen hierüber sondierte, bekam er jedoch zur Antwort, die Kurländer müßten einen Abkömmling des Kettlerschen Hauses wählen, und weiter, wie bereits vor Monaten, daß er selbst kein Geld habe. Obwohl August der Starke die Vornahme einer neuen Herzogswahl während der Regierung Ferdinands dem Petersburger Hofe als verfrüht vorstellen ließ³, so wäre er dennoch nicht abgeneigt gewesen, zwischen diesem und der Republik im geheimen zugunsten Biron's — natürlich nur gegen entsprechende Zugeständnisse — die

¹ Le Fort, d. d. Petersburg, 18. März 1732. Loc. 3024. Vol. XVIII.

² Le Fort, d. d. Petersburg, 21. u. 25. Okt., 1. Nov. 1732. (Loc. 3024. Vol. XIX.)

³ Ordre an Le Fort, d. d. Dresden, 22. Nov. Ebda.

Vermittlerrolle zu übernehmen¹; zu Verhandlungen kam es hierüber jedoch nicht mehr.

Seit den ersten Kundgebungen Rußlands wegen einer Wahlhilfe für Augusts Sohn wurde nun ständig die wichtige Forderung erhoben, daß dieser nie weder als Kurfürst noch als polnischer König eine Änderung der bestehenden Regierungsform Kurlands gestatten oder befördern, sondern sich gegebenenfalls nachdrücklich bei der Republik darum bemühen sollte, daß dem Herzogtume alle seine Vorrechte und die ihm nach Ferdinands Ableben „zukommende freie Wahl“ ungehindert gelassen würden. Das war auch der Inhalt des zweiten Geheimartikels von dem russischen Juliprojekte. Annehmbarer sollte er wohl dadurch gemacht werden, daß das russische Kabinet die Absicht erklärte, keineswegs die Wahl eines preußischen Prinzen in Kurland zu begünstigen, wie man dies auch nach England gemeldet habe, sondern eher einen aus dem Hause Sachsen zu bevorzugen.² Kurz darauf bezeichnete der Oberkammerherr den Prinzen von Weißenfels als den, für welchen er sich an Stelle eines brandenburgischen Kandidaten aus vollem Herzen verwenden wolle.³ Er riet vor allem zur Signierung des Vertrages und stellte sich selbst wie in der Folge noch oft dem Preußen zuneigenden Grafen Ostermann gegenüber, der keineswegs Sachsens Freund sei, sondern dessen Absichten bei jeder Gelegenheit entgegenarbeite. Biron gab sogar an Lynar die Erklärung ab, daß er, wenn ihm der Kurfürst nach einer Thronbesteigung in Polen die Punkte mitteilen würde, welche er aus dem Traktat entfernt zu sehen wünsche, dies zu bewirken sich mit seinem Ehrenwort verpflichte.

Der unter dem 10. Juli von Rußland bereits signierte und Löwenwolde übergebene Traktat⁴ sollte gegen das von den sächsischen Gesandten nach Dresden abgeschickte und hier zu unterzeichnende Vertragsexemplar bis zum letzten Juli in Warschau ausgewechselt werden. Dem Oberstallmeister, der hierher zurückkehrte⁵, wurde

¹ Ordre an Le Fort, d. d. Dresden, 15. Nov. 1732. Loc. 3362.

² Le Fort u. Lynar, 11. Juli 1733. Loc. 3552. Vol. II.

³ Lynar, 12. Juli. Ebda. — Johann Adolf II. von Sachsen-Weißenfels war einst als Kandidat für Kurlands Herzogstuhl in Aussicht genommen worden. Er sollte nach einem geplanten Verträge zwischen Peter dem Großen und August dem Starken zu Petersburg vom 12./23. Dezember 1717 die Nichte des ersteren, die spätere Kaiserin Anna heiraten, damals Witwe des kurländischen Herzogs Friedrich Wilhelm. Ferdinand sollte abgefunden und die Ritterschaft bewogen werden, Johann Adolf vom polnischen König zum Herzog zu erbitten, wozu sie sich auch in der brüderlichen Konferenz vom 18. März 1718 entschloß. Es kam schließlich aber nichts zustande, da Peter den Vertrag wegen geänderter politischer Lage nicht ratifizierte.

⁴ In 9 Haupt- und 5 Geheimartikeln. Original Nr. 14678 im Dresd. H. St. A. Gedruckt bei G. F. de Martens, Supplément au Recueil des principaux Traités. (Göttingen 1807.) Tome III, S. 1—10.

⁵ Er war am 8. Juni von Warschau, wo er seit dem 25. April weilte, nach Petersburg abgereist und traf am 7. August wieder in Polens Hauptstadt ein.

gleichzeitig nach dem Eintreffen der beiden eigenhändigen Schreiben Friedrich Augusts, welches bis auf weiteres das positive Eintreten der Zarin für ihn entschied, erst dessen nachdrückliche Unterstützung befohlen¹; bisher hatten ihre Warschauer Vertreter in der Hauptsache nur Instruktionen, nicht gegen ihn zu arbeiten.

Den unannehmbar dünkenden russischen Vertrag beantwortete jedoch das Dresdener Kabinett am 29. Juli, da es Kenntnis von unbeschränkten Vollmachten Löwenwoldes hatte, mit einem Gegenprojekt², das die Dauer des Bündnisses auf nur 6 Jahre und statt der geforderten Hilfeleistung bei Defensivkriegen allein eine solche in einem durch die Königswahl verursachten Garantiefall bestimmte. Zugleich wurde die Zahl von 9000 Mann russischer und 6000 Mann sächsischer Hilfstruppen herabgesetzt auf 6000 bzw. 3000 Mann. Waren bis jetzt von sächsischer Seite keine eigentlich positiven Zugeständnisse und Versprechen betreffs Kurlands gegeben worden — denn immer nur in allgemeinen und einschränkenden Wendungen hatten sich die bisherigen Versicherungen über künftige Dienste bewegt —, so wurde nun die russische Formulierung des kurländischen Artikels insoweit angenommen, als der Kurfürst versprach, eine Inkorporation Kurlands als polnischer König weder zu befördern noch ihr zuzustimmen und sich bei der Republik um die Aufgabe dieser ihrer Absicht zu bemühen. Von dem so oft den Nachbarhöfen gegenüber betonten „Generalprinzip“, sich zu nichts zu verbinden, was die Republik mit angehe, war somit abgewichen: die Anerkennung des Weiterbestehens von Kurland als Herzogtum widersprach der Grodnoer Reichskonstitution von 1726. Durch Auslassen der Stellen, welche die verlangten Wahlberechtigten des Herzogtumes betrafen, hoffte man wenigstens noch, deren Zugeständnis zu vermeiden. Aber auch in diesem Punkte sollten die Warschauer Gesandten nachgeben, wenn darauf Rußlands Vertreter bestehen und Vorstellungen vergeblich sein würden, daß die Republik weit eher zum Verzicht auf die Inkorporation und zur Wiederverleihung des alten Rechts der Lehensvergebung an den König als zum Überlassen des Wahlrechtes an die kurländischen Stände gebracht werden könnte.

¹ Anna an Friedr. Aug., d. d. Petersburg, 17. Juli (a. St.): „... die darinnen enthaltene Declarationes u. bündigste Versicherungen haben mir nicht anders als angenehm seyn können, u. um E. Ch. Durchl. Meine vor Sie hegende aufrichtige Freundschaft u. treues Wohlwollen im Werke selbst mit mehreren zu zeigen, so habe ich ohnverzüglich, u. sogleich nach Erhaltung obged. Schreiben, u. auf die darinnen enthaltene bündigste Declarationen meinen nach Pohlen abgeschickten Ober-Stallmeister den Gr. v. Löwenwolde positive Instruirt, um von nun an E. Ch. Durchl. bey dem bevorstehenden Wahlgeschäfte in Pohlen habende Absichten aufs nachdrücklichste zu appuyiren...“ (Original, russisch und deutsch, Loc. 3552. Vol. II.)

² In 11 Artikeln und 4 Geheimartikeln. — Konferenz, d. d. Dresden, 25. Juli; Friedr. Aug. an Wackerbart-Salmour u. Baudissin, 29. Juli. (Loc. 3557. Vol. I. u. Loc. 3556. Vol. IV.)

In den kommenden Wochen hatten Wackerbart-Salmour und Baudissin einen überaus schweren Stand. Sie gaben sich alle erdenkliche Mühe, den Wünschen ihres Hofes nachzukommen. Aber sogleich nach der Rückkehr des Oberstallmeisters mußten sie einsehen, daß an die Änderung irgendeiner Silbe des signierten russischen Vertrags-exemplares nicht zu denken war.¹ In dem kurländischen Artikel konnte keine Auslassung erreicht werden, auch nicht die der Worte „noch als Kurfürst“ an der Stelle, welche von der Nichtbeteiligung an der künftigen Verfassungsänderung des Herzogtumes handelte. Um die Ablehnung der Garantien zu rechtfertigen, bedienten sie sich fleißig der von Dresden aus angegebenen Einwände; so führten sie das Mißverhältnis zwischen den Garantieobjekten an, die Entlegenheit und Größe des europäischen, von Türken, Tartaren und Persern immer bedrohten russischen Reiches, die wegen der notwendigen Erlaubnis der Nachbarmächte und Polens zu befürchtenden Schwierigkeiten, welche sich etwaigen Durchzügen sächsischer Hilfsvölker entgegenstellen würden, Verletzung der Reichsgesetze durch ihre Stellung usw. Doch alle Bemühungen waren und blieben vergeblich, ebenso wie die Versuche, die Bündnisdauer von 18² auf 8 oder 10 Jahre herabzusetzen. Nur die gegenseitige Truppenanzahl, deren Angabe in dem Löwenwoldeschen Allianz-exemplar ausgelassen war, wurde um je 3000 Mann vermindert. Das sächsische Hilfskorps sollte sich erst nur aus Reitern zusammensetzen, schließlich gab sich der Oberstallmeister mit der Stellung von 2000 Mann Kavallerie und 1000 Mann Infanterie zufrieden. Im übrigen bestand er hartnäckig auf dem vollen Wortlaut³; mehrmals erklärte er hierbei, wie für Sachsen das Haupt-

¹ Wackerbart-Salmour u. Baudissin, d. d. Warschau, 9. u. 10. Aug. (Loc. 3556. Vol. V.)

² Angaben (wie bei Droysen, IV. 3, S. 206 — M. Immich, Gesch. des europ. Staatensystems, S. 270) von einer „ewigen“ Dauer auch des sächsisch-russischen Vertrages sind falsch.

³ „Qu'il ne pouvoit rien changer à la teneur du Traité, si non en quelques endroits, qui étoient en blanc, sur quoi nous objectames, qu'on nous avoit supposé, qu'il étoit muni de plein pouvoirs illimités: Oui, reprit-il, pour faire agir les troupes et favoriser l'un ou l'autre Concurrent dans l'élection, mais non pas pour alterer la substance d'un Traité signé par l'Imperatrice et scellé du Grand Sceau de Russie. Qu'ainsi il ne pouvoit non plus rien changer par rapport à la Garantie parce que par là il pourroit convaincre le Ministère Russien d'avoir quelque avantage de ce traité. Est-ce que 3000 h que l'Imp. recevrait de secours pourroient être un objet pour la Russie? Est-ce que vous pouvez prétendre que nous fassions tout pour rien? Vous voyez 34 000 h sont en marche et qu'ils seront suivis d'autant en cas de besoin, ils agiront suivant le concert que nous prendront avec l'Ambassadeur Impérial et vous autres, afin de mettre sur le throne V. A. Cette voye, parlons net, est l'unique qui vous reste à prendre.“ (Wackerbart-Salmour u. Baudissin, Inserat 10. Aug. Loc. 3556. Vol. V.) Schon vor seiner Abreise nach Petersburg hatte Löwenwolde eine Defensivallianz als das geeignete Mittel bezeichnet, womit außer den deutschen Ministern auch die „Bojaren“ an den für Sachsen günstigen Maßnahmen teilnehmen könnten. (Wackerbart-Salmour u. Baudissin, 3. Juni. Loc. 3556. Vol. II.)

objekt des Vertrages die Wahl sei, so für die Zarin die Allianz und Garantie, welche den russischen Mitgliedern des Petersburger Kabinettes als Beweis für den Vorteil dienen könnten, den ihr Eintreten für Sachsen gegenüber der Unterstützung eines Piasten biete. Gleich seinem Hofe¹ riet Graf Wilczek dringend und unter beruhigenden Versicherungen zur Ratifikation.² Als äußersten Termin hierfür, dessen Festsetzung die sächsischen Gesandten auf den 24. August gewünscht hatten, bestimmte Löwenwolde den 19., nur einen Tag entgegen seiner ursprünglichen Forderung zugehend. Obwohl sie nun in beweglichen Worten von ihrem Hofe Signierung und Absendung des Ostermannschen Exemplares erbat und auf den ständig wachsenden Einfluß der französischen Partei und auf das vornehmlich von Rußland abhängende Gelingen einer Wahl hinwies, erging von Dresden am 15. August nach Warschau mit Vollmachten die Weisung, weiter auf dem sächsischen Juliprojekt zu bestehen und demgemäß abzuschließen.³ Seine Annahme wurde dadurch erhofft, daß man sich in einem gleichzeitigen kurfürstlichen Handschreiben an den Oberstallmeister⁴ auf das eingelaufene Dankschreiben der Zarin berief. Doch auch das war nutzlos; er blieb fest und unerbittlich.⁵ Seine Äußerungen und die Lage in Polen ließen es nicht länger zweifelhaft erscheinen, daß der gewünschte Vertrag das einzige Mittel zu der ersehnten Königswahl sei; er erklärte des öfteren, für sie bei einem schnellen Abschlusse mit Rußland garantieren zu können. Noch einen letzten Versuch, die Garantie nur für die durch eine Wahl verursachten Fälle gelten zu lassen, machte das Dresdener Kabinett mit einem schon vom Kurfürsten unter dem 19. August unterschriebenen

¹ Lützelburg u. Zech an Wackerbart-Salmour, d. d. Wien, 6. Aug.: „Hier rät man Garantie- u. Defensivbündnis zu schließen u. Artikel von Curland betr. der stände freyen wahrrecht lieber stehen zu lassen.“ (Loc. 3593.)

² „... que la politique exige souvent qu'on donne des paroles à ceux, qui savent fort bien, que ce ne sont que des paroles; car ultra posse nemo tenetur et qu'il y a des circonstances, où, après avoir déclaré de bonne foy ce qu'on peut faire pour ses amis, s'ils en demandent d'avantage on peut y consentir par complaisance sans en venir à l'effet.“ (Wackerbart-Salmour u. Baudissin, 4. Aug. Loc. 3556. Vol. V.)

³ Friedr. Aug. an Wackerbart-Salmour u. Baudissin, d. d. Dresden, 15. Aug. Loc. 3557. Vol. II.

⁴ Begleitet von einem Briefe Sulkowskis: „... V. E. (Löwenwolde) trouvera non seulement une retraite tres sure auprès de S. A., mais aussi une recompense digne de ses merites et de ses services rendus...“

⁵ Wackerbart-Salmour u. Baudissin, 13. Aug.: „Nous devons avouer à V. A. qu'à force de remonstrances de prières et de marques d'amitié nous avions presque disposé le Grand Ecuyer à entrer dans les points du Contre Projet, lorsqu'un Conseiller d'Ambassade qu'il avoit avec lui a dit tout sec en notre presence: ‚Voilà, ce que vos ordres ne vous permettent pas de faire, je vous en avertis, vous vous rendriez responsable.‘ Quoique Löwenwolde fut piqué de cette espece d'admonition il dissimula et pesant de nouveau toutes choses, il nous dit qu'il ne pouvoit pas faire d'avantage...“ (Loc. 3556. Vol. V.)

Traktat¹, der im übrigen ganz den russischen Wünschen angepaßt war. Vollkommen aber fügten sich diesen die sächsischen Gesandten auf eigne Hand einen Tag nach seinem Eintreffen in Warschau. Denn einen anderen Ausweg erblickten sie nicht mehr angesichts des begonnenen Wahlreichstages und der Krisis, in der sich die Sache ihres Herrn befand. Vergeblich hatten sie wieder die Bündnisdauer zu reduzieren und die allgemeine Garantieübernahme zu verhindern gesucht; diese war schließlich von dem Oberstallmeister aus dem Grunde als unerläßlich hingestellt worden, weil Rußland in Anbetracht des vorgerückten Alters der kinderlosen Zarin Anna und im Hinblick auf die Thronfolge und eine etwaige künftige Minderjährigkeitsregierung die Gewinnung dauernder Freunde im Auge behalten müsse.² So schlossen Wackerbart-Salmour und Baudissin am 25. August mit dem Grafen Löwenwolde eine besondere Konvention ab³, nachdem dieser nochmals erklärt hatte, ohne die Ratifikation des russischen Vertrages keinen Schritt weiter für den Kurfürsten tun zu können, dem ohne jedes Wagnis Polens Krone mit Hilfe der russischen Armee sicher sei.⁴ Die sächsischen Gesandten versprachen im 1. Artikel die ungesäumte Ratifizierung des Petersburger Vertrages vom 10. Juli seitens ihres Herrn. Die übrigen, in den vorhergegangenen Tagen beratenen Artikel der Konvention enthielten einige Erläuterungen und Zusätze zum Haupttraktat: Bestimmungen über die Verwendung der sächsischen Hilfstruppen bis in die Gegenden von Kiew und Riga als äußerste Punkte, über Verpflegung und Requisition, über die gegenseitige Unterstützung mit allen Kräften bei Angriffen wegen der Königswahl und über die Ausdehnung beiderseitig gegebener Titel auf die Nachfolger. Einen Erfolg errangen die Dresdener Gesandten noch zuletzt mit der Aufnahme des 9. Artikels, in welchem sich Löwenwolde ausdrücklich im Namen seiner Herrin mit den nach Berlin ergangenen sächsischen Angeboten zufrieden erklärte. Damit wurde auf den Bündnisschluß des Kurfürsten mit Preußen russischerseits verzichtet, der im Hauptvertrag zwar gefordert, auf den aber bisher nie ernstlich gedrungen worden war.

Wohl oder übel mußte jetzt das sächsische Kabinett allen Widerstand aufgeben⁵; am 1. September ratifizierte Friedrich August Vertrag und Erläuterungskonvention. Kursachsens Anschluß an den Zarenhof war damit vollendet; es war aus seiner Isolierung herausgetreten und

¹ Friedr. Aug. an Wackerbart-Salmour u. Baudissin, 20. Aug. Loc. 3557. Vol. II.

² Wackerbart-Salmour u. Baudissin, 23. Aug. Loc. 3556. Vol. V.

³ In 10 Artikeln. Original Nr. 14 683a im Dresdner H. St. A. Gedruckt bei Martens, a. a. O. S. 10—15.

⁴ Declaration du C. de Löwenwolde par rapport aux Points du Traité avec la Russie à changer. Du 14./25. aout. (Loc. 3519.)

⁵ In der Konferenz am 31. Aug., an welcher der Kurfürst, Sulkowski, Brühl, Gersdorff, B. v. Zech und Bülow teilnahmen. (Loc. 3557. Vol. II.) Das russische Ratifikationsinstrument der Konvention wurde erst am 10. März 1735 vom Petersburger Ministerium Lynar übergeben.

nahm nun in der gewandelten politischen Konstellation die Stelle Preußens ein. Um so mehr sollte aber in der Folgezeit dessen König dem neuen Bunde der drei Alliierten zu schaffen machen. —

Gleichzeitig mit den Warschauer Bündnisverhandlungen hatte die Frage, ob und wann sächsische und österreichische Truppen in Polen einrücken sollten, Anlaß zu einer anderen wichtigen Gruppe von Verhandlungen zwischen Warschau, Wien und Dresden gegeben. Hierüber waren nun abermals durch Verschiedenheit oder Wechsel der Ansichten große Differenzen entstanden. Von vornherein vertrat das sächsische Kabinett den Standpunkt, nicht einen Mann der eigenen Truppen die Grenze Polens überschreiten zu lassen, bevor nicht der Kurfürst durch eine Partei zum Könige ausgerufen und zur Annahme der Krone aufgefordert worden sei. Durch diese immer streng bewahrte Haltung wollte es in erster Linie dem Vorwurfe, daß es selbst mit Waffengewalt die Gesetze und die Freiheit der Wahl verletzt habe, aus dem Wege gehen und keinen Grund geben, der möglicherweise zu Konflikten mit anderen Mächten und zu Unruhen in Polen während einer künftigen Regierung führen konnte. Erst nach einer Wahl des Kurfürsten waren die Dresdner Staatsmänner zu dem dann für berechtigt erachteten Truppeneinmarsch zwecks Unterstützung seiner Anhänger entschlossen.

Umfassende Kriegsvorbereitungen wurden zu diesem Zwecke schon seit April getroffen¹; am 6. Juni erging der Mobilisierungsbefehl; gegen Ende August standen zwei Korps an Sachsens Ostgrenze bereit, das eine über 12 000 Mann stark bei Lübben, Guben und Sorau, das andere, zunächst als Reservekorps, von ungefähr 7000 Mann bei Görlitz.² Je mehr nun Stanislas' Anhänger in Polen an Boden gewannen, desto dringender wurden die Bitten der sächsischen Bevollmächtigten, noch vor einer Wahl Truppen einrücken zu lassen. Gewünscht hatten sie dies schon im Juni, nachdem ihre Bemühungen zur Bildung einer genügend großen Partei, die den Kurfürsten ins Land rufen sollte, erfolglos geblieben waren und als auch die Hofburg sich zwecks Vereitelung der Wahl Leszczynskis mit dem Gedanken trug, Truppen nach Polen zu senden. Den Rechtfertigungsgrund für ein militärisches Vorgehen sächsischerseits sollten verschiedene Übergriffe des Primaten Theodor Potocki nach der Meinung Wackerbart-Salmours, welche die übrigen Gesandten durchaus billigten, abgeben.³ In

¹ Friedr. Aug. an Feldmarschall Wackerbart, d. d. Dresden, 31. März. Loc. 1154.

² Insgesamt betragen die für Polen bestimmten Truppen gegen 20 000 Mann. Es ist hier nicht der Ort, im einzelnen Angaben über Zahl und Art der Truppen und die vielfachen Veränderungen in den geplanten und getroffenen Aufstellungen anzuführen. (Tabellen hierüber Loc. 1154. Einiges bei O. Schuster u. F. A. Francke, *Gesch. der sächs. Armee I.* 1885, S. 207 ff.)

³ Wackerbart-Salmour u. Baudissin, 25. Juli. (Loc. 3556. Vol. IV.) Die Klagen über das immer feindseliger werdende Verhalten des Primaten

Dresden blieb man jedoch dabei, daß unbedingt erst der Wahlausgang abzuwarten sei. Bis dahin sollten die beiden Großmächte allein handeln. Frankreichs Kriegsanstalten und Drohungen, das Reich anzugreifen im Falle eines kriegerischen Vorgehens des Kaisers in Polen, machten dieses höchst unwahrscheinlich. Es war bekannt, daß aus diesem Grunde ihn hiervon England und Holland abzuhalten suchten. Rückten die sächsischen Truppen in die Republik ein, so trug die Hofburg vielleicht noch weniger Bedenken, die ihrigen von der schlesischen Grenze unter dem Vorwand zurückzuziehen, daß sie ihre bedrohten Erblande verteidigen müsse. Und mußte dies dann nicht gemäß des Wiener Vertrages geduldet werden? Unsicher war außerdem die Art der militärischen Maßnahmen Rußlands, mit dem der Bündnisschluß noch ausstand. Als Voraussetzung für eine Unterstützung des Kurfürsten hatten die beiden kaiserlichen Höfe stets „die freie Wahl“ zugrunde gelegt; wurde ein Piast allein oder als Leszczyńskis Gegenkandidat proklamiert, so gaben sie vielleicht doch noch die Sache des Kurfürsten preis. Was sollten aber dann dessen Truppen in Polen? Ihre Verwendung vor seiner Wahl wäre hauptsächlich nur der Vertreibung des Stanislas zugute gekommen, ohne deshalb die volle Gewähr einer Wahl des Kurfürsten zu bieten, die darnach auf Grund der eignen, den polnischen Gesetzen zuwider laufenden Beteiligung mit Waffengewalt hätte angefochten werden können; schließlich: vermochten die schon heranrückenden Russen nicht, die sächsische Partei zu einer Proklamierung Augusts zu bewegen, so konnte sie hierzu der Eintritt der Sachsen ebensowenig bestimmen. Das waren die Hauptbedenken und Gründe, welche, vornehmlich von dem greisen Feldmarschall Wackerbart in mehreren Gutachten¹ ausführlich erörtert, die Dresdner Minister auch fernerhin in dem einmütigen Entschlusse bestärkten, ohne vorherige Wahl des Kurfürsten nicht mit bewaffneter Hand vorzugehen.

So mußten nun auch in Dresden wie aus andren Gründen in Wien² Vereinbarungen der russischen, österreichischen und sächsischen Gesandten, welche sie in Warschau über den russischerseits geforderten Eintritt sächsischer und kaiserlicher Truppen trafen, auf heftigen Widerstand stoßen. Schon seit Ende Juli war verschiedentlich sowohl

und Gnesener Erzbischofs betrafen besonders seine Hetzartikel in Zeitungen und Druckschriften mit herabwürdigenden Äußerungen über den verstorbenen König und mit Angriffen auf die Stellung der sächsischen Gesandten, denen der völkerrechtliche Schutz abgesprochen wurde. Emisäre Potockis wiegelten das Volk unter dem Vorwand auf, daß von ihnen die Schulden Augusts des Starken nicht bezahlt würden, einer seiner Geistlichen schüttete einmal ein Glas Wein aus dem Fenster auf ihren vorbeifahrenden Wagen. Die übrigen Gesandten mußten gleichfalls oft für ihre Sicherheit fürchten.

¹ Sehr eingehend sind namentlich Wackerbarts Gutachten vom 31. Juli und die Dresdner Konferenzprotokolle vom 14. u. 15. Aug. (Reskripte an Wackerbart-Salmour u. Baudissin, 4. u. 15. Aug. Loc. 3557. Vol. II.)

² Arneth, S. 382. — Beer, S. 17ff.

von Warschau aus als auch durch die Hofburg angekündigt worden, daß der Kaiser in Dresden um 6000 Mann Hilfstruppen für eine gegen Frankreich ins Feld zu stellende Armee nachsuchen werde.¹ Als Bestimmungsort wurden Rhein und Mosel oder das Glogauer Lager angegeben, wo sie vier Regimenter des kaiserlichen Observationskorps, die man einer in Böhmen zu bildenden Armee von 20 000 Mann zuerteilen wollte, ersetzen sollten. In der Warschauer Konferenz vom 10. August² kamen die Gesandten der drei Höfe überein, daß außer den 6000 Sachsen an den Rhein eine gleiche Zahl für das kaiserliche Grenzcampement zu stellen sei; diese 6000 Mann sollten als kaiserliche Hilfstruppen gemeinsam mit 4000 Mann österreichischer Truppen die polnische Grenze überschreiten. Das russische Heer sollte in Eilmärschen in Litauen vorrücken und ein anderes sächsisches Korps von 6000 Mann als Reserve bei Sorau zum Erscheinen in Polen bereit stehen. Zugleich beschloß man im Fall der Wahl Leszczyńskis seine gemeinsame Vertreibung. Am 19. (8. a. St.) August unterzeichneten die Gesandten hierüber ein Abkommen³, in dem noch die Thronerhebung des Kurfürsten nach einer Proklamation garantiert und der 22. als spätester Termin⁴ des Einmarsches der sächsischen und kaiserlichen Truppen festgesetzt war. Zwei Nebenartikel, welche die russischen und sächsischen Vertreter vereinbarten, schränkten jedoch die getroffenen Bestimmungen ein. Für den Fall, daß der Kaiser Bedenken tragen sollte, unverzüglich seine 4000 Mann einrücken zu lassen und „wenn nicht gleichmäßiger Ernst von allen Seiten gezeigt“ werde, wiesen einerseits im Namen der Zarin die russischen Gesandten jede Verantwortung ab und behielten sich weitere Maßnahmen vor, andererseits setzten bei ihnen die kurfürstlichen den Verzicht auf den Marsch der sächsischen

¹ Wackerbart-Salmour u. Baudissin, 27. Juli. (Loc. 3556. Vol. IV.) Lützelburg u. Zech, d. d. Wien, 22. Juli, 1. u. 5. Aug. (Loc. 3550. Vol. IV.) Hinweise ließen sich in den Dresdner Akten nicht finden, daß Karl VI. den Kurfürsten um 20 000 Mann nach dem Rhein angegangen hatte, wie eine Wiener Instruktion vom 12. Juli für Wilczek (abgedruckt: F. Förster, Die Höfe u. Cabinette Europa's im achtzehnten Jahrhundert. II. Bd., S. 19) und Angaben älterer Werke besagen. (Vgl. Versuch einer Lebensbeschreibung des Feldmarschalls Grafen v. Seckendorff. 1794. IV. Teil, 2. Abschnitt, S. 115. G. A. H. Stenzel, Gesch. des preuß. Staats. 1841. III. Teil, S. 653.)

² Zugegen waren Graf Wilczek, die beiden Löwenwolde, die sächsischen Gesandten, der kaiserliche Resident Kinner v. Scharffenstein und der russische Legationssekretär v. Brevern. (Wackerbart-Salmour u. Baudissin, 9. u. 10. Aug. 4 Inserate. Loc. 3556. Vol. IV.)

³ Druck der drei Hauptartikel bei F. Martens, Recueil des traités et conventions conclus par la Russie avec les puissances étrangères. Tome I. 1874. S. 66 ff. — Die Signierung eines „Projet d'un concert préliminaire“, das die Gesandten in Warschau unter dem 27. Mai vorläufig vereinbart hatten, wurde bald darauf für unnötig gehalten. (Wackerbart-Salmour u. Baudissin, 30. Mai u. 3. Juni. Loc. 3556. Vol. II.)

⁴ Ihn einzuhalten, wäre schon deshalb unmöglich gewesen, weil frühestens am 22. die Nachricht von dem Abkommen in Dresden eintreffen konnte.

Truppen an den Rhein durch, falls man in Wien der Abmachung nicht nachkommen sollte.¹ Während sich Graf Wilczek in heftiger Weise erst gegen die Unterzeichnung der Hauptpunkte gestäubt hatte, hielten die Verwirklichung ihres Inhaltes Wackerbart-Salmour und Baudissin nicht nur für unbedenklich, sondern sogar für unbedingt notwendig. Stets hatten sie von dem Erscheinen der sächsischen Truppen Ermutung und Verstärkung der gewonnenen Partei erhofft und darin das wichtigste Mittel zur Bildung einer „Scission“ erblickt. An ihren Hof gaben sie mit ständigen Hinweisen auf die gefährlichen Folgen nach wie vor ihrer großen Unzufriedenheit sowohl über die Bedenken, den Vertrag mit Rußland zu schließen, als auch über das Zögern betreffs des Truppeneinmarsches genügend Ausdruck.² Wie ihnen die Grafen Löwenwolde erklärten, daß, wenn diese beiden Punkte unerfüllt blieben, sie nicht die „Angeführten“ sein wollten und „einen anderen König nach ihrem Geschmack zur Hand hätten“³, so hatte anfangs der Oberstallmeister dem Grafen Wilczek mit der Umkehr der Russen gedroht, falls nicht sein Hof Truppen in der Stärke von 10 000 Mann mit einmarschieren lassen würde; von beiden Gesandten wurde dann der Ausweg des sächsischen Ersatzes von 6000 Mann getroffen. Hierzu war inzwischen die Zustimmung des Dresdner Hofes erfolgt, wohl in der Voraussicht, daß die Hofburg bei ihrer trotz Rußlands Drängen ablehnenden Haltung gegen eine Beteiligung mit Waffengewalt, um die gelegentlich ebenfalls sächsischerseits nachgesucht ward⁴, auch die 4000 Mann nicht Polens Boden betreten

¹ Loc. 3556. Vol. V.

² Wackerbart-Salmour an Feldmarschall Wackerbart d. d. Warschau, 20. Aug.: „Sur tous les delais que notre cour met à conclure ses traités, c'est ce qui rompt toutes les mesures, fait naitre de la mefiance“; und am 21. Aug.: „Combien de peine nous avons eu et encore pour tenir la partie bien lié avec la Russie et l'Empereur nous risquons tout si le maitre ne nous soutient pas . . . et j'espere qu'il s'attachera plus à la réalité des choses qu'aux expressions et à la chicane de ceux qui veulent peser tous les mots avant que de rien conclure, c'est-ce qui nous a été impossible . . . la jonction et l'entrée des troupes auxiliaires avec celles de l'Empereur sont deux articles absolument necessaires.“ (Loc. 3593.)

³ „Les Contes de Löwenwolde nous ont declares tout net, que si le traité n'est pas signé et que les troupes Imperiales et celles de V. A. n'entrent point au temps marqué ils ne voudront pas etre nos duppes et qu'ils ont à la main un autre Roy de leur façon qui ne sera pas desagreable à l'Empereur.“ (Wackerbart-Salmour u. Baudissin, 20. Aug. Loc. 3556. Vol. V.)

⁴ Namentlich waren sächsischerseits Gesuche wegen des Einrückens kaiserlicher Truppen ergangen, als die Warschauer Gesandten vor dem Beginn des Wahlrechtstages befürchteten, daß die Gegner sich Krakaus und hier der „königlichen Attributs“ bemächtigen würden. Die Gesandten erbaten deshalb bei denen der Kaiserhöfe österreichische Truppen zur Besetzung der Stadt, und ihr Hof wandte sich nach Wien. (Wackerbart-Salmour u. Baudissin, 23. u. 31. Juli. Loc. 3556. Vol. IV. Reskript an sie, d. d. Dresden, 7. Aug. Loc. 3557. Vol. II.) Die hierbei zum Ausdruck gebrachte Sorge um die „königlichen Attributs“ läßt mit Sicherheit den Schluß zu, daß die polnischen Kronkleinodien nach Augusts des Starken Tode nicht — zum mindesten aber nicht sämtlich — vom Grafen Brühl

lassen würde. So stand eine zu frühzeitige Verwendung der als kaiserliche Hilfstruppen zu stellenden 6000 Mann sicher nicht zu befürchten. Diese erbat auch der kaiserliche Abgesandte Franz Karl Graf von Wratislaw¹ am 16. August in Dresden. Das Ansuchen wurde daraufhin unter verschiedenen, von ihm zugestandenen Bedingungen gewährt.² Die bezeichnendste war, daß das Auxiliarkorps³ ungehindert zurückverlangt werden konnte, sobald es der Kurfürst selbst benötigte. Die Art der Übernahme vereinbarte man mit dem am 25. August eingetroffenen Generalfeldzeugmeister Prinzen Ludwig von Württemberg, dem Befehlshaber des Glogauer Lagers, wo es bis in den Oktober verblieb. Die gleichzeitig von Wratislaw vorgebrachte Bitte, weitere 6000 Mann dem Kaiser nach Pilsen zum Marsch an den Rhein zu überlassen, wurde entschieden abgelehnt.⁴ Mit dem Nichteintritt des kombinierten Korps, das noch Ende August von Warschau aus gewünscht wurde, mußten sich schließlich Sachsens Gesandte wie die der Zarin abfinden. Ihm aber und der zum Teil⁵ durch das späte

heimlich in Verwahrung genommen und nach Dresden überführt worden sind. (Vgl. hierzu auch Boyé, S. 294 u. Anm. 2.) Daß Brühl dies getan und dadurch die Gunst des Nachfolgers gewonnen bzw. die eigene Stellung befestigt haben soll (so noch M. Paul, Graf Wackerbarth-Salmour, Oberhofmeister des sächs. Kurpr. Friedr. Christian. Bibl. der sächs. Gesch. u. Landeskunde. IV. 2. 1912. S. 13), ist in der Literatur zur feststehenden Ansicht geworden, die wohl letzten Endes auf die 1763 erschienene Flugschrift von Justi: „Leben u. Character des Kgl. Pohln. u. Churf. Sächs. Premier-Ministre Grafens v. Brühl“ (S. 63) zurückgeht. Nicht die Spur eines Beweises für ihre Richtigkeit ließ sich aus den Akten erbringen. Jedenfalls aber entledigte sich Brühl beim Tode Augusts des Starken zur vollen Zufriedenheit des Nachfolgers der Aufgabe, die ersten notwendigen Maßnahmen zu treffen und die Überführung des Hofstaates nach Dresden zu regeln.

¹ Seit Ende Juli angekündigt, traf er am 12. Aug. ein. (Lützelburg u. Zech an Brühl, 29. Juli. Loc. 3333.)

² Loc. 2873.

³ Es bestand aus 3 Infanterieregimentern (3801 Mann) und 12 Eskadronen Kavallerie (2116 Mann). Auf kaiserlichen Wunsch wurden einige Kanonen beigegeben. (Vgl. Feldzüge des Prinzen Eugen v. Savoyen. Hrsg. v. d. Kriegsgesch. Abteilung des k. u. k. Kriegsarchivs. XIX. Bd. Poln. Thronfolgekrieg. Bearb. v. R. Gerba. Wien 1891. S. 15.) Am 7. Sept. war der Einmarsch ins Glogauer Lager beendet; Ende Oktober wurde es wieder den sächsischen Grenztruppen einverleibt.

⁴ Friedr. Aug. an Wackerbarth-Salmour u. Baudissin, 26. Aug.: „J'ai fait connoître par des raisons incontestables qu'outre que mon Traité ne m'obligeoit pas à cette demarche, Je ne saurois m'expliquer à cet egard avant que Je n'aye vu le denouement de l'Electon prochaine et quel avantage il m'en reviendra, mais que lorsque cette affaire se tournera d'une manière avantageuse pour Moi, Je m'expliquerai sur les 6000 hommes d'une façon que l'Empereur aura lieu d'être content de Moi. Le Ministre Imperial n'ayant donc plus insisté sur cette demande, J'ai lieu de croire qu'il a été content de ma reponse.“ (Loc. 3556. Vol. V.)

⁵ Als ein weiterer Grund für das langsame Vorrücken des russischen Generals Lacy, worüber sich Löwenwolde erzürmt zeigte, wurde die Unwegsamkeit schlechtgewählter Straßen gemeldet.

Unterzeichnen des Petersburger Vertrages mit bedingten Verzögerung der Ankunft der russischen Truppen vor Warschau gab Wackerbart-Salmour hauptsächlich Schuld daran¹, daß Leszczyński durch Theodor Potocki am 12. September auf dem alten Wahlfelde zu Wola zum Könige von Polen ausgerufen wurde.

Damit hatte Frankreichs Politik das jahrelang erstrebte Ziel erreicht. Für Kursachsen handelte es sich nun darum, ob die Gegenkonföderation, die vornehmlich durch das Wirken der Gesandten der drei Alliierten zustande gekommen war, zur Wahl Friedrich Augusts noch während der Dauer des Wahlreichstages schreiten werde, der nach Ablauf von sechs Wochen am 5. Oktober sein Ende erreichte. Erfolgte erst darnach eine Proklamation, so war man in Dresden zur Annahme der Krone nicht gewillt², auch in dem Falle nicht, daß sie dem Kurfürsten auf einem verlängerten Wahlreichstage, den die Gesandten der Verbündeten nötigenfalls durchzusetzen beschlossen, zufallen sollte.³ Für das bloße Wahlgeschäft wollte die sächsische Regierung keine weiteren Summen opfern⁴, da ihr ein glücklicher Wahlausgang nach dem 5. Oktober noch ungewisser erscheinen mußte. Nach wie vor hielt sie auch daran fest, diesen nicht durch den Einmarsch eigener Truppen erzwingen zu helfen.⁵ Einige Tage vor dem 5. Oktober — nach dessen Ablauf Wackerbart-Salmour und Baudissin bei einer bis dahin nicht durchgesetzten Wahl unverzüglich heimkehren sollten — ersuchte sie Graf Löwenwolde erneut um militärische Un-

¹ Wackerbart-Salmour an Feldmarschall Wackerbart, 15. Sept. (Loc. 3593). Wackerbart-Salmour u. Baudissin d. d. Tarnowitz, 6. Jan. 1734. (Loc. 3689. Vol. VIII.)

² Reskripte an Wackerbart-Salmour u. Baudissin, 20. u. 29. Sept., 3. Okt. (Loc. 3557. Vol. II.)

³ Wackerbart-Salmour u. Baudissin, 27. Sept. (Loc. 3689. Vol. VI.) Graf Wilczek äußerte ihnen gegenüber die Ansicht, daß auch nach dem 5. Okt. eine Wahl Augusts „legitim“ sei.

⁴ Nach Stanislas' Proklamierung gaben die sächsischen Gesandten täglich 10—15 000 Dukaten aus an Geschenken und für den Unterhalt der Tausende, die auf dem rechten Weichselufer in der Prager Vorstadt versammelt waren. (Bericht, 15. Sept. Ebda.) Löwenwolde schoß ihnen Mitte September 40 000 Dukaten vor, als sächsische Geldsendungen nach Warschau auf sich warten ließen. (Der von ihnen ausgestellte Schuldschein d. d. Warschau, 14. Sept. Löwenwoldes Quittung über die zurückgezahlte Schuld d. d. Warschau, 16. Okt. [Loc. 3523 Acta Comm. u. Pohn. Reise-Gesandtschaft-Sachen.]) Von den für das Wahlgeschäft bestimmten 500 000 Dukaten war ein kleiner Teil für andere Zwecke — Besoldungen, Pensionen, Geldgeschenke — verwandt worden. Nach Warschau waren bis Mitte Juli 810 330 Taler 22 Gr., bis zum September 1 196 989 Taler 14 Gr. $\frac{9^2}{3}$ abgegangen. (Übersichten d. d. Dresden, 18. Juli u. 26. Sept. Loc. 3523. Acta Comm.)

⁵ Die Behauptung Immichs, S. 270, daß Stanislas' Wahl das Signal zum Einmarsche der Sachsen gegeben habe, ist unrichtig. Aktenmäßig nicht nachzuweisen war die Vermutung von A. Krell, Herzog Johann Adolf II. v. Sachsen-Weißenfels als sächsischer Feldmarschall. Leipzig 1911. S. 16, daß er auf russische Veranlassung hin — entgegen dem bisher vertretenen Standpunkte — erfolgt sei.

terstützung und zwar jetzt um 3000 Mann¹. Wie früher begründete er sie damit, daß dann die Gegenpartei geschwächt, die Anhänger aber Mut fassen würden; sie könnte völlig durch die erfolgten, das Völkerrecht verletzenden Angriffe auf das sächsische Palais² gerechtfertigt werden. Hierfür mit den Waffen Genugtuung zu holen und den angeratenen Vorwand zum Truppeneinmarsch zu ergreifen, lag aber ebensowenig im Sinn der Dresdner Staatsmänner.³ Sie warteten ab, was die russischen Truppen ausrichten würden, welche auf die Kunde von der erfolgten Wahl den Marsch nach Polens Hauptstadt beschleunigt hatten. Deren erste Kolonnen erschienen am 20. September vor Praga, der Vorstadt Warschau. Zwischen hier und Kamien, wo einst (1573) Heinrich von Valois, Polens erster Wahlkönig, proklamiert worden war, wurde schließlich von der Minorität, die den Wahlreichstag unter Protest verlassen hatte, am Nachmittage des 5. Oktober Sachsens Kurfürst noch zur rechten Stunde als König von Polen ausgerufen. Wieder einmal besaß die Republik zwei Könige; die Waffen mußten entscheiden, welcher sich behaupten werde. Bald erbaten polnische Getreue⁴ formell im Namen der Republik sächsische Truppen. Einige Zeit darauf, am 1. November, überschritt unter dem Kommando des Prinzen Johann Adolf II. von Sachsen-Weißenfels ein Korps von über 11 000 Mann bei Karge die Grenze, ein zweites kleineres folgte ihm zwei Wochen später nach.

¹ Er tat dies unberechtigterweise auf Grund des geschlossenen Vertrages; gleichzeitig ging er wieder den kaiserlichen Vertreter um militärischen Beistand an. (Wackerbart-Salmour u. Baudissin, 1. Okt. Loc. 3689. Vol. VI.)

² Es wurde am 29. Sept. von der wütenden Menge angegriffen und von dem Obersten v. Schlichting tapfer verteidigt, der unter Vermittlung des päpstlichen Nuntius Paolucci eine ehrenvolle Kapitulation einging. Vor Anschlägen gewarnt, weilten die sächsischen Gesandten seit dem 8. mit den russischen in der kaiserlichen Gesandtschaft. Näheres bei K. v. Weber, Aus vier Jahrhunderten. (Zur Lebensgesch. d. Königs v. P. Stan. Lesc.) N. F. 2. Bd. S. 116ff.

³ Wenn ihre Gesandten Warschau unverrichteter Dinge verlassen hätten, so wären Truppenteile bis auf weiteres und „zur Satisfaction der Insulten“ an der Landesgrenze postiert geblieben. Weitere Maßnahmen für diesen Fall sah man in der Dresdner Konferenz am 6. Okt. nicht vor. (Loc. 3689. Vol. VI.)

⁴ Es waren ein Starost Linowski und ein Hauptmann Pirck. Konferenz, d. d. Dresden, 19. Okt. Mit den polnischen Deputierten Cettner, dem Kronküchenmeister, und Godzki wurden die ersten militärischen Maßnahmen und der Empfang der „großen Deputation“ in Tarnowitz durch den Kurfürsten besprochen. Konferenz d. d. Dresden, 3. Nov. (Loc. 3689. Vol. VII.)

II. Abschnitt.

Kursachsens Politik während des polnischen Thronfolgekrieges.

Frankreich boten die polnischen Vorgänge nunmehr einen ausgezeichneten Vorwand zu der am 10. Oktober erlassenen Kriegserklärung an den Kaiser; Spanien und Sardinien schlossen sich diesem Vorgehen an; wie in Polen so begannen bereits im Herbst die Feindseligkeiten in Deutschland und Italien.

Als oberstes Ziel von Kursachsens Politik, vor dem andere Pläne zurücktreten mußten, ergab sich die Sicherung des neugewonnenen Thrones und möglichst schnelle Herstellung der Ruhe in Polen. Dies glaubte man anfangs ebenso wie in Wien und Petersburg auch in Dresden noch während des kommenden Winters durchführen zu können.¹ Den Hauptrückhalt für den Kurfürsten bildeten dabei natürlicherweise Österreich und Rußland gegen den französischen Hof und gegen die diesem verbündeten oder zuneigenden Mächte, vor allem Bayern, Schweden, die Pforte und nicht zuletzt gegen Preußen.

Im Laufe der bisherigen Verhandlungen hatte man in Dresden die preußischen Forderungen nie mit der zugeordneten Hilfe im Einklang stehend angesehen; den ihnen gegenüber oft vorgebrachten Grundsatz, nichts versprechen zu können, was nicht allein vom Willen des Kurfürsten abhinge, hatten die Vertreter Österreichs und Rußlands verschiedentlich unterstützt. Keine Maßnahme war von seiten Preußens erfolgt, woraus man auf den ernsthaften Wunsch zur Beförderung der sächsischen Absichten hätte schließen können. Seit August war vielmehr noch klarer geworden, wohin es in Wahrheit neigte. Aus Warschau kamen Nachrichten, daß es 20 000 Mann dem Primaten angeboten habe gegen Abtretung von Stadt und Gebiet von Elbing und der Starostei von Draheim²; sodann, daß es ihm und den Senatoren wie den Gesandten der Kaiserhöfe hatte erklären lassen, die Vermittlung

¹ Konferenz, d. d. Dresden, 6. Nov. (Loc. 3689. Vol. VII.) Lützelburg an Brühl, d. d. Wien, 10. Okt. (Loc. 2904. Vol. I.)

² Wackerbart-Salmour u. Baudissin, d. d. Warschau, 4. Aug. (Loc. 3556 Vol. IV.) Am 12. beantwortete der alte Wackerbart mit dieser Meldung Manteuffels Vorstellungen vom 8. (Loc. 3380. Vol. I.) Am 2. Sept. berichteten die Warschauer Gesandten, daß Preußens Vertreter das Gerücht nicht desavouiert hätten. (Loc. 3689. Vol. VI.)

zur Unterstützung irgendeines Piasten übernehmen zu wollen, da die Bewerbung Friedrich Augusts und Leszczynskis um die polnische Krone großes Blutvergießen verursachen könnte.¹ Unumwunden war in preußischen Antworten auf Deklarationen Rußlands, von denen man Kenntnis erhielt², ausgesprochen, daß „weit schädlicher“ als Stanislas der Kurfürst auf dem Throne sei, und zur Begründung dieser Auffassung war vor allem darauf hingewiesen worden, daß dessen Machtsteigerung für Preußen gefährlich und nachteilig sei, daß er sich nach dem Beispiele seines Vaters der Pläne auf die österreichische Erbschaft wegen mit Frankreich verbünden würde; zugleich ersah man bereits, daß Preußen zur Aufgabe der Neutralität und zum Eintreten für den gewählten Kurfürsten nur durch Erfüllung erhöhter Forderungen zu bewegen sein werde, denn es wurde schon ein den aufzuwendenden Kriegskosten und dem Risiko entsprechendes Äquivalent sowie auch eine Entschädigung für den Fall des Mißlingens des gemeinsamen Werkes unter Garantie der Kaiserhöfe als Bedingung angedeutet. Nie täuschten auch bisher und künftighin die vielen Gespräche und Unterredungen König Friedrich Wilhelms mit Manteuffel, die zumeist in liebenswürdigen Formen gehalten und oft von den besten Wünschen begleitet waren³, über die wahren Gesinnungen des ersteren hinweg. Ebenso kannte man seit Monaten in Dresden die offensichtliche Hinneigung des Berliner Hofes zu Frankreich und die günstige Aufnahme, die dessen Gesandter, der Marquis de La Chetardie, hier fand; man wußte, daß besonders der Fürst von Dessau die französischen Interessen vertrat⁴ und ebenso für sie der junge Kronprinz Friedrich eingenommen war⁵, welcher seinem Zorn über die anfänglich bezweifelte, nun aber doch erfolgte Wahl des Kurfürsten einmal in den Worten Luft machte, ihn lieber geschoren als gekrönt zu wissen.⁶

Nach Augusts Proklamation stiegen durch die immer offenkundiger werdende Parteinahme Preußens für Frankreichs Schützling und durch die Gefahr seiner Schwenkung in dessen Lager die Befürchtungen

¹ Wackerbart-Salmour u. Baudissin. 2. Sept. Ebda.

² Ponickau, d. d. Berlin, 14. Aug., 14. u. 30. Sept. (Loc. 2994. Vol. I.)

³ So sagte er einmal zu Manteuffel, als er sich bei ihm nach der Art der „Scission“ in Polen und darnach erkundigte, ob denn der Kurfürst wohl ein „blau Auge daran wagen“ werde: „Ja, ja, ich halte den Churfürsten vor einen ehrlichen Herrn“, versicherte seine Wünsche zu einer Thronbesteigung und erklärte, daß er ihm mehr als in Polen nütze, indem er dem Kaiser am Rheine helfe. (Manteuffel an Wackerbart, 24. Aug. Loc. 3380. Vol. I.)

⁴ Ponickau, 16. Aug. Loc. 2994. Vol. I. — Droysen, IV. 3, S. 208.

⁵ Manteuffel an Wackerbart, 31. Aug.: „... que le Prince Royal, naturellement vif, leger et fort prevenu pour les français, y a sous main, sa bonne part.“ (Loc. 3380. Vol. I.)

⁶ Friedrich an Grumbkow, 21. April u. 18. Okt. (Briefwechsel Friedrichs des Großen mit Grumbkow u. Maupertius [1731—1759], hrsg. v. R. Koser. Publ. aus den K. preuß. Staatsarchiven. 72. Bd. 1898, S. 106 u. 113.)

der Kaiserhöfe; von ihrer Seite wurde daher in der Folge eine Reihe von Versuchen unternommen, dem entgegenzuwirken und ihrerseits Preußen zu gewinnen. An ihnen war, wenn auch in geringerem Maße, die sächsische Politik beteiligt. Sie war vor allem hierbei wieder bestrebt, möglichst durch geschicktes Unterhandeln Opfer zu vermeiden, die, vergrößert und vermehrt, weiterhin verlangt und namentlich eine Zeitlang von österreichischer Seite angeraten wurden.

An Stelle von Seckendorff, der ursprünglich selbst mit den sächsischen Ministern und dem kaiserlichen Gesandten Wratislaw in Dresden über die gefährliche Lage beraten wollte, dann aber nicht Berlin zu verlassen wagte, traf gegen Ende Oktober Graf Manteuffel, einer Aufforderung Wackerbarts folgend¹, auf dessen Landsitz in der Nähe von Dresden ein.² Von der Absicht des Hofes, mit Preußen das Einvernehmen wieder herzustellen, wurde er zwar während seines Aufenthaltes in Kenntnis gesetzt, ohne aber hierfür zum äußeren Beweis mit dem Überbringen von Angeboten oder Geschenken betraut zu werden.³ In gleicher Weise scheint Wratislaw anlässlich einer Mission nach Berlin Ende Oktober nur mit Freundschaftsversicherungen und Wünschen zu einer Verständigung beauftragt worden zu sein.⁴

So sehr man auch in Dresden auf dem Standpunkt verharrete, vor einem Entgegenkommen seinerseits erst günstigere Schritte

¹ Manteuffel an Wackerbart, 18. Okt. Loc. 3380. Vol. I.

² Seckendorff war dagegen, daß Manteuffel die Reise öffentlich unternahm und sich vorher beim preußischen Könige nach eventuellen Aufträgen erkundigte. (Manteuffel an Wackerbart, 19. Okt. Ebda.) Sein Wunsch, daß er sich nicht nach Dresden, wo Lüderitz seine Anwesenheit erfahren könne, sondern nur bis nach Zossen oder Baruth begeben solle, blieb aber unausgeführt. — Über die Beratungen zwischen Manteuffel und den Dresdner Ministern liegen direkte Zeugnisse nicht vor. Es ist nicht zu entscheiden, inwiefern ein Brief des Grafen, der außer im sächsischen auch im kaiserlichen Solde stand und Seckendorffs Wünsche nach Dresden immer unterstützte, an diesen d. d. Dresden, 28. Okt. 1733 (abgedruckt Seckendorffs Lebensbeschreibung IV. 2, S. 344 ff.) den Tatsachen entspricht. Hiernach will er die Verhältnisse in Dresden in Unordnung, die Minister — welche er wie den König charakterisiert — uneinig gefunden haben und von allen geheimen Räten, mit Ausnahme von Gersdorff, dringend gebeten worden sein, Mitleid mit ihnen und dem Lande zu haben und sich an die Spitze der Geschäfte zu stellen.

³ Nach einer Äußerung Seckendorffs zu dem Berliner russischen Gesandten Jagusinsky, die Ponickau am 26. Dez. berichtet, legte Manteuffel in Dresden drei verschiedene Projekte vor, von denen keines Billigung fand, ebensowenig wie sein schließliches Verlangen, vier große Leute mitzubekommen. Wie der russische dem sächsischen Gesandten mitteilte, habe man ihm auf eine Anfrage preußischerseits geantwortet: Manteuffel habe wohl einige Vorschläge getan, es sei aber „alles sehr vague“ gewesen. (Loc. 2994. Vol. I.)

⁴ Ponickau meldet am 7. Nov., daß Wratislaw den preußischen Ministern in einer Konferenz am 5. die Aufträge des Königs überbracht habe und hoffe, daß sich mit der Zeit alles geben werde. (Ebda.) Nach Seckendorffs Lebensbeschreibung IV. 2, S. 125, sollte Wratislaw versichern, daß August nicht an die Erblichkeit der Krone denke.

Preußens abzuwarten, ganz wollte man selbst die Beziehungen und die Brücke zu einer Verständigung nicht abbrechen. Nie war unbedingt auf dessen strenge Neutralität zu bauen oder darauf, daß es mit den Gegnern der drei Verbündeten nicht gemeinsame Sache machen werde. Vom kaiserlichen Hofe trafen allgemein gehaltene Ratschläge ein, alles zu vermeiden, was Friedrich Wilhelm Anlaß zur Unzufriedenheit geben könnte, und zu versuchen, ihn umzustimmen. Aber man dachte nicht daran, dies etwa durch Gebietsabtretungen zu bewirken, welche, den sächsischen Anteil an der Grafschaft Mansfeld oder das Amt Gommern betreffend, schon unter der Hand von Seckendorff und über Wien angedeutet worden waren¹, oder gar durch Einräumen zweier sächsischer Festungen, die, wie dem sächsischen Gesandten Zech gesagt wurde, der preußische König als Pfand für die Erhaltung der polnischen Verfassung verlangt habe.² Man entschloß sich zunächst nur dazu, die Wiederaufnahme der Verhandlungen über die jülich-sche Frage anzuregen. Kaum erst angeknüpfte erneute Unterhandlungen³ mit den ernestinischen Vettern in Leipzig wegen Überlassung ihres Anteils an den jülich-schen Rechten hatten sich schnell wieder zerschlagen, da deren Räte die sofortige Abtretung eines Äquivalentes in Gestalt der kursächsischen Henneberg-Schleusingischen Ämter oder Zahlung eines entsprechenden Kapitals forderten, was nicht zugestanden worden war.⁴ Durch das Angebot neuer Verhandlungen über einen Vergleich wollte man nun Preußen vorläufig hinhalten; dem gleichen Zweck sollte das Eingehen auf Verhandlungen über eine kürzlich von dem preußischen Gesandten beantragte Erneuerung von Handelsverträgen dienen. Die entsprechenden Erklärungen⁵ wurden durch den geheimen Rat Alexander von Miltiz an Lüderitz übermittelt, der sie am 26. November ad referendum nahm.⁶

Doch sie fanden gleich den bisherigen in Berlin nicht das geringste

¹ Lützelburg an Brühl, 31. Okt. Loc. 2904. Vol. I.

² Zech an Brühl, 18. Nov. Loc. 2994. Vol. I.

³ Instruktion für den geh. Rat v. Leipziger u. Hofrat Griebner, d. d. Dresden, 9. Okt. (Loc. 3071. Vol. II.) Letzte Konferenzen hatten 1732 zu Naumburg, wo im Falle des Todes des pfälzischen Kurfürsten Karl Philipp die Vertretung der ernestinischen Rechtsansprüche dem Kurhause überlassen worden war, stattgefunden. Verhandlungen über ihre Abtretung im Oktober zu Leipzig waren erfolglos verlaufen, weil die herzoglichen Räte auf $\frac{5}{12}$ des Ertrages aus der künftigen Sukzession bestanden, der Dresdner Hof aber nur $\frac{1}{4}$, höchstens $\frac{1}{3}$ zugestehen wollte. — Über ein gemeinsames Vorgehen in der Erbfolgesache überhaupt hatten sich beide Teile in dem ewigen Vergleich vom 6. Sept. 1609 zu Torgau geeinigt; zur Neujahrsmesse 1726 war das Kurhaus mit den Gesandten der Höfe von Weimar, Gotha und Eisenach übereingekommen, sich „einseitig“ weder mit Preußen, noch der Pfalz oder sonst zu vergleichen. (Loc. 3246.) Damit nicht etwa an eine fremde Macht die herzoglichen Rechte übertragen würden, ging man kursächsischerseits auf gewünschte Entschädigungsverhandlungen immer ein.

⁴ Bericht der geh. Räte, d. d. Dresden, 11. Nov. Loc. 3071. Vol. II.

⁵ Konferenz, d. d. Dresden, 19. Nov. Loc. 2994. Vol. I.

⁶ Loc. 3243. Vol. VI.

Gehör und wurden wieder als ganz ungenügend betrachtet. Hatte Thulemeier von neuem ausgesprochen, daß an Stelle der Komplimente, die seither erfolgt seien, der preußische König „Realitäten“ fordere und ihm für seinen Beitritt, durch den Sachsen binnen kurzer Zeit in den ruhigen Besitz der Krone gelangen könne, „Konvenienz“ gemacht werden müsse¹, so äußerte nun Borcke, alle Deklarationen wären soweit gut, allein sein Hof hätte dadurch noch nichts gewonnen, und die Erklärung über die Erneuerung der Handelsverträge sei zu allgemein.² Mit den verschiedensten Ausflüchten wurde die Annahme der unter dem 8. November ausgestellten Notifikation über Augusts Wahl jetzt und noch wochenlang verweigert. Nachdem auch Lüderitz die ihm zugestellte Antwort, daß nunmehr die Bedingungen vom Monat August ganz unzulänglich seien, an Miltiz überbracht hatte³, reiste er am 18. Dezember unvermutet aus Dresden ab. An einer Erneuerung der mit dem Jahresende ablaufenden Konventionen war im Gegensatz zu den Räten des Generaldirektoriums den preußischen Kabinettsministern überhaupt nichts gelegen gewesen, die darüber auch keinen Zweifel gelassen hatten.⁴

Die zahlreichen Nachrichten, welche inzwischen aus Berlin über die hier erfolgten Gewinnungsversuche und Angebote seitens Leszczynskis Parteigänger Stanislas Poniatowski, des Palatin von Masovien, eingetroffen waren⁵ und die fernerhin über die Beziehungen Friedrich Wilhelms zur Gegenpartei einliefen, bewirkten ebensowenig eine grundsätzliche Änderung im Verhalten der kursächsischen Politik gegenüber dem preußischen Hofe als das nun stärker hervortretende Drängen von kaiserlicher Seite, das Einvernehmen mit diesem herzustellen.

Es war vergeblich, daß Manteuffel auf Grund der nach seiner Rückkehr erhaltenen Eindrücke noch oft den Wert des Überlassens einiger großen Soldaten vorstellte.⁶ Wie er in den im Beisein des

¹ Ponickau, 20. Nov. Loc. 2994. Vol. I.

² Ponickau, 5. Dez. Ebda.

³ Registratura. Extract. d. d. Dresden, 10. Dez. Loc. 3243. Vol. VII.

⁴ Ponickau, 18., 23. u. 31. Dez. Loc. 2994. Vol. I. — Sie erklärten dem sächsischen Gesandten, nicht zu wissen, auf wessen Befehl Lüderitz seinen Antrag gestellt habe. Wie Manteuffel berichtete, war er von dem Generaldirektorium ausgegangen, das mit den Kabinettsministern wegen der Erneuerung in Meinungs- und Ressortstreitigkeiten geraten sei. (Manteuffel an Wackerbart, 18. Dez. Loc. 3380. Vol. II.)

⁵ Ponickau, 27. u. 28. Nov., 12. Dez. (Loc. 2994. Vol. I.) Manteuffel an Wackerbart, 28. u. 29. Nov. (Loc. 3380. Vol. II.) — Droysen, IV. 3, S. 234.

⁶ Manteuffel an Wackerbart, 28. Nov.: „Tous conviennent que si j'avois amené quelques colosses, les moindres esperances que nous pourrions lui (Friedrich Wilhelm) donner d'ailleurs, le determineroient à renvoyer Poniatowsky avec un pied de nés . . .“ Wie er am 12. Dez. schreibt, hätte Borcke ihn gern in Begleitung von einem Paar „Kolossen“ zurückkehren sehen. Während ihm Podewils jede Art von Unterstützung zusagte, fand er Thulemeier „schwieriger“. Der Prinz von Anhalt vertröstete ihn mit den Worten: „Que nous viendrons à bout de tout, en prenant encore de

preußischen Königs häufig gehaltenen Wortgefechten mit dem Berliner Gesandten Frankreichs nur auf seine diplomatische Gewandtheit und Schlagfertigkeit angewiesen blieb, so konnte er auch jenen Bemühungen gegenüber keine greifbaren Vorteile in die Wagschale werfen; sein Scharfsinn lieferte ihm allein die Waffen, wenn er gelegentlich die Rechtmäßigkeit der zweiten Wahl verteidigte, die Einwürfe Poniatowskis zurückwies¹ und die Fragen und Vorschläge Friedrich Wilhelms im Interesse des Dresdner Hofes beantwortete.²

Eine Gesinnungsänderung riefen hier auch nicht die bedrohlichen Nachrichten hervor, die von den verschiedensten Seiten, namentlich aber aus Berlin, eingingen, daß polnische Scharen nach Sachsen einzufallen beabsichtigten. Am 7. Dezember bediente sich Friedrich Wilhelm im Gespräch zu Manteuffel der zweideutigen Wendung: die Sachsen wüßten noch lange nicht alles, was ihnen bevorstehe.³ Und wenige Tage später gab Fürst Leopold von Anhalt-Dessau Ponickau den Rat, man solle in den Kurlanden auf der Hut sein, da ein Schwarm Stanislasscher Anhänger unter Poniatowskis Führung eine „ravage“ dorthin planten, sobald Friedrich August nach Polen aufgebrochen sei.⁴ Angelegentlich erkundigte man sich um die gleiche Zeit in Berlin bei Manteuffel über die Stärke und die Quartiere der in Sachsen zurückgebliebenen Truppen.⁵ Dem nach Dresden gerichteten Wunsche Seckendorffs, ihm jemanden im geheimen zu schicken, wurde sogleich durch die Absendung des Oberkommissars Gottlob Friedrich Kopp entsprochen. Dieser berichtete nach seiner Rückkehr, daß Poniatowski beim preußischen Könige den freien Durchzug von 10 000 Polen⁶ durch brandenburgisches Gebiet erbeten habe, um in

peu de patience, surtout, si vous avez quelques beaux hommes à lacher.“ (Manteuffel an Friedr. Aug., 7. Dez. Loc. 3380. Vol. II.)

¹ Vgl. K. v. Weber, Aus vier Jahrh. N. F. I. (Der Marquis de la Chetardie.) S. 297ff. N. F. II. S. 114ff.

² In einer Unterredung am 28. Nov. sprach der König über eine Teilung des „Kuchens“, von dem je eine Hälfte den Königen Stanislas und August und nach dem Tode des einen dessen Anteil dem Überlebenden zufallen sollte und regte auch eine nochmalige Entscheidung der polnischen Nation zwischen beiden nach dem Rückmarsch der russischen und sächsischen Heere aus Polen an.

³ Manteuffel an Friedr. Aug., 8. Dez. secret. (Loc. 3380. Vol. II.) In gleichem Sinne hatte sich der König schon zu seiner Umgebung ausgesprochen.

⁴ Leopold äußerte auch, die Ursache der Entfremdung zwischen dem preußischen und sächsischen Hofe rühre nur von „Leuten“ in Berlin her, die sich die Fortdauer der „Uneinigkeit“ angelegen sein ließen; Ponickau würde noch „vielen embarras“ finden. (Ponickau, 12. Dez. Loc. 2251. Poln.)

⁵ Manteuffel an Wackerbart, 12. Dez. (Loc. 3380. Vol. II.) Am 28. Nov. hatte ihn Friedrich Wilhelm gefragt, ob denn Dresden nicht von Truppen recht entblößt sei.

⁶ Als ihr Führer wurde häufig der Palatin von Kijow und Großregimentarius Joseph Potocki genannt; in den Akten findet sich meist die Schreibweise „Kiovie“; sicher ist wohl mit ihm auch der hierin später unter dem Namen „Kiowsky“ oft genannte Anführer feindlicher Truppenhaufen identisch.

Sachsen einzubrechen und zu brandschatzen¹, und Gerüchten zufolge, die von 15 000 und mehr Mann sprachen, sollte ihnen auch bereits der Durchmarsch auf dem Hin- und Rückwege bei Krossen oder Landsberg erlaubt worden sein.²

Die leitenden Minister, welche den König nach Polen begleiteten³, sahen die Lage nicht als sehr gefährlich an. Feldmarschall Wackerbart schrieb dem Konferenzminister Bernhard von Zech, daß er die Befürchtungen, die man in Sachsen wegen eines feindlichen Einfalles hege, nicht teile; er glaube und hoffe, daß Preußen den Durchzug durch sein Gebiet versagen und sich noch auf „bessere Gedanken“ lenken lassen werde; aus der Abreise des Berliner Gesandten sei nichts Nachteiliges zu schließen.⁴ Für alle Fälle waren jedoch einige Vorsichtsmaßregeln getroffen worden.⁵ Verfügbare Truppen wurden nach der Niederlausitz abkommandiert⁶, der Oberhofjägermeister Karl Gottlob von Leubnitz erhielt Befehl⁷, die Jägerei auf Verlangen des geh. Rats und Generals Moritz von Milckau, dem das Oberkommando über die im Lande verbliebenen Truppen übertragen worden war, zur Verfügung zu stellen; unter dem 29. Dezember wurde ein Mandat „wieder die Räuber und Mord-Brenner“ erlassen⁸, worin der Bevölkerung vorläufige Sicherheitsmaßnahmen — wie die Bewachung der Stadttore, Befestigung der Dörfer durch Schlagbäume, Anschaffung tauglicher Gewehre und Löschgeräte — anbefohlen wurden. Von den in Polen stehenden sächsischen Truppen konnten jederzeit einige Tausend zum Schutze der Kurlande zurückgezogen werden, ohne daß, wie Wackerbart dem Grafen Manteuffel antwortete⁹, der König nötig habe, irgendjemand ein gutes Wort zu geben. Was hätte der Berliner Hof für eine Gewährung des Durchzuges als Gegenleistung zu erwarten, würde er hierdurch nicht Österreich und Rußland verletzen, würde in Polen dann nicht auch die Zahl der Getreuen Leszczynskis geschwächt werden? Wieder gab der Feldmarschall dem Wunsche Ausdruck, das alte Einvernehmen herzustellen, wenn es auf „ver-

¹ Sein Bericht, d. d. Dresden, 16. Dez. — Registratur, d. d. Dresden, 16. Dez. (Loc. 2251. Poln.) Ähnlich Manteuffel an Brühl, 8. Dez. (Loc. 455. Vol. 22.)

² Ponickau, 18. Dez. (Loc. 2994. Vol. I.) Manteuffel schrieb an Wackerbart am 12.: „... Ce qu'il y a de rare, c'est que le roi de Prusse semble s'imaginer que de laisser passer des Polonais vers la Saxe ne seroit pas contraire à la neutralité...“ (Loc. 3380. Vol. II.)

³ Friedrich August war am 9. Dez. von Dresden über Leitmeritz, Glatz, Falkenberg abgereist und am 15. in Oppeln eingetroffen. Sulkowski, Brühl, Wackerbart und Bülow befanden sich in seiner Umgebung.

⁴ d. d. Oppeln, 27. Dez. Loc. 3381.

⁵ Wackerbart an Milckau, d. d. Oppeln, 18. Dez. Ordre an geh. Räte d. d. Oppeln, 19. Dez. Loc. 2251. (Poln.)

⁶ Registratur d. d. Dresden, 16. Dez. Berichte der geh. Räte, d. d. Dresden, 19. u. 23. Dez. (Ebda.)

⁷ Unter dem 19. Dez. Ebda.

⁸ Öffentlich angeschlagen wurde es erst am 15. Jan. 1734.

⁹ d. d. Oppeln, 23. Dez. Loc. 3380. Vol. II.

nünftige“ Weise möglich sei. Vor der Auslieferung einiger „Kolosse“ müßten preußischerseits erst Schritte erfolgen, die von der Absicht zeugten, das sächsische Interesse wirksam zu vertreten.¹ Ein halbes Dutzend von ihnen stellte er in Aussicht, wenn Friedrich Wilhelm eine deutliche Erklärung, niemals Truppen den Durchzug durch sein Land nach Sachsen zu gestatten, erlassen und wenn er ihr durch die Absendung einiger Regimenter in die Gegend von Grünberg Nachdruck verleihen würde. Zugleich wies jener darauf hin, daß Preußen im Falle eines feindlichen Einfalles zur Unterstützung verpflichtet sei auf Grund der am 10. Januar 1728 geschlossenen Defensivallianz, in welcher beide Höfe bei Angriffen auf den ober- und niedersächsischen Kreis die Aufstellung eines gemeinsamen Heeres von 30 000 Mann beschlossen hatten²; schließlich ließ er nach erfolgten günstigen Maßnahmen auch die Abgabe weiterer Soldaten hoffen.

In Berlin legte man aber nach wie vor, ganz abgesehen von den polnischen Dingen, nur unfreundliche Gesinnung an den Tag. Protestiert wurde hier wieder wie auch späterhin gelegentlich gegen das kursächsische Direktorium des obersächsischen Kreises und des Corpus Evangelicorum. Als Ponickau am 16. Dezember vier vom Kurfürsten in seiner Eigenschaft als Kreisdirektor erlassene Schreiben übergab, deren Inhalt die Abführung der für die Festungen Philippsburg und Kehl bewilligten Römermonate und das Ausfuhrverbot von Kriegsmaterialien betraf, nahmen sie Podewils und Thulemeier mit der Erklärung an, daß sie ihn seiner katholischen Konfession wegen nicht mehr als kreisbeschreibenden Direktor anerkennen könnten, und bezüglich des anderen Direktoriums hatten sie sich Seckendorff gegenüber ausgelassen³, Friedrich August habe die Unterzeichnung eines „Reverses“ verweigert, dessen Ausstellung aber, wie sächsischerseits daraufhin behauptet wurde, nicht von ihm verlangt worden war.

So sehr der Wiener Hof bei jeder Gelegenheit die Notwendigkeit

¹ „Bon Dieu! ne tient-il donc qu'à quelques Colosses pour porter le roi de Prusse à embrasser le parti qui, rebus sic stantibus, ne convient certainem. pas moins à son propre interet qu'à celui du roi n. M. Il y a long tems, que S. M. Pr. auroit eu plus d'un couple de colosses, si Elle eut fait la moindre demarche en faveur d'un voisin, dont Elle se peut faire le meilleur ami, qu'Elle aura peut etre jamais eu: mais, comme nous n'avons vu que des choses contraires, je vous prie de me dire, si on peut s'attendre raisonnabl. de nous à de pareilles demarches nous qui croyons n'avoir pas merité la desaprobation du compatron (Friedrich Wilhelm), lorsque nous nous conformons à son penchant d'aimer les grands hommes peut être tout autant que lui. Avec tout cela je vous dirai, que lorsque le roi de Prusse voudra sincerement retablir la bonne intelligence et d'amitié qui a regné cy-devant et que S. M. Pr. voudra epouser les interets du roi avec la même ardeur que S. M. epousera les siens, il ne tiendra pas à cela, que vous ne puissiez disposer de quelques grands hommes . . .“ (Ebda.)

² Droysen, IV. 3, S. 14. — Philipp, S. 70.

³ Ponickau, 18. Dez. (Loc. 2994. Vol. I.) — Über spätere ähnliche Proteste: Ponickau, 10. Mai 1734. (Loc. 2994. Vol. II.)

eines besseren Verhältnisses mit Preußen betonte, so waren doch die Angaben, auf welche Art dies zustande kommen sollte, meist ganz allgemein gehalten. Friedrich Wilhelm hatte dort inzwischen die Absicht zu einem Übereinkommen mit Stanislas und die Annahme der von dessen Seite erfolgten Angebote androhen lassen, wenn Sachsen sich nicht mit ihm auf eine „annehmliche“ Weise verständigen würde. Daß hierzu die Abtretung der sächsischen Rechte auf Jülich ein geeignetes Objekt sein würde, darüber ließ man kaiserlicherseits zunächst nichts verlauten. Im Gegenteil: verschiedentlich wurde geäußert, es sei nicht unbedenklich, Preußen in den Besitz aller jülichischen Lande kommen zu lassen, da die Rechte Dritter mit in Betracht kämen¹, und Sinzendorff erklärte, der Kaiser könne sich zwar über die jülichische Erbfolge nicht auslassen, er würde aber gern sehen, wenn Sachsen „so bald und so gut als möglich“ das Einvernehmen mit Preußen herstellte.² Daß man dann die Mitwirkung Seckendorffs bei einem sächsisch-preußischen Vergleiche wegen Jülich ankündigte³, konnte nicht über den Standpunkt des Kaiserhofes hinwegtäuschen, den er gegenüber der künftigen Regelung der jülichischen Frage einnahm. Begründet wurde die Notwendigkeit, Preußen zu gewinnen, wozu man seit Mitte Dezember noch nachdrücklicher ermahnte, in der Hauptsache mit der dann schneller durchzuführenden Beruhigung Polens; auch Nachrichten von der drohenden Kriegserklärung der Türkei an Rußland, die jedoch am sächsischen Hofe nicht viel Glauben fanden, verwandte Sinzendorff in seinen Vorstellungen als Druckmittel.⁴ Soldaten zu schenken, das wurde in erster Linie ebenfalls kaiserlicherseits vielfach empfohlen, um den preußischen König für Sachsen günstiger zu stimmen. Über Wien kam auch eine Anregung Seckendorffs, jenem das erste Bataillon (von 500 Mann) des großen Grenadierregiments Rutowski zu überlassen, wodurch er die auf den Erwerb sächsischer Gebiete und Rechte abzielenden Wünsche aufzuheben hoffte.⁵ Von Prinz Eugen, der verwitweten Kaiserin Amalie und den kaiserlichen Ministern gebilligt, wurde sie vom Dresdner Hofe jedoch entschieden abgewiesen.⁶ An Manteuffel schrieb hierüber der greise Feldmarschall: Friedrich August, den er seit seinem Regierungsantritt noch über keinen Vorschlag erstaunter gesehen habe, erinnere sich nicht, den geringsten Schritt gegen

¹ Zech, d. d. Wien, 2. Dez. Loc. 2904. Vol. I.

² Zech, 5. Dez. Ebda.

³ Zech, 16. Dez. Ebda.

⁴ Zech, 19. Dez. Ebda.

⁵ Zech, 24. Dez. (Relatio separata. Loc. 2994. Vol. I.) Manteuffel an Wackerbart, 4. Jan. 1734. (Loc. 3380. Vol. II.) Daß Seckendorff und Manteuffel früher bereits, noch vor Ponickaus Absendung, das ganze Rutowskische Grenadierregiment als Geschenk angeraten haben (wie Seckendorffs Lebensbeschreibung IV. 2, S. 100 angibt, hiernach u. a. Fr. Förster, a. a. O. II, S. 125; H. A. H. Stenzel, a. a. O. III, S. 650), ist sehr unwahrscheinlich und läßt sich nach den Akten nicht belegen.

⁶ Brühl an Zech, 29. Dez. Loc. 2904. Vol. I.

preußische Interessen getan und Grund zur Unzufriedenheit gegeben zu haben; zwei Drittel des Bataillons beständen aus Polen, denen August der Starke versprochen habe, sie niemals Friedrich Wilhelm zu geben; vernünftige Bedingungen würden erfüllt werden, sobald dieser, der bisher nur Forderungen gestellt habe, sich an der Beruhigung Polens beteiligen werde.¹ Doch ebensowenig wie preußischerseits irgendein Schritt erfolgte, der von der aufrichtigen Absicht zu einer „Versöhnung“ überzeugen konnte, wurde von Dresden aus der Soldatenleidenschaft des Preußenkönigs Tribut gezollt, mochten auch ein Loblied auf den vortrefflichen Zustand der sächsischen Truppen² und deutliche Winke seiner nächsten Ratgeber gemeldet werden. Vergebens ersuchte Seckendorff um die bedingungslose Abgabe großer Soldaten³; erfolglos wandte sich um ein halbes Dutzend von ihnen Manteuffel an Brühl, indem er mit diesem den seit seinem Sturz (1730) unterbrochenen brieflichen Verkehr gleichzeitig wieder eröffnete⁴; umsonst schlug aus Wien Zech als ein kleines Zeichen des Entgegenkommens vor, sächsische Soldaten von großer Körperlänge gegen preußische von gewöhnlichem Maße auszutauschen.⁵ Nachdem sich Seckendorff vorwurfsvoll und sein Hof mißtrauisch ausgelassen hatten⁶, begnügte sich die sächsische Regierung damit, in einem Rückblick auf die bisherigen Verhandlungen und die Aufnahme ihrer entgegenkommenden Erklärungen in der Frage des jülichischen Vergleichs und der Erneuerung der Konventionen das Preußen gegenüber befolgte Verhalten zu rechtfertigen, erneut die Neigung zu einem Vergleiche kundzugeben und den Kaiser um die Bedingungen, unter denen er sich vollziehen solle, zu ersuchen.⁷

Ob überhaupt Preußen je zum Eintreten für die sächsische Sache gebracht werden könne, schien nach allem weiterhin höchst fraglich.

¹ Wackerbart an Manteuffel, 28. Dez. Loc. 3380. Vol. II.

² Am 31. Dez. soll sich Friedrich Wilhelm darüber zum französischen Gesandten wie folgt ausgelassen haben: „... les miennes, comme tout le monde en conviendra, sont assez belles, mais les Saxonnnes, ma foi, sont bien plus lestes et en quoi elles sont preferables à toutes celles que je connois, c'est qu'un Saxon est naturellement fait pour la guerre et qu'il attrappe en 3 semaines un air soldat, que les miens attrappent à peine au bout d'une année. Je les ai vu à Radewitz, et je sai, qu'elles ne sont pas empirées du depuis ...“ (Manteuffel an Wackerbart, 1. Jan. 1734. Ebda.)

³ Seckendorff an Manteuffel, 23. Dez., Manteuffel an Wackerbart, 29. Dez. Wackerbart an Manteuffel, 7. Jan. Ebda.

⁴ Brühl an Bernhard v. Zech, 26. Dez. Loc. 30015.

⁵ Zech an Brühl, 30. Dez. Loc. 2904. Vol. I.

⁶ Ponickau berichtete am 26. Dez. eine Äußerung des Wiener Gesandten zum russischen, daß der Dresdner Hof selbst die Sache „difficile“ mache, da er Preußen in keiner Hinsicht entgegenkommen wolle (Loc. 2994. Vol. I.), und Zech am 30. an Brühl eine der kaiserlichen Minister, die wegen der Langsamkeit der militärischen Operationen in Polen Besorgnis zeigten und Seckendorffs Vorschlag wieder unbedenklich fanden, „oder man müßte ... absolute zu der Sache nicht Lust und ganz andere principia haben.“ (Loc. 2904. Vol. I.)

⁷ Ordre an Zech, 16. Jan. 1734. Loc. 3347.

Das war aber auch nicht notwendig; es genügte, wenn es an seiner Neutralität festhielt. Die Möglichkeit aber, daß es von dieser abgehen und trotz Österreichs und Rußlands Parteinahme in das französische Lager schwenken würde, mußte immer im Auge behalten werden; noch oft genug sollten in der Folge deutliche Zeichen der Hinneigung Preußens zur Gegenpartei und einer feindseligen Stimmung gegen den Dresdner Hof zutage treten.

Außer auf Kaiser und Zarin konnte man hier im Bedarfsfalle auch auf die Bundeshilfe des englischen Königs zum Schutze der Erblande zählen. In der polnischen Frage nahm dieser eine freundliche Stellung ein; seine Interessen als Kurfürst von Hannover verbanden ihn vor allem nach wie vor mit den sächsischen. Während der Bündnisverhandlungen im Sommer hatte man einen Beweis von seiner gegen die jülichischen Ansprüche Preußens gerichteten Politik erhalten, als sein Gesandter in Petersburg, Rondeau, erklärte¹, England werde mit Holland, selbst wenn Friedrich August einen Vergleich mit dem preußischen König beabsichtige, nie den Anfall der Erblande an diesen dulden; daß weder auf ihn zu bauen noch er zu fürchten sei, gaben die englischen Minister zur Beruhigung im November zu erkennen.²

Ein Versuch der sächsischen Politik, in dem dänischen Hofe einen weiteren Bundesgenossen zu gewinnen, blieb aber ohne Erfolg: als sie hier Ende des Jahres über eine engere Verbindung, die der Pazifikation Polens dienen sollte, sondieren ließ³, wurde, ohne entsprechende Gegenleistungen zu erwählen, Sachsens Beitritt zum Kopenhagener Verträge, den am 26. Mai 1732 Christian VI., der Kaiser und die Zarin geschlossen hatten, mit der Garantie Schlesiens vorgeschlagen.⁴

Es hatte sich bisher schon gezeigt, was der fernere Verlauf der Dinge bestätigte, daß Rußland die einzige Macht war, welche in Polen tatkräftige Waffenhilfe gewährte. Am eifrigsten schienen die sächsischen Interessen auch künftighin durch den Oberkammerherrn Grafen Biron gefördert und namentlich stets gegen Preußens Bestreben, ihnen in Petersburg möglichst Abbruch zu tun⁵, vertreten zu werden. Die Frage einer entsprechenden Belohnung seiner Dienste

¹ Lynar an Brühl, d. d. Petersburg, 11. Aug. 1733. Loc. 3552. Vol. I.

² Loß, d. d. London, 16./27. Nov. Loc. 638. Vol. I.

³ Ordre an Plessen, d. d. Dresden, 5. Dez. Loc. 3435.

⁴ Plessen, d. d. Kopenhagen, 29. Dez. Ebda.

⁵ Als hier z. B. das Resultat der ersten polnischen Wahl bekannt geworden war, verbreitete der preußische Gesandte sofort, daß der Kurfürst mit Frankreich unterhandle, um gegen Abfindung mit einer Geldsumme zugunsten Leszczyńskis auf eine Bewerbung zu verzichten. (Lynar an Brühl, 29. Sept. Loc. 3552. Vol. II.) — Biron teilte in der Hauptsache die aus Berlin kommenden Nachrichten von der dort herrschenden Stimmung mit (Lynar an Brühl, 24. Okt. Ebda.), gelegentlich stellte er auch die Bildung einer festen Partei als oberstes Ziel hin, um die Ränke Preußens zu zerstören, das Sachsens hauptsächlichster Feind sei. (Le Fort, 28. Nov. Ebda.)

wurde bis auf weiteres offen gelassen; hatte sich ihm der Kurfürst im Juli durch ein Geschenk an Pferden erkenntlich gezeigt¹, so beachtete er dagegen nicht einen neuen Wunsch, den Annas Günstling unter der Hand kundgab und der neben einem Geschenke für seine Gattin die Verleihung einer Besitzung in Sachsen betraf.² Daraufhin erging nur die diplomatische Antwort, daß Friedrich August in seinem Bündnissysteme vor allem auf den Oberkammerherrn selbst zähle und sich vorbehalte, seinerzeit ihm Dankbarkeit in einer ihn befriedigenden Weise zu bezeugen.³ —

In einer Hinsicht war die bisherige und künftige unsichere Haltung Preußens immer von wichtigem Einfluß auf die Maßnahmen des sächsischen Hofes; er war nämlich stets darauf bedacht, seine in Polen operierenden Truppen nicht zu weit im Innern und nach den östlichen, sondern möglichst in den westlichen Palatinaten zu verwenden, um sie schneller in das Kurfürstentum zurückziehen zu können, wenn der preußische König feindliche Durchzüge gestatten oder es gar selbst im Bunde mit den Gegnern ernstlich bedrohen sollte. So trug man auch längere Zeit Bedenken, an einer Aktion gegen Danzig teilzunehmen, wohin sich Stanislas nach seiner Wahl vor den heranrückenden Russen vorläufig in Sicherheit gebracht hatte, um hier Frankreichs Hilfe zu erwarten. Denn Ponickau hatte gemeldet, daß Friedrich Wilhelm zwar den Marsch russischer Truppen durch Ostpreußen erlaubt habe, aber mit der Klausel, er hoffe, sie würden nichts gegen Danzig unternehmen, da weder er noch andere Höfe einem derartigen Schritt gleichgültig zusehen könnten.⁴

Die Unterdrückung der Wirren, die Bekämpfung und Gewinnung der Anhänger von Stanislas erwies sich weitaus schwieriger und langwieriger, als die Verbündeten vermutet hatten. Zwei Jahre sollten die russischen und sächsischen Truppen in Polen festgehalten werden. Österreich entzog sich nach wie vor der versprochenen Waffenhilfe und ließ keine Streitkräfte einrücken, obwohl darum oft und dringend vom Petersburger Hofe, verschiedentlich auch noch vom Dresdner, nachgesucht worden war. Es brauchte sie notwendiger am Rhein und in Italien.

¹ Am 25. April hatte Le Fort gemeldet, daß Biron ein Paar spanische Hengste suche. (Loc. 3552. Vol. I.) Gleichzeitig mit den Pferden an diesen war als Geschenk für die Zarin ein Porzellanservice abgegangen (Reskript an Wackerbart-Salmour u. Baudissin, 10. Juli. Loc. 3557. Vol. I.) Ebenfalls im Juli hatten die beiden sächsischen Gesandten in Petersburg je 2000 Taler zu „außerordentlichen Depensen“, ohne darüber Rechnung ablegen zu müssen, erhalten. (Friedr. Aug. an Brühl, d. d. Moritzburg, 20. Juni. Loc. 3523. Acta Comm.)

² Le Fort, d. d. Petersburg, 28. Nov. Loc. 3552. Vol. II.

³ Ordre an Le Fort, d. d. Oppeln, 31. Dez. (Loc. 3552. Vol. II.) „... me reservant de lui en temoigner reellem. en tems et lieu ma reconnaissance d'une manière qu'il aura sujet d'en etre satisfait.“

⁴ Reskript an Wackerbart-Salmour u. Baudissin, 6. Nov. Loc. 3689, Vol. VII. — Vgl. Krell, a. a. O. S. 16ff.

Die Hauptschwierigkeiten der Kriegführung in Polen bestanden darin, daß die Gegner, die, in Haufen vereinigt, über das ganze Land verstreut waren, den offenen Kampf und eine entscheidende Schlacht nach Möglichkeit mieden. Selten, nur bei großer Übermacht, wagten sie zur Offensive überzugehen; meist wichen sie einem Angriffe aus; eine Verfolgung war dann oft vergeblich. Einen bestimmten Operationsplan konnte man auf längere Dauer kaum verfolgen; die eignen Truppen mußten in einzelne Korps und in noch kleinere Abteilungen zersplittert werden, um den an den verschiedensten Punkten auftauchenden meist berittenen polnischen Scharen entgegenzutreten. Besonders die sächsische Kavallerie war deshalb stets in Anspruch genommen. Die Schlagfertigkeit der russischen Reiterei wurde oft durch schlechtes Pferdmaterial beeinträchtigt¹, während die der russischen Infanterie unter dem Troß von zahllosen kleinen Transportwagen litt.² Im höchsten Grade aufreibend war infolgedessen lange Zeit die Tätigkeit des sächsischen Heeres. Die durch die guerillaartige Kampfweise bedingten großen Marschleistungen und die rauhe Jahreszeit erschöpften ihre Kräfte, verheerende Krankheiten stellten sich bald ein, oft war auch die Proviantversorgung mangelhaft und die Verpflegung schlecht, die nötigen Geldsendungen aus Sachsen trafen häufig unregelmäßig ein, blieben manchmal auch ganz aus.

Die erste größere Aufgabe der sächsischen Truppen hatte in Sicherheitsdiensten für den Kurfürsten bestanden, der die ersten persönlichen Regierungshandlungen in seinem neuen Königreiche vornehmen wollte. Das kleinere Korps, zunächst unter dem Interimskommando des Generalleutnants von Zühlen, darnach unter Baudissins Befehl, war nach dem Aufbruch von Karge (14. November) durch die Woywodschaften Posen, Kalisch, Sieradz entlang der schlesischen Grenze marschiert und suchte von Krakau aus als Stützpunkt, das Generalleutnant Diemar am 24. Dezember besetzt hatte, in kleineren Abteilungen die zahlreichen Banden der Stanislasschen Anhänger rechts und links der Weichsel auf. Johann Adolf von Sachsen-Weißenfels nahm inzwischen Posen ein, ließ eine Besatzung zurück und zog längs der Warthe der großen Deputation aus Warschau entgegen, die er zwecks Ablösung der russischen Eskorte in Petrikow erwartete und durch das insurgierte Land hindurch nach Tarnowitz begleitete, wo König August III. die von ihr vorgelegten „Pacta Conventa“ am 6. Januar 1734 beschwor. Von da ab dienten dann Teile beider Korps dem sächsisch-polnischen Hoflager nach Krakau zur Bedeckung. Am 17. Januar fand hier die feierliche Krönung statt.

¹ Türcks Rapport, 12. Nov. Loc. 3689. Vol. VII.

² Schlußbericht Wackerbart-Salmours u. Baudissins, d. d. Tarnowitz, 6. Jan. 1734. (Loc. 3689. Vol. VIII.) — Sie tadelten überdies die geringe Disziplin der Russen, den Mangel an Elan, die Unerfahrenheit ihrer Führer und rieten, der großen Verschiedenheiten wegen eine Vereinigung der beiderseitigen Truppen möglichst zu vermeiden.

Bevor man Polen nicht unterworfen hatte, waren die sächsischen Staatsmänner nicht gewillt, dem Kaiser zum Kriege gegen die Franzosen Hilfstruppen zu überlassen. Um diese drehten sich seit Ende Oktober vornehmlich die Erörterungen zwischen den beiden Höfen. Gefordert wurden sie, wie schon im Sommer, hauptsächlich auf Grund der geschlossenen Allianz, der geleisteten Wahlhilfe, die als alleinige Ursache von Frankreichs Feindseligkeiten hingestellt wurde, und schließlich auch wegen der von dorther ständig wachsenden Gefahr. Denn für den Kaiser war schon der Verlauf der ersten Kriegsmonate unglücklich: nachdem am 12. Oktober — zwei Tage nach der durch Frankreichs Gesandten zu Mainz erlassenen Kriegserklärung — französische Truppen den Rhein überschritten hatten, nahmen sie zwei Wochen später (29. Oktober) die Reichsfestung Kehl, und noch während des Jahres eroberten die Franzosen und Sardinier die ganze oberitalienische Tiefebene bis zum Mincio, außer Mantua. Oft wurde kaiserlicherseits darauf hingewiesen, daß etwa 14 000 Mann sächsischer Truppen, namentlich aber die Kavallerie, in Polen durchaus genügten, daß anderseits der ruhige Besitz des polnischen Thrones mit abhängen würde von der rechtzeitigen Vereitelung der gefährlichen, allem Anscheine nach gegen die kaiserlichen und sächsischen Erblande gerichteten Pläne Frankreichs; durch die Stellung von 6000 Mann Fußtruppen, die abkömmlich seien, werde gleichzeitig auch Kursachsen geschützt.¹ Doch diese lehnte der sächsische Hof stets ab, indem er eine allianzmäßige Verpflichtung im Hinblick auf die gegenwärtige Lage der Dinge zurückwies und seine Gegenvorstellungen meist mit der unsicheren Haltung Preußens und Bayerns begründete; ihm kam dabei die durchgesetzte Klausel des Bündnisvertrages zustatten (Artikel 4), nach der die Unterstützung verweigert werden konnte, wenn der darum ersuchte Teil zur eigenen Sicherheit seine Truppen selbst benötigte. Zum tatkräftigen Beistand mit 6000 und mehr Mann erklärte er sich jedoch wie auch späterhin oft unter der Voraussetzung bereit, daß der Thron gesichert und ihre Stellung mit keiner Gefahr für die Erblande verbunden sei.²

In Krakau, wo gemeinsam mit den russischen und kaiserlichen Gesandten und polnischen Großen häufig über die Verteilung der Truppen und die Mittel einer möglichst schnellen Beruhigung beraten wurde, drang Graf Wilczek in einer langen Konferenz am 8. Februar 1734 besonders energisch auf die sächsische Truppenhilfe³; er bediente sich hierbei gleichfalls des Druckmittels, von dem die Hofburg schon gelegentlich Gebrauch gemacht hatte und das sie noch unzählige Mal ins Feld führte. Es bestand, wie bereits erwähnt, darin, daß die

¹ Lützelburg u. Zech, d. d. Wien, 7., 11., 14. u. 30. Nov. (Loc. 2873.)

² Reskript an Lützelburg u. Zech, 13. Nov. Ebda.

³ Konferenz, d. d. Krakau, 8. Febr. 1734. (Ebda.) Teilnehmer waren außer Wilczek der kaiserliche Resident Kinner v. Scharffenstein, der alte Wackerbart, Sulkowski und Brühl.

Ursache von Frankreichs Angriff auf ihr Eintreten für den Kurfürsten zurückgeführt wurde, was aber dessen Staatsmänner nie anerkannten. Dabei wendeten sie meist dieselben Gegenargumente an, wie sie Feldmarschall Wackerbart dem kaiserlichen Gesandten darlegte. Es wurde hierin vor allem betont, daß der wahre Grund der begonnenen Feindseligkeiten in der erfolgten Bekämpfung des französischen Kandidaten durch Österreich und Rußland liege; diesem hätten beide die exclusiva schon in einer Zeit erteilt, wo man den Blick überhaupt noch nicht auf den Kurfürsten gerichtet habe; vor dessen Wahl sei schon der Bruch mit Frankreich vollzogen worden. Betreffs der Hilfstruppen wies Wackerbart darauf hin, daß die gesamten sächsischen Streitkräfte notwendig sowohl zur Erreichung des gemeinsamen Zieles in Polen als auch zur eignen Sicherheit gebraucht würden; man habe sich damit abfinden müssen, daß der Kaiser seine erst an der polnischen Grenze aufgestellten Hilfstruppen zum Kampfe gegen Frankreich verwende; die in Sachsen zurückgebliebenen Truppen reichten kaum zur Besetzung der festen Plätze und zu den Grenzpostierungen aus, die der drohenden Einfälle wegen unbedingt erforderlich seien. Würden Schweden, die Türken und Tartaren, auf deren Unterstützung Leszczynskis Anhänger weiterhin hofften, noch eingreifen, so würde die Zarin aller Wahrscheinlichkeit nach ihrerseits Truppen aus Polen herausziehen; das Pazifikationswerk werde um so mehr gefährdet sein und einen viel größeren Zeitraum beanspruchen, wenn dann auch die sächsische Armee geschwächt wäre. Graf Brühl, der an die Erfüllung der versprochenen kaiserlichen Beförderung der Readmission für den Reichsfürstenrat verlangter Stimmen erinnerte und dafür Gefälligkeiten verhielt, begründete mit den bisher aufgebrachten großen pekuniären Lasten die Unmöglichkeit, zur Zeit die von Wilczek vorgeschlagene Vermehrung der Truppen durchzuführen, und bemerkte, daß kein Minister sich unterstehen werde, dem Kurfürsten anzuraten, Sachsens Sicherheit außer acht zu lassen und es einer nicht erblichen Krone halber aufs Spiel zu setzen. Neben den Hilfstruppen verlangte der kaiserliche Gesandte sodann die Verständigung mit Preußen. Ihre Notwendigkeit rechtfertigte er gleich seinem Hofe, der inzwischen wieder die Überlassung großer Leute beantragt hatte¹, damit, daß sonst Polens Bezwingung schwierig und langwierig, wenn nicht gar unmöglich sein werde. Wie seither und späterhin noch oft bestand die Antwort der sächsischen Minister nur darin, daß sie die Schuld des Mißlingens eines Übereinkommens von sich wiesen und Bereitwilligkeit zu „Gefälligkeiten und andren billigen Dingen“ erklärten, sofern diese sich nicht auf Gebietsabtretungen erstreckten oder „Würde und Gewissen“ zuwiderliefen; betreffs der preußischen Absichten auf Elbing² und Kurland konnte man wegen der polnischen

¹ Zech, 20. u. 27. Jan. 1734. (Loc. 2904. Vol. II. u. 2970. Vol. II.)

² Unrichtig ist sicher die Angabe in Seckendorffs Lebensbeschrei-

Verfassung nichts anhängig machen, noch weniger aber darüber Verhandlungen eingehen und müßte etwaige Gedanken der beiden kaiserlichen Höfe dahingestellt sein lassen. In der jülichischen Frage endlich bezog man sich auf die Entschliebung des Kaisers, ohne dessen Billigung man hier nicht weiter gehen könne. Dieser hatte sich ja immer gehütet, hierüber bestimmt und deutlich seine Ansicht auszusprechen; wenn auf entsprechende Anfragen überhaupt Antworten erfolgten, so waren sie allgemein und unklar ausgefallen. Noch kürzlich hatte Zech in ausgebetenen Erläuterungen über einige Punkte eines ihm (am 24. Januar) zugestellten Promemorias anfragen müssen, unter welchen Bedingungen ein Abkommen getroffen werden, ob man sich bezüglich der von Preußen verlangten kaiserlichen Garantie entgegenkommender äußern solle.¹ Und obwohl schließlich dann auch beiläufig in Wien zu erkennen gegeben wurde, daß die sächsischen Rechtsansprüche geopfert werden sollten², so ward doch gleichzeitig ersichtlich, daß hierbei von einer Vermittlung oder Garantieübernahme seitens der Hofburg, die in der Erbfolgesache den Wünschen des pfälzischen Kurhauses und von Pfalz-Sulzbach zuneigte, schwerlich je die Rede sein konnte.

Vom Petersburger Hofe — der sich eine Zeitlang ernsthaft um die Gewinnung Preußens bemühte, dessen Gesandten, den Freiherrn Axel von Mardefeld, mit einer Reihe von Angeboten nach Berlin abschickte, dahin auch den zunächst nach Wien gesandten Oberstallmeister Grafen von Löwenwolde bestimmte — war inzwischen der durch Biron übermittelte dringende Rat eingetroffen, durch „letzte Anstrengungen“ ein Übereinkommen mit der preußischen Regierung zu erzielen.³

Als aber darüber dann Löwenwolde, auf dem Wege nach Wien, mit den sächsischen Ministern in Krakau am 13. Februar verhandelte⁴, wurde von seiner Seite kein Druck weiter ausgeübt. Er sondierte sie zunächst, ob und inwieweit ihr Herr den preußischen Wünschen zu

bung IV. 2, S. 123 (übernommen u. a. von F. Förster, a. a. O. S. 128; Stenzel, a. a. O. S. 654), wonach Ende des Vorjahres Manteuffel mit Brühls Hilfe trotz Widerspruchs des Grafen Wackerbart den Kurfürsten zum stillschweigenden Einverständnis, daß sich Preußen der Stadt Elbing bemächtigte, bewogen haben soll.

¹ In der erst am 14. Febr. zugestellten kaiserlichen Antwort (datiert vom 8.) gab man zu erkennen, daß beide Teile selbst einen „Plan“ treffen müßten. (Zech, 17. Febr. Loc. 3243. Vol. VII.)

² Zech, 10. Febr. Loc. 2904. Vol. II.

³ Le Fort u. Lynar, d. d. Petersburg, 14. Jan. (Loc. 3025. Vol. I.) Lynar schrieb gleichzeitig Brühl, daß sicher Graf Ostermann die Sendung Mardefelds veranlaßt habe. Dieser reiste am 11. Jan. von Petersburg ab, traf am 2. Febr. in Berlin ein und verließ es wieder am 5. März. Seine Mission blieb aber erfolglos. (Vgl. Droysen, IV. 3, S. 235 ff.)

⁴ In dieser Konferenz waren Wackerbart, Wackerbart-Salmour, Baudissin, Sulkowski und Brühl zugegen. (Loc. 2970. Vol. II.) — Bald darauf, im März, erkrankte der greise Feldmarschall schwer; er starb am 14. Aug. im 72. Lebensjahre.

einer wegen der schnellen Beendigung der polnischen Wirren notwendigen Verständigung entgegenzukommen gedenke und erklärte dabei, daß die Zarin zu einer „Convenienz keine Gelegenheit“ hätte. Nachdem daraufhin Wackerbart kurz die bekannten Beziehungen Sachsens zu Friedrich Wilhelm dargelegt und an dessen sich so oft widersprechende Äußerungen erinnert hatte, ebenso wie an die Klausel im russischen Verträge, die es von der Gewinnung des Königs freisprach, erwähnte zwar der russische Gesandte, daß für die Wiederaufnahme der Verhandlungen — wozu der sächsische Minister stete Bereitwilligkeit versichert hatte — die Mansfelder, jülichische, Elbinger und kurländische Angelegenheit in Betracht kämen, ohne jedoch auf die sächsischen Antworten hin zum Nachgeben in einer dieser Fragen zu drängen oder nähere Vorschläge zu erlassen. Die pfandweise Überlassung des mansfeldischen Anteils, welche nur als Auskunftsmittel Seckendorffs aufgefaßt und hingestellt wurde, lehnte man sofort rundweg ab. Die Haltung in der jülichischen Sache, in der man bisher über bloße Bereiterklärungen zu einem Vergleiche nicht hinausgegangen war, bestimmte man aber jetzt dahin, daß man einem Verzicht auf eigne Rechte zugunsten Preußens geneigt wäre, wenn dieses ein „einigermaßen proportioniertes und der Situation nach gelegenes“ Äquivalent überlassen, der Kaiser einen Vergleich auf dieser Grundlage garantieren und Sachsen von einer Garantie der abgetretenen Rechte befreit würde.

Wohl kaum haben jetzt wie später die sächsischen Staatsmänner ernstlich an eine Verwirklichung dieses Vorschlages gedacht; das neue Verhandlungsobjekt, das er ans Licht brachte, war jedoch geeignet, etwaige Verhandlungen wieder in die Länge zu ziehen, wodurch wenigstens Zeit gewonnen werden konnte. Was für eine Entschädigung sie überhaupt im Sinne hatten, ist unschwer zu erkennen: sie zielten zweifellos damit auf den Erwerb preußischen, sich zwischen die sächsische und polnische Grenze einschiebenden Gebietes ab, entweder des ganzen oder zum mindesten der Teile des Herzogtumes Krossen, deren Gewinn eine direkte, in politisch-militärischer und wirtschaftlicher Beziehung außerordentlich wichtige Verbindung zwischen dem sächsischen Kurlande und Polen ermöglicht haben würde. Der Gefahr, daß Preußen hier nach Süden hin sich ausdehnen könnte, indem es Stücke von dem österreichischen Niederschlesien erwarb, hatte man sächsischerseits schon vorzubeugen gesucht. Als nämlich gegen Anfang November des Vorjahres in Dresden bestimmt verlautete, der Kaiser verhandle mit dem preußischen Könige über ein beträchtliches Darlehn und wolle diesem unter anderen Versicherungen österreichisches Gebiet um Grünberg als Sicherheit verschreiben, beauftragte Brühl den Freiherrn von Zech, die nötigen Schritte am Kaiserhofe zu tun, damit dieser Distrikt des Durchzugs nach Polen wegen nicht in preußische Hände falle, sondern an Sachsen gegen einen entsprechenden Vorschuß — wozu sich noch Mittel finden dürften — oder

gegen andere Bedingungen überlassen würde.¹ Zechs Auftrag hatte sich indessen schnell erledigt: in Wien stellte man preußische Absichten auf schlesische Gebietsteile als unbekannt und Besorgnisse deshalb als zwecklos hin, ging andererseits aber auch nicht im geringsten auf das sächsische Angebot ein.²

Versuchte der russische Gesandte nicht, die Haltung Friedrich Augusts in den sein Kurfürstentum angehenden Fragen auf eine für Preußen günstige Weise nachdrücklich zu beeinflussen, so unterließ er dies auch hinsichtlich der beiden anderen, die das neugewonnene Königreich betrafen. Er wies bei Beratung dieser Punkte — wobei sächsischerseits wieder die polnischen Gesetze, die Pacta Conventa, die Stände ins Feld geführt wurden — auf die für die Republik nachteiligen Anerbieten hin, die durch die französische Partei vergeblich erst an seinen Hof, dann an das Berliner Kabinett erfolgt seien, das darüber noch zu schwanken scheine, und bemerkte dazu, daß, wenn überhaupt zur Gewinnung des preußischen Königs „etwas“ sollte geopfert werden müssen, das „Odium“ immer auf die Anhänger des Stanislas als Urheber fallen und der neuen Regierung das Verdienst verbleiben würde, größere Opfer vermieden zu haben. In bezug auf Kurland führte Löwenwolde im besondern aus, daß sein Hof so wenig wie die übrigen Mächte hier eine von der Republik Polen beabsichtigte Verfassungsänderung dulden könne; er werde die ihr zustehenden Lehnrechte an das Herzogtum, dem die „freie Wahl“ gelassen werden müsse, garantieren und wolle in diese Garantie neben dem Kaiser auch Dänemark und Preußen einzuschließen trachten. Gemeinschaftlich würde man sich über die Person, die zum künftigen Herzog geeignet erscheine, verständigen und diesem, sofern es ein Prinz aus einem mächtigen Hause wäre, solche Bedingungen vorzuschreiben haben, durch die hinlänglich allen von ihm zu befürchtenden Gefahren für Polen und die Nachbarländer vorgebaut werde. Sollte einst ein preußischer Prinz, so äußerte Löwenwolde bei der Durchsicht des Konferenzprotokolles einige Tage später³, als Herzog in Vorschlag kommen, dann müßte man ihm unter anderen Bedingungen wie die des Verzichtes auf jeden territorialen Zuwachs von seinem Hause, auch diese mit auferlegen, daß er unter keinem Vorwande, auch nicht zu seinem Schutze, preußische Truppen halten dürfte, damit preußische Werbungen und „andere Inconvenienzen“ in Kurland verhütet würden. Im übrigen machte der russische Gesandte Hoffnung, in Berlin von den Anerbietungen des Gegenkönigs

¹ Brühl an Zech, d. d. Dresden, 8. Nov. 1733. Loc. 3333. Vol. Ia.

² Zech an Brühl, 18. Nov. Loc. 2904. Vol. I.

³ Seine zugleich gestellte Anfrage nach der Art des angedeuteten Äquivalentes wurde durch den Hofrat und geh. Kabinettssekretär Georg Wilhelm Walther dahin beantwortet, daß zunächst Preußen ein Angebot zu erlassen habe. (Promemoria Walthers, 16. Febr. 1734. Loc. 2970. Vol. II). Am 21. Februar reiste Löwenwolde von Krakau nach Wien ab, wo er am 6. März eintraf.

Authentisches zu erfahren, was Wackerbart als wünschenswert bezeichnet hatte, und auf eine Anfrage Brühls, welche Vorteile von dort zu erwarten seien, antwortete er, man werde sich um die Anerkennung Augusts durch Friedrich Wilhelm und ein beiderseitig freundschaftliches Verhältnis bemühen, ebenso darum, daß letzterer weder Frankreich Dienste leiste noch Stanislas und seinem Anhang Gehör und Schutz gebe, sich dagegen außer an dem Abkommen über Kurland an dem Beruhigungswerk in Polen beteilige.

Mit besonderen Aufträgen an Preußen wurde in diesen Krakauer Besprechungen der russische Gesandte nicht betraut; er erhielt sie erst einige Monate später, als er auf der Durchreise von Wien nach Berlin den sächsischen Hof berührte, der sich vorläufig abwartend verhalten konnte, dann aber seinen jetzt eingenommenen Standpunkt in etwas veränderter Gestalt vertreten sollte.

Gefahrlos war und blieb die allgemeine Lage für die drei Verbündeten keineswegs; oft genug erweckte sie an ihren Höfen große Befürchtungen und beeinflusste die Art ihrer Maßnahmen.

Bayerns Kurfürst, der seine Zustimmung zum Reichskriege im Januar versagt hatte, erregte von Tag zu Tag in höherem Grade durch seine großen Rüstungen und die feindselige Gesinnung gegen den Kaiserhof. berechtigten Verdacht; eine Verständigung zwischen beiden scheiterte hauptsächlich deshalb, weil dieser die wiederholt vorgeschlagene Vermählung des um zehn Jahre jüngeren bayrischen Kurprinzen mit der kaiserlichen Erbtochter, der ältesten Erzherzogin Maria Theresia, und die geforderte Abtretung von Gebietsteilen ablehnte.¹

Unsicher war stets der Fortgang des Kampfes im Reiche, von dessen Westgrenze aus sich im April das französische Heer, in drei Kolonnen formiert, nach dem Innern in Bewegung setzte; ebenso ungewiß war lange die Höhe und Dauer von Frankreichs militärischer Unterstützung seines Kandidaten, zu der es sich anschickte und welche die mannigfachen Gerüchte häufig übertrieben.

Immer drohte namentlich auch die Gefahr, daß der Berliner Hof, der keine für Augusts Sache wohlwollende Haltung beobachtete, schließlich seine Neutralität zugunsten des Schwiegersohnes des französischen Königs aufgab. Entsprechende Vorschläge darüber, die dessen Gesandter hier oft anbrachte, wurden angehört und gelangten vielfach zur Kenntnis der Verbündeten; der ständigen diplomatischen Gegenarbeit der kaiserlichen und russischen Vertreter schlossen sich, wenn die Gelegenheit sich bot, natürlich auch Manteuffel und Ponickau an. Daß Preußen fernerhin dem sächsischen Interesse offen oder unter der Hand entgegenarbeitete, daß es sehnlichst wünschte und

¹ Vgl. Arneth, S. 410 ff. — F. Deybeck, Die Politik Bayerns in der Zeit des polnischen Thronfolgekrieges (1733—35). München. Diss. 1897. — M. Doeberl, Entwicklungsgeschichte Bayerns. II. Bd. 1912. S. 162.

lange Zeit hoffte, der Kurfürst werde sich in Polen nicht behaupten, trat oft und deutlich zutage. Viele der Äußerungen Friedrich Wilhelms, die Anteil mit dem Geschehe von Frankreichs Schützling und unverhohlene Freude bekundeten, wenn dessen Gegner in Verfolgung ihrer Ziele auf Hemmnisse stießen, wurden dem Dresdner Hofe bekannt ebenso wie seine häufig wechselnden Stimmungen. So brachte er manches Mal bei versammelter Tafelrunde das Wohl des Stanislas, dann wieder das des Kaisers aus. Und nicht minder offensichtlich war die Gesinnung des preußischen Kronprinzen. In den Gesprächen, die an der königlichen Tafel über die Lage der Dinge und den Ausgang des Kampfes geführt wurden, erbot sich oftmals Graf Manteuffel, indem er Geldsummen oder sein in Pommern gelegenes Gut Kummerfrei¹ als Einsatz setzte, Zweiflern gegenüber zu Wetten, daß der Kurfürst Polens König bleiben werde. Friedrich gehörte auch zu denen, die hieran nicht glauben wollten. Während einer ähnlichen Unterhaltung mit Manteuffel prophezeite er Augusts sichere Niederlage mit dem Hinweise darauf, daß französische und schwedische Truppenunterstützungen von 12000 und 10000 Mann nach Danzig abgehen würden. Als der Kronprinz auf den Einwurf, daß dies die weite Entfernung unwahrscheinlich mache, die Möglichkeit ihrer Landung auf Preußens Boden, welche dieses auf Grund seiner Neutralität dulden müsse, ins Feld führte, erklärte ihm Manteuffel zu seinem großen Erstaunen, daß darüber die Sachsen und Russen nur sehr erfreut sein würden, könnten sie ja dann den Schauplatz des Krieges in geeignetere Gebiete verlegen und ihn gegen Truppen führen, die nicht immer die Flucht ergriffen; beim geringsten Anzeichen einer Landung würden sie den Franzosen entgegenmarschieren, und der Durchmarsch dürfte ihnen auch nicht verweigert werden, falls er diesen gewährt worden sei.²

Neben der zweideutigen Haltung Preußens bildete in der Folgezeit aber auch die Gefahr eines französischen Einfalles von Westen her in die Erblände die ständige Sorge der sächsischen Staatsmänner. Er schien trotz der unter Prinz Eugens Führung am Rheine stehenden Reichsarmee nicht ausgeschlossen zu sein; seine Ausführung gewann an Wahrscheinlichkeit, zog man Bayerns Eintritt in den offenen Kampf für Frankreich in Betracht, womit man ja stets rechnen mußte.

¹ Es lag 4 Meilen von Cöblin entfernt.

² Als daraufhin Friedrich meinte, Preußen werde nicht dulden, daß sich innerhalb seines Gebietes der Krieg entzünde, und dann auch auf die mögliche Landung der Franzosen und Schweden in dem schwedischen Stralsund hinwies, spielte sich nach Manteuffels Bericht an Wackerbart vom 15. Febr. der Schluß des Gesprächs wie folgt ab: Manteuffel: „Je doute que les Suedois soient las de posseder cette partie là de la Pomeranie.“ Prince Royal: „Et qui la leur oteroit?“ Manteuffel: „Ceux, qui, depuis longtems brulent d'envie de l'avoir, pourvu qu'ils puissent l'avoir, pourvu qu'ils puissent l'avoir de la manière qu'ils ont eu Stettin et le reste de la Poméranie.“ Prince Royal: „Je vois bien, que vous nous connoissez; parlons de boire, car aussi bien on a servi.“ (Loc. 3380. Vol. II.)

Auf der Gegenseite befaßte man sich zu wiederholten Malen tatsächlich mit einem derartigen Plane. Der französische Gesandte in Kopenhagen, Pléto, riet seinem Hofe, 30 000 Mann von der Rheinarmee nach dem von Truppen entblößten Sachsen zu werfen; auch Stanislas schloß sich diesen Vorstellungen in Briefen an seine Tochter an und sah in einer Verwirklichung den einzigen Weg zu seiner Rettung¹; ein paar Monate später deutete Chetardie bei seinen Vorschlägen in Berlin das künftige Vordringen des französischen Marschalls Berwick nach den sächsischen Erblanden an.² Nach Berliner Zeitungen von Anfang Februar sollten die Franzosen zum Vorgehen bis Böhmen und Sachsen im Frühjahr bereits entschlossen sein³; später sprachen preußische Minister davon, daß höchstwahrscheinlich zwei fliegende französische Korps nach Bayern und Thüringen rücken würden⁴; Manteuffel meldete Ende April Seckendorff zu Ohren gekommene Gerüchte, daß sich in einigen Wochen 30 000 Bayern direkt gegen die Kurlande wenden, die französischen Heere dagegen den kaiserlichen den Weg verlegen wollten.⁵ In Wien verlautete, daß ein feindliches Korps auf dem Wege durch Hessen und die sächsischen und österreichischen Erblande den Polen zu Hilfe eilen werde.⁶ Und ähnliche mehr oder minder gefährliche Nachrichten trafen von den sächsischen Vertretern an den anderen Höfen ein.

Wie Ende des Vorjahres besonders zum Schutze der Lausitzen Sicherheitsmaßnahmen getroffen und dorthin die wenigen, außer der Dresdner Garnison damals verfügbaren Truppen (3437 Mann) verlegt worden waren⁷, säumte die sächsische Regierung nun auch

¹ Boyé, S. 197 ff. — Ein um diese Zeit (Januar 1734) von Manteuffel in Übereinstimmung mit Seckendorff unternommener, vom sächsischen Hofe erst für zwecklos gehaltener, schließlich gebilligter Versuch, durch einen Unterhändler, mit Namen Arnold, einem Angestellten auf den Gütern Leszczynskis, diesen im geheimen in Danzig zum Verzicht auf Polen zu bewegen, blieb erfolglos, wie man es in Dresden vorausgesehen hatte. (Wackerbart an Manteuffel, 7. Jan. Loc. 3380. Vol. II.) Arnold, der eine ähnliche Mission schon einmal im Jahre 1712 nach Schweden übernommen hatte, reiste am 18. Jan. von Berlin ab und traf am 25. in Danzig ein. Stanislas ließ sich von ihm Abrechnungen über Einnahmen und Ausgaben seiner Güter vorlegen; als er auf seine Frage, was man über ihn in Schlesien denke, zur Antwort erhielt, man ersehne den Frieden, bemerkte er nach Arnolds Bericht vom 27.: Das könne gleich geschehen, wenn der Kurfürst wieder nach Sachsen zurückginge. (Vgl. Seckendorffs Lebensbeschreibung S. 129 ff. — K. v. Weber, N. F. II, S. 116 Anm., weiß nichts von der schließlich sächsischerseits gegebenen Zustimmung zu dieser Mission.)

² Droysen, IV. 3, S. 239 ff.

³ Bernhard v. Zech an Brühl, d. d. Dresden, 10. Febr. Loc. 30 015.

⁴ Ponickau, d. d. Berlin, 2. April. Loc. 2251. Vol. I.

⁵ Manteuffel an Brühl, 28. April. Loc. 455. Vol. 22.

⁶ Zech, 14. April. Loc. 2251. Vol. I.

⁷ Registratur, d. d. Dresden, 12. April. (Loc. 2251. Vol. I.) — Die Truppen blieben bis zum August in der Niederlausitz stehen. (Ordre an das geh. Kriegsratskollegium u. an Milckau, d. d. Dresden, 8. Aug. Kopien Loc. 2251 [Poln.]).

nicht, so gut es ging, Vorkehrungen gegen einen feindlichen Einfall von Westen her anzuordnen.¹ Für allzu drohend hielt sie aber die Gefahr noch nicht; sie vermutete, daß man absichtlich französischerseits durch allerlei Gerüchte Furcht und Schrecken erwecken und dadurch auch die Herausziehung der sächsischen Truppen aus Polen bewirken wolle, um Leszczyńskis Anhängern Luft zu schaffen. Maßnahmen, welche die Besorgnisse im Lande steigern und dem davon schon in Mitleidenschaft gezogenen Handel und Kredit noch mehr schaden konnten, suchte sie nach Möglichkeit zu vermeiden. So wurde ein neues unter dem 29. April datiertes Mandat, das die Untertanen abermals zu Sicherheitsmaßnahmen aufforderte, im Interesse der Leipziger Messe nicht sofort erlassen, sondern erst am 16. Juni öffentlich angeschlagen. Von einem Aufgebot der Landbevölkerung sah man ebenfalls ab, da es überdies im Ernstfalle nur eine sehr unvollkommene Gegenwehr gebildet haben würde. Vorläufig wurden aber wenigstens acht Kompagnien aus der Dresdner Garnison in die westlichen Kreise verlegt, die Pässe nach der Oberpfalz und Böhmen durch sogleich abgeschickte Ingenieure aufgenommen, die verfügbare Hof- und Landjägerei bereitgehalten², Korn- und Mehlvorräte ergänzt und hauptsächlich in Dresden konzentriert.³ Für den schlimmsten Fall rechnete man stets damit, eine entsprechende Anzahl der eignen Truppen aus Polen zurückzuziehen und durch russische dann hilfreiche Unterstützung zu erhalten. In Wien ließ man um die gleiche Zeit — natürlich ohne Erfolg — anfragen, ob Anwerbungen in Schlesien oder Böhmen gestattet würden⁴ und auch mehrfach um Mitteilung der kaiserlichen Maßnahmen bei einem Einfalle ersuchen, worauf aber nie bestimmte Antworten erfolgten.⁵ Brühl trug sich sogar mit dem Gedanken, zwei oder drei preußische Regimenter in sächsischen Sold zu übernehmen, eine entsprechende Anregung ließ er an Manteuffel gelangen.⁶ An die ernestinischen Herzöge ergingen unter dem 15. April Schreiben des Inhalts, Vorsichtsmaßnahmen zu treffen und darüber zu berichten.⁷ Erstmals wurde auch der englische Hof ersucht, auf Grund der am 3. August 1731 zwischen Sachsen und Hannover abgeschlossenen Defensivallianz dahin den Befehl zu erteilen, 3000 Mann zur Bedeckung Sachsens marschfertig zu halten, um sie hier nach erfolgter Requisition sofort verwenden

¹ Ordre an geh. Räte, d. d. Dresden, 8. April. (Kopie Loc. 2251. Poln.) — Außer ihnen hatten namentlich General v. Milokau und der geh. Kriegsratspräsident Christ. v. Kiesenwetter über die erforderlichen und geeigneten Maßnahmen zu beratschlagen.

² Bericht der geh. Räte, d. d. Dresden, 15. April, mit Registratur der Sitzungen vom 10., 12., 13., 15. u. 16. April. Bericht der geh. Räte, 7. Mai. (Loc. 2251. Vol. I.)

³ Ordre an geh. Kriegsratskolleg, d. d. Dresden, 19. April. Ebda.

⁴ Ordre an Zech, d. d. Dresden, 19. April. Zech, 24. April. Ebda.

⁵ Brühl an Zech, d. d. Dresden, 23. April. Zech an Brühl, 28. April. Ebda.

⁶ Brühl an Manteuffel, d. d. Dresden, 24. April. Loc. 455, Vol. 22.

⁷ Kopien Loc. 2251. Vol. I.

zu können; gleichzeitig gab man die Neigung zu erkennen, den Ende 1734 ablaufenden Traktat zu verlängern.¹

Inzwischen begannen die Dinge in Polen einer Entscheidung zuzudrängen. Seit dem 18. Februar belagerten russische Truppen erst unter Lacys, dann unter Münnichs Befehl die Stadt Danzig, die, gut ausgerüstet und verteidigt, in der Folge hartnäckigen Widerstand leistete. Es ist bereits erwähnt worden, daß sächsischerseits hauptsächlich Preußens wegen mit der Absendung von Truppen zur Teilnahme an der Belagerung gezögert worden war. Dies bestärkte vielleicht den russischen Hof darin, preußischen Insinuationen, in denen der Wille Sachsens zu ernstesten militärischen Operationen abgeleugnet wurde, um so mehr Glauben zu schenken. Wiederholt beklagte man sich in Petersburg darüber, daß die sächsischen Truppen angeblich nicht handelten und den russischen alles überlassen bleibe, daß man über die Tätigkeit der ersteren nicht orientiert werde.² In deutlicher Weise gab man zu verstehen, daß man sich seitens des Kurfürstkönigs namentlich auch in bezug auf materielle Beweise seiner Huld vernachlässigt fühle; sogar gefährliche Anzeichen, daß die Stimmung vollständig umschlagen könnte, machten sich zeitweilig bemerkbar.³ Dies entnahm der sächsische Gesandte selbst den Gesprächen Birons und Ostermanns; letzterer, der auch eine Verständigung Sachsens mit Preußen durch Überlassen seiner Rechte auf Jülich und Berg wünschte, äußerte sich besonders mißmutig.⁴ Der russischen Ermahnungen, angesichts einer drohenden Vermehrung der Gegenpartei zum Frühjahr in Polen das Geld nicht zu sparen, bedurfte es wohl kaum; denn ein großer Teil der seit Jahresfrist bereits für die polnischen Angelegenheiten ausgegebenen Summe von über drei Millionen Taler⁵ war zur Gewinnung polnischer Magnaten verwandt worden; bedeutende Summen wurden hierzu noch künftig von den folgenden Millionen benutzt, deren nächste, die vierte, ungefähr ein halbes Jahr später verausgabt sein sollte.

Im März entschloß man sich schließlich, außer durch die bevor-

¹ Ordre an geh. Räte, d. d. Dresden, 23. April u. 4. Mai. (Ebda.) Geh. Räte an Loß, d. d. Dresden, 28. April. (Loc. 638. Vol. IIa.)

² Le Fort u. Lynar, d. d. Petersburg, 27. Febr. (Loc. 3025. Vol. I.) — Wie die Berliner Politik in Petersburg gegen Sachsen arbeitete, zeigt z. B., daß hier der preußische Sekretär Vöckerodt eine gedruckte Nachricht (d. d. Haag, 26. Jan. 1734) verbreitete und vertrat, wonach der Kurfürst, den man in Paris auch einem Verzicht auf die Krone für leicht zugänglich halte, geäußert haben sollte, er habe es dem Ehrgeiz seiner Gemahlin und einer Liebesintrige der Prinzessin Wisniowiecki mit dem jungen Flemming zu danken, daß er sich in dem jetzigen „embarras“ befinde. (Lynar u. Le Fort, 20. Febr. Loc. 3671. Vol. I.)

³ Lynar richtete darüber ein ausführliches Schreiben an Brühl, d. d. Petersburg, 3. März. (Loc. 3671. Vol. I.) So wurde ihm offen erklärt, man werde sich wohl noch mit „guter Manier“ aus der polnischen Sache zu ziehen wissen.

⁴ Lynar an Brühl, 9. März. Loc. 3025. Vol. I.

⁵ Ordre an Lynar, d. d. Dresden, 3. April. Ebda.

stehende französische Hilfe nach Danzig sicherlich vor allem durch die ungünstigen Nachrichten aus Petersburg bestimmt, dem russischen Belagerungsheere Unterstützung zu senden.¹ General Baudissin erhielt entsprechende Befehle, dahin mit den verfügbaren Truppen — allein oder gemeinsam mit Johann Adolf — zu marschieren.² Doch noch zwei Monate sollten vergehen, ehe ein sächsisches Hilfskorps vor Danzig eintraf. Der Hauptgrund hierfür lag ohne Zweifel in dem von den Führern oft vorgestellten kläglichen Zustand der durch die rauhe, ungesunde Witterung und durch die mangelnde Verpflegung geschwächten Truppen.³ Sie hatten überdies verschiedentlich harte Kämpfe bestehen müssen, die nicht immer glücklich verlaufen waren. Ungefähr von Mitte März bis Anfang April war die Lage äußerst kritisch gewesen. Große Haufen hatten Jean Tarlo, der Palatin von Lublin, und Joseph Potocki, der Palatin von Kijow, zusammengerafft, die raubend und plündernd umherstreiften. Der letztere bedrohte Krakau — das nach dem Abmarsch des Prinzen Johann Adolf nach Großpolen (1. März) nur von einer kleinen Garnison besetzt blieb — und zwar Gerüchten zufolge mit 12 000 Mann. Nach ihnen sollte hier auch die Krönung Leszczynskis stattfinden. In größter Eile mußte Generalleutnant Diemar, der mit 4300 Mann bei Kalisch stand, zum Schutze Krakaus aufbrechen⁴, das von ihm auch entsetzt wurde (20. April), nachdem von der tapferen Besatzung schon ein Sturm auf die Stadt (13. April) abgeschlagen worden war.

Die Nachrichten von Tarlos Plünderungen und der Bedrohung Krakaus hatte Friedrich August in Sokolniki erhalten⁵, wo er am

¹ Ganz unwahrscheinlich ist die Vermutung von A. Krell a. a. O. S. 23/24, Anm. 4, der Grund zu den vom sächsischen Hofe nun oft erteilten Befehlen, den Marsch nach Danzig möglichst zu beschleunigen, habe darin gelegen, daß er den Russen und Münnich allein den Ruhm einer Einnahme der Stadt nicht gönnen, sondern an ihrer Bezwingung teilnehmen wollte.

² Ordre an Baudissin, 23. u. 25. März. Loc. 3643. Vol. I.

³ Baudissins Korps zählte über 2200 Kranke; er hatte dringend gebeten, anstatt nach Danzig mit ihm, um auszuruhen, nach einem geeigneten Orte an der Warthe oder Netze marschieren zu dürfen, andernfalls erbat er, da er selbst leidend war, die Enthebung von seinem Posten. (Sein Bericht, d. d. Generalquartier Ostrzeszowa, 27. März. Ebda.) Diese wurde ihm mit der Erlaubnis zur Rückkehr nach Sachsen gewährt und das Gesamtkommando Johann Adolf übergeben mit dem Befehle, den Marsch nach Danzig fortzusetzen. (Ordre an Baudissin, 2. April. Ebda.) Letzterer hatte vor seinem Aufbruch nach Großpolen in Krakau 1600 Kranke zurücklassen müssen; die hier unter Befehl des Generalmajors Baron v. Löwendal verbleibende Besatzung betrug außer 800 russischen Dragonern nur 800 bis 1000 Mann. (Ordre an Baudissin, 25. März, an Lynar, 3. April. Ebda. — Schuster u. Francke, a. a. O. S. 214, bringen hierüber falsche Angaben.)

⁴ In 16 Tagen legte sein Korps den Weg von Kalisch nach Krakau zurück. Gegenüber dem Sollstande von 5744 Mann betrug der Iststand Ende April nur noch 3551 Mann; gefallen, desertiert, verstorben waren 569, krank 1624 Mann. (Diemars Bericht, 30. April. Ebda.)

⁵ Ordre an Lynar, 3. April. Loc. 3025. Vol. I.

22. März eingetroffen war. Am 3. war sein Aufbruch von Krakau unter starker militärischer Bedeckung in der Absicht erfolgt, um über Petrikow, Lencicie und Thorn nach Danzig zu reisen¹ und hier durch seine persönliche Anwesenheit einen günstigen Fortgang der Dinge beschleunigen zu helfen. Nachdem er aber unterwegs² schon einmal — vermutlich mit Rücksicht auf feindliche Truppenbewegungen und im Interesse seiner Sicherheit — seinen Reiseplan geändert hatte, setzte er in Sokolniki die Fahrt nicht fort, sondern kehrte mit einem kleinen Gefolge³ unvermutet, zum Erstaunen und teils zum Gespött der Welt⁴ in sein Kurfürstentum zurück; am 27. März traf er ganz unerwartet in Dresden ein. Es ist möglich, daß die Sorge um seine Sicherheit Anteil an dieser plötzlichen Abreise gehabt hat⁵, wahrscheinlich ist sie aber in erster Linie durch die dringende Notwendigkeit seiner persönlichen Anwesenheit in den Erblanden bedingt worden. In mehr oder minder ausführlicher Weise wurde allein dies als Ursache den Verbündeten und den sächsischen Vertretern an den auswärtigen Höfen dargelegt und zu begründen gesucht.⁶ Denn die verschiedensten Gerüchte waren alsbald hier die Folge; je nach der Stellung zur polnischen Frage hatte man wegen der Abreise des Königs Unruhe empfunden und Verdacht geschöpft oder darin erfreut einen günstigen Wechsel der Dinge gesehen und Vorteile für die eigenen Interessen erhofft.⁷ Besonders aber dem Petersburger Hofe gab Augusts Entschluß, der hier als äußerst bedenklich und gefährlich angesehen wurde, Anlaß zu neuen Klagen; die günstige Gelegenheit, der sächsischen Politik wieder schaden zu

¹ Brühl an Lynar und den Residenten Joh. David Walter in Breslau, d. d. Krakau, 1. u. 2. März. Loc. 3666. (II.)

² In Olbrum entschloß sich August am 8. März, über Pielcze, wo er in dem Schlosse der Prinzessin Constantin Sobieski Aufenthalt nahm, Czenstochow, Sokolniki — das Schloß gehörte dem Grafen Sulkowski — Ostrowo direkt nach Danzig zu reisen, ohne Thorn zu berühren. (Brühl an Walter u. den Generalmajor v. Löwendal, d. d. Pielcze, 9. März. Ebd.)

³ Die bisherigen Bedeckungsmannschaften wurden den Truppen nach Danzig zugeteilt.

⁴ Vgl. z. B. *Mercure historique*, Tome 96, S. 429 u. 457. — Seckendorffs *Lebensbeschreibung* IV, S. 147 (Droysen, IV. 3, S. 238); die Angaben in den *Memoiren des Lord Hervey*, die E. Veße, *Gesch. der Höfe des Hauses Sachsen* (Hamburg 1854), S. 283, benutzte.

⁵ Über die Vorgänge vor Danzig war man überdies einige Zeit ohne Nachrichten geblieben. Zwecks besserer Informationen wurde daher der geh. Kriegsrat Simonis in Lacys Lager entsandt. (Brühl an Lynar, d. d. Zkrzepice, 19. März. Loc. 3666. II.)

⁶ Der Zarin schon in einem Handschreiben Augusts, d. d. Zkrzepice, 19. März. (Kopie ebda.) — Brühl an Zech, d. d. Sokolniki, 23. März. (Loc. 3671. Vol. I.) Brühls *Lettre Circulaire*, d. d. Sokolniki, 23. März. (Loc. 3666. II.)

⁷ Zech an Brühl, d. d. Wien, 31. März. Ponickau an Brühl, d. d. Berlin, 4. April. Loß, d. d. London, 2./13. April, an Brühl, 13. April. Debrose, d. d. Haag, 23. April. Schönberg an Brühl, d. d. Regensburg, 15. April. (Loc. 3666. II.)

können, wurde sofort von dem preußischen Residenten ergriffen¹, indem er die von ihm bereits früher im Druck verbreiteten Meldungen, daß die Krone den König reue und daß er ihren weiteren Besitz für unmöglich halte, als nun bestätigt hinstellte und eine Wiederholung der „histoire“ Heinrichs von Valois, des späteren französischen Königs Heinrichs III., prophezeite.² Der Zarin wurde so wie so schon vielfach im eignen Lande ihr starkes Eintreten für Sachsen verargt, das man hier auch fernerhin oft verdächtigte, es wolle sich selbst möglichst allen Mühen und Geldkosten entziehen. Die Abreise des Königs mußte sie von neuem stutzig machen, worüber sie sich auch deutlich ausließ; ihr Oberkammerherr zeigte gleichfalls große Unzufriedenheit³ und beklagte sich außerdem über das geringe Vertrauen, mit dem man seine treuen Dienste unterstütze, und über ausgebliebene, unvollständige und verspätete Informationen, was ihm auf die Dauer die Zurückweisung der Argumente seiner vielen Gegner unmöglich machen werde.

Während man sächsischerseits nun künftighin ängstlich darauf bedacht war, daß sich diese Vorwürfe nicht wiederholten, Bedenken in Petersburg keinen Fuß faßten, namentlich Biron, wie es der sächsische Gesandte schon im Januar angeraten hatte⁴, und ebenso die russische Kaiserin öfter als bisher über den Stand der Dinge besonders auch brieflich unterrichtet wurden, sollte die Rückkehr des Königs trotz vielfachem Drängen von russischer Seite nicht sobald erfolgen. Obwohl oft verheißen, wurde sie immer wieder hinausgeschoben.⁵

Sicher zog sich aus verschiedenen Gründen Augusts Aufenthalt in seinen Erblanden in die Länge. Es galt vor allen Dingen, die notwendigen Vorbereitungen für den Landtag zu treffen, dessen Berufung man wegen der erschöpften Kassen zunächst für den kommenden Mai in Aussicht nahm.⁶ Die Anwesenheit des Landesherrn mußte

¹ Lynar an Brühl, d. d. Petersburg, 18. April. Lynar, 18. April. Ebda.

² Heinrich hatte einst bald nach seiner Krönung zum polnischen König (15. Febr. 1574) auf die neue Würde verzichtet und Polen heimlich (18. Juli) verlassen.

³ Anna an Friedr. Aug., 6./17. April. Lynar an Brühl, 18. April. (Loc. 3666. II.) Russischerseits berief man sich oft darauf, daß die Rückkehr Augusts nach Sachsen gemäß der Pacta Conventa erst der Zustimmung von Polens Ständen bedurft hätte.

⁴ Lynar an Brühl, 14. Jan. (Loc. 3025. Vol. I.) Durch die Ordre vom 3. April (ebda.) wurde Lynar in den Stand gesetzt, ausführlich über die seit der Wahl erfolgten Vorgänge und Maßnahmen Kenntnis zu geben, worüber man sich darauf in Petersburg sehr zufrieden zeigte. (Lynar, 23. April. Loc. 3671. Vol. I.)

⁵ Vorläufig wurde sie in den Antworten bis nach der Rücksprache mit Löwenwolde ausgesetzt. (Friedr. Aug. an Anna, d. d. Dresden, 2. Mai. Loc. 3666. II. Brühl an Lynar, 2. Mai. Loc. 3025. Vol. I.) Erst hatte man nach Petersburg und Wien die Dauer der Abwesenheit für die Zeit angekündigt, welche die Truppen zum Marsche nach Danzig brauchen würden.

⁶ Um falschen Vermutungen entgegenzutreten, wurden die sächsischen

dazu beitragen, die Deputierten der Stände und diese selbst im Sinne künftig glatt zu bewilligender Geldmittel zu beeinflussen und die Beschaffung von Anleihen zu erleichtern. Beruhigend konnte sie auch auf die Bevölkerung bei der von Westen drohenden Gefahr wirken; schneller und nachdrücklicher konnten Maßnahmen sowohl zur Beförderung der Kriegsoperationen als auch zum Schutze des Kurfürstentumes angeordnet und durchgeführt werden. Gerade in dieser Zeit wurden besonders energisch die Ergänzung und Vermehrung der Truppen betrieben, wozu man sich wohl oder übel infolge der erlittenen Verluste und der großen Anzahl von Kranken entschließen mußte. Tausende von Rekruten wurden ausgehoben, und eifriger als je arbeitete man an der von August dem Starken noch am Ende seiner Regierung beschlossenen, dann Ende des Vorjahres erneut angeordneten, aber noch nicht vollendeten¹ Errichtung einer Landmiliz. Diese sollte ausschließlich dem Zwecke der Landesverteidigung dienen; sie zerfiel in vier Kreisregimenter, jedes zu 2000 Mann, die aus den Männern von 18—35 Jahren ausgelost und später zweimal jährlich, im Sommer und Herbst, auf je 14 Tage kompagnieweise zu Übungen eingezogen wurden.

Von Dresden aus wurden nun auch weitere Maßnahmen getroffen, welche die ersehnte Einnahme Danzigs beschleunigen konnten. Da russischerseits verschiedentlich schweres Geschütz und Munition² verlangt worden war, entschloß man sich zur Absendung von 6 schweren Mörsern mit 1200 Bomben³, und zwar der Schwierigkeiten wegen, die Preußen auf französische Proteste hin gegen den Transport russischer Artillerie durch sein Land erst gemacht hatte⁴, auf dem Wege über Grünberg, Karge, Posen, ohne also brandenburgisches Gebiet zu berühren. Gleichzeitig damit, am 20. April, gingen aber auf geradem Wege über Frankfurt a. d. O. zwei Mörser und 100 um die Hälfte kleinere Bomben ab; auf vier, mit Postpferden bespannten Wagen befördert, wurde die Sendung als Bagage für den Prinzen von Weißenfels ausgegeben, ein geschicktes Auskunftsmittel, das Seckendorff angeraten und Manteuffel übermittelt hatte.⁵ Wäh-

Gesandten auch später, so durch die Zirkularnote vom 16. Juni (Loc. 3666. II.) beauftragt, die Notwendigkeit des längeren Aufenthaltes mit der Erschöpfung der Kassen und Berufung der Stände zu begründen.

¹ Friedr. Aug. an geh. Räte, d. d. Dresden, 10. Nov. (Loc. 3666. I.) Bericht der geh. Räte, d. d. Dresden, 23. Dez. u. 15. April mit Registratur vom 12. (Loc. 2251. Poln. u. Loc. 2251. Vol. I.)

² Münnich hatte 3 Mörser mit 200—300 Bomben gewünscht (Ordre an Lynar, 18. April. Loc. 3651. Vol. I.), Löwenwolde wiederholt 4—6 Stück zum mindesten verlangt. (Zech, d. d. Wien, 13. März; 3. u. 17. April. Loc. 3671. Vol. I. u. Loc. 2904. Vol. II.)

³ Zu ihrer Beförderung waren 500 starke Pferde erforderlich; jede Bombe wog 96 Pfund.

⁴ Droysen, IV. 3, S. 237ff. — Boyé, S. 219ff.

⁵ Brühl an Zech, d. d. Dresden, 16. April (Loc. 2904. Vol. II.); an Simonis, 19. April (Loc. 3651. Vol. I.); an Manteuffel, 24. April. (Loc. 455. Vol. 22.) — Boyé, S. 219.

rend dieser Zug, ungehindert vom Berliner Hofe, am 30. im russischen Lager eintraf und wertvolle Dienste für die Beschießung leistete, sollten jene Geschütze nie ihren Bestimmungsort erreichen und über Polen hinaus transportiert werden. Auf Seckendorffs Rat erhielt auch Johann Adolf Befehl, die Fußtruppen möglichst auf Wagen weiter zu befördern, damit sie schneller Danzig erreichten¹; Meldungen zufolge sollte das schon in den Sund eingelaufene französische Geschwader 8000 Mann mit sich führen. Sächsische Ingenieure, Feuerwerker, Mineure und Kanoniere wurden gleichfalls noch zum Belagerungsheere abgeschickt², ebenso außer dem geh. Kriegsrat Simonis der Konferenzminister von Bülow³; beide sollten mit den russischen Befehlshabern Hand in Hand gehen, über den Stand der Dinge berichten und im Falle einer Kapitulation die Interessen ihres Herrn wahrnehmen. Daß bei dieser die Einmischung einer fremden Macht, die sich hierbei selbst Vorteile verschaffen konnte, zurückgewiesen werde, darauf arbeitete der Dresdner Hof sofort hin, als die ersten Anzeichen einer beabsichtigten Vermittlung Preußens bekannt wurden.⁴ Er stimmte darin völlig mit Österreich und Rußland überein.⁵ In schroffer Weise wies der russische Feldmarschall den aus Berlin an ihn gesandten wirkl. geh. Etatsrat Christian von Brand mit seinen Anträgen ab⁶; ihn würde, so schrieb Brühl unter dem 1. Mai an Manteuffel⁷, Münnich „besser“ aufgenommen haben, wenn er nicht öffentlich erklärt hätte: die Polen würden, da ihren Thron Sachsens Kurfürst doch nicht halten könne, zu einer dritten Wahl schreiten; sollte er ihn aber trotzdem behaupten, so werde Frankreich schon Mittel besitzen, ihn von dem Bunde mit den beiden kaiserlichen Höfen abzuziehen.

Daß Preußen, wenn es überhaupt noch zum Eintreten für den sächsischen Hof gewonnen werden konnte, größere und vermehrte Bedingungen stellen würde, war diesem inzwischen verschiedentlich auch auf direktem Wege bekannt geworden. Als Ponickau wieder Anfang Februar auf die Anerkennung Friedrich Augusts als König drang — die Originalnotifikation hatten die preußischen Minister endlich am 14. Januar angenommen⁸ —, da verlangten sie als Gegenleistung für eine Aufgabe der Neutralität in Anbetracht der großen Gefahr „starke und importante Offerten“. Mit dem Hinweise auf die

¹ Friedr. Aug. an Johann Adolf, d. d. Dresden, 4. Mai. (Loc. 3651. Vol. II.)
Brühl an Manteuffel, 5. Mai. (Loc. 455. Vol. 22.) Friedr. Aug. an Anna, 5. Mai. (Loc. 3666. II.)

² Friedr. Aug. an Münnich, 1. April. Loc. 3651. Vol. I.

³ Instruktion für Simonis, d. d. Dresden, 18. März. Friedr. Aug. an Bülow, 2. April. (Ebda.)

⁴ Brühl an Münnich, d. d. Dresden, 18. April, an Lynar, 30. April (ebda.), an Zech, 26. April. (Loc. 3671. Vol. I.)

⁵ Lynar, d. d. Petersburg, 2. Mai. Loc. 3651. Vol. II.

⁶ Droysen, IV. 3, S. 239ff.

⁷ Loc. 455. Vol. 22.

⁸ Ponickau, d. d. Berlin, 15. Jan. Loc. 2994. Vol. II.

einstige Wahl Augusts des Starken zum polnischen König, bei der sein Hof „gar vieles profitieret“¹, begründete Thulemeier, daß es auch jetzt wieder etwas abwerfen müßte; ein Vergleich über die alten Forderungen genüge nicht; außer ihm deutete er als sehr geeignete Zugeständnisse Mansfeld und Gommern an; die frühere Absicht Preußens, Jülich dem Wettinerhause zu garantieren, könne nicht ausgeführt werden, da die kaiserliche Billigung versagt worden sei. Betreffs der Anerkennung werde man sich, so äußerte Borcke, nach England, Holland und Dänemark richten; er und Podewils erklärten sodann, daß ihr König vorläufig weiter an der Neutralität, durch die er „in glückseligen Zustand“ gesetzt sei, festhalte, daß ein Vergleich bei weitem nicht hinreiche und der Kaiser die Garantie Bergs durch Sachsen nicht hindern wolle, wenn die Rechte seines Obergerichtsamtes und die Dritter vorbehalten würden.² Noch deutlicher ließ man sich Ende März in Berlin vernehmen, wo seit einiger Zeit eine günstigere Stimmung für die sächsische Sache an den Tag gelegt wurde, so daß Seckendorff bereits eine Erneuerung der Verhandlungen von seiten Preußens erhoffte.³ Unter Versicherungen, daß man Sachsens Interesse nicht entgegen und das beiderseitige bisherige Mißtrauen wohl noch zu beseitigen sein werde, gab Thulemeier dem sächsischen Gesandten als Bedingungen, welche schon vor drei Wochen dem kaiserlichen Vertreter sowie dem preußischen in Wien, Baron von Gotter, zugestellt worden waren, die folgenden zu erkennen: Verzicht auf den Prozeß hinsichtlich der Erbensprüche auf Berg, dessen Garantie, Unterstützung sowohl einer brandenburgischen Nachfolge in Kurland als auch zur Besitznahme des Elbinger Territoriums, Garantie dieser Gebiete nach der unter Polens Zustimmung erfolgten Abtretung, stete Bereitwilligkeit zur Beförderung aller übrigen Forderungen Preußens an die Republik und schließlich Abtretung Gommerns oder der Hoheitsrechte über Mansfeld.⁴ Daß dann, wenn Sachsen Geneigtheit zur Verständigung in der jülichischen Frage zeige, der preußische König sich in bezug auf die polnischen Dinge günstig erklären würde, hatte der Fürst von Anhalt-Dessau kurz vorher, am 24. März, zu verstehen gegeben und zugleich neben dem Geschenk von einigen großen Leuten zur besseren Einleitung

¹ August der Starke hatte anlässlich seiner Wahl im Jahre 1697 an den brandenburgischen Kurfürsten die Ämter Lauenburg, Sevekenberg und Gerstorf, die Erbvogtei über Quedlinburg, die Reichsvogtei und das Schulzenamt von Nordhausen für 300 000, das Amt Petersberg für 40 000 Taler verkauft und Elbing ausgeliefert. (Vgl. P. Haake, Die Wahl Augusts des Starken zum König von Polen. Hist. Vierteljahrsschrift. IX. 1906, S. 79.)

² Unterredungen vom 6., 9. u. 10. Febr. (Ponickau, 11. Febr. Loc. 3243. Vol. VII.)

³ Ponickau, 22. März. Loc. 2994. Vol. II.

⁴ Ponickau, 2. April. Extract Loc. 2970. Vol. II. — Aus Wien wurde fast gleichzeitig gemeldet, daß Preußen außer der Zession der jülichischen Rechte den sächsischen Anteil an Mansfeld und das Amt Gommern fordere. (Zech, 31. März. Loc. 2904. Vol. II.)

der Verhandlungen angeraten¹, durch einen Brief direkt den König von neuen Befehlen zu ihrer Wiederaufnahme in Kenntnis zu setzen, die Ponickau von seinem Hofe erbitten sollte. Da man preußischerseits aber seine Vollmachten zu neuen Verhandlungen bereits kannte, so glaubte der sächsische Gesandte, daß man mit diesem Rate wie so oft schon nur Zeit gewinnen wollte; er war überdies der Ansicht, daß direkte Verhandlungen mit dem preußischen Könige auf erhebliche Schwierigkeiten stoßen würden. Er erhielt aber trotzdem Befehl, den vorgeschlagenen Weg zu beschreiten.² Nachdem er daraufhin an Borcke am 8. April einen Brief mit dem angeratenen Inhalt für Friedrich Wilhelm übergeben hatte, erhielt er eine Einladung nach Potsdam, wo ihm dieser seine große Neigung zum guten Einvernehmen und die Zustimmung zur Fortsetzung der Verhandlungen, für die er sächsische Vorschläge erwarte, erklärte.³ Hier sprach nun auch der anhaltische Prinz davon, daß jetzt zur Gewinnung des Preußenkönigs zweierlei nötig sei: zunächst vor allem der Vergleich in der Erbfolgesache, weil jener dadurch aus einer zurzeit großen Verlegenheit herauskommen werde, sodann die Überlassung des sächsischen Anteils an der mansfeldischen Grafschaft. Diese oder die Gommerns neben der Garantie Bergs mit Ravenstein und Winnental verlangten einige preußische Minister endlich um die Mitte des April, als Ponickau erneut über die Wiederaufnahme der Verhandlungen sondierte.⁴

So gefährlich auch die allgemeine Lage im April und bis gegen Mitte Mai scheinen mochte, der sächsische Hof dachte nicht daran, irgendeine der neuen, erhöhten Forderungen Preußens zu erfüllen. Unter keinen Umständen war er gesonnen, wertvolle Landesteile und wichtige Hoheitsrechte der Dynastie preiszugeben, wie es einst August der Starke um Polens Krone willen getan hatte. Zustatten kam wieder die Haltung Österreichs und Rußlands, welche sich hüteten, die verschiedenen preußischen Wünsche zu unterstützen.

Die Hofburg zeigte sich von neuem unbestimmt und schwankend. Als Zech auf Grund der Berliner Meldung Vorstellungen erhob, daß man zwar Berg garantieren solle, der Kaiser Sachsen aber nicht in den Besitz von Jülich kommen lassen wolle, antwortete Graf Sinzendorf: die geäußerte Stellungnahme sei nicht zu ändern gewesen in Anbetracht des kaiserlichen Obergerichtsamts und früher eingegangener Verbindlichkeiten, denn die Sulzbachsche Posterität

¹ Ponickau an Brühl, 26. März. Loc. 3243. Vol. VII.

² Brühl an Ponickau, 3. April. Ebda.

³ Nach dieser Audienz vom 12. April wurde Ponickau zur Tafel und abends ins Tabakskollegium eingeladen. Friedrich Wilhelm erkundigte sich dort angelegentlich nach sächsischen Verhältnissen, wobei er sich ziemlich unterrichtet zeigte: ob Baudissin den Dienst verlassen habe, in wieviel Regimenten die Miliz eingeteilt, wie hoch die Kopfzahl sei usw. (Ponickau an Brühl, 16. April. Ebda.)

⁴ Ponickau, 19. April. Loc. 2970. Vol. II.

könne schlechterdings nicht ausgeschlossen werden; im übrigen müßten Erlangung und Besitz der polnischen Krone als etwas so Wichtiges betrachtet werden, daß man „darum etwas zu opfern“ nicht zögern solle.¹ Einen Monat darauf, Anfang April, erkundigte sich dagegen der kaiserliche Minister, ob Friedrich August mit Preußens Angebot, daß Jülich einst an Sachsen fallen solle, zufrieden sein würde, was Zech für den Fall eines Verzichtes auf die Garantie Bergs seitens Preußens nicht von der Hand wies.² Auch später noch äußerte sich Sinzendorff in dem alten Sinne: daß von früheren Abmachungen über die jülichische Sukzession nicht abgegangen werden könne, daß die Schwierigkeiten der Erbfolgeregelung in den „feuda promiscua“ beständen, und daß Sachsen sich mit Preußen vergleichen möchte, so gut es könne, nur dürfe man keine Garantie dem Kaiser über „dergleichen“ zumuten.³

Gleichwohl war die sächsische Politik nach wie vor bestrebt, nie als der eine Verständigung mit Preußen ablehnende Teil zu erscheinen; immer betonte sie, daß sie jederzeit zu einem Einvernehmen bereit sei und keine Schuld trage, wenn es nicht zustande käme. Sie wußte, daß die neuen preußischen Forderungen sofort in den Konferenzen der kaiserlichen Minister mit dem in Wien Anfang März eingetroffenen russischen Oberstallmeister als enorm hohe angesehen worden waren⁴; es mußte ihr auch willkommen sein, daß dieser, wie verlautete, für das geeignetste und einzige Vergleichsobjekt zwischen den beiden Höfen die jülichische Erbfolgesache hielt.⁵ Da Löwenwolde in Wien und künftig in Berlin wertvolle Dienste leisten konnte, hatte sie ihm schon immer durch Zech — der ihn persönlich kannte und ihm nun die größten Aufmerksamkeiten im Verkehre erweisen mußte — ihre Interessen, besonders auch die in der jülichischen Frage, ans Herz legen lassen.⁶ Im April ward ihm sächsischerseits wiederholt vorgestellt, daß er jedenfalls Dresden auf dem Wege nach Berlin berühren solle, und daß man nähere Maßnahmen betreffs Preußens und Polens bis zu seiner Ankunft aussetzen würde. Seine Abreise verzögerte sich jedoch geraume Zeit; nach seinen Gesprächen schien es anfangs, als wollte er zunächst überhaupt einen Aufenthalt am sächsischen Hofe vermeiden und zwar vor allem einmal wegen der geringen Aussicht einer Verständigung Sachsens mit Preußen, da ersteres

¹ Zech, 2. März. Loc. 3243. Vol. VII.

² Zech, 3. April. Ebda.

³ Zech, 24. April. Ebda.

⁴ Zech, 3. April. Ebda. — Löwenwoldes Mission in Wien betraf vor allem die Orientierung über Österreichs Haltung zu dem geplanten Türkenkriege. (Vgl. H. Uebersberger, Rußlands Orientpolitik in den letzten zwei Jahrh. I. Bd. 1913. S. 166.)

⁵ Zech, 6. März (Loc. 2904. Vol. II.) u. 24. März. (Loc. 3671. Vol. I.)

⁶ Brühl an Zech, 23. Febr. (Ebda.) Ordre an Zech, 2. März (Loc. 3243. Vol. VII.), 12. u. 17. März. (Loc. 2904. Vol. II.) Die persönliche Bekanntschaft Löwenwoldes hatte Zech bereits vor 16 Jahren gemacht. (Zech an Brühl, 3. März. Loc. 3671. Vol. I.)

von Gebietsabtretungen nichts wissen, für aufzugebende Ansprüche aber ein preußisches Äquivalent fordern wolle, sodann deshalb, weil er sich von einem vorhergehenden Besuche in Berlin hier eine um so günstigere Aufnahme verspreche.¹ Auf diese Meldung hin unterließ man es nun nicht länger, dem russischen Gesandten sichere Hoffnung auf ansehnliche Auszeichnungen zu machen²; aus Wien und Petersburg waren bereits früher deutliche Winke erfolgt, daß auch in dieser Beziehung ebenso wie zur Gewinnung der polnischen Gegner mit Opfern nicht gespart werden dürfe.³

Preußens Haltung war und blieb unverändert. Immer noch bestand die Möglichkeit, daß es den vielen Anträgen des französischen Gesandten williges Ohr leihen würde, in denen um freien Durchzug nach Polen für französische Truppen nachgesucht wurde⁴, daß dieser nach deren von Chetardie in Aussicht gestellten Landung an der Ostseeküste, ausdrücklich oder stillschweigend, zugelassen werden, ja daß der Preußenkönig vielleicht selbst in einer für ihn besonders günstigen Lage eingreifen würde. Daß sein Hof wenigstens mit Spannung dem weiteren Verlaufe der Dinge entgegenseh, um hiernach künftige Entscheidungen zu treffen, war genügend bekannt geworden⁵; daß er nach wie vor zwischen den Parteien

¹ Zech an Brühl, 17. April. Loc. 3243. Vol. VII.

² Außer einem Ordenskreuz sollte er in Dresden ein in Diamanten gefaßtes Bild Augusts im Werte von über 20 000 Taler erhalten. (Brühl an Zech, 23. April. Loc. 2904. Vol. II.) Ein Orden war ihm schon in Krakau zgedacht gewesen; er hatte aber vorläufig die Annahme wegen der erst einzuholenden Erlaubnis der Zarin verweigert. (Ordre an Zech, d. d. Szarki, 12. März. Ebda.)

³ Löwenwolde gab bald nach seiner Ankunft in Wien Zech zu verstehen, daß Sachsen „Mißvergnügte“ gewinnen müsse und daß es jetzt das mit Tonnen Goldes ausrichten könne, was in der Folge Millionen kosten würde. (Zech an Brühl, 13. März. Loc. 3671. Vol. I. Ähnlich: Zech, 2. Inserat 24. März. Ebda. u. Lynar, 27. Febr. Loc. 3025. Vol. I.) Vertraulich teilte andererseits die Hofburg mit, daß Löwenwolde mit dem sächsischen Hofe unzufrieden sei; man wundere sich, daß er ohne ein Geschenk Krakau verlassen habe. Auch Lynar hatte Brühl die Notwendigkeit vorgestellt, durch Geschenke „noch einige mächtige partisans“ zu gewinnen, und wieder, wie schon früher mehrfach, auf die große Rolle hingewiesen, die am Petersburger Hof das Geld spiele; es habe allein Preußen die Freundschaft Ostermanns und des Oberhofmarschalls (Karl Reinhold) v. Löwenwolde erhalten, viel habe auch dem Kaiser sein Bündnis mit Rußland gekostet. (Lynar an Brühl, 5. April. Loc. 3025. Vol. I.)

⁴ So verlangte am 14. Febr. Chetardie die Erlaubnis zum Durchzug für 20 000 Mann, die angeblich in Stettin und Kolberg ausgeschifft werden sollten. (Manteuffel an Wackerbart, 16. Febr. Loc. 3380. Vol. II. Ponickau, 27. Febr. Loc. 2994. Vol. II.) Mitte März verkündete er, daß 6 Kriegs- und 40 Transportschiffe Brest verlassen hätten. (Manteuffel an Brühl, 16. März. Loc. 3380. Vol. II.). Am 20. meldete Manteuffel seine Vorschläge vom 14. zum Durchlassen des Hilfskorps, welche die preußischen Minister Seckendorff mitgeteilt hatten. (Manteuffel an Brühl, 20. März. Loc. 455. Vol. 22.)

⁵ Am 14. Febr. berichtete Ponickau eine Unterredung mit den Berliner Ministern: ihr Hof werde sich jetzt nicht in die polnischen Affären mischen,

schwankte¹, welcher von ihnen seine Sympathien gehörten, dies stand auch fernerhin außer jedem Zweifel.

Monatelang war somit noch die allgemeine Lage für Kursachsen nicht unbedenklich: auf der einen Seite schien es vor allem unsicher, wie sich Preußen verhalten, wie lange und in welcher Höhe Frankreich Waffenhilfe nach Polen senden werde, wie sich hier die Dinge weiter entwickeln würden; auf der andern drohte ein feindlicher Einfall von Westen her, von dessen Ausführung der Berliner Hof überzeugt zu sein schien², denn schon hatten die Franzosen das Triersche Gebiet besetzt und schickten sich unter Marschall Berwick zur Belagerung von Philippsburg an.

Es ist erklärlich, daß man unter diesen Umständen in Dresden nicht gewillt war, die vom März ab in gesteigertem Maße erhobenen Forderungen der Hofburg zur schleunigen Stellung der 6000 Mann Hilfs- und Kontingentstruppen³ zu erfüllen. Nur einen Dienst erwies man ihr: nach längerem Sträuben und vielen Gegenvorstellungen verstand man sich dazu, den zum Rheinfeldzuge überlassenen 10 000 Mann preußischer Hilfstruppen freien Durchmarsch durch nordwestlich gelegenes kursächsisches Gebiet und Bezahlung ihres Unterhaltes zu gewähren.⁴ Darum hatte man von seiten des Kaisers, der ihnen Verpflegung und Fourage liefern mußte, oft nachgesucht; man stellte hierbei diesen geringen Opfern die großen gegenüber, welche er wegen der polnischen Wahl in Gestalt vieler Millionen und

sondern abwarten, was die Dinge im Frühjahr für eine Wendung nehmen würden. Am 10. März schrieb er: Es äußert sich auf alle Art und Weise, daß der preußische Hof sich weder von der einen noch andern Seite recht expliciren, sondern nur noch Zeit gewinnen und den Verlauf der bevorstehenden Campagne abwarten will. (Loc. 2994. Vol. II.) Ähnlich lautete auch der Inhalt seiner Relation vom 16. (Loc. 2970. Vol. II.)

¹ Manteuffel in seinem letzten Briefe an Wackerbart vom 22. März: „Die Dinge in Berlin seien in statu confuso.“ An demselben Tage schreibt er Brühl: „V. E. sait depuis longtems que cette cour se gouverne ordinairement non selon des plans ou systemes mais selon les boutades du maitre et le grand secret de reussir avec elle est de savoir profiter de celles-cy et d'en faire naitre . . .“ Das wisse auch Chetardie, der durch seine Insinuationen Friedrich Wilhelm einschüchtere. (Loc. 3380. Vol. II.) Oft schilderte Manteuffel den häufigen Stimmungswechsel und Ärger des Königs: „Le roi continue toujours d'être indisposé contre nous autres qu'il accuse d'être la cause principale des troubles presents en Europe.“ (Manteuffel an Wackerbart, 26. Febr. Ebda.) Ein andermal warf Friedrich Wilhelm dem Kurfürsten die Schuld an den Wirrnissen vor und zog Seekendorff nicht ins Gespräch; als dieser aber als Geschenk einen großen Mann in Aussicht stellte, verflog schnell seine schlechte Laune, er leerte sein Glas auf des Kaisers Wohl und schwur, ihn niemals zu verlassen. (Manteuffel an Brühl, 20. März. Ebda.)

² Ponickau, 19. April. Loc. 2994. Vol. II.

³ Der Reichskrieg gegen Frankreich war im Januar 1734 erklärt worden. Sachsens Anteil an dem bewilligten Triplum von 120 000 Mann betrug 4130 Mann (1377 zu Pferde, 2753 zu Fuß), die gemäß des Bündnisses vom Vorjahre in den 6000 Mann einbegriffen waren.

⁴ Friedr. Aug. an geh. Räte, 16. April u. 10. Mai. (Loc. 2877.)

verlorener Länder gebracht habe, oder suchte auf die angeblich jederzeit den sächsischen Truppen von Preußen gewährte freie Passage Bezug zu nehmen.¹

Nach wie vor schreckte aber der Dresdner Hof vor der Gefahr zurück, die Erblande noch mehr des ohnehin so geringen Schutzes zu berauben. Wie viele Reichsstände hielt er ebenfalls sein Hilfskorps hauptsächlich unter der Begründung weiter zurück, es dringend zur eignen Sicherheit zu brauchen; oft wurde von seiner Seite hingewiesen auf die gefährliche Nachbarschaft Preußens, auf die fast unbedeckten kaiserlichen Erblande, auf das wahrscheinliche Ausbleiben fremder Hilfe im Ernstfalle; auch das Argument, daß ein in den Kurlanden zurückgelassenes ansehnliches Korps Bayern von dem bewaffneten Eintreten für Frankreich abhalten könnte, verwandte Zech in seinen Gegenvorstellungen.²

Immer erbot sich Sachsen jedoch zur Ausführung der übernommenen Verpflichtungen, sobald die Umstände dies erlaubten oder Soldtruppen in der Höhe von 4—5000 Mann zu erlangen seien. Um deren Übernahme bemühte es sich seit Anfang April tatsächlich auch mehrfach: so zunächst bei dem schwedischen König Friedrich und seinem Bruder Wilhelm³, am dänischen Hofe⁴ und bei dem Landgrafen Ernst Ludwig von Hessen-Darmstadt — aber überall wurde es mit seinem Begehren entweder sofort abgewiesen oder hingehalten. Im Mai drang der Wiener Hof wiederholt auf die unverzügliche Absendung der in Sachsen zurückgebliebenen Truppen an den Oberrhein, verlangte sogar die Miliz, begründete die Ausführbarkeit mit den kaiserlichen, russischen und hannöverschen Garantien der Kurlande.⁵ Erneut wurde daraufhin deren geringer Wert entgegengehalten und betont, daß seitens der Garantiemächte, zumal da sie ihre Truppen auch anderweit verwendeten, aller Voraussicht nach Beistand entweder überhaupt nicht oder zu spät, erst nach einem verlustreichen feindlichen Einfalle gewährt werden würde⁶; Zech hatte schon nicht ohne gewisse Berechtigung an die trotz der Reichs-

¹ Seckendorff an Kiesenwetter, 12. u. 20. März. (Ebda.) — Etappenmäßige Bezahlung der Verpflegung hatte Preußen nur im Jahre 1730, nach dem großen Zeithainer Campement, für den Rückmarsch von ungefähr 1200 Mann durch Krossen nach Polen nicht genommen. (Bericht der geh. Räte, 24. März. Ebda.) Sie erließ der Kaiser nie den sächsischen Truppen, die stets bei Durchzügen durch Schlesien ihren Unterhalt gegen bar bezahlten; für kürzlich hierher aus Polen transportierte verwundete und erkrankte Soldaten mußte überdies ein monatliches Quartiergeld (für den Mann 16 Groschen) entrichtet werden. (Friedr. Aug. an geh. Räte, 6. April. Ebda.)

² Zech, 5. Mai. Loc. 2904. Vol. II.

³ Ordre an Utterodt, d. d. Dresden, 4. April. Loc. 3082. Vol. IV.

⁴ Ordre an Plessen, d. d. Dresden, 4. April. Loc. 3435.

⁵ Promemorien vom 2. u. 13. Mai, von Sinzendorff übergeben. Karl VI. an Friedr. Aug., 18. Mai. Loc. 3166. Vol. I.

⁶ Ordre an Zech, 12. Mai. Ebda.

garantie erfolgte schwedische Invasion von 1706 und 1707 und die dafür noch immer zu fordernde Entschädigung erinnert.

Mit Gründen, die hauptsächlich die innere Lage des Kurfürstentums betrafen, rechtfertigte die sächsische Regierung gegenüber dem russischen Oberstallmeister ihre feste Haltung. Dieser war endlich am 29. April von Wien abgereist und über Breslau am 13. Mai in Dresden eingetroffen, worauf er einer Einladung des Hofes nach Hubertusburg, dann nach Leipzig Folge leistete. Der Hofburg hatte er die Unmöglichkeit vorgestellt, zurzeit russische Hilfe zu senden; gemäß ihres Auftrags regte er eine Beratung über die Art und Weise an, die Reichsarmee wenigstens durch sächsische Truppen zu verstärken. Brühl legte ihm aber dar, weshalb hierzu auf keinen Fall die in den Erblanden befindlichen militärischen Kräfte, deren Gesamtzahl jetzt nur gegen 4000 Mann — einschließlich der Dresdner Garnison von 2000 Mann — betrug, verwendet werden könnten. Es müßte mit der Möglichkeit eines Aufstandes gerechnet werden, wozu ein „händelsüchtiger“ Nachbar unter Benützung der Religion als Vorwand die Bevölkerung aufreizen könnte; der sächsische Minister bezog sich hierbei auf den vor acht Jahren wegen religiöser Wirren und konfessionellen Fanatismus ausgebrochenen großen Dresdner Aufstand¹ und deutete bereits erfolgte Versuche des Berliner Hofes an, Sachsens Untertanen durch allerlei wahrheitswidrige Angaben aufzuhetzen.² Die über das Land verteilten Kompagnien würden zu dem so notwendigen Rekrutierungsgeschäft gebraucht; wären die Grenzgebiete vollkommen entblößt und jedem feindlichen Haufen ausgesetzt, so würden sich zweifellos die Stände auf dem bevorstehenden Landtage beschweren, und die Bewohner Thüringens und des Vogtlandes würden die Flucht, zu der sie sich schon vorbereitet hätten, ergreifen, sobald sie sich ohne den geringsten Schutz sähen. Das schließliche Ergebnis dieser Beratungen war, daß unter Zustimmung Löwenwoldes beschlossen wurde, das an der oberschlesischen Grenze stehende, jedoch sehr geschwächte Korps Diemars sowie die Krakauer Besatzung, die beide erst ein paar Wochen zuvor zur Verstärkung nach Danzig bestimmt worden waren, in die Kurlande zu ziehen und sie nach der erforderlichen Komplettierung als Hilfstruppen an den Rhein zu verwenden.³ Damit hatte man ein vorläufiges Mittel an

¹ Den äußeren Anlaß dazu bot am 21. Mai 1726 die Ermordung des Archidiaonus Hahn an der Dresdner Kreuzkirche. Feldmarschall Wackerbart, dessen Leben damals sehr gefährdet war, konnte nur mühsam den ausgebrochenen Tumult mit vier Regimentern niederschlagen. (Vgl. C. Gretschel, Geschichte des Sächs. Volkes u. Staates. 1847. Bd. II. S. 592 ff.)

² „Il seroit contre la prudence d'oter toute garnison de Dresde surtout dans la situation presente où certaine Cour voisine a deja tenté de faire inspirer toute sorte de faussetez aux sujets de la Saxe.“ (Konferenzprotokoll, d. d. Leipzig, 18. Mai. Loc. 3166. Vol. I.)

³ Ordre an Zech, 21. Mai (Ebda.), an Bülow u. Simonis, 21. Mai. (Loc. 3651. Vol. II.)

der Hand, um den Kaiserhof zu beruhigen; freilich konnte jederzeit noch unter allerlei Vorwänden ihr Abmarsch aus Sachsen zur Reichsarmee — zu der sie in Wirklichkeit denn auch nicht stoßen sollten — hinausgeschoben werden.

Wichtiger war der zweite Gegenstand der Mission Löwenwoldes: die Herstellung besserer Beziehungen zu Preußen. Dringender als in der Krakauer Konferenz vom 13. Februar stellte er deren Notwendigkeit bei der gegenwärtigen mißlichen Lage in den Leipziger Konferenzen¹ vor, so in Anbetracht des französischen Vordringens und der Bedrohung Sachsens, der schnellen Rückreise und Befestigung Augusts, der baldigen Pazifikation Polens und der bei einer freundschaftlichen Haltung Preußens ohne Gefahr möglichen Absendung sächsischer Hilfstruppen an den Rhein. Die mündlichen Vorschläge des russischen Gesandten zur Gewinnung des Preußenkönigs bestanden darin, dessen Wünsche betreffs Polens, worüber ein Übereinkommen mit den anwesenden polnischen Senatoren getroffen werden könne, zusammen mit seinen Forderungen in der jülichischen Sache zu erfüllen, sodann ihm das Amt Gommern auf eine gewisse Zeit gegen einen Geldvorschuß pfandweise, unter der Bedingung des Wiederkaufs und der Garantie der beiden kaiserlichen Höfe, zu überlassen. Keineswegs verkannte man sächsischerseits den Ernst der Lage. Soeben war erst Münnich bei einem Sturm auf ein starkes Fort der Danziger Festung, den Hagelsberg, unter großen Verlusten zurückgeschlagen worden (9. Mai), und obwohl sicheren Nachrichten zufolge die französische Flotte, welche am 10. Mai zum ersten Male auf der Rhede von Danzig erschien, nur klein sein und ungefähr 2000 Mann mit sich führen sollte², war deren Landung doch nicht zu bezweifeln.

Jetzt endlich traten die sächsischen Minister zunächst dem schon vom Geheimen Consilium angerathenen Verzicht auf die nieder-rheinischen Erbensprüche mit Ausnahme derjenigen auf das Herzogtum Jülich selbst³ bei, das Preußen im Vorjahre nach Aussterben des Pfalz-Sulzbachschen Mannesstammes hatte Sachsen zugestehen wollen; zu seiner Zession gegen ein „convenables“ Äquivalent an Land und Leuten waren sie allenfalls auch bereit. Große Bedenken jedoch verursachte der Vorschlag, Gommern abzutreten.⁴ Unter

¹ Die Kabinetts- und Konferenzminister Sulkowski, Brühl, Gersdorff und Bernh. v. Zech wurden durch Reskript d. d. Leipzig, 18. Mai, mit diesen Verhandlungen beauftragt. (Loc. 2970. Vol. II.)

² Brühl an Zech, d. d. Leipzig, 18. Mai. (Loc. 2904. Vol. II.) — Boyé, S. 228.

³ Für einen solchen Vergleich, ohne die ernestinischen Höfe und unter kaiserlicher Billigung, hatten sich am 19. April die Dresdener geh. Räte ausgesprochen, da sie keine Hoffnung sahen, je die gesamte jülichische Erbschaft zu erwerben. (Geh. Räte an Friedr. Aug. 19. April. Loc. 3243. Vol. VII.)

⁴ Ministerialische Gutachten abgefaßt von v. Gersdorff und B. v. Zech, d. d. Leipzig, 19. Mai; ihm schlossen sich unter dem 21. Mai Sulkowski und Brühl an. (Loc. 2970. Vol. II.)

den verschiedenen Gründen¹, welche der Entäußerung dieses oberhalb Magdeburgs zu beiden Seiten der Elbe gelegenen Gebietes an den mächtigen und gefürchteten Nachbar widersprachen, wurde vor allem der wirtschaftliche Nachteil hervorgehoben. Im Falle einer Abtretung konnte Preußen nicht nur den infolge der vielen, übermäßigen Flußzölle ohnehin geringen sächsischen Elbhandel noch mehr nach Belieben einschränken, sondern namentlich auch den Leipziger Handel ungemein schädigen. Denn im Besitze des Amtes Gommern beherrschte es zugleich vollkommen die Saalemündung; ungehindert konnten von und nach Halle über Magdeburg die Waren auf dem Wasserwege transportiert werden, die bisher entweder überhaupt nicht durchgelassen oder zum mindesten mit dem sächsischen Elbzoll bei Barby an der Saalemündung belegt wurden²; bis Halle war gegen Ende des vorigen Jahrhunderts trotz Sachsens Widerspruch die Saale schiffbar gemacht worden; sie erhielt nun erst ihren vollen Wert, und nur noch eine Frage der Zeit war dann die Verwirklichung der längst verfolgten Absicht Preußens, Halle den Platz Leipzigs im Handelsverkehr einzuräumen.³ Daß eine künftige Wiederabtretung Gommerns an Sachsen auf die größten Schwierigkeiten stoßen würde, darüber waren dessen Staatsmänner keinen Augenblick im Zweifel. Trotzdem fügten sie sich und erklärten sich unter der Bedingung von Österreichs und Rußlands Garantie einverstanden, das Amt gegen eine seinem Ertrage entsprechende Kaufsumme auf einige Jahre an Preußen abzutreten, nach deren Verlauf es gegen bare Zurückerstattung der noch zu vereinbarenden Summe an Sachsen zurückfallen sollte. Gleichzeitig machten sie hierzu noch einen bezeichnenden Vorschlag, der wieder auf die Erwerbung eines territorialen Verbindungsgliedes zwischen den Erblanden und Polen abzielte, das sie sicher auch als etwaige preußische Gegenleistung im Falle eines Verzichtes auf Jülich im Auge hatten. Doch jetzt handelte es sich um österreichisches Gebiet. Es wurde nämlich der Plan gefaßt, daß die von Preußen zu zahlende Kaufsumme dem Kaiser überlassen werden sollte und zwar gegen ein von diesem dafür an Sachsen abzutretendes Stück von Schlesien; nach dem Ablauf der noch zu bestimmenden Jahre sollte jeder Teil das Seine zurückerhalten, also Preußen sein Geld, wenn es der Kaiser zurückgezahlt haben würde, dieser den schlesischen Gebietsteil, Sachsen sein Amt Gommern. Man wollte aber dieses Tauschprojekt, das im Falle des Zustandekommens der Dresdner Regierung größere Sicherheit und unter Umständen ausreichenden Ersatz bieten mußte,

¹ Sie waren in 6 Punkten zusammengefaßt.

² Offiziell durften (nach einer schriftlichen Erklärung des ersten preußischen Königs Friedrich) auf der Saale nur Salztransporte von Halle verkehren und dahin die zur Salzgewinnung nötigen Materialien (wie Holz, Kohlen) befördert werden.

³ Über die volkswirtschaftliche Lage Kursachsens und besonders die Handelskonkurrenz Preußens vgl. die Ausführungen von J. Ziekursch, S. 27 ff.

fallen lassen und bei dem anderen Plane der direkten Verständigung mit Preußen bleiben, wenn es nicht den Beifall des Kaisers finden oder seine Ausföhrung als zu langwierig vom Berliner Hofe abgelehnt werden sollte. Außer durch die Bedingung der Garantie der beiden Kaiserhöfe hatte man den künftigen Rükckerwerb Gommerns überdies durch die von England sicherstellen wollen; man kam aber von ihr ab, als Löwenwolde die vermutlichen Schwierigkeiten wegen der zwischen dem englischen und preußischen Hofe bestehenden Spannung vorstellte.¹

Im übrigen war der russische Gesandte völlig zufrieden; er erbot sich, selbst nach Wien von den getroffenen Abmachungen Kenntnis zu geben², ebenso benachrichtigte er hiervon sogleich Seckendorff, der ihm auf Ansuchen seinen der kaiserlichen Gesandtschaft in Berlin zugeteilten Neffen, den Baron von Seckendorff, entgegen geschickt hatte. Wie bereits vorausgesehen, ging die Hofburg auf den sächsischen Vorschlag einer kaiserlichen „Gegenhypothek in Schlesien oder sonst“ für Gommern — den Löwenwolde an sie damit begründet hatte, daß Sachsen nicht gern preußisches Geld nehmen wolle — in keiner Weise ein³; sie ließ aber durch Sinzendorff ihre Bereitwilligkeit erklären, gemeinsam mit Rußland die Garantie der Wiederkaufsangelegenheit zu übernehmen.

Mit den sächsischen Angeboten betreffs Jülichs und Gommerns⁴ reiste der russische Oberstallmeister am 25. Mai nach Berlin ab; der ehemalige Amtmann von Gommern, der sächsische Kommissionsrat und Oberamtmann Essenius wurde zu seiner Verfügung gleichzeitig dahin abgeschickt.⁵

In verschiedenster Hinsicht versprach man sich von Löwenwoldes Sendung Erfolg. Darin war man einig gewesen, daß die Voraussetzung für die Angebote, mit denen er nach eignem Erbieten nur bei der ernstesten Absicht Preußens zu einer Verständigung herausgehen wollte, die Anerkennung Augusts und sichtbare Abkehr von der Gegenpartei, dokumentiert durch die Abfertigung des französischen Gesandten, sein müßte. Außerdem wollte der russische Oberstallmeister dahin wirken⁶, daß es noch mehr Truppen an den Rhein schickte, wenigstens aber ein Korps von 15—20 000 Mann in der

¹ Konferenz, d. d. Leipzig, 22. Mai, zwischen Löwenwolde, Brühl, Gersdorff und Zech; Sulkowski billigte das Protokoll. (Loc. 2970. Vol. II.)

² Kopie seines Schreibens an Sinzendorff, d. d. Leipzig, 25. Mai (ebda.), mitgeteilt am 24.

³ Zech an Brühl, 2. Juni. (Loc. 3243. Vol. VII.) Inserat Zechs, 7. Juni. (Loc. 2970. Vol. II.)

⁴ Promemoria für Löwenwolde, d. d. Leipzig, 23. Mai. (Loc. 2970. Vol. II.) In ihm war keine Rede von Preußens polnischen Wünschen; mit welchem Ergebnis über sie, die ja Löwenwolde ebenfalls angeregt hatte, verhandelt worden ist, darüber schweigen die Akten.

⁵ Instruktion für Aug. Franz Essenius, 25. Mai. Ebda.

⁶ S. Löwenwoldes Brief an Sinzendorff vom 25. Mai. — Vgl. Droysen, IV. 3, S. 241.

Gegend von Magdeburg zusammenzöge, und daß es der Passage von Sachsen durch sein Gebiet nach Polen keine Schwierigkeiten bereitere. Denn diese war sowohl für den Kurfürstkönig selbst, als auch für künftige schnelle Verstärkungen an Truppen und Munition nach Danzig erforderlich.

Die Abreise Augusts, dessen Anwesenheit in Polen im Interesse einer schnelleren Unterwerfung der Gegner und zur Zurückweisung der bekannten falschen Schlußfolgerungen an den auswärtigen Höfen stets geboten schien, war noch nicht erfolgt, obwohl sie vom Petersburger Hofe inzwischen wieder dringend nahegelegt¹, ebenso von Wien aus empfohlen worden war. Denn zu den sächsischerseits schon geltend gemachten Gründen war noch ein weiterer wichtiger hinzugekommen: es wurde nämlich längere Zeit befürchtet, daß ihm, wenn er sich auf dem kürzesten Wege in das Lager vor Danzig begeben würde, Gefahren drohten; woran man mit Preußen war, wußte man nie mit voller Bestimmtheit; überdies waren die Grenzgebiete von Truppen entblößt, so daß selbst Löwenwolde die Rückkehr des Königs für nicht ungefährlich gehalten hatte.² Nun war wohl bereits unter der Hand bekannt geworden, daß ihr Friedrich Wilhelm nichts in den Weg legen würde³; sie wurde zunächst aber weiter aufgeschoben; denn bei einer vorausgegangenen Verständigung mit dem Nachbarhofe ließ sie sich ohne Zweifel mit größerer Sicherheit bewerkstelligen.

¹ Anna an Friedr. Aug., 8./19. April. Biron an Brühl, 21. April/2. Mai. (Loc. 3666. II.) Lynar, 18. April u. 2. Mai. (Loc. 3025. Vol. I.)

² Brühl an Biron, d. d. Leipzig, 25. Mai. Loc. 3666. (II.)

³ Wie Manteuffel am 14. Mai Brühl meldete, hatte sich Preußens König in einer langen Unterredung auch über Sachsen ausgesprochen: er würde sich nie vom Kaiser trennen, wenn sich die Sachsen nur anders aufführen wollten, sie seien stolz und hätten ihm bis zur Stunde noch kein gutes Wort gegeben; andere, die ihn nicht einmal brauchten, ja der Kaiser selbst, täten ihm bisweilen etwas zu Gefallen, sie dagegen verachteten ihn und trauten ihm nicht. Er führte hierzu als Beispiel an, daß ihre schwere Artillerie unter großen Unkosten durch Polen, anstatt auf dem kürzesten Wege durch sein Land, nach Danzig abgeschickt worden sei; er würde sie ebensowenig als die russische aufgehalten haben. Nachdem darauf von seiten Seckendorffs als Grund die dieser bereiteten Schwierigkeiten angegeben und die künftige Abreise Augusts auf dem gleichen Umwege in Aussicht gestellt worden waren, setzte nach Manteuffels Bericht der Soldatenkönig das Gespräch wie folgt fort: Was, glaubt Er denn nicht, daß ich ein ehrlicher Kerl bin? Glaubt Er, daß ich ihn aufhalten würde? Er kann ja durchreisen, ehe ich's einmal erfahre, und wenn ich's erfähre, würde ich mich anstellen als wüßte ich von nichts, will er mich aber darum begrüßen, so soll ihm alle honneur widerfahren, die ein Kurfürst von Sachsen präbendieren kann. Der Kaiser, die Zarin und fast alle großen und kleinen Herrn in Europa haben mich zu obligiren gesucht, denn sie wissen alle, worin ich meine größte Freude sehe, sogar der arme Herzog von Weimar hat mir jetzt noch einen schönen Kerl geschickt, ohne ihn darum angesprochen zu haben. Nur die Herren Dresdner achten mich nicht so wert, daß sie mich zu obligiren suchen sollten, da sie es doch besser als jemand in der Welt tun könnten, und da ich ihnen doch gewiß viel nötiger wäre als sie mir. (Loc. 455. Vol. 22.)

Dann stieß vermutlich auch die Erlaubnis zum Durchmarsch für eine geplante Truppensendung aus Sachsen, um die Danziger Belagerungskorps zu verstärken, auf keine Schwierigkeiten.

Wie Löwenwolde, so hatte Graf Biron in jeder Weise die sächsischen Aufträge gebilligt; nach seiner mehrfach geäußerten Ansicht fiel allein Preußen die Schuld zu, wenn es die Propositionen ablehnen sollte; lautgewordene Zweifel an dem Willen Sachsens, den Berliner Hof zu gewinnen, könnten nun mit der Behauptung abgewiesen werden, daß hierfür nichts versäumt worden sei.¹

Sogleich, bereits in der ersten Konferenz mit dem russischen Unterhändler am 31. Mai, erhoben die preußischen Minister jedoch allerlei Schwierigkeiten und Bedenken gegen eine ernste Inangriffnahme der Verhandlungen; infolgedessen hielt Löwenwolde den Zeitpunkt zur Sendung einiger großer Kerls „mit vollkommenem Maße“ für notwendig², welche er schon in Krakau angeraten und die man dann in Leipzig vorgesehen hatte. Es dauerte über eine Woche, ehe die Entscheidung der Berliner Regierung bekannt gegeben wurde, die erst am 8. Juni hierüber Löwenwolde eine vom 6. datierte schriftliche Deklaration zustellte. Darin wurden die sächsischen Vorschläge als ganz unzureichend bezeichnet und abermals erhöhte Forderungen gestellt, wenn man sich für Friedrich August erklären und ihn anerkennen sollte; um dies zu begründen, mußten die Garantie Kur Sachsens, die direkt gar nicht verlangt war, und die dadurch erwachsenden, mit Gefahr verbundenen neuen Verbindlichkeiten erhalten. Die Verpfändung Gommerns und den teilweisen Verzicht in der jülichischen Sache rechnete man nicht unter die „Realitäten“; als solche erklärte man jetzt: die Garantie Bergs, die dauernde Abtretung von Gommern sowie des sächsischen Anteils an der Grafschaft Mansfeld, Überlassung des Rutowskischen Regiments und Garantie des Anfalls von Kurland und Elbing. Weitere Erklärungen verhielt man nach erfolgten sächsischen.³

Das eine war wieder ganz klar: Preußen suchte vorläufig weiter einem Eintreten für Sachsen aus dem Wege zu gehen und freie Hand zu behalten. Konnte es wirklich glauben, jemals alle diese Forderungen erfüllt zu bekommen; mußte es nicht voraussehen, auf welche Schwierigkeiten die verlangten Gebietsabtretungen und Garantien stoßen würden? Andererseits war aber zugleich seine günstige Haltung gegenüber den nächstliegenden sächsischen Wünschen ersichtlich geworden: es würde gern, so teilte man dem russischen Gesandten mit, den freien Durchzug des Königs mit Hofstaat und Generalität, von Rekruten und Bagage durch sein Gebiet gestatten; man trug zwar Bedenken, die Durchfuhr von Munition ausdrücklich zu er-

¹ Lynar, 8. u. 19. Juni. (Loc. 2970. Vol. II. u. Loc. 3025. Vol. I.)

² Löwenwolde an Brühl, d. d. Berlin, 2. Juni. Loc. 2970. Vol. II.

³ Löwenwolde an Friedr. Aug., d. d. Berlin, 10. Juni. (Ebda.) Mit diesem Handschreiben traf Essenius am 12. von Berlin in Dresden ein.

lauben, jedoch wollte man verdeckte Wagen ohne Durchsuchung passieren lassen¹, während die Truppen als „Rekruten“ und in Abteilungen von 3—400 Mann durchmarschieren könnten.

Vor Danzig war unterdessen Johann Adolf mit seinen Truppen, die aus 8 Bataillonen Infanterie und 9 Regimentern Kavallerie bestanden, nach Überwindung großer Strapazen am 25. Mai eingetroffen, zwei Tage nach der Landung des um das Vierfache kleineren französischen Hilfskorps.² Trotzdem hielten sowohl der Herzog wie der russische Feldmarschall, die beide sehr unzufrieden waren, als Diemars und Löwendals Truppen nach Sachsen gezogen wurden, weitere sächsische Verstärkungen für dringend nötig.³ Dazu hätten nun allerdings diese Korps, auch wenn man nicht ihre vorläufige Verwendung als kaiserliche Hilfstruppen beschlossen haben würde, am wenigsten gepaßt: fast unüberwindliche Schwierigkeiten standen ihrer Beförderung von Polens Süden nach Danzig entgegen; der erst geplante Transport auf der Weichsel war wegen Mangels an Schiffen unmöglich, verfügbar wären überdies kaum einige hundert, geschweige denn 2000 Mann gewesen⁴; in Sachsen konnten sie sich dagegen zunächst erst von ihren Strapazen erholen. Man entschloß sich aber hier, dafür von den im Lande befindlichen Truppen 1000 Mann Infanterie und 500 Leichtberittene noch nach Danzig abzusenden; dadurch wollte man besonders auch das für gefährlich gehaltene Herausziehen der in Warschau stehenden russischen Truppenteile, die Münnich zur Belagerung zu verwenden beabsichtigte, verhindern.⁵ In Berlin ließ man gleichzeitig — ermutigt vor allem durch das über den umständlichen Transport der schweren Artillerie geäußerte Befremden des preußischen Königs — betreffs der Passage sächsischer Soldaten durch Löwenwolde wieder sondieren.⁶ Man rechnete sogar damit, von dort unter Umständen gegen Bezahlung einen Artillerietrain zu erhalten⁷, um zunächst der Absendung eines weiteren sächsischen,

¹ Daß „darunter durch die Finger gesehen“ werden sollte, versicherte Friedrich Wilhelm dem russischen Gesandten selbst. (Löwenwolde an Wratislaw, 10. Juni. Kopie. Loc. 3243. Vol. VII.)

² Dieses zählte nur 2193 Mann. — Die sächsischen Belagerungstruppen betragen am 31. Mai 8151 Mann, davon die 4 Dragoner- und 5 Kürassierregimenter 2981, die 8 Bataillone Infanterie 4676, der Stab und 6 Kompagnien Gardedukorps 494 Mann; am Etat fehlten 501 Mann. (Tabelle vom 12. Juni. Loc. 3651. Vol. III.)

³ Johann Adolf, d. d. Danzig, 27. Mai. (Loc. 3651. Vol. II.) — Der Herzog hätte es, da es ihm nicht an „Generals, wohl aber an Mannschaft“ fehlte, lieber gesehen, wenn der am 1. Juni nach dem Danziger Lager beorderte Gouverneur von Wittenberg, General v. Bose, mit 4000 Mann Infanterie gekommen wäre. (Johann Adolf an Brühl, 6. Juni. Loc. 3651. Vol. III.)

⁴ Brühl an Johann Adolf, 1. Juni. Ebda.

⁵ Punktation für Johann Adolf, 6. Juni. Ebda.

⁶ Friedr. Aug. an Löwenwolde, 5. Juni (Kopie ebda.); Brühl an Löwenwolde, 8. Juni. (Kopie. Loc. 2970. Vol. II.)

⁷ Brühl an Manteuffel, 3. Juni (Loc. 455. Vol. 22.), an Löwenwolde, 3. Juni. (Loc. 3651. Vol. III.)

der viel Zeit und noch mehr Kosten erfordern mußte, aus dem Wege zu gehen; der Weitertransport der nur bis Posen gekommenen schweren Geschütze, den Münnich ebenfalls dringend forderte, wurde wegen mangelnder Beförderungsmittel versagt; man verließ sich in Dresden auf die rechtzeitige Ankunft neuer russischer Artillerie aus Reval und Riga. Als der russische Oberstallmeister jedoch nicht die Dresdner Anregung übermittelte, um sich keiner Absage auszusetzen, verhiess man schließlich noch die Sendung von 18 schweren Kanonen durch brandenburgisches Gebiet.¹ Damit diese ohne Schwierigkeiten vor sich gehen konnte, wurde Löwenwolde das Angebot von einem halben Dutzend großer „Kerls“ an den Preußenkönig endlich ausdrücklich erlaubt²; ihre Auslieferung erfolgte bald darauf.³ Nachdem er am 19. Juni in Berlin neue Vorstellungen erhoben hatte, für die von ihm angegebene Zahl von 1800 sächsischen „Rekruten“ die Marschroute zu bestimmen und die nötigen Pässe zu liefern, erhielt er den folgenden Tag Friedrich Wilhelms Zusage, daß „aus Interesse für die Zarin“ der Durchzug bewilligt sei; unter dem 31. stellte das Generaldirektorium die anbefohlenen Pässe für den Marsch über Liebenwerda, Dobrilugk, Lübben, Friedland, Beeskow, Küstrin, durch die Neumark und Hinterpommern aus. Am 1. Juli brachen die Verstärkungstruppen⁴ auf, jedoch zur Belagerung Danzigs sollten sie keine Verwendung mehr finden. Die Geschütze behielt man schließlich überhaupt in Dresden zurück⁵, denn man hatte mittlerweile erfahren, daß durch die nahe bevorstehenden Kapitulationen der vor der Festung lagernden Franzosen und des Kommandanten von Weichselmünde (24. Juni) Danzigs Widerstand bald ganz gebrochen sein würde.

So war doch noch ein geringes Opfer Preußen gebracht worden, ohne daß der Zweck, für den es eigentlich bestimmt gewesen, schließlich der gleiche dringende geblieben wäre; das wenige, was Rußlands Gesandter für den sächsischen Hof in Berlin erreicht hatte, nämlich freien Durchzug für Friedrich August und für Truppen und Geschütze nach Danzig, erwies sich zuletzt zum Teil noch als unnötig.

Preußens Forderungen aber wurden allgemein an den Höfen der drei Verbündeten für übermäßig, unbillig und außer jedem Verhältnis stehend angesehen. Speziell dem Dresdner Kabinett kamen sie

¹ Brühl an Löwenwolde, 12. Juni. Loc. 2970. Vol. II.

² Brühl an Löwenwolde, 17. Juni. Loc. 3651. Vol. III.

³ Am 26. Juni gingen die 6 über 80 Zoll langen Soldaten nach Frankfurt a. O. und von da nach Berlin ab, wo sie volles Gefallen erregten; zugleich ein siebenter für den preußischen General und Minister Borcke nach Stargard, den Brühl unter dem 8. u. 12. Juni Löwenwolde ebenfalls in Aussicht gestellt hatte.

⁴ Sie bestanden hauptsächlich aus dem Infanterieregiment Prinz Xaver, 2 Kompagnien Chevaulegers und Mannschaften für die Artillerie; Munition, Gewehre und Schanzzeug wurden mitgeführt.

⁵ Friedr. Aug. an Johann Adolf und Sulkowski, 26. Juni. Loc. 3651. Vol. III.

unerwartet; es hatte geglaubt, mit den Aufträgen an Löwenwolde, der auch Erfolg verheißen hatte, die genannten Vorteile bei dem gefürchteten und unentschiedenen Nachbarkönige auswirken zu können. In keiner Weise fühlte es sich fortan schuldig, das möglichste unversucht gelassen zu haben, um ihn zu gewinnen. Daß er um Polens Krone willen der Feind Sachsens bleiben und nie für eine Verständigung zu dessen Gunsten bereit sein werde, erschien klarer als je; man wußte weniger als vordem, woran man mit ihm war; nach wie vor drohte die Gefahr, daß er sich doch noch offen zur Gegenpartei schlagen könnte; die verschiedensten Rücksichten mußten somit, wenn auch oft schweren Herzens¹, fernerhin auf ihn genommen werden.

Die beiden kaiserlichen Kabinette drängten nunmehr den Dresdner Hof kaum noch, Preußen in irgendeinem Punkte entgegenzukommen. Nur beiläufig erwähnte Graf Starhemberg die Überlassung des Rutowskischen Regimentes, um es noch mehr ins Unrecht zu setzen, wenn es damit nicht zufriedengestellt sein sollte.² Die Ratschläge der Wiener Minister, sich nicht durch die Unbilligkeit der preußischen Forderungen zum plötzlichen Abbruche der Verhandlungen und Beziehungen mit dem Berliner Hofe verleiten zu lassen³, stimmten aber völlig mit der Absicht der sächsischen Regierung überein; einer glatten Ablehnung wurde unter der Begründung, sie reiflich mit den Verbündeten überlegen zu müssen, überhaupt aus dem Wege gegangen. Und vom Petersburger Hofe, wo die Meldungen Löwenwoldes aus Berlin gar nicht im Einklang mit den bisherigen Versicherungen von Preußens Gesandten und Anhängern befunden wurden, wo dessen König sich wegen der Ablehnung der Löwenwoldeschen Propositionen entschuldigte⁴, ward bekannt, daß vorläufig keine weiteren Anerbieten seitens der Zarin erfolgen würden, da die sächsischen zurückgewiesen worden seien.⁵ Daß nach Danzigs Fall oder nach einem immer erwarteten, aber nie eingetretenen

¹ Graf Sulkowski, der, um die Zustände vor Danzig kennen zu lernen, am Abend des 6. Juni von Dresden abreiste, hier am 30. wieder eintraf, war im Interesse seines Herrn froh, auf der Hinreise in Berlin mit dem Hofe in keine Berührung gekommen zu sein. Er schrieb darüber an Brühl, d. d. Langfuhr, 17. Juni: „Veritablement j'en remercie Dieu de ce que j'ai pu esquiver sans y penser malice, cett entrevue là, connoissant mon naturel vive tout fidele et sincere qui puisse etre pour le service de N. M. peut être auroit-il pu devenir nuisible. Si nos aff. à la Cour Voisine ne vont pas selon Nos souhaits ou des Gens Sensées et raisonnables ce n'est ma foi pas notre faute, Dieu le sait, que personne ne le sauroit imputer ni à la Connivence du roi ni aux humenement faisables et irreprochables Conseils de ses fidels serviteurs. Le cœur me saigne veritablement quand je pense qu'on est indispensablement obligé de menager un Prince qui ne Nous veut ni voudra jamais du bien malgré toutes les offres et avantages qu'on lui propose.“ (Loc. 719.)

² Zech, 19. Juni. Loc. 2970. Vol. II.

³ Zech, 19. u. 23. Juni. Ebda.

⁴ Lynar, 22. u. 26. Juni. Loc. 3025. Vol. I.

⁵ Lynar, 6. Juli. Loc. 2970. Vol. II.

entscheidenden Siege der kaiserlichen Waffen Friedrich Wilhelms Haltung eine günstigere werden würde¹, glaubte man zwar in Dresden, sollte sich hierin aber sehr täuschen.

Die Belagerung Danzigs, deren lange Dauer die wegwerfende Kritik Friedrich Wilhelms erregte², fand endlich mit der am 9. Juli abgeschlossenen Kapitulation ihr Ende; eine große Anzahl polnischer Magnaten unterwarf sich; jedoch Stanislas Leszczynski hatte sich trotz aller Wachsamkeit seiner Gegner rechtzeitig (am 27. Juni) in Sicherheit gebracht.³ Am 11. Juli ging die zeremonielle Unterwerfung des Magistrates der Stadt in Anwesenheit Münnichs und des Herzogs Johann Adolf vor sich; der feierliche Akt wurde am 19. zu Oliva in Gegenwart des Königs wiederholt. Nachdem seiner Durchreise durch brandenburgisches Gebiet offiziell nichts mehr im Wege stand, hatte sich der Aufbruch doch noch bis zum 15. verzögert; der längere Aufenthalt in Dresden war erforderlich, um den auf den 27. Juni einberufenen Landtag zu eröffnen und den ersten Beratungen der Stände beizuwohnen, denen vor ihrem Zusammentritt eine unter dem 12. Mai publizierte besondere Religionsversicherung zugestellt worden war.⁴ Unter den gleichen Vorsichtsmaßregeln, welche Graf Brühl schon früher für eine auch jetzt noch nicht als ganz gefahrlos angesehene Durchreise durch das Land des Nachbarkönigs⁵ ins Auge gefaßt hatte, vollzog sich diese: inkognito, nur von Sulkowski,

¹ Hierauf baute man eine Zeitlang um so mehr, als er nach der Kapitulation von Weichselmünde und dem Abzug der Franzosen in öffentlichen Gesprächen Friedrich August als König titulierte. (Brühl an Zech, 2. Juli. Loc. 2904. Vol. III.)

² Friedrich Wilhelm an Fürst Leopold zu Anhalt-Dessau, d. d. Potsdam, 18. Juni: „Die Narren saxon und Russen können das Lumpen Danssig nit erobern . . .“ (Briefe, hrsg. v. O. Krauske. Acta Borussica. Ergänzungsband 1905, S. 532. Vgl. Droysen, IV, 3, S. 248, Anm.) Als Ende Mai der König auf der Parade Manteuffel in großer Uniform und bei fröhlicher Laune antraf und auf die Frage nach dem Grunde dieser den guten Stand der Dinge und die Ankunft Johann Adolfs vor Danzig kurz nach dem französischen Hilfskorps bezeichnete, äußerte der König: „Lache Er nicht gar zu sehr, es wird gewiß was setzen und das Dink kan besch . . . ablaufen.“ Manteuffel erwiderte: er befürchte nichts, die gerechten Sachen behielten allemal den Sieg. Darauf der König: „Das ist wahr, aber wo sind die gerechten Sachen?“ (Manteuffel an Brühl, 30. Mai. Loc. 455. Vol. 22.)

³ An seine Flucht wollten diese anfangs gar nicht glauben; Münnich und Sulkowski hatten bereits erörtert, wo er mit seinem näheren Anhang gefangen gesetzt werden könnte; der russische Feldmarschall brachte die Festung Königstein in Vorschlag, in Dresden war man aber dagegen und wollte Rußland die Bewachung überlassen. (Ordre an Bülow u. Simonis, 1. Juli. Loc. 3651. Vol. IV.) Über Danzigs Fall vgl. Boyé, S. 241 ff.

⁴ Allgemeine Versicherungen an die Stände und Untertanen über die Landesverfassung und ihre Rechte und Freiheiten waren schon am 19. Okt. u. 26. Nov. 1733 erlassen worden.

⁵ „Qui change l'idée à tout moment quoiqu'il affecte jusqu'ici les principes d'une parfaite neutralité . . . je pense qu'un incognito concerté sous main et des relais de poste commandez a tems pourroient lever tout obstacle . . .“ schrieb Brühl an Manteuffel, d. d. Dresden, 10. April. (Loc. 455. Vol. 22.)

Brühl und dem kaiserlichen Gesandten Graf Wratislaw begleitet, begab sich der König im Postwagen ohne Unterbrechung bis vor Danzig und bald darauf von da wieder zurück nach Dresden¹, wo seine Gegenwart zur glücklichen Fortführung der Landtagsberatungen, die in der Zwischenzeit geruht hatten, für notwendig befunden wurde. Mit den Aufträgen an Löwenwolde war durch Sachsen der letzte Versuch gemacht worden, Preußen auf seine Seite zu ziehen. Nachdem er gescheitert war, durfte Ponickau, der am 11. Mai für einige Tage Urlaub zur Regelung von Familienangelegenheiten nach Leipzig erhalten hatte², vorläufig nicht auf seinen Posten zurückkehren. Die diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Höfen waren fortan so gut wie abgebrochen; sie beschränkten sich auf notdürftige offizielle Mitteilungen, Streitigkeiten wirtschaftlicher Natur, Erörterungen über die Freilassung des Exulantenpredigers der von Großhennersdorf im Herbst 1732 nach Preußen ausgewanderten böhmischen Brüder, des bald darauf verhafteten und gefangengesetzten Johann Liberda. Unablässig hatte sich um dessen Auslieferung der Berliner Hof seit dem Regierungsantritt des Kurfürsten bemüht³; Friedrich Wilhm erbat sie im Juni selbst bei Brühl und ließ durch den Grafen Löwenwolde darum nachsuchen; wie stets bisher, so ward auch da und in der Folge Liberdas Freigabe vom sächsischen Hofe versagt, indem meist die noch ausstehende Einwilligung des an dieser Sache beteiligten Kaisers vorgeschützt wurde.

Noch oft und lange erschien aber Preußen den Verbündeten von Wien, Petersburg und Dresden verdächtig durch seine Beziehungen zum französischen Hofe und durch das Wohlwollen, das es auch künftig Stanislas Leszczyński entgegenbrachte, der auf seinem Gebiete gastliche Aufnahme und in Königsberg ein sicheres Asyl fand. Häufig zeigte es sich auch weiterhin, wie unzufrieden es mit dem Fortgang der Dinge, wie mißgünstig es dem Kurfürsten gesinnt blieb. So wurden aus Angerburg sächsische und russische Offiziere ausgewiesen⁴, als sie hierher dem geflüchteten Gegenkönige gefolgt waren, um ihn Befehlen gemäß zu beobachten. Mannigfache

¹ Am 19. Juli war er im Kloster Oliva abgestiegen; am 30. erfolgte von da die Abreise und am 2. Aug. die Ankunft in Dresden.

² Ponickau, 7. Mai. Brühl an Ponickau, 11. Mai. (Loc. 2970. Vol. II.) Der sächsische Legationssekretär Rothe führte unterdes die Geschäfte. Die wichtigsten Dienste leistete nach wie vor Manteuffel.

³ Vgl. hierüber: F. S. Hark, Der Konflikt der kursächs. Regierung mit Herrnhut u. dem Grafen v. Zinzendorf (1733—1738), Neues Arch. f. Sächs. Gesch. III. 1882, 5ff. — G. Ad. Skalský, Der Exulantenprediger Johann Liberda. Beitr. z. Gesch. der böhm. Emigration. (Jahrbuch der Gesellsch. für die Gesch. des Protestantismus in Österreich. Wien 1910. 31, S. 241ff.)

⁴ Rapport des Rittmeisters de Donis, d. d. Langfuhr, 6. Aug. (Brühl an Zech, 11. Aug. Kopie Loc. 3333. Vol. Ia.) Stanislas hatte am 25. Juli in Angerburg Quartier auf dem Schlosse des Königsberger Gouverneurs, Generalleutnants Katt, genommen. (Vgl. v. Weber, Aus vier Jahrh. N. F. II. S. 141ff.)

Versuche, seiner habhaft zu werden, was im Falle eines Gelingens schneller eine Entscheidung herbeiführen konnte, scheiterten immer an dem Widerstande des Berliner Hofes; ganz vergeblich waren die vielen gegen die gewährte Aufnahme gerichteten Proteste Österreichs und Rußlands. —

So sehr auch der Fall Danzigs die Sache Augusts förderte, an eine Beruhigung Polens war noch lange nicht zu denken. Gegenkonföderationen machten auch künftig den russischen und sächsischen Truppen viel zu schaffen, die nun wieder über Polen verteilt und nach den wichtigen oder gefährdeten Punkten dirigiert wurden, wobei den Sachsen von neuem der Westen als Operationsfeld zufiel. Die Erblande mußten immer neue Mannschaften aufbringen: außer der errichteten Landmiliz waren hier bis zum Sommer gegen 4000 Mann Rekruten als Ersatz für die dezimierten regulären Truppen, die keine Winterquartiere hatten beziehen können, angeworben worden.¹

Zwar drohte in der Folge nicht so sehr mehr die Gefahr, daß Frankreich neue Hilfstruppen nach Polen schicken oder daß hier auf sein Anstiften noch Schweden in den Kampf eintreten würde; aber dafür wurde es zweifelhafter als je, ob angesichts der unausgesetzten Bemühungen seines Gesandten in Konstantinopel, des Marquis von Ville-neuve, die Türkei nicht doch noch die bisherige Neutralität aufgeben und als Feind in Polen einfallen würde, sodann auch, ob in Zukunft die gefährliche Haltung Preußens und Kurbayerns zur offenen Feindschaft führen werde, und endlich, wie weit die französischen Heere auf ihrem Siegeslaufe in das Innere des Reiches eindringen würden.

Denn überall waren und blieben die kaiserlichen Waffen vom Unglück verfolgt. Bis zum August hatten die Spanier, ohne viel Widerstand zu finden, das ganze Königreich Neapel bis auf Capua erobert, dann ging Don Carlos nach Sizilien hinüber und nahm den Titel eines Königs beider Sizilien an. In Oberitalien war die kaiserliche Armee in der blutigen Schlacht von Parma (29. Juni) nur mit Mühe durch einen rechtzeitigen Rückzug einer vollständigen Niederlage entgangen; am 19. September wurde dann, wenige Tage nach einem siegreichen Gefecht an der Secchia, der kaiserliche General Königsegg bei Guastalla noch schwerer geschlagen; die Österreicher räumten Norditalien bis auf die Festung Mantua. Am Rheine mangelte der Kriegführung des altgewordenen Prinzen Eugen in jeder Weise der gewohnte Erfolg; aus verschiedenen Gründen wagte er nicht, das Heer des Marschalls Berwick anzugreifen, welches die Festung Philippsburg belagerte, die dann am 18. Juli kapitulieren mußte. Hin- und Hermärsche folgten, ohne daß auf einer Seite noch weitere größere Erfolge erzielt worden wären; als die Franzosen gegen Mainz zu rücken schienen, schob Prinz Eugen ebenfalls sein Heer nach dem Maine vor und wandte darauf sich nach Süden, als sie ihren Marsch in die Gegend des Oberrheins und Neckars zu richten und

¹ Ordre an Lynar, d. d. Dresden, 27. Aug. Loc. 3025. Vol. II.

von da wieder, wie schon von Philippsburg aus, die Verbindung mit Bayern herstellen zu wollen schienen.¹

Die Forderungen der Hofburg, die sächsischen Hilfs- und Kontingentstruppen endlich abzuschicken, hatten sich inzwischen häufig wiederholt. Bei ihr fanden die Gegenvorstellungen, daß hierzu nicht die im Kurfürstentume verbliebenen Mannschaften verwendet werden könnten, kein Verständnis und wurden von neuem damit zu widerlegen gesucht, daß es durch eine Verstärkung der Rheinarmee am sichersten geschützt würde; Graf Sinzendorff deutete bereits auch an, daß die längere Ablehnung keine gute Wirkung haben werde.² Unzufrieden mit der Verwendung der aus Polen hereingezogenen Truppen, verlangte man in Wien die sofortige Absendung der nächststehenden und marschbereiten Regimenter.³ Um schneller den kaiserlichen Wünschen nachzukommen, bemühten sich die sächsischen Staatsmänner erneut, anderweit Soldtruppen zu erhalten, aber wieder kam hierbei nichts zustande. So waren 1200 Mann schwarzburgische nicht mehr zu haben, da sie der Kaiser selbst bereits übernommen und nach Mecklenburg bestimmt hatte⁴; Verhandlungen mit dem Prinzen von Waldeck, der, wie man erfuhr, dem Kaiser 3000 Mann stellen wollte⁵, und mit dem kaiserlichen General Leutrum über die gleiche, von ihm angebotene Zahl⁶ zerschlugen sich schnell. Nachdem die Hofburg wiederum gedrängt und die ernste Absicht, Truppen noch vor Beendigung des diesjährigen Feldzuges zu liefern, bezweifelt hatte, entschloß man sich Mitte August dazu, wenigstens einen Teil von ihnen, welcher aus einigen in Sachsen entbehrlichen sowie verfügbaren Mannschaften des Diemarschen Korps zusammengesetzt werden sollte, immer vorauszusenden.⁷ Doch unterblieb schließlich ihr Aufbruch, der wegen der notwendigen, eifrig betriebenen Ausrüstung erst für Anfang Oktober verheißen werden konnte.

Am 19. August war Graf Sulkowski in Begleitung der natürlichen Söhne Augusts des Starken, des Grafen Rutowski und Johann Georgs, des Ritters von Sachsen, sowie mehrerer anderer Offiziere zu Eugens Armee abgereist, um sich dort über den Stand der militärischen Operationen zu orientieren. Während seines kurzen Aufenthaltes gab ihm nun Prinz Eugen zu erkennen, daß er für den weiteren Feldzug im laufenden Jahre keine sächsischen Truppen mehr brauche; dafür empfahl er aber, auf der Hut zu sein und die Armee in steter

¹ Droysen, IV. 3. S. 243ff. — Immich, S. 272.

² Zech an Brühl, 26. Mai. Loc. 3166. Vol. I.

³ Kaiserliche Antwort vom 6. Juni auf das sächsische Promemoria vom 28. Mai. (Zech, 7. Juni. Ebda.)

⁴ Brühl an Sulkowski, 12. Juni. Loc. 460. Vol. 50.

⁵ Brühl an den sächs. Agenten Steinbeil, 4. Juni. Loc. 3166. Vol. I.

⁶ Leutrum verlangte zur Errichtung 40 000 Taler sowie 160 000 Taler jährliche Subsidien. (Zech, 7. Juni. Ebda.)

⁷ Promemorien des kaiserlichen Gesandten Wratislaw, 2. u. 13. Aug. Sächsische Antwort, 14. Aug. Ebda.

Bereitschaft zu halten, da Sachsen nicht außer Gefahr eines feindlichen Einfalles sei.¹

Denn dieser schien nach dem Falle von Philippsburg während der folgenden Monate noch einmal, aber in gefährlicherer Weise als im Frühjahr zu drohen, zwar nicht so sehr zunächst durch französische Heere, als in erster Linie von seiten Kurbayerns. Damit wurde gerechnet bei der immer zweideutiger und drohender werdenden Haltung des bayerischen Kurfürsten, der starke Rüstungen im Rücken der Reichsarmee vornahm; das Schlimmste mußte befürchtet werden, wenn er über die offenkundigen Sympathien hinaus für Frankreich Partei mit den Waffen ergriff.

Sogleich traf Sachsen in verstärktem Maße Vorkehrungen gegen eine Überrumpelung von Westen her, die auch in der Zwischenzeit nie ganz außer acht gelassen worden waren. Auf fremde Hilfe konnte es nicht ohne weiteres und unbedingt bauen; mindestens war wenig Aussicht vorhanden, im Notfalle rechtzeitige Unterstützung von auswärts zu erhalten. England-Hannover hatte trotz liebenswürdiger Versicherungen wie schon im Mai, so auch zu einer im Juni durch Sachsen wieder angeregten Verlängerung des gegenseitigen Defensivtraktates keine ernste Neigung gezeigt²; aus einem in London zuerst aufs Tapet gebrachten gemeinsamen „Defensionsconcerte“ zwischen beiden Mächten und Hessen-Kassel wurde trotz eingeleiteter Verhandlungen schließlich nichts, da man sich in Hannover und Kassel nur dilatorisch äußerte.³ Bereitwilligkeit zur Hilfe wurde zwar vielfach in London und Hannover im allgemeinen erklärt, aber zur sofortigen Bereitstellung der Hilfstruppen sah man die Gefahr nicht für dringend genug an. Im September entschloß man sich sächsischerseits dazu, abermals mit den ernestinischen Höfen und Hessen-Kassel zwecks gemeinschaftlicher Beratung von Abwehrmaßnahmen in Verbindung zu treten und womöglich hierüber in der Stille ein gemeinsames Abkommen zu treffen; der deshalb abgeschickte Oberst von Ponickau⁴, der abberufene Berliner Gesandte, fand jedoch nirgends größeres Entgegenkommen und konnte gleichfalls keine

¹ Sulkowski an Brühl, d. d. Heidelberg, 27. Aug. (Loc. 460. Vol. 50.) Schon am 7. September traf der sächsische Kabinettsminister wieder in Dresden ein.

² Geh. Räte an Loß u. die hannöverschen Räte, d. d. Dresden, 4. Juni. Bericht der geh. Räte, d. d. Dresden, 16. Juni. (Loc. 2251. Vol. I.) Loß, 7./18. Juni (ebda.) u. 17. Aug. (Loc. 638. Vol. II b.)

³ Loß, 12./23. April. Friedr. Aug. an geh. Räte, 3. Juni, u. an den hessischen Statthalter Wilhelm, 4. Juni. Dessen Antwort, d. d. Kassel, 14. Juni. Sächsische an hannöversche Räte, 4. Juni u. 15. Juli. Deren Antworten 10. Juni u. 30. Juli. Berichte der geh. Räte, d. d. 29. Mai, 16. Juni u. 16. Aug. (Loc. 2251. Vol. I.)

⁴ Friedr. Aug. an geh. Räte, d. d. Dresden, 12. Sept. (Ebda.) Instruktion für Ponickau, d. d. Dresden, 13. Sept. (Loc. 3068.) — Vgl. Carl Freih. v. Beaulieu-Marconnay, Ernst August, Herzog v. Sachsen-Weimar-Eisenach, 1688—1748. Leipzig 1872. S. 128ff. — Ende Oktober wurde Ponickau wieder abberufen. (Seine Berichte Loc. 2251. Vol. I. u. II.)

bindenden Abmachungen erzielen. Um die militärische Stärke Bayerns und dessen Beziehungen zu Frankreich genauer zu erkunden, wurde Mitte September der sächsische Agent in Augsburg, der geh. Kriegsrat von Schnurbein, beauftragt, in München von Zeit zu Zeit Aufenthalt zu nehmen, und ihm zugleich auch zur Unterstützung der Oberstleutnant Du Quesne zugeteilt.¹ Eifrig übte man die errichteten vier Kreisregimenter für die Zwecke des Landesschutzes ein, und unausgesetzt wurde an der Rekrutierung, Remontierung und Vermehrung der regulären Armee gearbeitet. Da Sulkowski und Brühl den König wieder nach Warschau begleiten sollten, wurden die in Dresden zurückbleibenden Minister und geheimen Räte abermals beauftragt, gemeinsam mit General von Milckau über die nötigen Sicherheitsvorkehrungen zu beratschlagen; sie und speziell der Kabinettsminister Graf Wackerbart-Salmour und die beiden Konferenzminister Gersdorff und Zech wurden sodann auch mit der selbständigen Verfügung über die entsprechenden Maßnahmen während der Abwesenheit des Landesherrn betraut, ohne erst seine Entscheidungen abzuwarten.²

Augusts Aufenthalt im Kurfürstentume näherte sich dem Ende. Seine abermalige Rückkehr dahin vor einem Pazifikationsreichstage hatte Rußland vergebens zu hindern gesucht.³ Obwohl es, gelegentlich hierbei von der Hofburg unterstützt, fortan von neuem unablässig zur schnellen Abreise nach Polen drängte⁴, erfolgte sie erst mehrere Monate später. Wiederum benutzten Sachsens Gegner am Zarinhofe im Interesse ihrer Bemühungen die willkommene Gelegenheit, um durch die alten ausgestreuten Versicherungen wie die, der Kurfürst vertraue sich nicht, die Krone zu behaupten, seiner Sache Abbruch zu tun. Doch dieser ließ nun oft mit zwei gewichtigen Gründen die Notwendigkeit seiner zweiten Rückkehr begründen, die er auch sofort in seinem Antwortschreiben an die Zarin darlegte: niemals habe ein Kurfürst von Sachsen bei der Eröffnung und Beschließung der ersten Ständeversammlung nach angetretener Regierung gefehlt, sodann müsse Warschau zunächst von den aus Danzig zurückkehrenden Truppen besetzt und die Verbindung

¹ Brühl an Schnurbein, d. d. Dresden, 14. Sept. Loc. 458. Vol. 38.

² Friedr. Aug. an geh. Räte, d. d. Dresden, 24. Sept. u. 21. Okt. Loc. 2251. Vol. I.

³ Anna an Friedr. Aug. 12. Juli. (Loc. 3652. Vol. V.) Das Handschreiben erhielt der König erst, nachdem er schon in Dresden eingetroffen war. Karl VI., dem der König seine Rückkehr von Danzig nach Dresden am 8. Juli angezeigt hatte, fand daran nichts weiter auszusetzen. (Zech, 14. Juli. Ebda.)

⁴ Zech, d. d. Wien, 18. u. 24. Aug. Lynar, d. d. Petersburg, 31. Aug. Promemoria des (seit Anfang Juni in Dresden weilenden) russischen Gesandten Hermann Karl v. Keyserling, d. d. Dresden, 31. Aug. (Loc. 3666. III.) — Im Juli hatte Lynar fast kein „Mittel“ mehr gesehen, den täglichen Insinuationen des Berliner Hofes und der „Unzahl von Feinden“ ganz allein entgegenzutreten; der Oberkammerherr, der hiermit meist bestürmt wurde, bekundete häufig wieder seine Unzufriedenheit. Der Gesandte beabsichtigte sogar vorübergehend, sich deshalb in Dresden persönlich Instruktionen zu holen. (Lynar an Brühl, 22. Juli. Loc. 3652. Vol. V.)

gesichert sein.¹ Aus dem letzteren Grunde sollte denn auch der Termin des Aufbruchs, der erst für Mitte, dann bestimmt auf den 22. Oktober festgesetzt war², noch bis zum 3. November aufgeschoben werden. Am 5. September wurde schließlich der Landtag verabschiedet. Ohne Schwierigkeiten hatte er zur Zufriedenheit der Regierung in der Hauptsache ihre hohen, bisher unerreicht dastehenden Forderungen bewilligt³; gegen vier Millionen Gulden waren allein für notwendig gewesene und künftige militärische Zwecke ausgesetzt worden.

Die Beschaffung großer finanzieller Mittel, um die außergewöhnlichen Anforderungen zu bestreiten, bildete nach wie vor eine der ständigen Hauptsorgen der sächsischen Staatsmänner; verschiedentlich bemühten sie sich um die Erschließung neuer Geldquellen, meist aber ohne oder mit nur geringem Erfolge.

So hatten sie geglaubt, von dem Danziger Magistrate eine hohe Summe als Straf- und Entschädigungsgelder und für die Gewährung der Amnestie beziehen zu können: 3 760 000 preußische Gulden forderten sie ursprünglich in den der Kapitulation folgenden Verhandlungen, während der Rat nur etwa den zehnten Teil⁴ bezahlen wollte; lange feilschte man auf beiden Seiten hin und her; sächsischerseits wurde dann die Summe auf 2 370 000 Gulden ermäßigt; schließlich wollte der König sich auch mit 900 000 Gulden, welche die Stadt angeboten hatte,⁵ begnügen. Jedoch die Auszahlung wurde sehr in die Länge gezogen; erst zwei Jahre später erhielt er, nachdem er den Betrag nochmals reduziert und die Räumung von Weichselmünde verheißen hatte, 800 000 Gulden.⁶

Als sich sodann eine Gelegenheit zu bieten schien, die Ansprüche

¹ Friedr. Aug. an Anna, d. d. Dresden, 9. Aug. (Kopie ebda.) Ordre an Lynar, 27. Aug. Extract. Antwort auf Keyserlings Promemoria, 31. Aug. Brühl an Lynar, 3. Sept. Extract. (Loc. 3666. III.)

² Brühl an Lynar, 21. Sept. Friedr. Aug. an Anna, 26. Sept. (Kopie. Loc. 3666. III.)

³ Insgesamt 8 374 070 Gulden 12 Gr. (Tabelle Loc. 1484. Vol. II.) Einige Summen wurden abgelehnt, so namentlich die Kosten zum Bau einiger Landesmagazine, zur besseren Einrichtung des Lehnsarchivs und Wiedereinlösung der Ämter Wiesenburg und Pforta. (Landtagsabschied, Kopie Loc. 1483. Vol. II.) Über einzelne Summen für die militärischen Bedürfnisse vgl. Chr. E. Weiße, Neueste Gesch. des Königreichs Sachsen. 1810. II. S. 163 ff.

⁴ 300 000 preußische Gulden (oder 100 000 Taler). Reg. actum, d. d. herzogliches Lager, 28. Juli. (Loc. 3652. Vol. V.)

⁵ Am 18. Aug. (Ordre an Bülow, 10. Sept. Ebda.) — Ein früherer Dresdner Vorschlag, die Stadt von Geldzahlungen zu entbinden gegen Lieferung von 50 Kanonen und der sofortigen Schleifung von Weichselmünde und des Hagels- und Bischofsberges (Ordre an Johann Adolf, d. d. Dresden, 7. Aug.), hatte aus Rücksicht auf den Handel und die Einwohnerschaft nicht die Billigung des Herzogs v. Sachsen-Weißenfels gefunden; er und Löwenwolde hielten jene für zweckmäßiger. (Joh. Adolf an Friedr. Aug. u. Brühl, 13. Aug. Ebda.)

⁶ Brühl an Bülow, 26. Jan. u. 15. März 1736. (Loc. 3652. Vol. VII.) — Nachdem am 22. Mai Weichselmünde geräumt worden war, wurde am 26. die erste und am 20. Sept. die andere Hälfte vom Danziger Rate ausgehahlt.

auf die jülich-sche Erbschaft gegen eine entsprechende Geldsumme preiszugeben, verhielt sich die sächsische Regierung nicht ablehnend, darüber Verhandlungen einzugehen. Es handelte sich dabei um den Wunsch des ehemaligen Kandidaten auf Polens Thron, des portugiesischen Infanten Emanuel, in Deutschland durch eine passende Heirat versorgt zu werden und sich eine unabhängige Stellung zu gründen, im besonderen um Pläne zur Vermählung mit einer sultzbachischen Prinzessin und zum Erwerb jülich-scher Ansprüche. Er wandte sich deshalb schriftlich an Horatio Walpole, Englands Gesandten im Haag und Bruder des englischen leitenden Ministers, sowie an den Ratspensionär von Holland, Simon van Slingerlandt, damit das Londoner Kabinett und die Generalstaaten seine Absichten bei seinem Bruder, dem Könige Johann V. von Portugal, begünstigten; er selbst reiste von Wien nach Lissabon. Mit der Übersendung dieser Briefe und mündlichen Aufträgen an die beiden Gesandten betraute er den sächsischen geh. Rat Georg Sigismund Grafen von Nostiz.¹ Dieser erhielt nicht nur die Erlaubnis seines Hofes zu der geheimen Mission, sondern wurde außerdem beauftragt, sofort eine Vertrauensperson nach Lissabon zu senden, um über die Aufnahme Emanuels bei seinem Bruder und dessen etwaige finanzielle Unterstützung Erkundigungen einzuziehen; nach erfolgten Vorschlägen seitens des Infanten über die Abtretung der sächsischen Rechte gegen Geld wollte man sich deutlicher erklären.² Nostiz entledigte sich seiner Aufträge im Haag und schickte von hier seinen Sekretär nach Portugals Hauptstadt. Aber dessen geheime Reise war ganz erfolglos³: als er im Februar des nächsten Jahres

¹ Nostiz, der sich damals in Österreich aufhielt, empfing diese Aufträge von Emanuel persönlich in St. Pölten und weitere Befehle darnach durch einen Grafen de Capitaneo und Herrn v. Spanagel. (Kopie seines 1. Briefes an Emanuel; Nostiz an Brühl, d. d. Haag, 4. Nov. 1734. Loc. 2962.)

² Declaration Instructive für Nostiz, d. d. Leipzig, 12. Okt. 1734. Ebda.

³ Nostiz, d. d. Dresden, 23. Febr. 1735; Nostiz an Brühl, 12. April 1735. (Ebda.) — Am 4. Nov. 1734 war Nostiz im Haag eingetroffen; sein Sekretär brach am 18. auf, kam am 7. Febr. 1735 in Lissabon an und reiste am 15. wieder ab. Der Aufenthalt des sächsischen Rates erregte bei den Haager Vertretern der Mächte, besonders auch bei den Wiener und dem sächsischen Gesandten Unruhe und die verschiedensten Vermutungen, wozu sein ungeschicktes Verhalten den meisten Anlaß bot. Er deutete selbst an, mit Missionen beauftragt zu sein, nachdem er sie anfangs abgeleugnet hatte, gab vor, von der Hofburg geschickt zu sein, vertraute dem Vertreter Portugals den wahren Zweck seiner Reise an usw. (Debrose, 16. u. 23. Nov., 21. Dez., Debrose an Brühl, 5., 9. u. 12. Nov. 1734. Ebda.) Brühl suchte Debrose zu beschwichtigen, ohne die Wahrheit zu sagen: wie er vernommen, betreffe der Grund der Anwesenheit eine Anleihe für Schlesien. (Brühl an Debrose, d. d. Warschau, 27. Nov. Ebda.) Auch sonst leugnete er Aufträge ab, so gegenüber Zech (Brühl an Zech, 4. u. 18. Dez. Loc. 2251. Vol. II. u. Loc. 2962.) und Manteuffel, als dieser eine Haager Meldung vom 16. Nov. einschickte, wonach Nostiz in Paris eine Heirat des sächsischen Kurprinzen mit einer französischen Prinzessin vorschlagen sollte. (Manteuffel an Brühl, 23. Nov. Loc. 456. Vol. 23.)

in Lissabon eintraf, forderte ihn der Infant auf, möglichst schnell wieder abzureisen, da er ihn aus bestimmten Gründen nicht mehr sprechen könnte; wie es schien, war Emanuel von seinem königlichen Bruder zum Verzicht auf den Plan einer Etablierung außerhalb Portugals bewogen worden. So mußten sächsischerseits etwa gehegte Hoffnungen, leichten Kaufs in den Besitz großer Geldsummen zu kommen, begraben werden.

Die innere und äußere Lage Sachsens war und blieb keine erfreuliche: zu dem ständigen Geldmangel und der Gefahr eines feindlichen Einfalles trat hinzu, daß die gesamte politische Konstellation in dem letzten Viertel des Jahres 1734 immer drohendere Formen annahm; es war zweifellos die gefahrvollste Zeit während all der Wirren, die sich der Bewerbung seines Kurfürsten um die polnische Königskrone anschlossen.

Gespannter wurde das Verhältnis zur Wiener Hofburg. Sie war ganz unzufrieden, daß unter Berufung auf Prinz Eugen die sächsischen Hilfstruppen weiter zurückbehalten wurden. Energisch forderte sie im September ihren sofortigen Abmarsch noch im Laufe des Monates, Geldentschädigung für etwa fehlende Teile und schnellste Rekrutierung und Remontierung der gesamten Armee, um sie dort, „wo es die Not erheischen möchte, in Polen oder anderswo“ zu verwenden.¹ Im Oktober kamen dazu Klagen und Vorwürfe, daß die aus Polen hereingezogenen Truppen tatenlos in Sachsen verblieben; angesichts der von der Türkei und Kurbayern drohenden Gefahr wurde die Aufbietung aller sächsischen Kräfte und deren Marschbereitschaft gefordert, um über sie verfügen zu können, wenn der bayerische Kurfürst noch vor Ablauf des Jahres zum Angriff schreiten sollte; in kategorischem Tone verlangte man zu wissen, wie hoch die Truppenzahl sich belaufe, ob eine Machtvermehrung oder Übernahme von Soldtruppen beabsichtigt sei, wieviel im kommenden Frühjahr überhaupt gestellt werden könnten und zur Zeit zum eventuellen Gebrauche gegen Bayern marschfertig seien, ob, wann und wohin diese noch im Herbst in die westlichen Grenzgebiete einrücken würden.² Daneben ward schließlich, wie bisher schon und später noch unendlich oft, die Bezahlung der auf den sächsischen Hof entfallenden Beiträge zu den am 21. Mai bewilligten 30 Römermonaten gefordert, die in drei Terminen abzuführen waren; der erste, Ende August fällig, wurde von ihm verspätet, Anfang Oktober, an die Reichskriegs-

¹ Promemoria Wratislaws, 20. Sept. Loc. 3166. Vol. I. — Beigelegt war die Abschrift eines Schreibens des bayerischen Kurfürsten Karl Albert an Karl VI. vom 11. Aug., worin die Verweigerung seiner Hilfstruppen damit begründet wurde, daß auch andere Reichsstände die ihrigen zur eigenen Sicherheit zurückhielten.

² Promemorien Wratislaws, 21. u. 30. Okt. auf Grund der an ihn gerichteten kaiserlichen Reskripte vom 14. u. 21. Okt. (Ebda.)

kasse bezahlt, während hingegen die beiden anderen nie entrichtet wurden.¹

In den Antworten nach Wien² wies Sachsen stets die Vorwürfe als unverschuldet zurück, betonte, daß es selbst Klagen immer vermieden habe, stellte das bisherige Ausbleiben der versprochenen pekuniären und militärischen Unterstützung des Kaiserhofes als eine der Ursachen der verweigerten Truppenhilfe hin und versuchte von neuem, ihn auf später zu vertrösten, indem es wieder ein größeres Korps hoffen ließ, sobald Polen beruhigt und die Sicherheit der Erblande nicht mehr bedroht sei. Bestimmt verhielt es für das nächste Frühjahr sein Kontingent. Vor Ende März könne aber der Abmarsch nicht erfolgen, da noch Mannschaften und Pferde mangelten; die Truppen im Lande seien nur zur Verteidigung bei einem plötzlichen feindlichen Einfall zu gebrauchen. Daß unausgesetzt an deren Ausrüstung, Ergänzung und Vermehrung gearbeitet werde, wurde unter Hinweis auf die erfolglosen Bemühungen um Soldtruppen versichert. Welchen Stand das gesamte sächsische Heer nach der vollständigen Komplettierung gegen März des folgenden Jahres erreichen sollte, teilte das Dresdner Kabinett Anfang November mit — er war der bisher höchsterreichte. Es sollten da im ganzen 35 020 Mann zur Verfügung stehen und sich wie folgt verteilen³:

in Polen:	in Sachsen:	insgesamt:
35 Esk. Kavallerie: 5928 Mann; 17 Esk.: 2678 Mann; 52 Esk.: 8606 Mann		
12 Bat. Infanterie: 8790 Mann; 21 Bat.: 17624 Mann; 33 Bat.: 26414 Mann		
(einschl. d. 8 Bat. Landmiliz v. 8000 Mann)		
14718 Mann	20302 Mann	35020 Mann

Zum Unterhalte einer noch stärkeren Macht und zur Stellung eines genügenden Korps außerhalb des Landes gegen Kurbayern erklärte sich die sächsische Regierung außerstande. Mehr als je mußte sie im Spätherbst darauf bedacht sein, die zunächst bedrohten westlichen Gebiete nicht vollständig ohne Schutz zu lassen. Wie der Kaiser neben anderen getroffenen Sicherheitsmaßnahmen verfügbare Truppen in der Nähe der bayerischen Grenze zusammengezogen hatte⁴, so konzentrierte sie für alle Fälle größere Truppenteile in dem vogtländischen, neustädtischen und erzgebirgischen Kreis.⁵ Angesichts der Gefahr

¹ Sachsens Anteil betrug 56 000 Taler (84 000 Gulden). Sein Regensburger Gesandter v. Schönberg mußte die Stundung der ersten Rate von 18 666 Taler 16 Gr. (28 000 Gulden) wegen „anderer höchst“ dringender Ausgaben und noch nicht erfolgter Bezahlung seitens übriger Reichsstände beantragen. (Ordre an Schönberg, 13. Aug.) Die beiden anderen Quoten sollte das Dresdner Kammerkollegium auf Befehl vom 10. Sept. ebenfalls aufbringen, jedoch zur Verfügung des Königs stellen. (Loc. 3168. Vol. I.)

² d. d. Dresden, 25. Sept., 26. Okt., 2. Nov. (Loc. 3166. Vol. I.)

³ Es ist nicht versucht worden, festzustellen, inwieweit dieser Plan ausgeführt und die Heeresaufstellung verwirklicht worden ist.

⁴ Vgl. Deybeck, a. a. O. S. 33.

⁵ Es waren das Leibkürassierregiment, die Kürassierregimenter Arnim und Nassau sowie das 1. und 2. Garderegiment zu Fuß; in ihre Nähe wurde

einer bayerisch-französischen Invasion, und um nicht sogleich noch mehr eigene Truppen aus Polen hereinziehen zu müssen, ließ sie in Wien auch anregen, die Zarin gemeinsam zu ersuchen, daß — ohne Schaden der Pazifikation — ein möglichst starkes Korps ihrer Truppen in die Nähe der sächsischen und schlesischen Grenzen anrücke; dieses sollte dann je nach dem Bedarfsfalle, aber nur nach gemeinschaftlicher Requisition — also immer unter Sachsens Zustimmung, was auch Lynar in Petersburg vorstellen mußte — in die sächsischen oder kaiserlichen Erblande einmarschieren.¹ Doch russischerseits entschloß man sich trotz allem Drängen noch immer nicht dazu, Hilfstruppen in das Reich abzuschicken.

Zu den Besorgnissen wegen eines feindlichen Einbruches traten nun in immer steigendem Maße die Befürchtungen hinzu, welche die schwere Erkrankung des preußischen Königs erweckte, deren Anzeichen sich bald nach seiner Abreise aus Eugens Lager (18. August) bemerkbar machten.

Kurz bevor sie ihn befiel, waren Sachsens Staatsmänner nicht abgeneigt gewesen, mit ihm einen Handel über die Auslieferung Leszczynskis gegen Überlassung des ersten Bataillons des Rutowskischen Grenadierregiments abzuschließen. Dies war bereits im Juli von Johann Adolf empfohlen worden, der es selbst gern nach Berlin geführt oder demjenigen, welcher ihm den Flüchtling gefangen ausliefern würde, 10000 Dukaten bezahlt hätte,² dem Beispiele Münnichs folgend, der zu dem gleichen Zwecke 20 000 Rubel ausgesetzt hatte. Verhielt sich der Dresdner Hof anfangs ganz ablehnend³, so brachten einige Wochen später bekanntgewordene Äußerungen Friedrich Wilhelms einen kleinen Gesinnungswechsel. Man erfuhr einmal, daß dieser bei seiner Abreise Prinz Eugen mit der Anfrage beim Kaiser, was mit Stanislas geschehen solle, beauftragt und sein Wort gegeben habe, ihn noch vier Wochen bis zu einer Antwort bewachen zu lassen⁴; sodann — auf Grund einer geheimen Erklärung an Seckendorff — daß er ihn nur deshalb in seinem Lande behalte, um dem Kaiser desto günstigere Bedingungen in einem künftigen Frieden zu verschaffen.⁵ Überdies riet Prinz Eugen dem Grafen Sulkowski persönlich, alles daran zu setzen, um Stanislas unverzüglich in Sachsens

außerdem das Weißenfelsche und Wilkesche Infanterieregiment gezogen. Der Aufbruch erfolgte teils Mitte November, teils am 1. Dezember. (Friedr. Aug. an das geh. Kriegsratskollegium u. an Milckau, d. d. Dresden, 31. Okt. (Loc. 2251. Vol. I.) Ihre Berichte, d. d. Dresden, 20. u. 29. Nov. (Loc. 2251. Vol. II.)

¹ Ordre an Zech, d. d. Wartenberg, 9. Nov.; (Loc. 2251. Vol. II.)
Ordre an Lynar, d. d. Warschau, 5. Dez. (Loc. 3672. Vol. IV.)

² Johann Adolf an Manteuffel, 7. Juli; Manteuffel an Brühl, 11. Juli. (Loc. 456. Vol. 23.)

³ Brühl an Manteuffel, 14. Juli. Ebda.

⁴ Löwendalan Sulkowski, d. d. Weinheim, 17. Aug. Kopie. Loc. 460. Vol. 50.

⁵ Manteuffel an Brühl, 24. Aug. Loc. 456. Vol. 23.

Gewahrsam zu bringen.¹ So entschied man sich schließlich dafür, dem Tauschplane die Zustimmung nicht mehr zu versagen²: an Manteuffel und Wratislaw erging zwecks Mitteilung an Seckendorff und den Kaiserhof die Erklärung, daß gegen Auslieferung des Stanislas und Anerkennung Friedrich Augusts dieser der Überlassung eines Rutowskischen Bataillons an Preußen zustimme, wenn das erste Glied oder die Hälfte dazu nicht genügen sollten; durch die hinzugefügte Bedingung, daß das Angebot von kaiserlicher Seite erfolgen und als ein in Dresden erst annehmbar zu machendes vorgeschlagen werden solle, behielt sich die sächsische Politik aber vorläufig noch immer eine endgültige Entschließung vor. Doch diese war nicht nötig, da in Berlin auf das Austauschprojekt nicht eingegangen wurde.

In der Folgezeit, namentlich während der Monate September bis November, schien es oftmals, als ob dem preußischen Könige nur noch eine ganz kurze Lebensdauer beschieden sein werde; häufig meldeten die Nachrichten, daß allgemein sein baldiger Tod erwartet und schon nach Wochen und Tagen berechnet würde. Die bevorstehende Thronbesteigung des Kronprinzen Friedrich, dessen Sympathien für Frankreich und Stanislas Leszczyński offenkundiger denn je waren, mußte allen Anzeichen nach eine große Umwälzung herbeiführen. Unermüdlich berichtete Graf Manteuffel die bekanntgewordenen Phasen, in denen sich das Leiden Friedrich Wilhelms, die qualvolle Wassersucht, entwickelte³, sowie die im Zusammenhange damit getroffenen und gerüchtweise verlauteten Maßnahmen des Berliner Hofes und des jungen Thronfolgers. Er scheute keine Mühe, um Friedrichs Zukunftspläne zu entdecken, wobei er die verschiedensten Beziehungen zu dessen nächster Umgebung zu knüpfen und zu unterhalten suchte. Ihm entging nicht, daß er mit dem französischen Gesandten auf vertrautem Fuße und in geheimer Verbindung stand⁴; ganz bestimmt glaubte er die vollständige Aufgabe der väterlichen Neutralitätspolitik bei seinem Regierungsantritte befürchten zu müssen.⁵

¹ Sulkowski an Brühl, 27. Aug. Loc. 460. Vol. 50.

² Am 23. Aug. schrieb Brühl seinem Kollegen, daß, wenn dieser sie gäbe, der König die seine nicht vorenthalten würde. Sulkowski dachte daran, für das zu leistende Opfer künftige Entschädigung durch die Kaiserhöfe zu erlangen: „Je prévois fort bien que le Bat. de Grands Grenadiers sera obligé de payer le Violon, mais on pourroit pourtant en parler à M. les Min. des deux cours pour qu'on pense un jour à nous le rendre ou du moins permettre qu'on le recrute dans leur pays.“ (Sulkowski an Brühl, 27. Aug. Ebda.) — Brühl an Biron, d. d. Dresden, 2. Sept. (Loc. 3671. Vol. II.)

³ Manteuffels Berichte hierüber an Brühl (Loc. 456. Vol. 23.) sind fast vollständig abgedruckt worden in den: Acta Borussica, Die Behördenorganisation u. die allgemeine Staatsverwaltung Preußens im 18. Jahrh. 5. Bd. 1. Hälfte. 1910. S. 688—697.

⁴ Darüber vgl. besonders E. Lavisse, *Le grand Frédéric avant Pavement* (Paris 1893), S. 234 ff. u. Appendice VI, S. 325 ff. (Chétardies Bericht vom 19. Nov. über seine Unterredungen mit Friedrich.)

⁵ Vgl. Droysen, IV. 3, S. 253. — R. Koser, *Friedrich der Große als*

Der Dresdner Hof, dessen Angebot ärztlicher Hilfe Friedrich Wilhelm dankend abgelehnt hatte¹, verhielt sich in jeder Weise abwartend; trat der Thronwechsel ein, so gedachte er zunächst seine Haltung von der Gesinnung des Nachfolgers abhängig zu machen; seiner Ansicht nach war es dann immer noch Zeit, diese durch Zugeständnisse zu beeinflussen. Kleine Mittel wurden aber nicht verschmätzt, um sich jetzt schon für diesen Fall gewissen Einfluß auf ihn durch die ihm nahestehenden Kreise zu sichern. So ward beabsichtigt, auf Manteuffels Rat hin, den früheren Dresdner Gesandten in Berlin und dort noch lebenden geh. Kriegsrat Ulrich von Suhm, Friedrichs bekannten Freund und Berater in philosophischen Fragen, wieder in sächsische Dienste zu ziehen, der jedoch ablehnte, weil er sich bereits Rußland zur Verfügung gestellt hatte.² Manteuffel selbst wurden nach Wunsch³ ansehnliche Geldmittel überwiesen; sie fanden Verwendung, nicht nur um die Berichterstatter über die Vorgänge am Berliner Hofe zu bezahlen, sondern auch um unter der Hand die Personen, namentlich jüngere Offiziere, welche das Vertrauen und die Gunst des Kronprinzen zu besitzen schienen, immer schon bis zu einem gewissen Grade durch Geschenke zu gewinnen. Bald erhielt Ponickau den Befehl, sich sogleich auf seinen alten Posten zurückzugeben und hier zu verbleiben, „es laufe mit des Königs Krankheit ab, wie es wolle“.⁴

Überaus mißlich und gefährlich war nach allem der Stand der Dinge für Kursachsen im Spätherbst 1734. In dieser Zeit nun mußte der wettinische Kurfürstkönig erneut Stellung zur Frage über die Zukunft Kurlands nehmen; sie näherte sich damals ihrer Entscheidung um einen weiteren bedeutsamen Schritt.

An seinem Hofe gab man sich darüber niemals einer Täuschung hin, daß ihm in bezug auf das polnische Lehnshertzogtum durch das vor seiner Wahl unfreiwillig gegebene Versprechen, es bei seiner Regierungsform zu belassen, vor allem aber durch die in dem russisch-sächsischen Bündnis schweren Herzens zugestandene Klausel, den kurländischen Ständen die „freie Wahl“ ihres Herzogs zu gestatten, die Hände gebunden worden waren. Er mußte demgemäß gegen die

Kronprinz (1886), S. 170ff. in: Geschichte Friedrichs des Großen (1912), Bd. I, S. 141ff. — K. v. Weber, Aus 4 Jahrh. N. F. Bd. I. S. 106ff.

¹ Der sächsische Arzt Mender sollte nach Potsdam geschickt werden. (Brühl an Manteuffel, 22. Sept. — Friedrich Wilhelm an Manteuffel, 30. Sept. Loc. 456. Vol. 23.)

² Brühl an Suhm, 20. Okt. — Suhm an Brühl, 22. Okt. (Loc. 460. Vol. 53.) Aus der Übernahme Suhms in Rußlands Dienste wurde nichts; zwei Jahre später trat er dann doch noch in die Sachsens.

³ Er hatte Brühl am 29. Sept. um die Sendung einer guten Chiffre und einiger Tausend Dukaten gebeten. (Loc. 456. Vol. 23.)

⁴ Brühl an Ponickau mit Ordre, d. d. Warschau, 27. Nov. (Loc. 2994. Vol. II.) — Ponickau, der am 7. Dez. von Dresden abreiste, sollte sich von neuem nach den kaiserlichen und russischen Gesandten und Manteuffels Ratschlägen richten, sodann auch regelmäßig mit Lynar korrespondieren.

von der Republik Polen einst beschlossene und nach dem Tode des jetzigen Herzogs vorzunehmende Einverleibung seinen Einfluß geltend machen. Daß der künftige Kandidat den Wünschen der russischen Politik werde entsprechen müssen, daß diese eine „Wahl“ unter Umständen mit Gewalt in ihrem Sinne beeinflussen würde, war anderseits leicht vorauszusehen; es brauchten nur ihre bisherige, jahrzehntelange Haltung in der kurländischen Frage und die politische und materielle Abhängigkeit des Herzogtumes in Betracht gezogen zu werden, in die es schon gegenüber Rußland, vor allem durch Verpfändung herzoglicher Ländereien für empfangene Darlehen, geraten war.

Rücksichten auf Polen, mit denen Friedrich August im Vorjahre eine Stellungnahme zu vermeiden getrachtet und dies auch begründet hatte, leiteten ihn in gewissem Grade auch fernerhin; er suchte zunächst einer weiteren Bindung in der kurländischen Angelegenheit möglichst aus dem Wege zu gehen.

In den Beziehungen seines Hofes zu Rußland war bisher die Frage nach der Person des künftigen Herzogs kaum berührt worden. Nur einmal¹, nämlich gleich zu Beginn der Bündnisverhandlungen im vergangenen Jahre, waren hierüber durch die beiden russischen Gesandten in Warschau, die Brüder Löwenwolde, Vorschläge ergangen, welche aber einander völlig widersprachen. Denn der Generalmajor Graf Friedrich Kasimir von Löwenwolde schlug damals vor, der Kurfürst solle dem preußischen Könige die Zustimmung zur Wahl seines jüngeren Sohnes zum kurländischen Herzog verheißen; er deutete dabei frühere, zugunsten des Markgrafen Karl von Brandenburg-Schwedt² stattgefundene Verhandlungen an und erwähnte die gehegte Absicht Augusts des Starken zur Beförderung Birons; diesem habe er selbst jedoch die Augen geöffnet, so daß er, den der Kurfürst anderweit entschädigen könnte, nicht mehr an eine Wahl denke.³ Im Gegensatz dazu gab einige Tage später der Oberstallmeister Karl Gustav von Löwenwolde den Rat, daß es von größter Wichtigkeit sei, sich des Grafen Biron auf die Weise, wie es Polens verstorbener König beabsichtigt, zu versichern, daß man sich zu dem Zwecke direkt an den Oberkammerhern wenden und hierbei Vorsicht gegenüber dem ganz preußisch gesinnten Grafen Ostermann gebrauchen müsse.⁴

¹ Soweit dies wenigstens aus den Dresdner Akten zu ersehen war.

² Hierüber vgl. Th. Schiemann, Eine Episode der Geschichte der preußisch-russischen Heiratspläne. Hist. Zeitschr. Bd. 68. 1892. S. 430 ff.

³ Wackerbart-Salmour u. Baudissin, d. d. Warschau, 24. Mai 1733. — Der jüngere Löwenwolde, der Generalmajor, hatte im übrigen oft eine sachsenfeindliche Haltung bewiesen, so zeitweilig stark für einen Piasten gewirkt, dem kaiserlichen Residenten Kinner Pläne mitgeteilt, wonach angeblich Sachsen sich künftig mit Frankreich und Preußen gegen Rußland verbünden werde. (Relationen vom 10. u. 24. Mai 1733. Loc. 3556. Vol. II.)

⁴ Wackerbart-Salmour u. Baudissin, d. d. Warschau, 3. Juni 1733. (Ebda.) — Am 4. Juni schrieb Wackerbart-Salmour an Lynar: „Je ne doute

Es ist verschiedentlich dargelegt worden, wie sich Friedrich August als Kurfürst und König zur Gewinnung und Belohnung des Günstlings der russischen Kaiserin verhalten hat, und daß diesem mit ganz allgemeinen und unverbindlichen Worten mehrmals eine entsprechende künftige Belohnung seiner Dienste in Aussicht gestellt worden war.

Daß in erster Linie Graf Biron Sachsens Absichten in Petersburg vertreten hatte und weiter unterstützte, war offensichtlich. Davon wurde der Dresdner Hof oft genug überzeugt durch seinen für ihre Durchführung an den Tag gelegten Eifer, seine Ratschläge und durch seine vielen vertraulichen Mitteilungen über den Stand der gemeinsamen Sache wie über interne Verhältnisse am Zarinhofe. Im diplomatischen Verkehr zwischen den beiden Kabinetten war und blieb er der Hauptvermittler. Wiederholt zeigte er sich auch einer Förderung der gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen geneigt: anlässlich sächsischer Lieferungen von Gewehren und Armeebekleidungsstücken im Vorjahre nach Petersburg hatte er bereits die Errichtung eines sächsischen Handelskontors angeregt¹; eben jetzt, Ende Oktober und Anfang November, erneuerte er seine Anträge und Versicherungen, daß Sachsen jederzeit bei der Vergebung von Lieferungen an erster Stelle berücksichtigt werden solle.² Immer

pas que S. A. ne vous ait chargé de quelque Instr. particulière tendant à seconder son Elect. . . à vous concilier . . . la bienveillance de Biron, de laquelle dependra principalem. tout le succès de la Neg. Il nous importe infiniment d'avoir ce seigneur de notre coté, et si vous remarquiez que notre cour hesitat sur cet article il seroit nécessaire que vous avertissiez S. A. sans delai.“ (Loc. 3593.) Für die Richtigkeit dieser Vermutung Wackerbart-Salmours, daß der sächsische Gesandte nach Petersburg mit einer besonderen Instruktion, um Biron zu gewinnen, beauftragt gewesen sei, ließ sich kein Beweis erbringen.

¹ Lynar u. Le Fort, d. d. Petersburg, 18. Aug. 1733. (Loc. 5326.) — Am 30. Dez. 1732 war schon von seiten Le Forts eine erste Anregung zur Errichtung eines sächsischen Handelskontores ausgegangen.

² Lynar, 31. Okt. u. 6. Nov. 1734. (Loc. 3018.) — Die angeregte engere wirtschaftliche Verbindung kam aber schließlich nicht zustande. Friedrich August beauftragte zwar die geh. Räte v. Miltiz, B. v. Zech und v. Leipziger, eine Kommission zur Prüfung der Rentabilität einer sächsischen Handelsgesellschaft in Petersburg und von besonderen Handelsverträgen mit Rußland einzusetzen. (Friedr. Aug. an geh. Räte, d. d. Warschau, 25. Nov. Ebda.) Die aus dem wirkl. geh. Rat v. Gersdorff, den Kammer- und Bergräten v. Studnitz und Poigk, Hofrat Örtel und den Generalakzissräten Sternickel und Beyer gebildete Kommission stand jedoch dem Projekte überaus skeptisch gegenüber. (Bericht, 19. Febr. 1735. Ebda.) Die hauptsächlichlichen Hindernisse sah man darin, daß die Kaufmannschaft durch den Rückgang des seit September 1725 in Petersburg bestehenden preußischen Kontors abgeschreckt war und daß sie besonders von den russischen Käufern selten Barzahlung erhielt, sondern meist für ihre gelieferten Waren russische (Leder, Pelzwerk, Hanf, Flachs usw.) eintauschen mußte. Spätere Entwürfe zu einem Handelsvertrage gelangten nicht zur Ausführung. — Über Preußens damaligen Handel mit Rußland vgl. G. Schmöller, Die russische Compagnie in Berlin 1724—1738. (Umriss u. Untersuchungen. 1898. S. 457 ff.)

galt er als derjenige, der es in der Hauptsache durchsetzte, daß all die vielen, für Sachsen feindlichen Bestrebungen am Petersburger Hofe, die fortdauernden, nicht ungefährlichen Einflüsterungen und wahrheitswidrigen Angaben — wie z. B. über die Ursachen des weiteren Aufschubs der Abreise Augusts nach Polen und über seine angebliche Sparsamkeit¹ — ihren Zweck schließlich verfehlten. Und als ein wesentliches Verdienst des Oberkammerherrn erschien es im besondern, daß er unter den verschiedenen Gegenströmungen vor allem Preußens Bemühungen und das Wirken der preußischen Partei zum Scheitern brachte. Vielfach gab er dem sächsischen Gesandten Lynar, der die Pflege des engsten Einvernehmens und der besten Beziehungen mit Biron stets zu seiner vornehmsten Aufgabe machte, selbst Kunde von der beständigen Gegenarbeit seiner vielen Feinde und erklärte hierbei wohl auch gelegentlich, daß ihm dadurch die Lust zur weiteren Teilnahme an den Regierungsgeschäften verleidet würde. Andererseits unterließ er es ebensowenig, das eigne Wirken und seine standhafte Vertretung der sächsischen Sache bei der Zarin so oft als möglich ins rechte Licht zu rücken. Vor allem aber boten ihm hierzu fortan die vielfachen Bemühungen, welche von der französischen Regierung oder ihr nahestehender Seite in Petersburg zugunsten eigener Zwecke und im Interesse Leszczyńskis unternommen wurden, genügend Gelegenheit, vertraulich und doch vorsichtig darüber wie über die erfolgten Antworten Kenntnis zu geben und sich zugleich wieder als treuesten Freund und Gegner aller feindlichen Anschläge zu erklären. Schon Ende Mai benachrichtigte er den sächsischen Gesandten von der Ankunft zweier Abgesandten des Mecklenburger Herzogs Karl Leopold, welche die Heirat eines Prinzen französischen Geblüts mit der Zarinne Anna von Mecklenburg vorgeschlagen und für den Fall einer Parteinahme für Stanislas der Kaiserin pekuniäre und territoriale Angebote gemacht hätten, jedoch ohne Antwort abgefertigt worden seien.² Die beruhigendsten Versicherungen seiner Standhaftigkeit gab er sodann während der Anwesenheit der beiden französischen Gesandten, des mecklenburgischen Hofrats Heil und eines gewissen Bernardoni, die am 14. Juli von Paris abgereist und am 2. September

¹ Um von neuem deren Grundlosigkeit zu beweisen, teilte Brühl am 25. Okt. Lynar mit, daß die polnische Sache bisher dem Könige über 4 Millionen Taler gekostet habe, und daß allein an polnische Magnaten jährliche Pensionen in Höhe von fast 200 000 Taler ausgesetzt seien. (Loc. 3025. Vol. II.) Russischerseits war inzwischen erneut, gelegentlich wieder unter Klagen, zur Abreise Augusts gedrängt worden. (Anna an Friedr. Aug. 28. Sept./9. Okt. Promemoria Keyserlings, d. d. Dresden, 15. Okt. Loc. 3672. Vol. III. Biron an Friedr. Aug. u. Brühl, 29. Sept./10. Okt. Lynar, 2. 11. u. 30. Okt. Loc. 3666. III.) Sie erfolgte aber erst, nachdem in Dresden die sichere Meldung von den beendeten Postierungen nach Warschau durch russische und sächsische Truppen eingetroffen war. (Bericht des Generals v. Bose und sein Brief an Brühl, d. d. Posen, 18. Okt. Loc. 3666. III.)

² Lynar, 29. Mai. (Loc. 3671. Vol. II.) — Der eine Abgesandte war der herzogliche Privatsekretär Waldschmidt.

in Petersburg eingetroffen waren; letzterer verhandelte hier sogleich über den Abschluß eines Vertrages, der in erster Linie die Anerkennung und Unterstützung des Stanislas zum Ziele hatte.¹ Wegen dieser geheimen Unterhandlungen und der dann noch am 13. Oktober erfolgten Ankunft und Aufnahme des französischen Vertreters Fonton de Lestang konnte man in folgedessen am Hofe des Kurfürstkönigs, im Vertrauen auf die weiteren Dienste des russischen Oberkammerherrn, in gewisser Hinsicht außer Sorge sein.²

Um diese Zeit wurde die Frage einer entsprechenden Belohnung des Grafen Biron mehr und mehr akut und ebenso seine eigne Stellung hierzu immer deutlicher.

Hatte Le Fort Ende November des Vorjahres unter der Hand Kunde erhalten, daß dem Oberkammerherrn am meisten mit einer Besetzung in Sachsen gedient wäre, so fragte dieser im März 1734 direkt bei Lynar an, ob in der Lausitz nicht Güter zu kaufen und Anschläge darüber zu bekommen seien³. Mit dieser Anfrage wollte er sicher nur der Stellungnahme zu einem inzwischen wirklich erfolgten, ihm aber nicht genehmen Angebot aus dem Wege gehen. Denn Graf Brühl hatte ihm in einem lebenswürdigen Schreiben⁴ vom 17. Februar die künftige Verleihung einiger polnischer Grenzstarosten in Aussicht gestellt. Biron's Haltung während des Herbstes bewies jedoch dann, daß es ihm um etwas ganz anderes als um den Erwerb von sächsischem Großgrundbesitz zu tun war. Allmählich und in geschickter Weise entdeckte er sein wahres Ziel. Auf Grund eines Handschreibens des Kurfürstkönigs vom 9. August an Biron, worin er diesem anlässlich seiner schweren Erkrankung Anteilnahme bezeugt und gleichzeitig erwähnt hatte, daß er sich ihm gegenüber eine längst zugedachte Erkenntlichkeit vorbehalte, glaubte der sächsische Gesandte um die Mitte September getane Äußerungen des Grafen zurückführen

¹ Vgl. *Recueil des Instructions données aux ambassadeurs et ministres de France. Russie.* (par Rambaud. 1890) T. I, S. 277ff. — Boyé, S. 265ff. — Die Identität Bernardonis ist noch nicht festgestellt. Er gab sich als mecklenburgischen Sekretär namens Müller aus. (Lynars Berichte über Heils und Bernardonis Aufenthalt, Biron's Erklärungen usw. d. d. Petersburg, 7. 11., 25. u. 28. Sept., 2. u. 11. Okt. Loc. 3672. Vol. III.)

² August richtete, d. d. Dresden, 25. Okt., ein lebenswürdiges Schreiben an Biron, in dem er ihm — wie auch sonst oft — die weitere Vertretung seiner Interessen ans Herz legte und ihm außer für die erfolgte und von ihm beförderte Vermehrung russischer Hilfstruppen ebenfalls dafür dankt, daß er die französischen „Insinuation u. Schmeichelungen auf eine so großmüthige und zu Seinem unsterblichen Ruhme gereichende Weise den Weg vertreten“ . . . (Kopie Loc. 3666. III.)

³ Lynar an Brühl, 13. März. Loc. 3025. Vol. I.

⁴ Dessen Kopie liegt nicht vor. Der Inhalt geht aus dem Begleitschreiben Brühls an Lynar, d. d. Krakau, 17. Febr. — das zugleich auf die Abberufungsordre für dessen ihm lästig gewordenen Kollegen und auf Nachrichten von französischen Bemühungen in Petersburg bezug nimmt — sowie aus Lynars Antwort vom 13. März und seinem Briefe an Brühl vom 23. April hervor. (Ebda.)

zu müssen.¹ Da rühmte dieser nämlich des Königs Gnade, die ihm „ehedem“ durch das Anerbieten einiger Starosteien erteilt worden sei, deren Annahme, beziehentlich Verwendung der eventuell aus ihrem Verkaufe gewonnenen Summen² zum Kaufe anderwärts gelegener Güter er verweigert hätte; dabei erklärte er wie fernerhin noch oft, nicht die geringste Absicht auf eine Belohnung zu haben. Daß das erwähnte Angebot weder zusagte noch eine Wiederholung erwünscht sei, fand Lynar außerdem von dritter Seite bestätigt; denn zu ihm hatte schon einer der Vertrauten des Grafen über ein von diesem getanes „Gelübde“ gesprochen, nie unter den Polen sesshaft zu werden und „etwas vorkehren“ zu wollen. Unter diesen Umständen erachtete der sächsische Gesandte eine baldige Entschließung über eine andre Belohnung von nicht geringerem Werte als die bestimmt gewesenen Starosteien, die der Oberkammerherr nicht ausschlagen könne, für zweckmäßig, und zwar um so mehr, damit in Petersburg allerlei umlaufende Gerüchte und Mutmaßungen zum Schweigen gebracht werden könnten. Denn große Verwunderung war hier laut geworden, daß im Gegensatz zu der von König August reichbeschenkten russischen Generalität³ das Ministerium und besonders Graf Biron, die Hauptstütze von Anfang an, leer ausgegangen seien; man sprach davon, daß dessen Dienste überhaupt nicht anerkannt würden; von preussischer Seite war ausgesprengt worden, daß er heimlich durch große Summen bestochen sei.

Die Antwort, welche am 16. Oktober von Dresden nach Petersburg abging⁴, verhiess jedoch keine bestimmte Belohnung: die Erwähnung einer Biron zgedachten Erkenntlichkeit in jenem Handschreiben wurde mit der steten dankbaren Erinnerung an seine Dienste begründet; nach nun erhaltener Kenntnis seines ablehnenden

¹ Lynar, 18. Sept. (Loc. 3025. Vol. II.) — Mit dem königlichen Handschreiben an Biron war unter dem 9. Aug. auch eins an die Zarin abgegangen. Kopien waren hiervon nicht zu finden. Am 11./31. Aug. bedankte sich Biron, indem er seine ferneren Dienste zu einem guten Einvernehmen versicherte. (Ebda.)

² Daß mit diesen Biron Besitzungen in Sachsen kaufen könnte, hatte Brühl als Antwort auf seinen im März verlauteten Wunsch vorgeschlagen. (Brühl an Lynar, d. d. Dresden, 4. April. Loc. 3025. Vol. I.)

³ Nach der Einnahme von Danzig hatte Generalfeldmarschall Münich einen mit Brillanten besetzten Stock und Degen, Lacy den weißen Adlerorden und einen Ring, das russische Heer eine Geldsumme von Friedrich August geschenkt erhalten. Vgl. Fr. Gr. v. Beust, Feldzüge der chursächs. Armee. (1803.) 3. Teil, S. 18.

⁴ Loc. 3025. Vol. II. — Ein Geschenk seitens der Königin für die Gräfin Biron, das Lynar angeraten, wurde sogleich in Arbeit genommen; sie erhielt es — eine kostbare Haarnadel und ein Bild der Königin — Mitte Februar des nächsten Jahres (Lynar, 15. Febr. Loc. 3672. Vol. V.); ebenso geneigt zeigte man sich der Aufnahme ihres Bruders, des russischen Kammerjunkers v. Treyden, in sächsische Dienste. Um die gleiche Zeit — am 28. Sept. — konnte Lynar der Zarin ein wertvolles Geschenk überreichen: neben einem Fahrstuhl die volle Ausrüstung für ein ganzes Reiterregiment, die sie für ihre Leibkürassiere bestimmte. (Lynar, 2. Okt. Loc. 3672. Vol. III.); in 58 Kisten verpackt, waren die Gegenstände im Juni in Dresden abgegangen (Loc. 3018.) Biron erhielt gleichzeitig ein kostbares Gewehr als Geschenk.

Verhaltens zu der Schenkung von Starosteien werde man auf „andre Mittel“ bedacht sein; mit der Ausführung dieser Absicht sei am besten bis zur vollständigen Beruhigung Polens zu warten; inzwischen könne aber der Gesandte den Wunsch, der dem Oberkammerherrn am meisten am Herzen liege, in Erfahrung bringen.

Bald darauf kamen von Lynar positive und eingehend begründete Vorschläge; sie betrafen die Vornahme der Herzogswahl in Kurland und die Empfehlung Biron zum Kandidaten.¹

Der sächsische Gesandte hielt nämlich jetzt, wo in Polen der Frieden und der Abmarsch der fremden Truppen herbeigeseht würde, den günstigsten Zeitpunkt für gekommen sowohl zu einer sich Augusts Zustimmung erfreuenden Interzession Rußlands bei der Republik, um das Weiterbestehen des Herzogtumes mit seinen Rechten und Freiheiten sicherzustellen, als auch zur sofortigen Vornahme der Herzogswahl. Als Begründung führte er zunächst an, daß sie dies dem Petersburger Hofe aus Dankbarkeit für geleistete Hilfe nicht versagen könne und von ihm im Weigerungsfalle unter Umständen entsprechende Forderungen zur Entschädigung aufgewandter Kosten befürchten müßte. Auf nichts sei so sehr zu achten, als daß einer weiteren Ausdehnung Preußens an der polnischen Grenze vorgebeugt werde, dessen König mit bekannten Absichten auf den Erwerb der kurländischen Herzogskrone für sein Haus an einflußreiche russische Minister herangetreten sei. Bei der gegenwärtigen Regierung in Petersburg sei an die Gewinnung des Herzogshutes durch einen brandenburgischen Prinzen nicht zu denken; sie stehe andererseits jedoch in den „favorabelsten Dispositionen“, eine Wahl gemäß Augusts Wünschen zu unterstützen. Graf Biron sei im Besitze all der Eigenschaften und Mittel, welche die Voraussetzung für einen den beiden verbündeten Höfen und den kurländischen Ständen zusagenden Kandidaten bilden müßten; er könnte am leichtesten die verpfändeten herzoglichen Güter, deren ertragreichste im Besitze der Zarin seien, einlösen und Schulden bezahlen. Als ihm von vielen Seiten eine Bewerbung nahegelegt worden sei, habe er sich zwar verneinen lassen, die nie begehrte herzogliche Würde auch niemals annehmen zu wollen, und hinzugefügt, daß ihr künftiger Inhaber die schrankenlosen Freiheiten des kurländischen Adels nicht kennen dürfte; trotzdem sei aber zu glauben, daß, wenn es erst einmal zur Sache selbst käme, „viele andre Ursachen“ Biron's Bedenken überwiegen würden. Als die hauptsächlichsten Gründe, weshalb dem Könige eine Wahl des Grafen nur willkommen sein müßte, stellte Lynar vor, daß dann nicht nur Biron — der auch als kurländischer Herzog nicht seine Herrin werde verlassen dürfen — eine seinen Diensten entsprechende Belohnung zuteil würde, sondern er vor allem auch in Zukunft dem sächsischen Interesse und dazu in dauernder Gegnerschaft zu Preußen, das in Petersburg seine sachsenfeindlichen Anträge und Gerüchte

¹ Lynar, d. d. Petersburg, 11. Okt. Loc. 2696.

fortsetze, erhalten werden könnte. Im übrigen versicherte der sächsische Generalpostmeister auf Grund wiederholter Gespräche mit dem russischen Oberkammerherrn, daß dieser, gleichwie er im Vorjahre selbst den Herzog Johann Adolf von Sachsen-Weißenfels vorgeschlagen habe, einen vom Könige gewünschten Kandidaten sehr gern unterstützen und sich für ihn „vielleicht lieber als vor sich selbst Mühe geben“ würde; schließlich bat der Gesandte um Verhaltensmaßregeln, zumal da auch verlautete, daß der Prinz von Bevern in Vorschlag kommen könnte.

In Dresden lehnte man jedoch zurzeit irgendeine Regelung der kurländischen Sache im Sinne der im russisch-sächsischen Verträge übernommenen Verpflichtungen ab: eine solche lasse das Pazifikationswerk, ohne Störungen zu erleiden, jetzt nicht zu; um Wünsche bei der Republik anhängig zu machen, müsse Rußland den Zeitpunkt abwarten, wo deren Durchführung ohne Gefahr für den König möglich sei. Selbst sollte der sächsische Gesandte dieses Thema nicht berühren, bei Anfragen darüber aber versichern, daß zu gelegener Zeit wie in jedem so auch in dem Kurland betreffenden Punkte den eingegangenen Verbindlichkeiten und Versprechen Genüge geleistet werden würde, was auch schon in dem Kurland betreffenden Artikel der *Pacta Conventa* Bestätigung gefunden habe.¹

Als diese Antwort nach Petersburg abging, war bereits ein neuer Bericht Lynars vom 16. Oktober eingetroffen.² Hierin legte er die Bestätigung seiner Vermutungen, welche ihm die Mitteilung seiner letzten ausführlich begründeten Vorschläge notwendig hatten erscheinen lassen, dar, daß nämlich Rußland in allernächster Zeit die kurländische Frage aufs Tapet bringen werde. Ihm hatte inzwischen eine Unterredung mit einem Vertrauten³ des Grafen Biron unzweideutige Beweise von dessen Absichten geliefert und gleichzeitig gefährliche Versuche des französischen Kabinettes⁴, sich der Hilfe Biron zu

¹ Inserat an Lynar, d. d. Dresden, 25. Okt.; am 27. erst abgesandt. (Ebda.) — In dem 58. Artikel der *Pacta Conventa* hatte sich August der Republik gegenüber nur zu folgendem verstanden: einmal, daß er mit ihr dahin wirken wolle, daß Kurland — unbeschadet der alten Rechte des Adels — von auswärtigen Anforderungen befreit werde, Herzog Ferdinand trotz seiner Abwesenheit zu seinen Rechten und in den Besitz seiner Güter gelange und ihm die Bevölkerung den schuldigen Gehorsam erweise; sodann, daß er nie in die Abtrennung des Herzogtumes von Polen einwilligen werde.

² Loc. 2696.

³ Dessen Namen nannte Lynar lange Zeit nicht; erst unter dem 16. Juli 1735 bezeichnete er den russischen Kammerherrn Johann Albrecht v. Korff als denjenigen „guten Freund, mit dem er oft über die kurländische Sache gesprochen habe“ (Extrakt, 16. Juli 1735. Ebda.). Korff war unter August dem Starken Deputierter der kurländischen Stände gewesen und kam mit Anna nach Petersburg; von hier wurde er gelegentlich als Bevollmächtigter nach Mitau geschickt. Im Sept. 1734 ernannte sie ihn als Keyserlings Nachfolger zum Präsidenten der Akademie der Wissenschaften. (Lynar, 2. Okt. 1734. Loc. 3672. Vol. III.) Er war oft in Biron's Interesse tätig und hatte verschiedene Schriften über die kurländischen Verhältnisse verfaßt.

⁴ Hielt Bernardoni Anfang November noch einen Erfolg seiner Mission

versichern, enthüllt. Denn der intime Freund überbrachte Äußerungen, welche während eines Besuches bei dem Oberkammerherrn dieser habe fallen lassen, als er gerade eine „Liste“ von Frankreichs Angeboten vor sich gehabt habe. Hiernach waren nun von seiner Seite zunächst Versicherungen erfolgt, daß letzteres sich vergeblich an ihn wende; er werde, solange sein Wort etwas vermöge, die Annahme französischer Anträge zu hintertreiben suchen, auch den gegenwärtigen Verhandlungen ein schnelles Ende bereiten und die den Verbündeten der Zarin gegebenen Versprechen ausführen. Dann aber habe er seinem Erstaunen Ausdruck verliehen, daß ihm, „ob er gleich nie das mindeste Interesse intendiert“, Friedrich August niemals ein Anerbieten betreffs Kurlands gemacht habe; dem König müßte doch bekannt sein, daß man es ihm unter der Regierung seines Vaters habe fast aufdrängen und seinetwegen sogar einige herzogliche Schlösser auf königliche Kosten wieder aufbauen wollen.¹ Damals sei von ihm die Annahme verweigert worden; ob er sich jetzt dazu entschließen würde, wisse er zwar noch nicht, keinesfalls werde er aber selbst zuerst um ein Angebot nachsuchen, durch das er indessen überzeugt worden wäre, daß der König „wirklich gute intentions vor ihn hätte, die ihm jetzo, da ihm seine gnädige Souveraine nichts fehlen laße, so viel als die Vollführung davon gelten könnten“. Der Vertraute schloß seinen Bericht mit dem Rate, das bewußte Angebot jetzt, wo Frankreich beständig neue Versprechungen dem Oberkammerherrn mache, zu erlassen, sofern überhaupt der König diesen für die Herzogswürde im Sinne habe. Für die geeignetste Form zur ersten Eröffnung des Anerbietens hielt der sächsische Gesandte ein eingehändiges Schreiben des Kurfürstkönigs an Biron, weil ein schriftlicher Antrag weit eindrucksvoller als ein etwa zu überbringender mündlicher den Glauben an die als schon längst gehegt zu bezeichnende feste Absicht Friedrich Augusts erwecken werde. Damit der Graf sich darauf verlassen könne und nicht womöglich auf den Gedanken ver falle, der Antrag sei nur ein bloßes Kompliment auf bekanntgewordene Äußerungen hin, schlug Lynar ferner vor, in dem angerathenen Handschreiben sowohl die polnischen Magnaten zu bezeichnen, deren sich Rußland bei der Ausführung des Projektes bedienen könne, als auch zu versichern, zugunsten Biron die kurländischen Stände wie die polnischen Abgesandten bearbeiten zu wollen, die sich gemeinsam mit ihnen über den neuen Herzog einigen würden.

für möglich und wollte er diesen dann vor allem Biron, der, wie er am 6. dem französischen Minister Chauvelin schrieb, seinen ganzen Einfluß für das Projekt eingesetzt habe, zugeschrieben wissen, so scheiterte sie bald; am 3. Dez. reiste er unverrichteter Dinge ab, die Geschäfte seinem Nachfolger, M. Fonton de Lestang, überlassend. (Recueil des Instructions, Russie. T. I, S. 296.) — Dahingestellt muß bleiben, ob und inwieweit Biron in diesen Wochen ein Doppelspiel getrieben hat.

¹ Wann dieses Angebot von seiten Augusts des Starken erfolgt ist, ließ sich nicht ermitteln.

Doch noch einmal mußten dringende Vorstellungen aus Petersburg kommen, bevor der Kurfürstkönig zum Teil seine den verschiedenen Vorschlägen gegenüber bisher ablehnende Haltung aufgab und in der kurländischen Sache einen weiteren Schritt zurückwich.

Unter dem 6. November meldete Lynar wiederum¹, daß im Petersburger Kabinett über Kurlands Zukunft verhandelt worden sei; unbedingt notwendig erscheine es, von seiten des Königs hierüber ein „concert“ zu beginnen. Zweifellos werde Rußland auf dem künftigen Pazifikationsreichstag die Frage anregen; sicheren Nachrichten zufolge habe Freiherr von Keyserling bereits entsprechende Instruktionen; beschlossen wäre auch in dieser Sache die Sendung besonderer Abgeordneter nach Polen und Kurland; Graf Löwenwolde habe schon mit Erfolg Vertraute unter den Polen vorbereitet. Andererseits gab der sächsische Gesandte auf Grund einer Unterredung mit seinem vertrauten Freunde neue Ratschläge. Nach dessen Bericht hatten Briefe aus Kurland, die man zurzeit noch dem Oberkammerherrn vorenthalte, gemeldet, daß dort die Berufung eines Landtages zur Wahl eines Delegierten zum künftigen polnischen Reichstag von den Oberräten hintertrieben würde, und zwar aus dem Grunde, weil sie die Vorlage russischer Propositionen betreffs ihres Landes auf diesem Landtage befürchteten und dabei sich doch noch in Unkenntnis über die Gesinnung des Königs und der polnischen Stände befänden, „ihr Land sey zu sehr exponiert und müße keinen Schritt wagen, bis es nicht wiße, ob es sicher trete“. Dem sollte nach Meinung Lynars und seines Freundes dadurch abgeholfen werden, daß der König einen Landtag in Kurland² berufen und in dem entsprechenden Schreiben gleichzeitig den Ständen unter der Hand ihre Bedenken beheben und ihnen neben seiner Stellungnahme zu verstehen geben solle, auch ihrerseits auf Erhaltung ihrer Freiheiten bedacht zu sein. Schließlich wies der Gesandte noch auf die möglichen Folgen der Nichtberufung des Landtages hin: der Petersburger Hof, welcher ohnehin leicht Verdacht schöpfe, könne dann neben absichtlichem Hinausschieben der Sache geheimes Einverständnis des Königs mit dem Teile des kurländischen Adels vermuten, der teils aus Furcht vor bestimmt erwarteten kriegerischen Verwicklungen im Falle einer neuen Herzogswahl, teils aus persönlichen Absichten einer Inkorporierung Kurlands nicht abgeneigt wäre und deshalb bereits früher in geheimen Beziehungen zu Polen gestanden hätte.

An dem Tage, an welchem diese Ausführungen in Warschau eintrafen, verstand sich König August, der hier zwei Tage vorher

¹ Loc. 2696.

² Dieses schickte in der Regel nach der Krönung eines Königs einen Abgesandten mit Glückwunsch und Angebot eines Don gratuit nach Polen; die Erinnerung an die bisher unterlassene formelle Anerkennung sollte den passenden Vorwand für die Berufung des Landtages zwecks Delegiertenwahl bilden.

angekommen war, dazu, seine Entschließungsfreiheit in bezug auf die künftige Besetzung von Kurlands Herzogstuhl aufzugeben: am 23. November versprach er, anknüpfend an das unter seinem Vater erteilte Versprechen, dem Grafen Biron die erforderliche Einwilligung und Bestätigung, wenn ihn nach dem Tode Ferdinands, des letzten aus dem Geschlechte der Kettler, die kurländischen Stände zum Herzog vorschlagen und ausbitten würden. Lynar wurde beauftragt, das Angebot, das in einem besonderen Reskripte erlassen war¹, nicht nur vorzutragen, sondern dieses auch im Original vorzuzeigen; im übrigen sollte er sich nach der unter dem 25. Oktober erlassenen „Generalresolution“ richten, während seine Vorschläge betreffs Berufung eines kurländischen Landtags und Absendung eines Deputierten an das königliche Hoflager mit den polnischen Ministern erörtert werden sollten.²

Das war die Art und Weise, in der dem russischen Oberkammerherrn mit bestimmten Worten künftige Belohnung verheißen, die positive Antwort, welche schließlich auf die verschiedenen dringenden Ratschläge und Warnungen des sächsischen Gesandten gegeben wurde, die ihrerseits aus seinen hauptsächlich im Verkehr mit Biron's Vertrauten gewonnenen Eindrücken entsprungen waren. Welche Gründe im einzelnen den Warschauer Hof zu dieser Erklärung bewogen haben, welche besondere Überlegung etwa den Ausschlag und letzten Anstoß gab, ist nicht ersichtlich. Es muß dahingestellt bleiben, ob ihn in erster Linie die Rücksicht auf Polen geleitet hat, die Absicht, hiermit einer jetzt drohenden, offenkundigen Regelung der kurländischen Sache durch Rußland vorzubeugen; wenigstens vermied er ja, auf die übrigen aus Petersburg verlauteten Vorschläge näher einzugehen. Im Gegensatz zu diesen hielt er selbst weiterhin daran fest, das Pazifikationswerk nicht durch vorzeitiges Anbringen der Frage bei der Republik zu stören oder zu erschweren; vor Herstellung der Ruhe wollte er Versuchen, sie zur Annullierung der früheren Inkorporationsbeschlüsse zu bewegen, aus dem Wege gehen, da dies nur neuen Zündstoff für Unruhen abgeben mußte. Um sich selbst keine Schwierigkeiten zu bereiten, gedachte er auch stets, offen für die Angelegenheit überhaupt nicht einzutreten; sie sollte im geeigneten Augenblick Rußland allein anhängig machen, das er hierbei wie zu den Vorbereitungen möglichst nur unter der Hand unterstützen wollte. Bezeichnenderweise ward ein Recht der kurländischen Stände auf die Herzogswahl in dem Angebot nicht erwähnt; letzteres erfolgte, obwohl es Lynar gewünscht hatte, auch noch nicht auf direktem Wege durch ein Handschreiben Friedrich Augusts.³

¹ S. Anhang I.

² Ordre an Lynar, d. d. Warschau, 23. Nov. Loc. 2696; das vollständige Reskript im Konzept — außer der Erklärung an Biron — Loc. 3672. Vol. IV.

³ Zwar unter dem 23. Nov. richtete — gleichwie an die Zarin und den Oberstallmeister Löwenwolde — August auch ein Dankschreiben für ge-

Es mußte aber wohl ohne Zweifel von seiten des Königs befürchtet werden, daß nicht nur Rußland die kurländische Sache zu ganz untunlicher Zeit in seinem Sinne aufs Tapet bringen könnte, sondern daß vor allem auch der einflußreiche Oberkammerherr, Sachsens Hauptstütze am Zarinhofe, seine bisherigen Dienste einstellte oder gar ins gegnerische Lager abschwenkte, wenn man eine Stellungnahme zu den auf so deutliche Weise kundgegebenen Wünschen noch länger hinausschob; dann konnte durch ihn vielleicht Frankreich in Petersburg doch noch mit seinen geheimen Verhandlungen Erfolge erringen. Soeben, am 22. November, war eine neue Relation Lynars eingelaufen¹. Er meldete hierin, daß außer dem in Petersburg wieder eingetroffenen Oberstallmeister Löwenwolde — der die Gunst der Zarin und das Vertrauen des Oberkammerherrn besaß, um i um den sich der sächsische Gesandte ebenfalls stets eifrig bemühte — Graf Biron sich abermals und zwar noch ausführlicher als zuvor über Frankreichs Vorschläge und Ziele verbreitet und das baldige Ende der französischen Unterhandlungen angekündigt hatte; im übrigen hatten beide angeraten, den Verlauf der Krankheit Friedrich Wilhelms abzuwarten, ihn bei der gegenwärtigen Lage ruhig seinem Schicksal zu überlassen und ihm nur keinen Anlaß zu Klagen zu geben; Löwenwolde hatte dann besonders noch im Hinblick auf die drohenden auswärtigen Verwicklungen Rußlands die Notwendigkeit der schnellen Pazifikation betont, was auch sonst nach wie vor russischerseits beständig vorgestellt wurde.

Am allerwenigsten durften am Petersburger Hofe Schwierigkeiten für die sächsische Politik entstehen, die sich den vom Westen und Norden drohenden Gefahren zugesellt hätten. Denn abgesehen von der zweifelhaften Haltung der Pforte war nach wie vor Bayern nicht zu trauen, eine bayrisch-französische Invasion lag nicht außer dem Bereich der Möglichkeit; in Preußen schien mit dem Thronwechsel ein gefährlicher Umschwung des politischen Systems nahe bevorzustehen; zu alledem war die Hofburg über Sachsen höchst ungehalten, und mit dessen Kassenbestand sah es schlimmer aus als je.²

leistete Dienste an Biron; ausdrücklich war hier sein Eintreten gegen die „bösen Anschläge“ erwähnt, im übrigen bezog er sich aber auf die Lynar erteilten Befehle: „... Ich bin aber nicht wenig bekümmert, eine solche Gelegenheit oder Veranlassung zu überkommen, wobey Ich dem Herrn Grafen auf eine anständige und hinlängliche Weise die von Ihm vielfältig wahrgenommene Dienstleistung vergelten möge. Derselbe vergönne solchem nach, daß Ihm der Gr. v. Lynar deshalb Meine Gedanken umständlicher eröffnen dürffe und sey versichert, daß Ich auch sonst mit aller Kgl. Huld und sonderbare Estime dem Herrn Ober Cammerherrn jederzeit wohlbeygethan verbleiben werde...“ (Konzept Loc. 3672. Vol. IV.)

¹ Lynar, 6. Nov. Ebda.

² Im Besitze von nur 300 Dukaten war der Hof in Warschau angekommen; 9000 hatte er sofort von den dortigen Fonds, bei denen er Schulden in Höhe von 11 000 Dukaten vorfand, ausgeben müssen. (Brühl an Hennicke, d. d. Warschau, 27. Nov. Loc. 360.)

Nicht um die Krone Polens zu erlangen¹, war ein bindendes Versprechen von dem Sohne Augusts des Starken an den Grafen Biron gegeben worden; wohl ohne Zweifel schien es aber jetzt, angesichts der überaus bedenklichen Lage der Dinge, unvermeidlich und erfolgte, um sich durch den allmächtigen Günstling den tatkräftigen Beistand der Kaiserin Anna, die allein in Polen Waffenhilfe gewährte, fernerhin zu sichern. Die Hoffnung auf den künftigen Besitz Kurlands wurde fortan je länger desto mehr das Band, welches den Oberkammerherrn immer enger an den Kurfürstkönig fesselte, der Grund, weshalb er dessen Interessen überall und bei jeder Gelegenheit während der folgenden Jahre vertrat. Und für die sächsische Politik sollte die oftmalige Wiederholung des Versprechens, ihm zu dem Herzogtume verhelfen zu wollen, nunmehr das Mittel werden, ihn

¹ Es ist unmöglich, die vielen diese Zeit behandelnden Werke wissenschaftlichen Charakters anzuführen, deren Verfasser ein vor der polnischen Wahl durch Friedrich August gegebenes und Rußlands Eintreten für ihn bedingendes Versprechen der Belehnung Biron's mit Kurland annehmen. (Vgl. z. B. Droysen, IV. 3, S. 198; R. Roepell, Polen um die Mitte des 18. Jahrh. (1876), S. 41; Lavisie, a. a. O., S. 213. Boyé, S. 154; Imnich, S. 269; Ranke, III. IV., S. 198, läßt es dahingestellt.) Der im Vorjahre geschlossene Vertrag, der alle seine Zugeständnisse an Rußland vor der Wahl umfaßt, ist selten beachtet worden. Er enthält aber keineswegs die Zusage, die Herzogswahl „eines Anhängers Rußlands“ zu gestatten (wie u. a. Ziekursch, a. a. O., S. 11, meint). Häufig findet man in der Literatur nur in allgemeinen Wendungen die meist als ausschließlichen Punkt behandelte Stellungnahme des Kurfürsten zu dem Schicksale des Lehnsherzogtums angeführt: er habe versprochen, den „Absichten“ der russischen Regierung auf Kurland nicht entgegenzutreten, dieses ihr im Falle seiner Königswahl zur Verfügung stellen zu wollen u. a. m. Kein Hinweis in den Akten deutet darauf hin, daß von seiner Seite früher ein nur auf mündlichem Wege übermitteltes Versprechen an Biron gelangt ist oder diesem etwa hierüber Lynar bei und nach seiner Ankunft in Petersburg mehr oder weniger verbindliche Andeutungen gemacht hat; dies erscheint ganz unwahrscheinlich auf Grund der oben dargelegten Petersburger Meldungen und des Wortlautes der abgegangenen Erklärung. Für die allgemeineren Werke, die diese Epoche schildern, sind kaum jemals spezielle Darstellungen der kurländischen Geschichte eingesehen worden, welche, zum Teil auch das von seiten Augusts des Starken erfolgte Versprechen andeutend, nichts von einem Versprechen seines Sohnes anlässlich der polnischen Königswahl wissen, sondern es übereinstimmend als am 23. Nov. 1734 gegeben erwähnen. (Vgl. L. A. Gebhardi, Gesch. des Herzogtums Kurland und Semgallen. 51. Teil der „Allgemeinen Welthistorie.“ 1789. S. 183; K. W. Cruse, a. a. O. S. 301; A. v. Richter, Gesch. der dem russischen Kaiserthum einverleibten deutschen Ostseeprovinzen. 1858. Bd. II, S. 121; L. Arbusow, Grundriß der Gesch. Liv-, Esth- u. Kurlands. 1908³. S. 249.) Die russische Literatur daraufhin einzusehen, war dem Verfasser aus Unkenntnis der Sprache nicht möglich. K. v. Weber bringt in seinem Buche: Moritz, Graf v. Sachsen (1863), das Hinweisse auf die benutzten Akten nicht enthält, S. 157ff. fälschlich Lynars Depesche vom 11. Okt. (ungenau als vom 10. datiert bezeichnet), ohne auf ihren gesamten Inhalt einzugehen, in ursächlichen Zusammenhang mit dem Reskript vom 23. Nov. und läßt die vom 16. Okt. und 6. Nov. wie die dazwischenfallende Antwort vom 25. Okt. unerwähnt.

weiter ihren Zwecken dienstbar zu machen, schädliche Einflüsse abzuwehren und Bedenken an der Aufrichtigkeit erteilter Versicherungen zu zerstreuen. Die gegebene Erklärung erzielte in jeder Weise die beabsichtigte Wirkung. Die offiziellen Schritte Rußlands wegen Kurland, über die plötzlich nichts mehr verlautete, unterblieben vorläufig. Biron selbst erklärte unter großen Dankesbezeugungen, daß er nicht an eine Bewerbung denke, sobald sie die geringste Störung verursache, und bat sich im Hinblick auf Preußens Bemühungen strengste Geheimhaltung der Erklärung und vorsichtiges Vorgehen in der Sache aus.¹

Ungefähr bis gegen Anfang Dezember drohte die Gefahr eines nahe bevorstehenden Systemwechsels in der preußischen Politik, der aber auch danach noch wegen der wiederholten Rückfälle in der Krankheit Friedrich Wilhelms keineswegs ausgeschlossen schien. Um genauer das Verhalten des Thronfolgers in dieser kritischen Zeit und seine Absichten im Falle eines Regierungsantrittes zu erfahren, scheute Graf Manteuffel keine Mühe und bediente sich auf der Suche nach immer neuen Auskunftquellen der seltsamsten Mittel. Im Wettbewerb mit Frankreichs Gesandten knüpfte er in raffinierter Weise und auf Umwegen, namentlich durch einen ihm befreundeten, von ihm gewonnenen jungen preußischen Offizier, Verbindungen mit weiblichen Kreisen an, zu denen der Kronprinz in Ruppin enge Beziehungen unterhielt², bedauernd, nicht dreißig Jahre jünger zu sein, um sich selbst direkt dieses „Kanals“ bedienen zu können.³ Viel kam ihm dabei aber nicht zu Ohren: als eine der ersten von Friedrich beabsichtigten Regierungsmaßnahmen verlautete nur, daß er ein Korps Truppen Leszczyński geben werde⁴; nichts wurde in seinen Briefen aus Ruppin gefunden, die man, wie Manteuffel zugleich berichtete, geöffnet hatte.

Doch eine bedenkliche Kunde kam in der nächsten Zeit noch aus Berlin; sie hatte die abermalige Verhaftung des früheren sächsischen Ministers Karl Heinrich Grafen von Hoym unmittelbar zur Folge. Das einstige, im März 1731 gestürzte Haupt der französischen Partei am augusteischen Hofe war schon Ende Juni des Vorjahres

¹ Lynar, 21. Dez. Loc. 2696.

² Manteuffels Bericht darüber an Brühl vom 29. Nov. (Loc. 456. Vol. 23.), der in den *Acta Borussica*, V. 1, a. a. O., nicht mit abgedruckt worden ist, beginnt mit den Worten: „Qu'un des bons canaux, pour venir à la piste de certains secrets, est celui des grisettes. Le Pr. Royal en entretenoit une Allemande à Rupin, avec laquelle j'avois déjà lié une petite intrigue par le moyen d'un amant un jeune homme des mes amis, et il m'en avoit déjà contés quelques bagatelles . . .“ Manteuffels Bemühungen fanden die volle und freudige Zustimmung des Warschauer Hofes.

³ Manteuffel an Brühl, 18. Dez. Loc. 456. Vol. 23.

⁴ Ebd.

einmal verhaftet, für kurze Zeit auf den Sonnenstein gebracht und in einen Ehebruchsprozeß verwickelt worden.¹ Es scheint, daß damals der wahre Grund seiner Verhaftung in Befürchtungen gelegen hat, er könne mit Frankreich heimlich in Verbindung stehen; jetzt war es jedenfalls der, seine Beziehungen zu dem preußischen Kronprinzen zu entdecken und deren Fortsetzung zu vereiteln. Denn man erfuhr in Warschau², daß er diesem für den Fall des Todes Friedrich Wilhelms seine Dienste angeboten und auch betreffs der Übernahme eine Antwort erhalten habe; sofort, am 11. Dezember, erging der Befehl, den Grafen, dessen Verhalten und Verkehr schon in der letzten Zeit schärferer Kontrolle als zuvor unterworfen worden waren³, zu verhaften und auf den Königstein gefangen zu setzen.⁴ So glaubhaft auch ein derartiger Schritt Hoym's scheinen mochte, welcher einst wenige Monate vor seiner Entlassung, im Besitze des vollen Vertrauens Friedrichs, von diesem selbst im Zeithainer Lager (Juni 1730) in seinen Fluchtplan eingeweiht worden war⁵, überführende Beweise

¹ In die Untersuchung, welche gegen Erdmuthe Friederike, Tochter seines Stiefbruders, des geh. Rates Karl Siegfried v. Hoym und Gemahlin des wirkl. geh. Rats und Appellationsgerichtspräsidenten Heinrich v. Bünaу, wegen Ehebruchs mit einem französischen Kammerdiener, namens Benjamin Cornout, eingeleitet und dann im Febr. 1734 aufgehoben worden war. Hoym wurde aus der Haft entlassen, nachdem er am 29. Juli 1733 in einem neuen Revers gelobt hatte, dem anlässlich seines Sturzes unter dem 19. Juni 1731 ausgestellt in allen Punkten nachzukommen, sich nie wieder in Dresden oder dem jeweiligen Aufenthaltsorte des Kurfürsten einzufinden, Briefwechsel nur in häuslichen Angelegenheiten zu führen und sich überhaupt „aller I. K. H. u. Churf. Hauß auch Land u. Leute angehender Affairen u. alles so mündliche als schriftliche Intriquirens“ zu enthalten. (Originalrevers Loc. 1383: Die Untersuchung der von der vereh. v. Bünaу begangenen Adulterii u. die deshalb beschehene Arretierung des Grafen v. Hoym. 1733. 34.) — Gerüchte sprachen damals teils von einem Inzeste, teils von einer unerlaubten Korrespondenz Hoym's. (Mercure historique Tome 92, S. 94.)

² Brühl an Wackerbart-Salmour, d. d. Warschau, 18. Dez. (Loc. 461. Vol. 56.) Eine „Vertraute Nachricht“ darüber aus Berlin vom 4. Dezember teilte im geheimen der kaiserliche Gesandte Graf Wratislaw mit. (Loc. 392. Vol. I.)

³ Von Henricke, den Brühl vor seiner Abreise mündlich instruiert hatte, waren vor allem hierzu Maßnahmen getroffen worden. (Wack.-Salm. an Brühl, 19. Nov. Loc. 461. Vol. 56.) — Ein Reskript, d. d. Warschau, 4. Dez., beauftragte bereits die Dresdner Minister Wack.-Salm., Gersdorff und Zech, im Bedarfsfalle sich Hoym's und seiner „Anhänger und Freunde“ zu bemächtigen; das Original wurde vorläufig allein Wackerbart ausgehändigt; der Inhalt erledigte sich durch die dann ergangene Verhaftung. (Loc. 392. Vol. I. — Brühl an Wack.-Salm., d. d. Warschau, 4. Dez. Loc. 461. Vol. 56.)

⁴ Ordre an Milckau und den Generalmajor v. Riedesel, den Kommandanten der Festung Königstein, d. d. Warschau, 11. Dez. Loc. 392. Vol. I.

⁵ Daß Hoym diesen Fluchtplan verheimlicht hatte, bildete, als Beweis für seine „Regierungssucht“ dienend, neben einem eigenmächtig geführten Gespräch mit Friedrich Wilhelm über politische Dinge den Inhalt eines der 15 Punkte, welche die von ihm erbetene Begründung seiner Entlassung

konnten der späteren Untersuchung nicht zugrunde gelegt werden, deren Verlauf solche ebensowenig ergab.¹ Die eigentliche Ursache von Hoym's Verhaftung hielt man streng geheim; daß er sich durch Wiederaufnahme alter Beziehungen zu Frankreich und durch seine Korrespondenz verdächtig gemacht habe, wurde ausnahmslos den sächsischen Vertretern an den Höfen als Grund mitgeteilt, den im übrigen schon die Öffentlichkeit, die sich stark damit befaßte, zumeist vermutete. Hätte man unzweideutige Beweise für eine Schuld entdeckt, so wäre mit ihnen aus Klugheitsrücksichten sicherlich auch keinerlei Aufhebens gemacht worden; wenigstens riet dies Manteuffel an, der dem preußischen Kronprinzen seine etwa an Hoym gerichteten und vorgefundenen Briefe im geheimen wieder zugestellt wissen wollte und durch ein derartiges Zeichen von Edelmützigkeit enthielten. (Loc. 955. Acta die bei des Gr. v. Hoym Arret. getr. Mesures. 1731.) — Vgl. R. Koser, Friedr. d. Gr. als Kronprinz, (1886), S. 39; in: Gesch. Friedr. d. Gr. (1912), Bd. I, S. 34. — Davon, daß Hoym noch immer in hoher Gunst bei dem jungen Friedrich stand und bei dessen Regierungsantritt vermutlich eine Rolle gespielt haben würde, erhielt man in Dresden auch Kenntnis durch einen vom 24. Dez. datierten Brief des preußischen Ministers und Generalleutnants Friedr. Wilh. v. Grumbkow an einen seiner Brüder, den in sächsischen Diensten stehenden Generalmajor Friedr. Ludwig v. Grumbkow, der ihn am 28. Wackerbart-Salmour mitteilte. Hierin spricht er vor allem den Wunsch aus, daß (der Arzt) Meder sein „sentiment“ lieber dem Bruder in Dresden als es schriftlich nach Berlin an ihn selbst übermittelt, berichtet über die bekannt gewordene Genesung Friedrich Wilhelm's und fährt schließlich fort: „J'attends impatiemment les suites de l'affaire du Comte Hoym, il étoit en grande faveur chez notre Prince Royal, et je crois qu'il auroit brillé dans un changement...“ (Wack.-Salm. an Brühl, d. d. Dresden, 29. Dez. Loc. 392. Vol. I.) Auf gleichem Wege erfuhr man durch einige weitere Briefe aus Berlin hier umlaufende Gerüchte über Hoym's Verhaftung. (Wack.-Salm. an Brühl, 22. Jan. 1735. Loc. 461. Vol. 56.)

¹ Es ist wohl möglich, daß Graf Hoym vor der auf seinem Schlosse Lichtenwalde durch den Obersten Nazmer (am 18. Dez.) vorgenommenen Verhaftung, bei der er vergeblich seinem Leben durch einen Pistolenschuß ein Ende zu machen versuchte, noch rechtzeitig belastende Briefschaften vernichtet hat. Unter den vorhandenen wurde in der auf Befehl vom 28. Dez. angeordneten Untersuchung nichts Verdächtiges gefunden. (Bericht von Wackerbart-Salmour, Zech u. Hennicke, 14. Jan. 1735. Loc. 392. Vol. I.) Eine Durchsicht der umfangreichen Untersuchungsakten ergab keinen Anhaltspunkt, der auf einen stattgefundenen Briefwechsel zwischen Hoym und dem preußischen Kronprinzen hingedeutet hätte. In die Untersuchung wurden verschiedene Personen verwickelt. Hoym hatte, wie ein Schreiben aus Gera vom 10. Jan. 1735 an Hennicke meldete, hier seit langem einen Reisewagen in einer Scheune für eine etwaige Flucht aus Sachsen bereithalten lassen. Die Freiheit erlangte jener nicht wieder; in seiner Gefängniszelle erhängte er sich in der Nacht vom 21. zum 22. April 1736. Über dieses tragische Ende sprach sich Kronprinz Friedrich, indem er gleichzeitig günstig über seinen verstorbenen „Freund“ urteilte, überaus teilnahmsvoll aus, einmal in einem Briefe an Grumbkow vom 28. April (R. Koser, Briefwechsel Friedr. d. Gr. mit Grumbkow u. Maupeout. Publ. aus d. K. Preuß. Staatsarchiven 1898, S. 128), dann am folgenden Tage an Manteuffel (Oeuvres XXV, S. 460 ff.); die Antwort Manteuffel's vom 4. Mai lautete mehr als diplomatisch. (Ebda. S. 463 ff.)

Wirkung erhoffte.¹ Aus ähnlichen Erwägungen mißbilligte er ein von Brühl mitgeteiltes Projekt, durch eine anonyme Druckschrift dem Preußenkönige Kenntnis von verlauteten künftigen Regierungsmaßnahmen seines Sohnes² zu geben: darüber würde Friedrich Wilhelm, der im Grunde in gleichem Maße Stanislas zuneige, nur lachen, während der Kronprinz den Inhalt ableugnen könne und, überzeugt davon, daß der sächsische Hof ihn beim Vater habe mißliebig machen wollen, früher oder später nach Vergeltung trachten werde, im vollen Bewußtsein, Ursache zur Feindschaft zu haben.

Als die Genesung Friedrich Wilhelms noch sehr ungewiß war, hatte Graf Manteuffel gewünscht, mündlich sich über einige Punkte zu äußern, die er der Feder nicht anzuvertrauen wagte; daraufhin war zu ihm auf Befehl vom 11. Dezember der Legationsrat Johann Christoph Walther geschickt worden, bei dessen Ankunft in Berlin (am 19.) sich aber der Zustand des preußischen Königs bereits gebessert hatte. Dem Abgesandten teilte Manteuffel in der Hauptsache die Art und Weise mit, wie er hinter die Pläne Friedrichs zu kommen und dessen Gesinnung für jetzt und später durch seine Umgebung zugunsten des sächsischen Interesses zu beeinflussen suche und betonte dabei, daß zurzeit nicht mehr nötige Bestechungsgelder im Falle einer Erneuerung der Gefahr zur Gewinnung weiterer Personen beiderlei Geschlechts unentbehrlich sein würden.³ Er bezeichnete gleichfalls den Grafen Hoym als denjenigen, welchen vor allem der preußische Kronprinz bei einer Thronbesteigung habe in seine Dienste übernehmen wollen; seinen Namen habe er bisher nur deshalb verschwiegen, um nicht der Rachsucht gegen ihn — seinen einstigen politischen Gegner am augusteischen Hofe — beschuldigt zu werden. In Berlin sprach der sächsische Legationsrat sodann auch Suhm,

¹ Manteuffel an Brühl, 31. Dez. Loc. 456. Vol. 23.

² Briefe aus Königsberg an polnische Getreue des Kurfürstkönigs hatten auch Einzelheiten über die offensichtliche Hinneigung Friedrichs zur Gegenpartei gemeldet. In dem projektierten Schreiben „eines polnischen Edelmanns an einen seiner Freunde“, das nun höchstwahrscheinlich nicht gedruckt wurde, war u. a. erwähnt, daß der junge und ehrgeizige Friedrich auf einen baldigen Thronwechsel gehofft habe, daß er sich in Preußen ohne Zuziehung von Polens Kommissaren krönen lassen und die Armee auf 100 000 Mann bringen werde. (Brühl an Manteuffel. Apostille separée, d. d. Warschau, 22. Dez. Ebda.) Unbeteiligt scheint die sächsische Regierung an der bereits in Leipzig — im „Europäischen Staatssekretarius“ von 1735 — erfolgten Veröffentlichung eines sehr ungünstigen Charakterbildes des preußischen Kronprinzen, der ersten gegen ihn gerichteten Satire, gewesen zu sein; er war darin mit Tiberius verglichen, weil er schon bei Lebzeiten seines Vaters Pläne geschmiedet habe. Sie verfügte daraufhin die Beschlagnahme aller noch vorhandenen Exemplare. (v. Weber, N. F. II, S. 238 ff.)

³ Walthers Bericht an Friedr. Aug., d. d. Dresden, 29. Dez. 1734. Walther an Brühl, 1. Jan. 1735. (Loc. 2971.) — Als Vorwand zu seiner Abreise (18. Dez.) diente ein Besuch beim Grafen Solms in Baruth. (Wack.-Salm. an Brühl, 19. Dez. Loc. 2251. Vol. II.) Am 27. reiste Walther wieder von Berlin ab.

der bestimmt hoffte, hier bei einer neuen Regierung Verwendung zu finden; an seine Übernahme in eigne Dienste dachte der Warschauer Hof vorläufig nicht mehr.¹ Über Preußens Auffassung der gegenwärtigen politischen Lage erfuhr Walther von Manteuffel, daß es seine geringste Sorge sei, wenn Bayern in die Erblande des Kaisers infalle; es würde dann diesem unter harten Bedingungen seine Hilfe anbieten. Und Podewils, der einzige leitende Minister, den er sprach, sagte ihm, daß Frankreich nun, nachdem es merke, daß es Stanislas nicht mit Gewalt auf den polnischen Thron setzen könne, den gewünschten Erfolg von Verhandlungen erwarte; daß es jetzt von der Zarin abhängige, entweder ihren eignen Ruhm ein wenig und die Interessen Friedrich Augusts zu opfern oder aber Kaiser und Reich aufzugeben. Andererseits unterließ es der Minister nicht, ein immer noch mögliches Eintreten für Sachsen gegen eine hohe Entschädigung mit den Worten in Aussicht zu stellen: gebt uns etwas, wie beispielsweise die Lausitz, und wir werden mit Herz und Seele für euch sein! Beruhigend klang, was Lüderitz, den Walther schon von seiner früheren Gesandtentätigkeit in Schweden her als einen Vertrauten des Kronprinzen und seiner Mutter kannte, über diesen äußerte: wie er glaube, werde dessen Neigung zu Frankreich nicht so weit gehen, daß er bei einem Regierungsantritt Stanislas Hilfstruppen stellen würde; trotz aller Vorliebe für französisches Wesen werde er immer an England gebunden bleiben; um ihn umzustimmen, sei jetzt weiter nichts nötig, als Freunde in seiner Umgebung zu besitzen; anlässlich seiner Thronbesteigung würde zweifellos eine mit allem Zubehör ausgestattete Oper auf ihn dieselbe Wirkung erzielen, wie auf seinen Vater eine Kompagnie großer Soldaten.² —

Mit Englands militärischer Hilfe konnte Kursachsen für den Fall eines Systemwechsels am Berliner Hofe sicherer als bisher rechnen. Zwar hatte das britische Kabinett, das dem Kaiser trotz aller auch von Dresden aus oft unterstützten Vorstellungen nach wie vor keine Bundeshilfe gewährte und offiziell an der Neutralität festhielt, die

¹ Er ging im nächsten Jahre nicht auf Suhms Gesuche um Wiederaufnahme in sächsische Dienste ein, nährte aber dafür in ihm immer die Hoffnung auf Gewährung einer erbetenen Pension; denn Suhm konnte auf Grund seiner Beziehungen für Sachsens Interesse wirken. (Wack.-Salm. an Brühl, 28. Mai u. 9. Juli; Brühl an Wack.-Salm., 8. u. 16. Juni, 16. Juli. Loc. 461. Vol. 56. u. Loc. 719.)

² Höchstwahrscheinlich verfolgte Lüderitz, der sich in bedrängter finanzieller Lage befand, mit diesen Auslassungen nur rein persönliche Zwecke. Im Hinblick auf seine Verwendbarkeit als brauchbares Werkzeug beim Thronfolger riet Manteuffel die Verleihung eines Geldgeschenkes an. (Walthers Bericht, 29. Dez. Loc. 2971. Manteuffel an Brühl, 28. Dez. Loc. 456. Vol. 23.) Lüderitz erhielt daraufhin, obwohl er offiziell nicht von dem Dresdner Gesandtenposten abberufen war, ein erhöhtes Abschiedsgeschenk von 2000 Talern; das übliche betrug nur 1500 Taler. (Kabinettsordre an Walther, d. d. Warschau, 22. Jan. 1735; Walther an Lüderitz, 31. Jan. Loc. 2971.) Nach dem Dankschreiben vom 11. Febr. hatte hiervon Lüderitz seinem Könige Bericht erstattet.

Erneuerung des Defensivtraktates mit Friedrich August abgelehnt, die von ihm gewünschte Anerkennung immer hinausgeschoben und weitere Anfragen über die Bereitstellung von Hilfstruppen wieder mit allgemeinen Versicherungen, daß man sich im Falle der Not darauf verlassen könne, beantwortet. Es hatte ferner sächsische Argumente und Vorschläge¹ unbeachtet gelassen, daß es gemeinsam mit Holland der Gefahr der Verschiebung des europäischen Gleichgewichtes vorbeugen solle durch Erklärungen an Frankreich, dem Kaiser im Falle einer noch längeren Bedrängnis helfen zu wollen, was auch den französischen Umtrieben an der Pforte den Boden entziehen und Preußen für Österreich gewinnen könnte. Aber ein künftiges Bündnis des jungen Friedrich mit Frankreich schien jedenfalls bestimmt auf die offene Gegnerschaft England-Hannovers zu stoßen. Denn nachdem man vertraulich von Warschau nach London die Nachrichten über die Verhandlungen, die durch den französischen Hof mit dem preußischen Kronprinzen eingeleitet worden waren, und über dessen Geldsendungen an Stanislas hatte melden und gleichzeitig hier um Ratschläge zum Schutze der sächsischen Erblande gegen jeden Überfall bitten lassen², ließ am 30. Dezember Georg II. durch seinen Privatsekretär, den hannöverschen Minister Baron von Hattorf, bestimmt erklären, daß man, wie gewünscht, Friedrich günstigere Gesinnungen beibringen werde; eine Invasion nach Sachsen sei nicht zu befürchten; wenn er es oder irgendein andres Reichsland aber wider Erwarten nach dem Tode des Vaters als Frankreichs Verbündeter angreifen sollte, so würden alle benachbarten Fürsten und nicht zuletzt der englische König zu Hilfe eilen und ihre gesamten Kräfte gegen den gemeinsamen Feind vereinen müssen.³

Den mit England durch einen kürzlich (Ende September) ge-

¹ Ordre an Loß, d. d. Dresden, 31. Okt. Loc. 638. Vol. II b.

² Ordre an Loß, d. d. Warschau, 8. Dez. Loß, d. d. London, 17./28. Dez. (Loc. 2251. Vol. II.)

³ Loß, d. d. London, 31. Dez. Ebda. — Gegenüber den sächsischen Wünschen einer Bündniserneuerung verhielt man sich auch im nächsten Jahre ablehnend. (Loß, 1. Sept. 1735. Loc. 638. Vol. III b.) Aber nach der Entscheidung der polnischen Frage, angesichts der häufigen preußischen Werbungsexzesse, regte man hannöverscherseits die Verlängerung von selbst an; Baron v. Hattorf übergab darüber am 12. Juli 1736 ein Projekt (Loß, d. d. Hannover, 5. u. 12. Juli 1736. Loc. 638. Vol. IV b.), in dem nur die Bündnisdauer von 3 auf 6 Jahre verlängert war. Sachsen erhob keine Einwände (Geh. Räte an Friedr. Aug., 17. Juli. Loc. 2774.); es ratifizierte den Traktat am 16., Georg II. am 24. Aug. (Original Nr. 14715.) Falsch ist die verschiedentlich zu findende Angabe (so C. Grünhagen, Gesch. des ersten schlesischen Krieges. 1881. I., S. 25; C. Hübner, Zur Gesch. der kurs. Politik, S. 18), daß diese Defensivallianz bereits bei ihrem Ablauf 1734 auf 6 Jahre, ebenso wie die (Ziekursch, S. 53), daß sie 1734 und 1737 je auf 3 Jahre verlängert worden sei. Ebenso findet sich in ihr keine Spur von einer Anerkennung der sächsischen Rechte auf die kleveschen und jülich-schen Lande seitens Georgs II., von der mehrfach Droysen (IV. 3, S. 303, V. S. 94) spricht.

schlossenen Vertrag verbundenen dänischen Hof warnte die sächsische Politik um die gleiche Zeit ebenfalls vor Preußen, im besonderen vor dem Thronfolger und suchte dort außerdem unter der Hand die Mißstimmung zu nähren, welche Streitigkeiten mit der Berliner Regierung wegen des Hamburger Handels erregt hatten.¹

Erst gegen Jahresende konnten Sachsens Staatsmänner erleichtert aufatmen, denn die schwersten Gefahren schienen abgewendet. Von dem genesenden preußischen Könige war nach allem in Zukunft nicht zu erwarten, was im Falle seines Todes von seinem Erben mit großer Wahrscheinlichkeit zu befürchten stand; die russische Kaiserin war, wie man wußte, auf Frankreichs Vorschläge in keiner Hinsicht eingegangen, dessen Gesandter mußte unverrichteter Dinge aus Petersburg wieder abreisen; allmählich verringerten sich endlich auch die Besorgnisse, daß Kurbayern noch in den Kampf eintreten werde.

Während des Dezember waren indessen gegen eine von Westen her noch drohende Invasion weiterhin vorläufige Vorkehrungen seitens der Dresdner Minister im Verein mit dem Geheimen Räte und Kriegsratskollegium beraten und getroffen worden.² Denn die mannigfachen Meldungen und Gerüchte über die gefährlichen Absichten und die mit Hilfe französischer Subsidien betriebenen Rüstungen Kurbayerns setzten Regierung wie Bevölkerung in Aufregung und zeitweiligen Schrecken. Vor allem ließ man die Vorräte in den Magazinen ergänzen³, ersuchte (unter dem 7. Dezember) die ernestinischen Vettern um Mitteilung ihrer getroffenen Schutzmaßnahmen und etwaiger feindlicher Bewegungen, versorgte besonders die Grenzstädte mit Gewehren und Munition, drang auf Befolgung der in den beiden Mandaten erlassenen Anordnungen, beschleunigte die Komplettierung der Kreisregimenter, aus denen die geeignetsten Mannschaften für das stehende Heer ausgehoben wurden⁴, und setzte die Anwerbung von Rekruten im eigenen Lande fort, die infolge der Saumseligkeit der Bevölkerung teilweise nicht glatt vonstatten ging.⁵ Neue Kundschafter

¹ Ordre an Plessen, d. d. Warschau, 8. Dez. Loc. 3435.

² Konferenzprotokoll vom 7. Dez. (Wack-Salm. an Friedr. Aug., d. d. Dresden, 8. Dez.) Bericht der geh. Räte, 20. Dez. (Loc. 2251. Vol. II.)

³ In den Land- und Festungsmagazinen waren 47410 Zentner 70³/₄ Pfund Mehl, 9322 Scheffel 14 Metzen Korn und 15 491 Scheffel 1¹/₂ Metze Hafer vorhanden. (Bericht vom 11. Dez. Ebda.)

⁴ In Dresden trug man Bedenken, die Landbevölkerung zu bewaffnen und durch die Miliz einzuexerzieren; die Warschauer Ordre vom 15. Dez., die dies angeordnet hatte, blieb infolgedessen unausgeführt. Man wollte die schädlichen Rückwirkungen auf das Wirtschaftsleben vermeiden und die Angst der Bevölkerung vor einem feindlichen Einfall nicht noch vergrößern; man befürchtete, daß sonst das Bargeld zum Schaden der bevorstehenden Leipziger Ostermesse außer Landes gebracht würde, die Unverheirateten die Flucht ergriffen usw. (Bericht der geh. Räte, d. d. Dresden, 31. Dez. Ebda.)

⁵ Bericht Milckaus, d. d. Dresden, 20. Nov., Ordre an Milckau, d. d. Warschau, 27. Nov. Ebda.

wurden ausgeschickt, der Oberkriegskommissar Kopp nach Nürnberg und Premierleutnant von Eben nach Eger, um über die Beziehungen zwischen Österreich und Bayern, kaiserliche Gegenmaßnahmen, die militärischen Vorgänge und etwaige gefährliche Truppenkonzentrationen zu berichten¹; zu dem gleichen Zwecke wurde im geheimen wieder Oberstleutnant du Quesne über Augsburg nach München entsandt.² Nach wie vor hütete man sich angesichts der Lage schließlich auch, erneute übermäßige Forderungen der Hofburg zu erfüllen.

Dringender als je verlangte diese seit Ende November die ungesäumte Bereitstellung aller verfügbaren sächsischen Truppen und überdies die sofortige Absendung der marschfähigen bis in die Gegend der Oberpfalz unter der Begründung, dadurch einen Druck auf Bayern, das stark mit Hilfe französischer Subsidien rüste, auszuüben und es von der Verbindung mit Frankreich abzuziehen. Obwohl sie anerkannte, daß der Unterhalt von 35 000 Mann Sachsens Kräfte übersteige, forderte sie dennoch außerdem die Übernahme von 4000 Mann Soldtruppen, die von Hessen-Kassel im kommenden Frühjahr dem Vernehmen nach zu erhalten seien; sie mahnte, keine Kosten und Mühen zur Beschleunigung der Pazifikation in Polen zu scheuen und der Zarin, zumal im Hinblick auf die gefährlichen Absichten des Hauses Bourbon in Petersburg und die Neigung des preußischen Kronprinzen für Stanislas, keinen Anlaß zu neuen Klagen über laues Vorgehen zu geben.³ Daß ein Grund hierzu nicht vorlag, wurde sofort in der sächsischen Antwort vom 1. Dezember energisch hervorgehoben, während man hingegen keine Hoffnung gab, irgendwelche Truppen vor dem nächsten März ins Feld zu stellen; man erklärte sich aber wenigstens bereit, die Kosten für die hessischen Hilfstruppen als sächsisches Kontingent zu erstatten, wenn sie der Kaiser zum Frühjahr erhalte. Man verhiess dann im allgemeinen Unterstützung bei einem bayerischen Angriffe, riet zu Sicherheitsmaßnahmen an den österreichischen Grenzen — worüber sich die Hofburg nie ausgelassen hatte⁴ — sowie zur genauen Erforschung der verdächtigen Beziehungen des Münchener Hofes und gab schließlich zu bedenken, ob es nicht ratsamer sei, eine weitere Vermehrung der Zahl der Feinde, besonders im Hinblick auf die so unsichere Hilfe der Seemächte, zu vermeiden.⁵

¹ Ihre Berichte sollten beruhigend lauten. (v. Eben an den Oberstleutnant v. Alnpeck, d. d. Zwickau, 8. Jan. Kopp an Milckau, d. d. Nürnberg, 8. Jan., d. d. Plauen, 12. Jan. 1735. Kopien ebda. Bericht der geh. Räte, 21. Jan. Ebda.)

² Mémoire pour Mr. le Lieut. Colonel Du Quesne, d. d. Warschau, 10. Dez. (Konzept ebda.)

³ Promemorien Wratislaws, d. d. Warschau, 29. Nov. u. 1. Dez. mit Extrakten der kaiserlichen Reskripte vom 13. u. 24. Nov. (Loc. 3166. Vol. I.) Zech, d. d. Wien, 24. Nov. (Loc. 2904. Vol. III.)

⁴ Brühl an Wack.-Salm., 8. Dez. Loc. 2251. Vol. II.

⁵ Sächsische Antwort, d. d. Warschau, 1. Dez. Loc. 3166. Vol. I.

Trotz dieser offenen Absage beschäftigte den Warschauer Hof im geheimen jedoch auf kurze Zeit ernsthaft der Gedanke einer außergewöhnlichen Unterstützung Österreichs gegen Bayern. Er faßte eine sehr hohe Vorbedingung dazu ins Auge; sie bestand in der Verheiratung der ältesten Kaisertochter mit dem sächsischen Kurprinzen Friedrich Christian. Ein Versuch, für diesen die Hand einer anderen aller Voraussicht nach wichtigen Erbin, nämlich die der Zarinnichte Anna, zu gewinnen, war im November des Vorjahres unternommen worden; Brühl ließ damals diese Verbindung dem Grafen Biron vorschlagen¹, ohne jedoch Entgegenkommen zu finden. Nun trat ein altes, vergeblich verfolgtes Ziel der Politik Augusts des Starken² abermals zutage, und gleichzeitig wurde offenbar, daß unter seinem Nachfolger die sächsischen Staatsmänner trotz dessen Anerkennung der pragmatischen Sanktion ausnahmslos an den Ansprüchen des Wettinerhauses auf das habsburgische Erbe festhielten, die im Falle einer Verwirklichung des wieder aufgetauchten Heiratsprojektes unbestreitbaren Rechtsboden erhalten haben würden.

Unter dem 4. Dezember ersuchte von Warschau aus der Kurfürst-könig³ zunächst die Dresdener Minister und geheimen Räte, danach auch den sächsischen Gesandten in Wien Adolph von Zech und den Grafen von Manteuffel um Gutachten über das künftige Verhalten zu einer Truppenhilfe gegen Bayern, über etwaige Verpflichtung, Zweckmäßigkeit und auszubedingende Gegenleistungen für ein gemeinsames aggressives Vorgehen mit Österreich. Zugleich fragte er an, inwieweit dem offenbaren gefährlichen Ziele⁴ der bayerischen Politik, ihren Kurprinzen mit der älteren Erzherzogin zu vermählen, beizeiten vorgebeugt werden könne durch die Forderung von deren Verheiratung mit dem eignen Kurprinzen gegen eine dem Kaiser im Notfalle zu leistende außerordentliche Hilfe.⁵

¹ Brühl an Le Fort, 7. Nov. 1733. (Loc. 3017.) Den Anlaß gab eine Meldung Le Forts vom 13. Okt., daß die Hochzeit Annas mit dem Prinzen von Biron wegen dessen Gesundheitszustand aufgeschoben sei; der Gesandte riet gleichzeitig, selbst einen Gemahl vorzuschlagen. Biron antwortete inhaltend: es bedürfe der Überlegung, wies auch dabei auf den Altersunterschied zwischen dem 12jährigen Kurprinzen (geboren 5. Sept. 1722) und der um 4 Jahre älteren mecklenburgischen Prinzessin hin. (Le Fort an Brühl, 8. Dez. Loc. 3552. Vol. II.)

² Über Augusts des Starken Pläne, einen seiner Enkel mit Maria Theresia zu vermählen, vgl. Philipp, S. 23 ff.

³ In Form von 6 Fragepunkten, d. d. Warschau, 4. Dez. 1734 (Loc. 2251. Vol. II.), an Wackerbart-Salmour, Gersdorff u. Zech, die mit den geh. Räten beraten sollten; am 8. Dez. wurden sie Adolph v. Zech und am 22. durch Brühl an Manteuffel geschickt.

⁴ Das hatte soeben erst Zech, d. d. Wien, 24. Nov., als wahrscheinlich hingestellt. (Ebda.)

⁵ „5.) Wieweit Wir des Bayerischen Hofes vermeintliche Absicht, daß die ältere Carolinische Erzherzogin dem Churprinzen von Bayern aufbehalten werden möchte, in Ansehung des daraus Unserm Königl. Churhaube vorzüglich eventuellen Successions-Rechte beym Erz-Hauße Oester-

Diese Anregung fand aber nicht im geringsten die Billigung der Dresdner Minister und Räte.¹ Übereinstimmend rieten sie von einer Einmischung in den Konflikt zwischen Karl VI. und Karl Albert sowie von Offensivmaßnahmen gegen letzteren ab, bevor er nicht selbst zum Angriff übergegangen und zum Reichsfeind erklärt worden sei. Sie betonten auf Grund des 4. Bündnisartikels die Rechtmäßigkeit der bisherigen und einer weiteren Verweigerung der Hilfstruppen, solange die Generalpazifikation in Polen noch nicht erzielt und für den Schutz der Erblande angesichts der Haltung Frankreichs und Bayerns und der Stellungnahme des preußischen Kronprinzen Sorge zu tragen sei. Gleichfalls auf Grund der geschlossenen Allianz habe der Kaiser sich entschuldigt, Truppen nach Polen zu senden. Betreffs Bayerns könnte der König dem Kaiser zurzeit allein gute Dienste und nur für den Fall einer günstigeren Lage die Stellung einer höheren Zahl als das Reichskontingent anbieten. Nach all den Opfern an Geld und Soldaten sahen die Konferenzminister und geheimen Räte keine Möglichkeit, jetzt Österreich eine außergewöhnliche Hilfe zu bewilligen. Sie waren überdies der Meinung, daß aller Berechnung nach trotz allem Maria Theresia mit dem lothringischen Herzog Franz Stephan vermählt werden würde. Sollte der Kaiser sie dennoch aus politischen Gründen nicht mit ihm verheiraten, um ehrenvoll aus dem unglücklichen Kriege herauszukommen, so würde sicherlich zunächst das spanische oder bayerische Haus bevorzugt werden. Und dem könne sich Kursachsen offen nicht widersetzen. Hätte man Gewißheit, daß Bayern für die Verwirklichung seines Heiratsprojektes Truppen angeboten habe, so könnten hiergegen im geheimen entsprechende Winke zum Widerstande an die Mächte ergehen, die, wie Spanien, ähnliche Heiratspläne hegten, und an die, welche — so die Seemächte — europäische Unruhen befürchten würden. Allein im Falle eines offensichtlichen Erfolges dürfte versucht werden, den sächsischen Kurprinzen — der nur fünf Jahre jünger als Maria Theresia war, während der bayerische zehn Jahre weniger zählte — in behutsamer Weise, unter Hinweis auf den geringeren Altersunterschied, vorzuschlagen und als Gatte annehmbar zu machen.

Gleichfalls durchaus ablehnend verhielten sich zu dem Warschauer Heiratsplane Graf Manteuffel und Adolph von Zech²; beide, besonders der letztere, befürworteten jedoch eine wirksame Unterstützung

reich, erwachsenden praejudicii u. Nachtheils, bey Zeiten vorbeugen, u. ob Wir uns nicht vielmehr 6.) dergleichen Mariage vor Unsers Königl. u. Chur-Prinzens Lbd., gegen eine Ihro Maj. dem Kayser in der Noth leistende extraordinairn Hilfe stipuliren könnten?“ usw.

¹ Gutachten von Wackerbart-Salmour, Gersdorff und Bernh. v. Zech, d. d. Dresden, 11. Dez., der geh. Räte v. Miltiz, v. Gersdorff, v. Leipziger und Bernh. v. Zech, d. d. Dresden, 14. Dez. (Loc. 2251. Vol. II. u. Loc. 3368.)

² Gutachten Manteuffels, d. d. Berlin, 7. Jan. 1735 (Loc. 456. Vol. 24.), das Adolph v. Zechs, d. d. Wien, 16. u. Relatio separata, 23. Dez. 1734. (Loc. 2251. Vol. II.)

des Kaisers, um sich seine unentbehrliche Freundschaft zu erhalten und einem weiteren Vordringen der Franzosen Einhalt zu gebieten.

Der sächsische Gesandte in Wien schlug sogar die Stellung von weiteren 6000 Mann an den Rhein zum Frühjahr neben der des hessischen Korps vor, damit durch einen derartig großen Dienst sich Kaiser und Zarin verpflichtet fühlten, auch künftighin Sachsens Interessen zu vertreten; dann sei von ihnen ein desto größerer Widerstand gegen eine etwaige „Retablierung“ Leszczynskis zu erwarten; Preußen werde keine feindlichen Unternehmungen wagen; gegen etwaige Einfälle der Polen genügten in den Erblanden die Landmiliz und 6000 Mann. Als Äquivalent meinte er dabei aber doch noch eine Reihe von Gegenforderungen anbringen zu können: zunächst Beschleunigung des Prozesses wegen der jülichischen Ansprüche, welche trotz bisheriger, namentlich unter dem 10. Juni ergangener Vorstellungen in keiner Hinsicht erzielt worden war; nach dem Tode des pfälzischen Kurfürsten Karl Philipp Überlassung von Jülich oder entsprechende Entschädigungen — wie z. B. durch das sulzbachische Fürstentum —, zum mindesten aber ein Versicherungsdekret über den Schutz der sächsischen Rechte; weiter dann künftige Befreiung von der besonderen Lehnsempfängnis der Stifter Merseburg und Naumburg, Abstellung und vertragsmäßige Regelung von Handelsbeschwerden — wie Aufhebung des Verbotes der Holzausfuhr aus Böhmen und der gegen die Oberlausitz verhängten Handelssperre —, schließlich die schon oft seit zwei Jahrzehnten geforderte Bezahlung rückständiger Subsidien.¹ Daß der Münchner Hof sich alle Mühe gab, für seinen Kurprinzen die Hand der älteren Erzherzogin zu erlangen, bestätigte nunmehr Zech. Er berichtete, in welcher Weise der bayerische Minister Graf von Törring die Ansprüche seiner Regierung auf das österreichische Gesamterbe begründete, daß sie sich mit Böhmen beim Zustandekommen der Heirat begnügen wolle, daß gegen diese

¹ Die Gesamtforderungen Sachsens an die kaiserliche Hofkammer betragen, einschließlich der Zinsen, 942 167 Gulden 53 Gr. 3 $\frac{1}{2}$; im einzelnen beliehen sie sich auf 766 937 Gulden Subsidien für die sächsischen Hilfstruppen, welche 1712 nach dem Ausscheiden Englands aus der „großen Allianz“ englische Dienste mit kaiserlichen vertauscht hatten, die schon erwähnten 71 559 Gulden 13 Gr. 3 $\frac{1}{2}$ für die drei 1718 nach Ungarn überlassenen Regimenter und 103 671 Gulden 40 Gr. an Marschspesen für kaiserliche Truppen, die in den Jahren 1711—1718 durch Sachsen gezogen waren. — Am 7. Nov. 1733 waren die Forderungen an Graf Sulkowski gegen ein von ihm gegebenes „Äquivalent“ abgetreten worden. Verschiedentlich ließ man der Hofburg Kompensationen vorschlagen: so wollte Sulkowski sich mit angemessenen Gebietsstücken begnügen, dann wurde auch ein Vorschlag des sächsischen Hofrats v. Lautensac, der in Wien besonders die Arreragsache betreiben mußte, gebilligt, die sächsischen Römermonate anrechnen zu lassen. (Sulkowski an Lautensac, 13. Aug. Ordre an Lautensac, 13. Aug. 1734. Loc. 2874. Vol. I.) Gemäß seines Gutachtens vom 16. Dez. wurde dann auch am 29. Zech beauftragt, erneut auf die Liquidation zu dringen. (Loc. 3410.) Doch alle Bemühungen waren und blieben völlig ergebnislos.

aber von kaiserlicher Seite als Hinderungsgrund der große Altersunterschied, wie gegen eine Vermählung mit dem sächsischen Kurprinzen dessen schwacher körperlicher Zustand angeführt worden sei. Sollte Frankreich künftig, etwa in Friedensverhandlungen, die bayerischen Erbansprüche zum Schaden der Augusts Posterität zustehenden Rechte unterstützen, dann hielt zwecks Abwehr der sächsische Gesandte ein Zusammengehen mit der Hofburg für geraten. Auch er glaubte nicht daran, daß auf die Wahl des lothringischen Herzogs zum Gemahl Maria Theresias verzichtet werden würde, und bezeichnete ebenfalls als das nächstliegende Ziel die Herstellung der Ruhe in Polen, um danach unbehindert den Ereignissen, die Sachsens Interesse berühren würden, gegenüberstehen zu können. So sehr schließlich Graf Manteuffel auch den hohen Wert einer dynastischen Verbindung zwischen dem wettinischen und habsburgischen Hause für Sachsens Großmachtsbestrebungen hervorhob, sprach er sich dennoch dagegen aus und berief sich hierbei auf seine ehemalige gleiche Stellungnahme unter August dem Starken; er wollte die zu erwartende peinliche Absage vermieden sehen und vor allem den Argwohn des Kaiserhofes nicht vorzeitig auf Absichten lenken, denen die Zukunft günstiger sein werde.

So wie es die eingelaufenen Antworten ohne Ausnahme angeraten hatten, geschah es: die sächsische Politik schritt in Wien nicht zu einer neuen Inangriffnahme des Heiratsprojektes. Unter dem Druck der politischen Lage und um keinen Verdacht, daß sie alte Pläne wieder auftauchen lassen wolle, zu erwecken, mußte darauf verzichtet werden, die Hand der kaiserlichen Erbin oder auch nur ihrer Schwester als Preis für die geplante Gegenleistung zu fordern. Daran, derartige Bedingungen zu stellen, konnte auch später nicht gedacht werden, als wieder Werbungsversuche fremder Mächte bekannt wurden, so als im nächsten Jahre Spanien sich um eine der beiden Erzherzoginnen für Don Karlos mit Unterstützung des britischen Kabinetts eifrig zu bemühen schien¹, und als kurz vor der Vermählung Maria Theresias mit Franz Stephan (12. Februar 1736) die Gerüchte von einer baldigen Verheiratung² ihrer jüngeren Schwester Maria Anna mit seinem Bruder Karl Alexander sprachen.

¹ Zech an Brühl, d. d. Wien, 8. Jan. 1735. (Loc. 2904. Vol. IV.) Zech, 8. Juli, an Brühl, 27. Juli; Zech, 3. Sept. (Loc. 2904. Vol. V.)

² Daß diese sehr wahrscheinlich sei, äußerte damals die Kaiserinwitwe Amalie zum sächsischen Gesandten; dieser unterließ daraufhin nicht, ihre Blicke (in Erinnerung an das Reskript vom 8. Dez. 1734) auf Friedrich Christian zu lenken. Jetzt stellte er seinem Hofe den besonderen Wert von dessen Verbindung mit der jüngeren Erzherzogin vor, weil das „der Posterität des kgl. Hofes bereits zustehende eventuelle Successionsrecht“ auf die österreichischen Lande dadurch noch weiter befestigt und in „eine mehrere Gewißheit und näher anscheinende Hoffnung gesezt“ werden würde, zumal da sie „eine mehr vigoureuse Leibeskonstitution“ als ihre ältere Schwester besitzen solle und die Blattern schon überstanden habe. (Zech, 3. Febr. 1736. Loc. 2871. Die Vermählung der ältesten R. K. Erzherz. Marien

Noch irgend welche andere Gegenbedingungen — wie es etwa Adolph von Zech vorgeschlagen hatte — für eine Truppenhilfe an den Rhein zu stellen, wagte man schließlich in Warschau auch nicht, denn diese hatte der Kaiserhof im Laufe des Dezember erneut und zwar in scharfer und drohender Weise gefordert.¹ Er verlangte da 12 000 Mann, mindestens aber so viel, als die Garnisonen aufbringen könnten, bereits Mitte März sollten sie am Rheine eintreffen. Ihre Stellung wurde wieder als die beste Sicherung für Kursachsen bezeichnet, für welche Sorge getragen, die aber weit schwieriger sein werde, wenn der Feind erst im Herzen des Reiches stehen würde; Rußland werde mit dieser Anzahl einverstanden sein, da es bereits vor der Kapitulation von Danzig den Abmarsch von 10 000 Mann Sachsen an den Rhein beantragt habe; im Falle einer längeren Weigerung würden nicht nur die Grenzen unbedeckt bleiben, sondern man werde sich auch nicht mehr an eingegangene Verpflichtungen gebunden betrachten, und Kaiser wie Zarin würden Grund zu verminderter Anteilnahme an den polnischen Dingen erhalten.

Trotz dieser unverhüllten Drohungen rieten aber Sulkowski und Brühl, indem sie nun ebenfalls ein Einmischen irgendwelcher Art in die Beziehungen zwischen Österreich und Kurbayern von der Hand wiesen, zu keiner höheren Unterstützung als zu den vertragsmäßigen 6000, oder, könnten die 4000 Hessen übernommen werden, bis zu 4000 Mann regulärer Truppen; durch diese bestimmte Zusage², zu der man sich endlich nach so langem Sträuben entschloß, sollte vornehmlich der Gefahr eines Bruches seitens der Hofburg vorgebeugt werden. Am 3. Januar 1735 wurde der gefaßte Beschluß dem kaiserlichen Gesandten übermittelt. Zwar rechnete man in Warschau mit der Möglichkeit, daß dessen Hof weiter auf den Abmarsch der sämtlichen in den Kurlanden stehenden Feldregimenter dringen und sich von neuem auf ein Anerbieten der Stellung von 12 000 Mann berufen würde, das Sulkowski während seines Aufenthaltes beim Reichsheere dem Prinzen Eugen gemacht habe. Dem sollte jedoch Zech entgegenhalten, daß es in der Voraussetzung einer vor dem Winter erzielten vollständigen

Theresien 1721—36.) Vorschlägen Zechs, den Kurprinzen auf vorsichtige Weise durch Vertraute, wie Amalie und den in Wien weilenden Pater Guarini, zum Gemahl Maria Annas beim Kaiser annehmbar zu machen, wurde sicherlich in der Folge durch heimliche Bemühungen nachgekommen und darüber unter der Hand und bei passender Gelegenheit das Terrain sondiert. Aber offen und in Form einer Forderung wagte jedenfalls die sächsische Politik nie mehr, in Wien mit diesem Heiratsprojekte hervorzutreten.

¹ In einem umfangreichen Promemoria vom 11. Dez., das Sinzendorff übergab. (Zech, d. d. Wien, 15. Dez.) Gleichen Inhalts war, auf Grund eines kaiserlichen Reskriptes vom 11., ein von Wratislaw am 28. in Warschau überreichtes Promemoria. (Loc. 3166. Vol. I.)

² „Pour ne point frayer à l'Emp. le chemin de rompre un jour en visière avec S. M. et de faire sa convenience à ses depends.“ (Gutachten Sulkowskis und Brühls, d. d. Warschau, 1. Jan. 1735. Loc. 3166. Vol. II.)

Pazifikation erfolgt sei und danach auch erfüllt worden wäre; im übrigen mußte er nach wie vor auf die Allianzbestimmungen verweisen.¹

Vorübergehend hielten es auch Sachsens Staatsmänner für nicht ausgeschlossen, daß der Wiener Hof die Weigerung, eine höhere als die allianzmäßige Hilfe zu gewähren, benutzen könnte, um sie eines Tages ins Unrecht zu setzen und absichtlich durch die für sie unerfüllbaren Forderungen schon immer auf einen ungünstigen Frieden vorzubereiten; denn sie hatten über Petersburg Kenntnis von dem Rat und dem Anerbieten des preußischen Königs an den Kaiser erhalten, diesem bei einer Aufgabe der Interessen Augusts in der polnischen Sache vorteilhafte Friedensbedingungen von Frankreich zu verschaffen². Trotzdem änderten sie in keiner Weise ihre ablehnende Haltung.

In mehreren Konferenzen der Dresdner Minister, in verschiedenen Protokollen und Denkschriften ward deren Rechtmäßigkeit begründet und dargelegt, daß es unmöglich sei, Österreichs wegen die eigenen Kräfte noch mehr anzuspannen; anderseits erhob man aber auch wieder Einspruch³ gegen die beständigen Vorwürfe des kaiserlichen Kabinettes, die man hier und in Petersburg, wo sie mit den Forderungen ebenfalls angebracht worden waren⁴, stets zurückweisen ließ.

Denn häufig maß die Hofburg, welche der Erfüllung ihrer Wünsche auch den Anschein einer Verpflichtung zu geben suchte, der Königswahl Friedrich Augusts die Schuld am Ausbruche der Feindseligkeiten, an ihren Niederlagen und Verlusten bei, gab vor, daß nur ihm zum Besten geschehen sei, was der Kaiser gelitten. Nie blieben diese Argumente unwidersprochen. Ihnen wurde vor allem entgegengehalten, daß der Krieg auch ausgebrochen wäre, wenn eine Wahl Augusts nicht stattgefunden hätte, weil dann die kaiserlichen Höfe gemäß der früheren Vereinbarungen über den dauernden Ausschluß von Stanislas eben einen andren Kandidaten unterstützt hätten; daß die sächsischen Truppen erst nach der erfolgten Wahl und Einladung in Polen eingerückt seien und nachdem schon einige Wochen zuvor Frankreich den Krieg erklärt habe. Außergewöhnliche Dienste des Wiener Hofes glaubte man überhaupt nie anerkennen zu müssen. Trotz Ansuchens hatte er ja keine Truppen nach Polen gesandt, die vertragsmäßige Waffenhilfe somit nicht geleistet; die von ihm dort verteilten Bestechungsgelder waren größtenteils nicht der sächsischen Sache zugute gekommen und vor Abschluß des Bündnisses nicht direkt im Interesse des Kurfürsten verwandt worden; die Erlaubnis für Durchmärsche der sächsischen Truppen, die stets in Schlesien ihren Unterhalt teuer bezahlen mußten, konnte kaum sehr hoch angerechnet werden, zumal wenn man in Vergleich

¹ Ordre an Zech, 5. Jan. Ebda.

² Lynar, 21. Dez. 1734. Loc. 3672. Vol. IV.

³ Konferenzen zwischen Wackerbart-Salmour, Gersdorff und Bernh. v. Zech, d. d. Dresden, 11. Jan. (Loc. 2873.), 18. Jan. (Loc. 945.), 21. Jan. 1735. (Loc. 3368.)

⁴ Lynar, 21. u. 25. Dez. 1734. Loc. 3025. Vol. II.

zog, daß auch kaiserlichen Korps der Durchzug durch kursächsisches Gebiet gestattet worden war ebenso wie den preußischen Hilfstruppen. Man berief sich auf die verschiedentlichen Bemühungen um Soldtruppen und stellte vor, daß man an deren Erfolglosigkeit schuldlos sei; besser als andere säumige Reichsstände glaubte man die bisher nicht erfolgte Absendung des Reichskontingents mit den Invasionsgefahren begründen zu können; immer wurde hervorgehoben, daß Sachsen eigentlich erst dann zur Stellung der 6000 Mann verbunden sei, wenn jene nicht mehr drohten und das Pazifikationswerk in Polen vollständig beendet sei.

Letzteres war aber noch keineswegs der Fall. Außerdem schienen gerade um diese Zeit im Osten mehr als je neue Verwicklungen in Gestalt eines Krieges zwischen der Türkei und Rußland bevorzustehen, der von dessen Seite schon seit Jahren erwogen wurde; dafür, daß es allen Eroberungen in Persien entsagt hatte, strebte es nach Ersatz des hier Verlorenen auf Kosten der Pforte.¹ Nachdem schon seit Jahresfrist² mehrfach Anzeichen des Ausbruches dem Warschauer Hofe bekannt geworden waren, ließ er sowohl bei Rußland als bei Österreich in geeigneter Weise um Aufschub des offenen Konfliktes mit der Türkei ersuchen. Denn mußte dieser stets für die Republik Polen wegen ihrer Lage drohende Unzuträglichkeiten im Gefolge haben, so wäre er während der hier noch fortdauernden Wirren dem Kurfürstkönige noch unwillkommener gewesen. Es lag dann nicht nur nahe, daß die in Polen stehenden und bis auf weiteres unentbehrlichen russischen Truppen zum Kampfe gegen die Pforte verwendet werden würden, sondern bei einem Angriffe der letzteren war er auch verpflichtet, der Zarin gemäß des geschlossenen Defensivbündnisses 3000 Mann zu überlassen. Über seine Stellungnahme zu einer „allianzmäßigen Gegenverfassung“, die beizeiten „bearbeitet werden müßte“, hatte sich ihr Hof bereits zu informieren gesucht. Auf ein entsprechendes Promemoria, das am 3. Dezember 1734 der russische Gesandte Graf Hermann von Keyserling überreichte und in dem auf Grund der gefährlichen Nachrichten aus Konstantinopel auch wieder die Notwendigkeit der möglichst schnellen Pazifikation betont wurde, war in der Antwort vom 13. Dezember Bereitwilligkeit erklärt worden, sich darüber allianzmäßig zu „verstehen und was darunter möglich ins Werk zu richten“.³ Eingehende Anfragen betreffs Friedrich Augusts Haltung bei einem Türkenkriege bildeten sodann — neben einer Reihe von Ratschlägen, welche die Beilegung der polnischen Wirren betrafen — den Inhalt eines umfangreichen

¹ Vgl. die neueste zusammenfassende Darstellung von H. Uebersberger, Rußlands Orientpolitik, S. 158 ff.

² Lynar, 30. Jan. 1734 (Kopie Loc. 3347.); Ordre an Zech, d. d. Krakau, 25. Febr. (Ebda.) Zech, d. d. Wien, 6. März, Zech an Brühl, 21. April. (Loc. 2904. Vol. II.)

³ Antwort Sulkowskis u. Brühls, d. d. Warschau, 13. Dez. Kopie. Loc. 3672. Vol. IV.

„schriftlichen Antrages“, der dem Grafen Lynar am 17. Dezember in einer zwischen ihm, den russischen Ministern Löwenwolde, Ostermann, Tscherkaski und den beiden österreichischen Gesandten abgehaltenen Konferenz überreicht wurde.¹ Im besondern fragte man hier in vier formulierten Punkten an, wie der König sich stellen werde, 1. wenn die Pforte Rußland allein, 2. die beiden kaiserlichen Höfe zugleich, 3. Österreich allein angreifen würde, und 4. in welcher Weise er im Falle des Nichtausbruches des Türkenkrieges dem Kaiser und der gemeinsamen Sache nachdrücklichen Beistand leisten wolle und könne. Sachsen verhiess daraufhin in seiner Antwort, die Lynar mündlich zu überbringen hatte, daß es bei einem Angriffe auf Rußland 3000 Mann seiner in Polen stehenden Truppen, unter Umständen noch mehr, stellen werde, ebenso im Falle eines gleichzeitigen Angriffes auf Österreich; dem Kaiser stellte es anderseits das allianzmäßige Hilfskorps zur Bedeckung seiner Erblande in Aussicht, sobald er die gegen Frankreich zu überlassenden Truppen nicht mehr am Rheine brauche. Sodann bezog man sich auf die nach Petersburg bereits (6. Januar) mitgeteilten Zusagen an den Kaiser, daß er zum Frühjahr 6000 bzw. 8000 Mann erhalten werde, während in Polen 15 000 Mann zur Verfügung stehen würden. In zwei anderen Fragen jedoch lautete die von Warschau ergangene Antwort nicht so bestimmt. Es war nämlich gleichzeitig in Petersburg die etwaige Beteiligung Polens an einem künftigen Türkenkriege — die einige Jahre später den Gegenstand eingehender Verhandlungen bilden sollte — zur Überlegung gestellt sowie der Erlaß einer Deklaration seitens des Königs und der Stände an die Pforte mit dem Inhalte, daß sie den beiden Kaiserhöfen gemäß ihrer Verträge beistehen würden, angeregt worden. Hierzu wollte zwar der König persönlich sich verwenden, ließ aber einen Erfolg seiner Bemühungen ganz dahingestellt, da er an die Reichsverfassung und die Pacta Conventa gebunden sei. Überdies gab er der Hoffnung Ausdruck, daß die angedeutete allmähliche Konzentration der russischen Truppen noch eine Zeitlang aufgeschoben, zum mindesten dem Pazifikationswerke nicht nachteilig sein werde, erwähnte auch, daß er erwartet habe, der Kaiser werde auf die ihm und dem Reiche zu leistende Hilfe vor der Beruhigung Polens nicht dringen, erinnerte daran, daß hier über 20 000 anstatt der 12 000 Mann eingerückt seien, die einst die österreichischen und russischen Gesandten in Warschau verlangt hätten, erklärte schließlich, daß seitdem das sächsische Heer mehr als ein Drittel seines Bestandes verloren und seine Ergänzung und Vermehrung viel Zeit und „unsägliche Kosten“ verursacht habe.²

¹ Lynar, 21. Dez. (Ebda.) — Dieser schriftliche Antrag ist zum großen Teil wiedergegeben von E. Herrmann, *Gesch. d. russ. Staates*. (1849.) IV. S. 559 ff.

² Besondere Instruktion für Lynar und schriftliche Antwort auf den schriftlichen Antrag, d. d. Warschau, 17. Jan. 1735. (Loc. 3672. Vol. IV.)

Rußlands Wünsche in bezug auf die Art der Pazifikation Polens mußte der Kurfürstkönig bei der Lage der Dinge immer nach Möglichkeit berücksichtigen. Sein Kabinett, das vorsichtig und nur bei ersichtlichem Nutzen Gnadenbeweise durch Versprechungen und Verleihung von Würden und Geldsummen an die polnischen Großen auszuteilen suchte, konnte unter anderm nicht daran denken, Beförderungsvorschlägen des Petersburger Hofes, wie er sie nach wie vor häufig, z. B. auch in dem schriftlichen Antrag¹, zugunsten empfohlener Kandidaten unterbreitete, allzulangen Widerstand entgegenzusetzen, wenn es abweichender Meinung war. Als man in Warschau auch noch im Sommer wie schon seit Monaten zögerte, dem russischerseits, auch durch Briefe der Zarin Anna wiederholt vorgeschlagenen Bischof von Plock, Andreas Stanislas Zaluski, das Großsiegelamt der Krone zu verleihen², beschwor Graf Sulkowski schließlich mit Erfolg seinen Kollegen, nachzugeben und die russische Kaiserin nicht vor den Kopf zu stoßen, da man nächst Gott allein ihr gegenüber Ursache habe, in jeder Weise sich dankbar und verbunden zu zeigen.³ Jedoch der Hofburg kam Kursachsen in der noch wochenlang erörterten Frage einer außergewöhnlichen Erhöhung der Hilfstruppen an den Rhein, die sie pro causa communi und auch mit voller Verpflegung forderte, nicht entgegen; es nützte nichts, daß sie ihre Ablehnung oft beklagte und wiederholt nachteilige Folgen andeutete.⁴ Zu den geltend gemachten Gründen, die noch weiter gegen eine Gewährung sprachen, kam der hinzu, daß sie dann unter Umständen sich auch für berechtigt fühlen konnte, im Verlaufe des ferneren Kampfes gegen Frankreich und im Falle eines Türkenkrieges abermals außerordentliche Hilfsleistungen zu fordern. Eine fortwährende Quelle von Differenzen und ein ständiges Verhandlungsobjekt zwischen

¹ Vgl. Herrmann, a. a. O. S. 563 ff., 691 ff. — Er nennt diese Politik (S. 563) in voller Verkenntung der Sachlage und sehr einseitiger Weise „ehrlos“.

² Brühl an Sulkowski, d. d. Warschau, 13. Aug. Loc. 460. Vol. 50.

³ Sulkowski an Brühl, d. d. Mainz, 27. Aug. „Je conjure V. E. de faire les choses d'une façon que Nous ne desobligions pas la cour de Russie, car par ma foi il n'y a que Dieu et l'Imperatrice, à qui nous devons avoir tous les obligations et les menager le mieux qu'il nous sera possible.“ (Loc. 719.) Brühl hielt in seiner Antwort eine längere Weigerung nunmehr ebenfalls für unangebracht: „sans risque inevitable de la (Anna) choquer et d'alterer la bonne harmonie entre les 2 cours si necessaire pour la prosperité ulterieure de nos aff. Car V. E. a raison de dire qu'après Dieu nous n'avons d'autre soutien et appui que celui de l'Imp. de Russie.“ (Brühl an Sulkowski, d. d. Warschau, 14. Sept. Loc. 460. Vol. 50.)

⁴ Zech, 8., 19., 24. u. 26. Jan. Wratislaws Promemorien vom 3. u. 8. Febr. Sächsische Antworten vom 7. u. 11. Febr. Ordre an Zech, d. d. Warschau, 5. Febr., daraufhin dessen Promemoria vom 25. Febr. (Loc. 3166. Vol. II.) Brühl an Zech, 10. Febr. (Loc. 3333. Ib.) — Zech kam bei seinen Gegenstellungen ein Aufenthalt des Palatin von Krakau, des Fürsten Lubomirski, in Wien zustatten, der keine Hoffnung auf eine baldige Pazifikation hinterlassen hatte.

den beiden Kabinetten bildeten außerdem nach wie vor die gegenseitigen Geldforderungen. Wie der Kaiserhof immer vergebens auf Bezahlung der beiden letzten Termine der bewilligten Römermonatsdrang, so waren auch Sachsens Bemühungen, vor allem in den während dreier Monate sich noch hinziehenden Verhandlungen über die Art der Übernahme und Verpflegung der sächsischen Hilfstruppen, ganz umsonst, die rückständigen Subsidiengelder oder etwa gar Indemnisation für den Schwedeneinfall von 1706 und 1707, die gelegentlich in Wien und Regensburg angeregt wurde, zu erhalten; die Zeitumstände und die eignen leeren Kassen dienten beiden Seiten meist zur Entschuldigung. Lange sträubte sich die sächsische Politik, die verlangte, in dem Allianzvertrage aber nicht festgesetzte Verpflegung; der das Reichskontingent übersteigenden Zahl der Mannschaften zu übernehmen. Sie wollte dann sich dazu nur vorschußweise unter Garantie der Wiedererstattung nach einem Frieden und nach Regelung der Arreragensache verstehen¹; schließlich fügte sie sich des „guten Effects“ wegen, als im März plötzlich die Hofburg, um den Bedingungen aus dem Wege zu gehen, neben den Römermonaten nur noch auf dem Reichskontingent, nicht auch auf den übrigen 1900 Mann bestand.² Aus der Übernahme der hessischen Truppen ward nichts; der Aufbruch der 6000 Sachsen zur Reichsarmee aus ihren Sammelquartieren in den westlichen Kurkreisen erfolgte endlich Anfang Mai; der Mitte April von Warschau abgegangene Befehl dazu wurde sicherlich erst erlassen, nachdem für Sachsens Sicherheit, die vorübergehend noch einmal bedroht zu sein schien, nichts mehr zu fürchten war.

Der Widerstand, den die sächsischen und russischen Truppen in Polen noch immer fanden, nahm im Februar 1735 zum letzten Male einen größeren Umfang an. Er ging im wesentlichen von dem Palatin von Lublin, Jean Tarlo, aus, der mit ungefähr 10 000 Konföderierten, darunter aber nur 800 Mann regulärer Truppen, auf das linke Weichselufer und nach Großpolen zog. Während am 10. Februar zu Rzeszow mit der unter dem Kommando Joseph Potockis stehenden polnischen Kronarmee ein zwanzigtägiger Waffenstillstand abgeschlossen werden konnte, dem bald die volle Unterwerfung folgte³, waren vorläufig gleiche Verhandlungen gescheitert, die Johann Adolf von Sachsen-Weißenfels und Szembek, der Bischof von Cujavien, zu Czenstochow mit Tarlo, dem Woywoden von Lublin, geführt hatten.⁴ Durch dessen Scharen erlitten die verstreuten und schwä-

¹ Ordre an Zech, 5. Febr. Loc. 3166. Vol. II.

² Zech, 4. u. 26. März. (Ebda.) Ordre an Lynar, 2. April. (Loc. 3672. Vol. V.)

³ Vgl. Boyé, S. 303. — Konferenz, d. d. Warschau, 18. Febr. Brühl an Lynar, 4. März. (Loc. 3672. Vol. V.)

⁴ Friedr. Aug. an Anna und Ordre an Lynar, 18. Febr. (Ebda.) — Die gleichzeitige Bitte des Königs um ein Korps Dragoner und Kosaken

chereu sächsischen Abteilungen im Laufe des Februar verschiedene verlustreiche Niederlagen, so namentlich die des Generalleutnants von Birckholz bei Wittawa (19. Februar). In diesem Gefechte fiel den Polen neben der Bagage auch eine größere Geldsumme in die Hände; ein Umstand, den Sachsen benutzte, um in Petersburg ein nachgesuchtes Darlehen von 100 000 Dukaten zu begründen.¹ Trotz der Schwierigkeiten, die Graf Ostermann erhob, wurde es durch Biron's Vermittlung von der Zarin bewilligt.² Lange freilich konnte diese Summe, die Mitte Juni eintraf, den Hof Augusts nicht aus der finanziellen Verlegenheit, in der er sich dauernd befand, retten. Wie vorher bereits, so mußte er bald darauf wieder die Aufnahme auswärtiger Anleihen ins Auge fassen. Von Hessen-Kassel erhielt er im Mai ein Darlehn von 125 000 Talern ausgezahlt, über das seit Februar der sächsische Kammer- und Bergrat von Studnitz in Kassel verhandelt hatte. Man wollte es erst nur gegen Umtausch des Amtes Landeck — das auf Grund eines im April 1729 geschlossenen Rezesses wegen der Hanau-Münzenbergischen Erbschaft nach dem Tode des letzten Grafen von Hanau an Kursachsen fallen sollte — gewähren³; schließlich gab man hessischerseits nach und machte noch Hoffnung auf ein weiteres Darlehn von gleicher Höhe, wenn Sachsen auf den Austausch von Landeck oder wenigstens gewisser kleinerer Stücke der verglichenen Äquivalentsgebiete gegen vorgeschlagene neue einginge. Hierzu waren nun wegen deren geringeren Werte die Dresdner Räte nicht geneigt.⁴ Da man aber doch wieder notwendig Geld brauchte, so wurde Studnitz Ende Juli abermals nach Kassel entsandt, um unter den früheren Bedingungen um eine zweite gleich hohe Anleihe

zu seinem persönlichen Bedarf wurde russischerseits erfüllt; 6000 Russen kamen den sächsischen Truppen zu Hilfe. (Keyserlings Promemoria, 29. März. Ebda.)

¹ Friedr. Aug. an Anna und Biron, 28. Febr. (Kopien Loc. 3018.)

² Lynar, 17. März, an Brühl, 5. April. Versicherungsschrift Friedrich Augusts für die Zarin über die 100 000 Dukaten (275 000 Taler), d. d. Warschau, 2. April. (Ebda.) — Vgl. u. a. Herrmann, a. a. O. S. 693; K. Waliszewski, L'héritage de Pierre le Grand. Règne des femmes, Gouvernement des favoris. 1725—1741. (1900.) S. 256.

³ Studnitz, d. d. Kassel, 9. März. Promemoria des Statthalters Wilhelm, 7. März. (Loc. 2791. II.) — Unter dem 2. Jan. 1625 hatte Kaiser Ferdinand II. dem Kurfürsten Johann Georg I. für seine in Böhmen geleistete Hilfe die Anwartschaft auf die Grafschaft Hanau erteilt. Nachdem 1642 mit dem Tode des Grafen Johann Ernst die Hanau-Münzenbergische Linie erloschen war, folgte die Lichtenbergische. Das Haus Hessen-Kassel erhob, da es von der Hanau-Münzenbergischen Gräfin Amalie abstammte, gleichfalls Forderungen auf das künftige Erbe. Es verglich sich dann mit Kursachsen in zwei Rezessen von 1724 (4. u. 24. Febr.) und 1729 (22. April). Gemäß dem ersteren sollte nach dem Tode des Hanauer Grafen Johann Reinhard Sachsen von Hessen 600 000 Taler und ein Gebiet mit jährlichen Einkünften von 12 000 Taler erhalten; 1729 einigte man sich auch darüber und bestimmte hierzu neben dem Amt Landeck und Frauensee noch einige andere Gebietsteile.

⁴ Kopiabericht der geh. Räte, d. d. Dresden, 24. Mai. Loc. 2791. (I.)

nachzusuchen.¹ Doch diese Mission scheiterte², weil man jetzt in Kassel auf Umtausch der Äquivalentsgebiete bestand, in Dresden diesen aber ablehnte. Ebenso war der Versuch, in Hannover ein bedeutendes Darlehn von 5—6 Tonnen Goldes zu erhalten, vergeblich; als sich Studnitz hier unter der Hand erkundigte, machte der hannöversche Minister Gerlach Adolf von Münchhausen die Einräumung einer „Hypothek von Land und Leuten, z. B. von Eisleben“ zur notwendigen Voraussetzung.³

Nachdem Tarlo Karge und Lissa angegriffen und deren Umgegend geplündert hatte, gewannen während des März Gerüchte, daß er durch Krossen nach Kursachsen einbrechen werde, immer mehr an Boden. Die Bevölkerung in den Lausitzen, namentlich die ländliche, geriet in panischen Schrecken, zahlreiche Bewohner suchten die sicheren Stadtmauern auf, bis nach Dresden kamen Flüchtlinge. Sogleich wurden von hier und Warschau aus energische Vorbeugungsmaßregeln getroffen; während Johann Adolf in Großpolen die Verfolgung aufnahm⁴, wurden abermals verfügbare und in den Erblanden verteilte Truppen an der von militärischem Schutz entblößten Ostgrenze, zwischen Guben und Christianstadt, zur etwaigen Abwehr der polnischen Haufen zusammengezogen.⁵ Nach kurzer Zeit verschwanden diese jedoch wieder aus der Nähe der schlesischen Grenze; bis Mitte April wurden sie völlig zersprengt, und damit war die zum letzten Male drohende Gefahr eines feindlichen Einfalles glücklich abgewendet.

Graf Brühl hatte nicht die Meinung der noch einmal in große Besorgnis geratenen Dresdner Minister geteilt, welche dem preußischen Könige — dessen Zorn über den weiteren Gang der Dinge sich seit seiner Genesung immer mehr steigerte — einige große Soldaten durch Mantuffel überreichen lassen wollten, um seine Stimmung zu verbessern und zugleich auch die Erteilung der Erlaubnis zu einem möglichen Durchzuge der Polen durch sein Gebiet zu verhindern.⁶ Denn er

¹ Kopiabericht der geh. Räte, d. d. Dresden, 8. Juni. (Ebda.) Friedr. Aug. an geh. Räte und an Wilhelm, d. d. Warschau, 23. Juli. (Loc. 2791. II.)

² Studnitz, d. d. Kassel, 10. Sept. Ebda.

³ Henricke an Studnitz, 2. Aug. Studnitz an Henricke, d. d. Hannover, 21. Aug. Ebda.

⁴ Johann Adolf an Milckau, d. d. Karge, 19. März; d. d. Fraustadt, 22. März. Milckaus Berichte, d. d. Dresden, 23. u. 28. März. (Loc. 2251. Poln.)

⁵ Die Karabiniergarde, 200 Mann vom Gardedukorps, das Leibregiment zu Fuß, aus Dresden 8 Kompagnien vom Wilckeschen Regiment, außerdem ein Kommando Artillerie und 600 Mann des von dem Obersten Mezrad befehligten Kreisregiments; in die sechs Städte wurden auf Ansuchen der oberlausitzischen Stände 1200 Mann des Kleistschen Kreisregimentes verteilt. — Konferenzen, d. d. Dresden, 6. März (Loc. 461. Vol. 56.), 8. März (Loc. 945.); Bericht Milckaus, 8. März; Berichte der geh. Räte, 9., 12. u. 15. März; Ordre an Milckau, 15. März. (Loc. 2251. Poln.)

⁶ Wack.-Salm. an Brühl, 16. März. Konferenz, d. d. Dresden, 22. März. (Loc. 2251. Poln.)

bezweifelte sowohl diesen als auch die Zustimmung Augusts zu einem solchen Geschenke¹, nachdem seitens des preußischen Hofes dem Fürsten Joseph Wenzel von Liechtenstein, dem neuen kaiserlichen Gesandten in Berlin, auf seine Vorstellungen, Stanislas' Anhängern den Durchmarsch durch das Krossener Gebiet zu verwehren, erklärt worden sei, diesen infolge der beobachteten Neutralität und der Sachsens Truppen und Artillerie gewährten Durchzüge ebenfalls dulden zu müssen.² Auf Kaiser und Zarin sich verlassend, dachte der Warschauer Hof längst nicht mehr daran, durch irgendwelche Zugeständnisse Preußens feindliche Politik in einem ihm günstigen Sinne zu beeinflussen. Es störte ihn wenig, daß sie seinen Interessen wie in Wien so erneut in Petersburg entgegenarbeitete, wo Graf Mardefeld, wie man wußte,³ darauf angetragen hatte, Rußland solle aus Liebe für den Kaiser, dem deswegen keine Hilfe zuteil werden könne, die sächsische Sache preisgeben, oder daß zeitweise der Abschluß eines geheimen Bündnisses zwischen Preußen und Frankreich für eine Tatsache gehalten wurde. Nach seinem Inhalte, wie er an den verbündeten drei Höfen kursierte⁴, sollte das kurländische Herzogtum an Preußen, Polens Krone an Stanislas und nach seinem Tode als eine erbliche an den zweiten preußischen Prinzen fallen, der eine französische Prinzessin heiraten würde. Oft erhielt Sachsen wieder Kenntnis von all den zahlreichen Schritten und Äußerungen, welche wie früher so in der Folge die Sympathien Friedrich Wilhelms und seines Erben für das Geschick Leszczyńskis offenbarten. Es erfuhr noch manches Mal, wie mißgünstig und eifersüchtig die Berliner Regierung das immer mehr zutage tretende Gelingen der Befestigung Augusts beobachtete, und wie sie ständig hoffte und selbst auch darauf hinarbeitete, daß ihm in einem Frieden Polen vorenthalten und daß in diesem Punkte der französische Hof, mit dem sie weiter in engen Beziehungen blieb, seinen Kandidaten nicht aufgeben werde. Öffentlich, bei jeder Gelegenheit, sprach Preußens König von Friedrich August in den verächtlichsten Ausdrücken; so nannte er ihn einen Mantelsack und armen Einfaltspinsel und brachte ihm Pereats,

¹ Brühl an Wack.-Salm., 26. März. Loc. 461. Vol. 56.

² Ponickau, 11. u. 14. März. (Loc. 2994. Vol. III.) Manteuffel an Brühl, 15. März. (Loc. 456. Vol. 24.) Vgl. Droysen, IV. 3, S. 256. — Nach den Berichten aus Berlin äußerte auch Friedrich Wilhelm (am 11. März) zum kaiserlichen Residenten Baron v. Demrath und zu Liechtenstein, daß die Polen bereits an Sachsens Grenzen ständen; beiden gegenüber erbot er sich, im Notfalle Schlesien decken zu wollen.

³ Lynar, 1. Jan. — Am 5. April schrieb der Gesandte an Brühl: „Il n'est pas croyable combien Mardefeld cherche de voies pour contrecarrer tout ce qui se fait en notre faveur.“ (Loc. 3025. Vol. III.)

⁴ Ordre an Zech, 31. Jan. (Loc. 2984.), an Lynar, 31. Jan. (Loc. 3672. Vol. V.) Lynar, 22. Febr. (Loc. 3025. Vol. III.), Ponickau, 11. u. 14. März. (Loc. 2994. Vol. III.) — Eine Erklärung darüber wagte der Warschauer Hof von dem preußischen aber nicht zu fordern. (Ordre an Ponickau, 28. März. Ebda.)

während er seinen Königsberger Schützling hochleben ließ und Ringe mit der Inschrift „Vive le roi Stanislas“ verschenkte.¹

Graf Manteuffel benutzte nach wie vor seinen Zutritt und Einfluß am Berliner Hofe dazu, die Sache des Kurfürsten zu vertreten; die Erfolge, die sie zeitigte, führte er an, wenn Zweifel an ihrem glücklichen Ausgange geäußert wurden; auch seine Gespräche mit Friedrich Wilhelm ließen wieder zur Genüge dessen Ansichten und Wünsche erkennen. Als er ihm einmal während einer langen Unterredung auf die Frage, ob denn der Kurfürst noch „reussiren“ werde, erwiderte, dieser würde immer König bleiben, bekam er zur Antwort: wenn sich die Polen nicht vor Sibirien und der Knute gefürchtet hätten, würden sie niemals an August gedacht haben; auf diese Weise gehe der arme Kaiser über'n Haufen; sei die polnische Krone so viel wert?² Und einige Tage später berichtete der Graf einen weiteren bezeichnenden Ausspruch: „Ursach oder Prätext, sie (die Franzosen) werden keinen Frieden machen, oder Stanislas muß König von Polen sein.“³

Manteuffels gelegentliche Bitten — die meist auch Seckendorff unterstützte — ihm noch einige große Leute zur Verfügung zu stellen, damit er sich vor allem den vertraulichen Zutritt weiter erhalten könne, wurden nicht berücksichtigt. Dafür befolgte aber Sachsen immer redlich die von ihm wie von kaiserlicher und russischer Seite oft erteilten Ratschläge betreffs der Behandlung des preußischen Hofes, sofern sie keine Leistungen betrafen, sondern nur darauf hinausliefen, Friedrich Wilhelms mißmutige Stimmung und das gespannte Verhältnis zu ihm nicht durch unvorsichtige Schritte und Erklärungen unnötig zu verschärfen; weil er sonst vielleicht doch noch vollends ins gegnerische Lager getrieben werden könnte.⁴

Bei zwei Vorfällen namentlich wurde diese Taktik beobachtet: in der Wallenrodtschen und Taurogenschen Angelegenheit.

Der in Danzig weilende preußische geh. Etatsrat von Wallenrodt hatte wiederholt im Interesse Leszczynskis gewirkt und besonders

¹ Hierzu und über Urteile Friedrich Wilhelms und seines Sohnes über den Kurfürsten vgl. Seckendorffs Lebensbeschreibung, S. 170 ff. und *Journal secret du baron Christ. Louis de Seckendorff*. (Tübingen 1811.) S. 9, 30, 34, 52. In der Hauptsache auf diese beiden Quellen gründen sich diejenigen ihrer Äußerungen, die in der Literatur Eingang gefunden haben. (Vgl. E. Lavisse, *La jeunesse du Grand Frédéric* (1891), S. 90, *Le grand Frédéric avant l'avènement* (1893), S. 48, 187, 204, 216. — Boyé, S. 288, 307.)

² Manteuffel an Brühl, 23. Jan. Loc. 456. Vol. 24. (Vgl. Droysen, IV. 3, S. 256.)

³ Manteuffel an Brühl, 27. Jan. Ebda.

⁴ So äußerte z. B. einmal Graf Löwenwolde, man müsse ihn wie ein rohes Ei behandeln und ihm, da er in seinen Entschlüssen „jähling und übereilend“ sei, keinen Anlaß geben, sich vollständig in die Arme Frankreichs zu werfen, weil dadurch der Kaiser in ein „Labyrinth“ geraten und auch die 10 000 Mann preußische Hilfstruppen einbüßen würde. (Lynar, 22. Febr. Loc. 3025. Vol. III.)

für ihn Anhänger nach Königsberg zu ziehen gesucht. In einer Unterredung mit einem Danziger Magistratsmitgliede¹ war nun Brühl; darauf zu sprechen gekommen, daß jener seine Ausweisung gewärtigen könnte, wenn es sich nach Beschwerden an den Berliner Hof herausstellen sollte, daß er, ohne Befehle zu haben, vorgegangen sei. Diesen Sachverhalt erklärte Brühl dem preußischen Residenten in Warschau, Hoffmann, als dieser ihn am 6. Januar auf Grund eines Reskriptes um Aufklärung über angebliche Drohungen gegen Wallenrodt ersuchte, den Friedrich Wilhelm inzwischen schon angewiesen hatte, aus Danzig nicht zu weichen, bis man ihn gewaltsam vertreiben würde, Zu einem Consilium abeundi seitens des Warschauer Hofes kam es nicht; neben Manteuffel, Seckendorff und dem russischen Hofe hatten es verschiedentlich selbst die preußischen Minister als das Vorteilhafteste angeraten, die ganze Sache zu unterdrücken.²

Ebenso nachgiebig und diplomatisch verhielt man sich, wieder in Übereinstimmung mit den Kaiserhöfen, nachdem am 26. Januar Hoffmann im Auftrage seines Königs bei Brühl auf sofortigen Ersatz von Kontributionen, die durch Anhänger³ der sächsischen Partei auf der in Litauen gelegenen preußischen Herrschaft Taugoggen erhoben worden waren, gedungen und im Weigerungsfalle mit der Absicht gedroht hatte, den vierfachen Betrag durch Exekution in den kursächsischen Landen wieder eintreiben zu lassen. Der Warschauer Hof antwortete hierauf, daß er begründete Beschwerden abstellen, über die beigefügte Drohung aber sich erst nach Rücksprache mit seinen Alliierten auslassen werde.⁴ Es ergab sich, daß nach Berlin weit übertriebene Berichte aus Königsberg gelangt waren⁵; denn die sogleich eingeleitete und dem litauischen Großkanzler Fürsten Wisniowiecki übertragene Untersuchung stellte fest, daß 12 seiner Reiter Kontributionsgelder und Proviant im Gesamtbetrage von nur 90 Talern 26 Groschen erhoben hatten.⁶ Ohne Sträuben wurde sodann diese Summe dem preußischen Hofe ausgezahlt.⁷ Allzugroße Besorgnisse, daß Friedrich Wilhelm überhaupt wagen werde, in Sachsen

¹ Dem Danziger Magistratssekretär Behne. (Brühl an Manteuffel, d. d. Warschau, 5. Jan. Loc. 2984.)

² Manteuffel an Brühl, 21. u. 28. Dez. 1734; 15. Febr. 1735. Ponickau, 3. u. 7. Jan. Species facti, 4. Jan. (Ebda.) Ponicka's Konferenz mit den preußischen Ministern am 17. Jan. (Ponickau, 18. Jan. Ebda.)

³ Es ist falsch, wenn Droysen, IV. 3, S. 256, von einem „Einfall sächsischer Truppen“ spricht.

⁴ Vorzulesende Antwort an den kgl. preuß. Residenten Hoffmann, d. d. Warschau, 27. Jan. Registratura, 1. Febr. (Loc. 2984.)

⁵ Berliner Minister, die Manteuffel sprach, zeigten sich darüber sehr verlegen und schoben die Schuld, da der König keineswegs habe drohen wollen, dem Ungeschick Hoffmanns, ein andermal der Launenhaftigkeit ihres Herrn und dem Vorgehen Thulemeiers zu. (Manteuffel an Brühl, 8. u. 19. Febr. Ebda.)

⁶ Spezifikation, d. d. Taugoggen, 5. Febr. Ebda.

⁷ Widerwillig und erst nach längerer Zeit stellte darüber Hoffmann auf Verlangen eine Quittung unter dem 30. Juli aus.

einzubrechen, wurden nicht gehegt; bereitwillig erließen die Kaiserhöfe in Berlin Gegenvorstellungen; für den Ernstfall sicherte die Zarin (am 19. Februar) allianzmäßige Hilfe zu; im übrigen unterließ man in Petersburg nicht, zu einer gütlichen und möglichst entgegenkommenden Haltung zu raten und auf spätere Zeiten zu vertrösten, wo gefahrlos Vergeltung geübt werden könne.¹

Es ward immer unwahrscheinlicher, daß Kursachsen durch auswärtige Angriffe noch ernstlich bedroht werden würde. Zwar sprachen noch gelegentlich Gerüchte davon; so gab im Haag der holländische Ratspensionär dem sächsischen Gesandten zu erkennen, daß Frankreich, wenn man keinen „Ausweg“ für Stanislas fände, darauf bestehen werde, ihm mit 30 000 Mann durch Deutschland zu Hilfe zu kommen², und in Berlin verlautete im März wieder, ein französisch-bayerisches Heer werde bestimmt nach Sachsen und Böhmen eindringen.³ Aber Frankreich schritt in der Folge zu keinen größeren militärischen Operationen mehr; es war vergeblich, daß sich Stanislas Leszczyński im April nach Paris mit flehenden Bitten um Beistand wandte und von hier noch Rettung durch den Einfall eines französischen Korps von 30 000 Mann nach Kursachsen erhoffte.⁴ Der Hauptleiter der französischen Politik, Kardinal Fleury, befaßte sich bereits seit Ende des Vorjahres mit Friedensplänen und hatte sich darüber schon mit England in Verbindung gesetzt.⁵

Schwanden auch die äußeren Gefahren und machte die Pazifikation Polens dank Rußlands Hilfe weitere Fortschritte, so konnten die sächsischen Staatsmänner in der Folgezeit doch nicht völlig außer Sorgen sein. Denn es war monatelang fraglich, wie der Frieden ausfallen würde, der den allmählich immer schwächer geführten Kampf auf den drei Kriegsschauplätzen schließlich beenden mußte. Als der wichtigste unter den Vorschlägen, die von den verschiedensten Seiten dazu gemacht wurden⁶, beschäftigte die sächsische Diplomatie derjenige am meisten, mit dem Großbritannien und die Generalstaaten am 28. Februar hervorgetreten waren.⁷

Aus mancherlei Gründen fand er nicht ihren Beifall.⁸ Die

¹ Lynar, 22. Febr. Loc. 3025. Vol. III.

² Debrose, d. d. Haag, 1. Febr. Konferenz d. d. Dresden, 8. Februar. (Loc. 2875. Vol. II.)

³ Ponickau, 14. März. Loc. 2994. Vol. III.

⁴ Vgl. seinen Brief vom 11. April an den Abbé Labiszewski, Beichtvater seiner Tochter (Boyé, S. 313ff.). A. Krell, Johann Adolf, S. 28. zitiert dieses Schreiben in falschem Zusammenhange, wodurch der Eindruck erweckt wird, als habe Stanislas mit den 30 000 Mann ein polnisches Einfallsheer gemeint.

⁵ Boyé, S. 271 ff.

⁶ Vgl. Droysen, IV. 4, S. 416ff. und: Historischer Beitrag zu der Lehre von den Kongressen. (Berichte der Berliner Akad. der Wiss. 1869.)

⁷ Droysen, IV. 3, S. 259ff. — Boyé, S. 276ff.

⁸ Bei Dumont-Rousset, Supplément au corps universel diplomatique (1739.) II, 2, S. 529ff. findet sich ein Abdruck des damals in vielen

polnische Frage war hier als Hauptursache des Krieges angegeben, Daß ihn die Wahl des Kurfürsten veranlaßt habe, schien für diesen ein Vorwurf zu sein, den Sachsens Staatsmänner nach wie vor nicht auf ihm sitzen lassen wollten; denn immer beriefen sie sich darauf, daß die Feindseligkeiten von Frankreich und Sardinien früher eröffnet worden seien, als sie von Augusts Proklamation hätten Kenntniss erhalten können. Zwar sollte nach Abmarsch der Truppen Stanislas der polnischen Krone freiwillig entsagen, aber Titel und Würden eines rechtmäßig gewählten Königs waren ihm zugesprochen, während Augusts Name wie seine Anerkennung völlig unerwähnt blieben. Es ließ sich folgern, daß die mit keinem Worte berührte Wahl des Kurfürsten — für den man sächsischerseits schon infolge der feierlichen Krönung ein höheres Anrecht beanspruchen zu können glaubte — als unrechtmäßig und nichtig angesehen werden könnte. Dann, und das war der bedenklichste Punkt, war die Möglichkeit vorhanden, nach Stanislas' Verzichtleistung ein neues Interregnum zu verkünden und auch eine neue dritte Wahl vorzunehmen.¹ Da schienen die von dem Projekte der Seemächte teilweise abweichenden Punkte, welche von dem englischen Gesandten Robinson kurz vorher in Wien im geheimen mündlich als Vorschläge zu einem Frieden zu erkennen gegeben und danach durch Sinzendorff mitgeteilt worden waren², noch eher geeignet, die Grundlage für einen künftigen Frieden zu bieten; denn es war in diesen wenigstens ausdrücklich vorausgesetzt, daß die Krone dem Kurfürsten verbleiben solle.

Unermüdlich war fortan in erster Linie die sächsische Politik bemüht, neben der baldigen Pazifikation Polens in einem Friedensschluß, soweit er für König und Republik in Betracht kam, möglichst vorteilhafte Bedingungen und Fassungen, vor allem aber natürlich seine unzweideutige Anerkennung und Befestigung zu erzielen. So arbeitete sie gegen eine unveränderte Annahme des Friedensprojektes der Seemächte, hinter dem sie mit Recht Frankreich als eigentlichen Urheber vermutete. Sie erstrebte, daß dorthin Stanislas zugunsten des Beruhigungswerkes zurückkehren und seine Proklamation stillschweigend übergangen werden solle; zur Not wollte sie ihm den Königstitel geben, die bereits vorgesehene „Restituierung“ seiner sämtlichen Güter in Polen aber nicht dulden, welche, wie sie oft anführte, von

Drucken verbreiteten: *Projet d'accommodement ou de Pacification qu'en suite de l'acceptation de l'offre de leurs bons offices le Roy de la Grande Bretagne et les Etats Généraux proposent aux Puissances engagées dans la présente guerre.*

¹ Besonders wurden diese Bedenken in der Dresdner Konferenz (Wackerbart-Salmour, Gersdorff u. B. v. Zech) vom 8. März erhoben. (Loc. 2875. Vol. II.) Den sächsischen Gesandten in Wien, der darüber ähnliche „Unparteiische Betrachtungen“ unter dem 16. März einschickte, suchte Robinson zu beruhigen: man habe mit Leszczyńskis Abdankung nur das „obstaculum“ beseitigen wollen. (Zech, 23. März. Loc. 2904. Vol. IV.)

² Zech, 22. Febr. (Loc. 2875. Vol. II.) Konferenz, d. d. Dresden, 1. März. (Loc. 945.)

seinen Gläubigern abhinge; von einer Generalamnestie sollten die ausgeschlossen sein, die nach ihrem mit dem Schwur bekräftigten Übertritt in Augusts Lager wieder ins gegnerische zurückgeschwenkt waren. Ganz im Sinn der Politik der Zeit mit ihrer mechanischen Auffassung von Volk und Staat erwog man bereits in Dresden¹, daß, wenn das französische Kabinett mit dem künftigen Schicksale Leszczyńskis unzufrieden wäre, die letzte Zuflucht sein würde, diesem außerhalb Polens „irgendein Königreich oder eine Provinz“² als Entschädigung zu suchen.

Mit seinem Standpunkt, daß auf jeden Fall die Anerkennung des Kurfürsten als regierenden Königs in dem Friedensprojekte Aufnahme finden müsse, sah sich Sachsen in Übereinstimmung mit den Kaiserhöfen; zwischen Warschau, Petersburg² und Wien wurde über die gemeinsamen Antworten verhandelt, welche, allgemein gefaßt und die Bedingung von Augusts Anerkennung enthaltend, am 15. Juni im Haag übergeben wurden.

Der Friedensplan der Seemächte scheiterte schließlich. Die Bemühungen Preußens, das die Vermittlung in einem Frieden zu übernehmen und auch durch eigne Friedensvorschläge seine Interessen noch zu wahren suchte, schlugen ebenfalls fehl³; seine wiederholt bei dem Kaiser und der Zarin vorgebrachten Anträge und Wünsche, entweder Stanislas Polens Thron einzuräumen oder zu einer dritten Wahl zu schreiten, wurden in keiner Weise beachtet.

Oft erhielt Sachsen Kenntnis sowohl von diesen Zielen der preussischen Politik — die im übrigen weiter Mißtrauen gegen die gegenwärtige und künftige Haltung des verhaßten Kurfürsten zu säen versuchte — als auch von der großen Enttäuschung und dem Zorne Friedrich Wilhelms und seines Erben über den Verlauf der Dinge.⁴ Es sah sich nicht genötigt, durch entgegenkommende Schritte in Berlin einen Umschwung zu seinem Gunsten herbeizuführen. Mit seinem diplomatischen Geschick allein vermochte Graf Manteuffel, der hier bei jeder Gelegenheit im Sinne einer Versöhnung der beiden Höfe wirkte⁵, keine Besserung der gegenseitigen Beziehungen anzubahnen.

¹ Konferenz, d. d. Dresden, 6. Mai. Loc. 2875. Vol. III.

² Ähnliche Bedenken wie auf sächsischer Seite enthielt ein das Für und das Wider abwägender schriftlicher „Aufsatz von I. Russ. K. M. sentiments über den von den Seepuissancen proponirten General-Pacificationsplan“, der Lynar eingehändigt worden war. (Lynar, 12. April. Ebd.)

³ Droysen, IV. 3, S. 263 ff.

⁴ Daß man in Berlin schon durch die in dem Seemächteprojekt enthaltene Forderung der Abdankung Leszczyńskis überaus bestürzt war und König und Kronprinz sich dagegen, daß August die polnische Krone behalte, ausgesprochen hatten, gab man sogleich vertraulich in Wien bekannt. (Zech, 16. März u. 19. April. Loc. 2904. Vol. IV.)

⁵ Gelegentlich einer Unterhaltung äußerte der König, daß man, wenn gemäß des englisch-holländischen Projektes Stanislas verzichte, den „andern“ wohl für den legitimen König halten müsse; dieser werde zwar sein Freund niemals sein, aber was sei dabei zu tun? Er werde sich vor ihm

Von Sachsen verlangten die kaiserlichen Höfe keine Zugeständnisse an Preußen in den vielen Erörterungen, zu denen dessen feindselige Haltung und Beziehungen zur Gegenpartei noch manches Mal Veranlassung boten. So äußerte Anfang Mai Graf Sinzendorff nur, daß man mit ihm gar kein Auskommen mehr wisse, da sein Verhalten je länger desto bedenklicher falle; als daraufhin der sächsische Gesandte gemäß eines früher erhaltenen Befehles (vom 31. Januar) wieder anregte, deshalb „in Zeiten auf ein gemeinsames Concert“ bedacht zu sein, erkannte der Minister die Notwendigkeit an, wenn er auch im übrigen an ein Zustandekommen nicht recht glauben wollte.¹ Als dann einige Tage später in Wien verlautete, daß der Berliner Hof sich günstiger über August zu erklären beginne und Bereitwilligkeit zu einer Verständigung zeige, ließ man kaiserlicherseits durchblicken, daß, nachdem diese veränderte Sprache nur durch die besseren Verhältnisse in Polen bewirkt worden sei, Sachsen keine Ursache habe, sich zu „pressiren“.²

In keiner Weise verstand sich die sächsische Regierung dazu, die zeitweilig anscheinend stark zu Frankreichs Ungunsten umgeschlagene Stimmung am preußischen Hofe durch irgendwelche Opfer zu vergrößern und für ihre Zwecke auszunutzen. Weder erhielt Manteuffel, der erfreut die durch Friedrich Wilhelm und in seiner Umgebung mehrmals erfolgte Beilegung des Königstitels an August meldete³, die verschiedentlich wieder gewünschten großen Leute, noch wurde ein von dem Fürsten Liechtenstein vor seiner Rückreise nach Wien gegebener Rat ausgeführt, zu versuchen, mit einem Dutzend von solchen die Ausweisung Leszczyńskis aus Königsberg durchzusetzen, wozu man wahrscheinlich in Berlin bereit sein werde.⁴ Ablehnend oder hinhaltend antwortete Brühl auch auf Manteuffels fernere Bitten, mochten sie nun die Sendung von Soldaten oder die von Dukaten betreffen; ihre Erfüllung, die er vorher für unzumutbar hielt, ließ er nicht eher hoffen, als bis klare Beweise von seiten Preußens erfolgt seien, daß es der Gegenpartei seine

in acht nehmen, so gut er könne. Er glaube, daß, wenn er nicht in Polen König wäre, er als Kurfürst sein guter Freund sein würde; er könne nicht leiden, daß er sich dort souverän mache, was er beabsichtige. Auf Manteuffels Einwände, daß hieran der Kurfürst nicht denke und dagegen sich auch die Kaiserhöfe, Türken, Polen und Friedrich Wilhelm selbst erklären würden, antwortete dieser: „Das ist gewiß.“ Nachdem schließlich der Graf betont hatte, daß von August nichts zu befürchten, sondern eine noch viel größere Freundschaft als von seinem Vater zu erwarten sei, schloß der König das Gespräch: Das werde die Zeit lehren, aber er beklage nur den armen Stanislas, wenn ihn die Franzosen preisgäben und er verzichten müsse, so handelten sie wie Schelme und als die infamsten Hundsfothe von der Welt, hierfür wolle er sie dann halten und mit dem Schelmenpack nichts weiter zu tun haben. (Manteuffel an Brühl, 10. März. Loc. 456. Vol. 24.)

¹ Zech, 4. Mai. Loc. 2904. Vol. IV.

² Zech, 11. Mai. Ebda.

³ Manteuffel an Brühl, 14. Mai. Loc. 456. Vol. 24.

⁴ Ponickau an Brühl, 24. Mai. Loc. 2994. Vol. III.

Sympathien entzogen habe und die ernste Absicht zu einer Annäherung an Kursachsen hege.¹

Doch hiervon konnte und sollte in der Zukunft nicht die Rede sein. Neue Drohungen des Berliner Hofes waren nicht dazu angetan, die sächsische Regierung Zugeständnissen geneigter zu machen. Am 8. Mai erklärte der preußische Minister von Borcke den drei Gesandten von Wien, Petersburg und Dresden, sein König sei durch eine sichere Gewährsperson, einen polnischen Senator, vertraulich von dem Beschlusse einer kürzlich in Warschau abgehaltenen Konferenz benachrichtigt worden, daß, während ein russisches Heer (unter General Biron) in Ermland einrücken und die Gegner verjagen würde, Feldmarschall Münnich mit einem zweiten Korps nach Preußen und Königsberg marschieren solle, um sich des Stanislas und seines Anhanges zu bemächtigen; würde dies Münnich oder ein anderer russischer General unternehmen, so werde Preußen darin einen Friedensbruch sehen und sich zunächst an den sächsischen Kurlanden schadlos halten, sodann aber auch seine Hilfstruppen vom Rheine zurückrufen.² Die Erklärung wurde erlassen, obgleich der Berliner Hof selbst an der Wahrheit der Meldung³ zu zweifeln schien. Mit Recht vermutete man wohl sächsischerseits⁴, daß diese von dem preußischen Residenten in Warschau stammte, gegen den man aber trotz seinem bei jeder Gelegenheit zutage tretenden feindseligen Verhalten, worüber man hier oft entrüstet war, nie vorzugehen und Beschwerden in Berlin zu erheben wagte.⁵ Auf Manteuffels Rat unterblieb eine sächsische Gegendeklaration über die Grundlosigkeit jener Abmachungen; ihre Darlegung überließ man Rußland⁶ ebenso wie die Antworten auf eine nochmalige Drohung. Am 23. Juni erklärte nämlich Borcke dem russischen Gesandten Brackel, daß sein König

¹ Brühl an Manteuffel, 24. Mai (Loc. 456. Vol. 24.); 17. Aug. (Loc. 456. Vol. 25.) Auch Manteuffels spätere Bitte, ihm wenigstens durch Sulkowski aus Dresden den berühmten Flügelmann des 1. Bataillons des Rutowskischen Regimentes (er hieß Kaminski) schicken zu lassen, fand kein Gehör. (Manteuffel an Brühl, 3. Sept. Ebda.)

² Ponickau, 8. Mai. (Loc. 2984.) Vgl. Ranke, S. 220; Boyé, S. 307.

³ Sie soll Friedrich Wilhelm, wie Manteuffel an Brühl am 10. Mai schrieb (Loc. 2984.), mit der Bemerkung an Borcke geschickt haben: Er halte sie für falsch und ungegründet, weil sie aber doch wahr sein könnte, so solle die Deklaration erfolgen. Borcke schien, als er diese erließ, auch Zweifel zu hegen. Später bedauerte Preußen ihren Erlaß in Antworten an Rußland und gab die Grundlosigkeit zu.

⁴ Manteuffel an Brühl, 10. Mai. Loc. 456. Vol. 24.

⁵ Brühl an Manteuffel, 28. Mai. Ebda.

⁶ Ein erst an Ponickau ergangener Befehl (vom 28. Mai) zu einer förmlichen Gegendeklaration wurde rückgängig gemacht. Durch den seit Ende Februar in Berlin weilenden russischen Gesandten Brackel und Münnich erfolgten die entsprechenden Schritte; letzterer schrieb selbst am 7./18. Mai an Friedrich Wilhelm. Nur gesprächsweise durfte Ponickau von der erhaltenen Order zu Borcke sprechen; dieser sagte ihm, er solle sie auf schriftlichem Wege oder in einer Konferenz anbringen, was ebensowenig Manteuffels Billigung fand.

zwar sich durchaus nicht mit Rußland überwerfen wolle, daß er aber bei einer Unternehmung russischer Truppen gegen Königsberg, die er geschehen lassen müsse, sich jederzeit an Sachsen rächen werde; hierfür halte er schon bei Berlin ein Truppenkorps bereit.¹

In Petersburg entsprach man den wiederholten Bitten aus Warschau², daß in den Gegenvorstellungen nach Berlin Rußlands Garantien der sächsischen Erblande nachdrückliche Erwähnung finden sollten³, und verschiedentlich wurde wieder, besonders aber durch Biron, verheißen, daß auf den Schutz und die Bundestreue der Zarin bei jeder drohenden Gefahr bestimmt gerechnet werden könnte.

Welche überaus wertvolle Stütze man vor allem gegen Preußen in ihrem Oberkammerherrn besaß, wußte man in Warschau nur zu gut. Denn die geheimen Wünsche des stets hilfsbereiten Anwaltes der sächsischen Interessen standen ja in schroffem Widerspruch zu den bisherigen und künftigen Plänen der preußischen Regierung auf den Erwerb des kurländischen Herzogtums. Bei der Lage der Dinge durften in ihm Zweifel nie Raum gewinnen, daß es ihr vielleicht doch noch zufallen könnte; verlauteten jetzt und später Wünsche, die seine Absichten fördern konnten und nicht als schädlich für das eigene Interesse erachtet wurden, so kam man ihnen von Warschau und Dresden aus nach.

Als Graf Biron durch Lynar von Augusts Versprechen in Kenntnis gesetzt worden war, betonte er bereits die Notwendigkeit, daß ein Beauftragter des Königs dauernd in Danzig weilen müsse, um sich der Hinterlassenschaft und der Briefsachen des hier lebenden Herzogs Ferdinand im Falle seines Todes zu versichern, damit sich ihrer Preußen nicht bemächtigen könne, was es allem Anscheine nach beabsichtige.⁴ Sofort wurden entsprechende Vorkehrungsmaßnahmen getroffen⁵, und zahlreiche Befehle ergingen deswegen

¹ Ponickau, 25. Juni. Loc. 2984.

² Brühl an Lynar, 8. u. 23. Juni. Friedr. Aug. an Lynar und die Zarin Anna, 4. Juli. (Ebda.) Preußen führte auch an auswärtigen Höfen, so im Haag (Debrose, 24. Mai. Ebda.), eine drohende Sprache gegen Sachsen.

³ Lynar, 9. Juli. (Loc. 3025. Vol. IV.) Anna an Friedr. Aug. 14./25. Juli. Lynar, 18. Juli. Ponickau, 17. Aug. (Loc. 2984.) — Wie Mardefeld in Petersburg, so suchte man in Berlin Brackel gegenüber die Drohungen immer abzuschwächen; die Schuld an der zuletzt erfolgten wurde den aufwiegeln den Berichten Wallenrodts zugeschoben. (Lynar, 31. Mai. Loc. 3025. Vol. IV. Lynar, 20. Aug. Loc. 2984.) Dieser wurde schließlich auch vom Etat als bedolde ter Legationsrat gestrichen.

⁴ Daß es allein für diesen Zweck den Residenten Zittwitz in Danzig halte, erwähnte Biron auf Grund eines noch bei Lebzeiten Augusts des Starken geführten Gesprächs mit Mardefeld. (Lynar, 21. Dez. 1734. Loc. 2696.) Einige Monate später teilte er mit, daß Friedrich Wilhelm während einer Erkrankung Ferdinands an den Danziger Rat geschrieben habe, beim Todesfalle seinen Nachlaß zu versiegeln und zu bewahren. (Lynar, 2. April 1735. Ebda.)

⁵ Ordre an Lynar, 17. Jan. (Loc. 3671. Vol. IV.); an Bülow, 3. Febr. (Loc. 2696.); an Lynar, 8. Juni. (Loc. 2984.)

in der Folge an den sächsischen geh. Rat von Bülow nach Danzig. Ein mehrere Monate später geäußerter Wunsch, der von ihrem Gemahl getrennt lebenden kurländischen Herzogin Johanna Magdalena, einer geborenen Prinzessin von Sachsen-Weißenfels, eine Unterstützung zu bewilligen, wurde ebenfalls sogleich durch Gewährung einer Pension erfüllt¹; die Herzogin konnte gute Dienste leisten, wenn man einst von dem Nachlasse ihres Gatten Besitz ergreifen und fremder Einmischung zuvorkommen würde; bereits hatte man sich auch mit ihr über ihre Mitwirkung in Verbindung gesetzt.²

Wie es die sächsische Politik stets ängstlich vermied, daß der Graf durch vertrautere Behandlung oder gar Bevorzugung eines der Petersburger Minister von ihrer Seite Grund zur Verstimmung und Eifersucht erhalten könnte³, so suchte sie auch immer durch geeignete Antworten zu verhindern, daß er in dem Argwohn, den er zuweilen wohl nicht ohne Berechnung äußerte, verharrte und darin bestärkt würde, als ob sie je eine Verständigung mit Preußen durch ein Eingehen auf dessen Absichten betreffs des Herzogtums erstreben könne.

Mitte Juli sprach er zum sächsischen Gesandten davon, daß Rußland neue Vorstellungen in Berlin, Leszczyński aus Königsberg zu verweisen, nicht anzubringen vermöge; er sei aber bereit, sich des erhaltenen Versprechens zu begeben, wenn August dem zweiten preußischen Prinzen Kurland verschaffen wolle; nichts wäre ihm lieber, als diese Wünsche zu befördern. Auf den sofort erhobenen Einspruch Lynars, daß er es früher ja selbst für erforderlich gehalten habe, Preußens Absichten auf Kurland zu hintertreiben und daß in bezug auf seine Person der König sein Versprechen halten werde, bemerkte er nur noch, daß ein etwaiger Vorschlag an den Berliner Hof am bequemsten über Wien gelangen könnte.⁴ Es schien sicher zu sein, daß Biron nur eine abermalige Erklärung des Kurfürstkönigs erlangen und über die Art der künftigen Erfüllung seiner und der russischen Wünsche orientiert werden wollte. Mehrere Wochen zuvor war hinsichtlich des letzten Punktes von vertrauter Seite angeregt worden, der König solle selbst durch ein Reskript die alten Forderungen Rußlands wegen der Erhaltung des kurländischen Herzogtumes bei den polnischen Ständen anhängig machen; weil von dem sächsischen Gesandten dieser Vorschlag, ohne Widerspruch zu erheben, ad referendum genommen worden war, hatte ihn sein

¹ Lynar, 2. April u. 25. Juni. Ordre an Lynar, 9. Juni. (Loc. 2696. Anstalten.) Die monatliche Pension betrug 500 Taler.

² Instruktion für Bülow, 2. März. Ebda.

³ So ermahnte z. B. Brühl den sächsischen Gesandten, mit dem Grafen Jagusinsky, der Anfang Mai zum russischen Kabinettsminister ernannt worden war, Biron wegen nicht zu vertraulichen Verkehr zu pflegen. (Brühl an Lynar, 23. Juni. Loc. 2984.)

⁴ Lynar, 16. Juli. Loc. 3672. Vol. VII.

Hof in scharfer Weise getadelt¹; denn dieser hielt nach wie vor daran fest, daß hierüber von seiner Seite nichts veranlaßt werden dürfte. Jetzt wiederholte er seinen Standpunkt und ließ zum ersten Male durch Lynar sein Versprechen an Biron mit Versicherungen seiner beständigen Neigung erneuern.² Es wurde zugleich auch erklärt, daß ein preußischer Prinz als kurländischer Herzog nie in Warschau Zustimmung finden würde; zunächst käme es darauf an, den geeigneten Zeitpunkt abzuwarten, wo Kurland die Beibehaltung seiner Regierungsform beantragen und sie mit Rußlands Unterstützung durchsetzen könne, was der König unter der Hand befördern werde; sei dies erfolgt, so würde Biron bei den kurländischen Ständen dank der Hilfe seiner Freunde keine großen Schwierigkeiten finden; auf die königliche Einwilligung könne er sich bestimmt verlassen. Wie erfreut und zufrieden der Graf durch diese neuen Erklärungen gestimmt wurde, deren Erlaß er mit seinem Vorschlage zu Preußens Gunsten zweifellos allein bezweckt hatte, bewiesen zur Genüge seine Dankesbezeugungen und Antworten³, in denen er gelegentlich nun auch erwähnte, daß Rußland niemals einen preußischen Prinzen in Kurland geduldet hätte.⁴

Außer Biron Argwohn mußte Sachsen auch andere Befürchtungen am Petersburger Hofe zerstreuen⁵; denn kurze Zeit vermutete man hier, besonders der kaiserliche Gesandte Graf Ostein, daß es allein im geheimen mit Preußen verhandle; dies und neue sächsische Angebote hatte Mardefeld Biron angedeutet und dabei erwähnt, daß diese Verständigung Frankreich nicht ungerne sehen werde; danach würde sich August mit Bayern verbünden und könne sodann, verstärkt durch Polen, dem Kaiser desto mehr zu schaffen machen.⁶ Bei seinen Bemühungen, die sächsische Politik in Mißkredit zu bringen, suchte ähnliche angebliche Pläne der preußische Gesandte künftig noch verschiedentlich in Petersburg glaubhaft zu machen, ohne indessen auf die Dauer Gehör zu finden und daraus für eigne übermittelte Vorschläge Nutzen zu ziehen.

¹ Lynar, 30. April. Ordre an Lynar, d. d. Warschau 18. Mai. (Loc. 2696.)

² Ordre an Lynar, 30. Juli. (Loc. 3025. Vol. IV.) — Ein Zurückgreifen auf frühere kleine Angebote an Preußen — für welche Gegenleistungen, ist nicht ersichtlich — scheint man um diese Zeit in Warschau erwogen zu haben; denn Lynar sollte Biron erklären, daß man keineswegs dem preußischen Könige neue Vorschläge zu unterbreiten beabsichtige, „sondern auf die demselben vorhin angebotne Gegengefälligkeiten in der Jülicher Sache und wegen Beförderung seines kgl. preuß. Titels in Polen bloß reflectirt, deshalb aber durch den kais. Hof am Berliner etwas anbringen und insinuierten zu lassen der bekannten Umstände halber so undiensam als vergeblich erachte.“

³ Lynar an Brühl, 13. Aug. (Ebda.) Lynar, 20. Aug. (Loc. 3672. Vol. VII.)

⁴ Lynar, 27. Aug. Extrakt. Loc. 2696.

⁵ Ordre an Lynar, 29. Sept. Loc. 3673. Vol. VIII.

⁶ Lynar, 27. Aug. u. 7. Sept. Loc. 3025. Vol. IV.

Kursachsen dachte nicht daran, sein bisheriges bewährtes politisches System zu ändern oder durch irgendwelche unvorsichtige Schritte Rußlands und Österreichs Verdacht zu erwecken und sich deren Gunst zu verschmerzen.

Die Beziehungen zum Wiener Hofe trübten nur in einem gewissen Grade noch die beiderseitigen Geldforderungen, seitdem die sächsischen Hilfs- und Kontingentstruppen endlich am 4. Mai unter dem Oberkommando des Generalleutnants Christoph August Freiherrn von Friesen, in drei Kolonnen formiert, zur Reichsarmee aufgebrochen waren.¹ Immer suchte Sachsen wieder seine Weigerung, schuldige Summen an die Reichskriegskasse abzuführen, mit allerhand Gegenständen zu rechtfertigen. Es bat um gänzlichen Verzicht oder wenigstens um weitere Nachsicht und stellte vor, weit mehr, als es verpflichtet gewesen sei, für die gemeinsame Sache getan zu haben, so durch die großen Geldopfer, welche vornehmlich auf des Kaisers Anraten aufgebracht worden seien, durch die Stellung der das Reichskontingent übersteigenden, bündnismäßigen Truppen und die Übernahme ihrer Verpflegung.² Der Kurfürst ging nicht mit gutem Beispiel seinen Kreismitständen voran, die er auf kaiserliches Ansuchen wiederholt an die Bezahlung ihrer Rückstände erinnern mußte; wohlweislich hütete er sich aber, in den entsprechenden Ermahnungsschreiben, vor allem an Preußen, Drohungen von der „reichsatzungsmäßigen Exekution“ im Falle längeren Säumens einfließen zu lassen.³ Ebensowenig wie die vorjährigen Rückstände bezahlte er trotz allem Drängen jemals seinen Anteil an den im Herbst 1735 neubewilligten 60 Römermonaten, denen er erst auf kaiserliche Beschwerden hin zugestimmt hatte; denn vorher war der sächsische Gesandte in Regensburg, Friedrich von Schönberg, auf den Antrag, sie herabzusetzen, instruiert gewesen.⁴ Andererseits erfüllte der Wiener Hof nie die durch das sächsische Kabinett noch jahrelang betriebenen Arreragenforderungen; spätere Verhandlungen über ihre Abrechnung, die er verschiedentlich vornehmen zu wollen versicherte⁵, wurden in die Länge gezogen und gerieten bald ganz ins Stocken. —

¹ Sie waren im März nicht aus ihren Sammelquartieren in den westlichen Kreisen gezogen und gegen die damals von den „Widriggesinnten“ drohende Gefahr an der Ostgrenze aufgestellt worden. (Konferenz, d. d. Dresden, 17. März. Loc. 945.)

² Reskripte an Zech, 2. u. 20. April; Friedr. Aug. an Karl VI. 6. Mai (Loc. 3168. Vol. I.) u. 28. Sept. (Loc. 3168. Vol. II.); Brühls Antwort auf Wratislaws Promemoria, 8. Sept. (Ebda.)

³ Karls Schreiben an Friedr. Aug. vom 27. Dez. 1734, 4. März u. 12. Aug. 1735 (Loc. 3168. Vol. I.); 22. Mai 1736. (Loc. 3168. Vol. III.) — Berichte der geh. Räte, d. d. Dresden, 19. Aug. (Loc. 3166. Vol. I.), 17. Sept. Friedr. Aug. an Karl, 28. Sept. 1735. (Loc. 3168. Vol. II.)

⁴ Friedr. Aug. an geh. Räte, 16. Juli. Loc. 2873. Vol. X.

⁵ Zech, 22. April 1735. (Loc. 2874. Vol. II.) Ein kaiserliches Dekret vom 26. Mai 1736 ordnete den Beginn des Abrechnungswerkes an. (Lautensac, 30. Mai 1736. Ebda.) Sachsens Vorschlag, ein Drittel seiner Schuld der Reichskriegskasse zu überweisen, wenn zwei Drittel seiner Forderungen

Als die 6000 Sachsen im Juni 1735 bei der Reichsarmee anlangten, bekamen sie fast nichts mehr zu tun, ebenso wie das gleich ihnen langerwartete russische Hilfskorps, das in der Stärke von ungefähr 13 000 Mann unter General Lacy, von Polen her durch Schlesien, Böhmen und Franken ziehend, am 26. August in dem Lager des Prinzen Eugen bei Heidelberg eintraf. Am Rheine und an der Mosel wurden während des Sommers und Herbstes die sächsischen Truppen zu verschiedenen Streifzügen und Gefechten verwandt.¹ Denn Eugen beschränkte sich in der Hauptsache darauf, die noch von den Winterquartieren herrührende Aufstellung in langer Linie vom Schwarzwald bis Mainz beizubehalten und die feindlichen Bewegungen zu beobachten; über Märsche und Gegenmärsche kam es kaum hinaus. Ein nochmaliger Aufenthalt des Grafen Sulkowski im Lager Eugens währte infolgedessen nur kurze Zeit.²

Während die Heere sich noch gegenüberstanden, begannen (seit dem 14. August) in der größten Stille, nun am Wiener Hofe, neue Friedensverhandlungen, zu denen Kardinal Fleury den ersten Schritt hatte tun lassen; sie sollten am 3. Oktober zur Unterzeichnung der Wiener Präliminarien führen.

Die Niederwerfung der Gegner in Polen ging inzwischen immer mehr ihrem Ende zu. Sie vollzog sich weiter in stetem Einvernehmen mit Rußland und mit seiner wirksamen Hilfe. Hatte man deswegen in Warschau Wünsche, so wandte man sich nach wie vor in erster Linie an den Grafen Biron, und zwar fast nie vergebens. So schien er es zu sein, der es hauptsächlich fernerhin durchsetzte, daß größere militärische Maßnahmen und der offene Ausbruch der Feindseligkeiten gegen die Türkei, wozu das Petersburger Kabinett wie vordem öfter Neigung verspüren ließ, bis nach der Beruhigung Polens unterblieben.³

bezahlt würden, war unausgeführt geblieben. (Ordre an Lautensac, 6. Juli 1735. Ebda.) Oft machte es die Abführung der eigenen Rückstände von der Liquidation seiner Forderungen abhängig. Letztere wurde seit dem November 1736 wieder allein in Augusts Namen betrieben, nachdem (am 1. Nov.) die Sulkowski erteilte Abtretung gegen Anweisung „anderer Vergüt- und Begnadigung“ rückgängig gemacht worden war. (Ordre an Zech u. Lautensac, 19. Nov. 1736. Loc. 3410.) Über späteres Wiederauftauchen der sächsischen Forderungen (im Jahre 1742) vgl. Ziekursch, S. 183.

¹ Gegen ihre Verwendung im Schwarzwald hatte Sachsen der großen Entfernung halber Vorstellungen erheben lassen. (Konferenz, d. d. Dresden, 15. März. Loc. 945.) Ende Dezember traten seine Truppen den Rückmarsch an und kehrten Ende Januar 1736 in ihre Standorte zurück.

² Dahin war er am 5. Aug. von Warschau über Dresden abgereist. Er meldete Brühl, wie unbedeutend die militärischen Vorgänge waren. (Sulkowski an Brühl, d. d. Mainz, 27. u. 30. Aug., 6. Sept. Loc. 719.) Am 14. Sept. traf er bereits wieder in Dresden ein.

³ Lynar, 20. Aug. Lynar an Brühl, 25. Aug. (Loc. 3025. Vol. IV.) Zwar wurde in einer Kabinettsitzung am 16./27. Juni 1735 der Krieg mit der Pforte endgültig beschlossen, und ein russisches Korps von 40 000 Mann setzte sich auch am 1./12. Okt. gegen die Türken in Bewegung; aber dieser erste Vorstoß endete mit einem baldigen Rückzuge. (Vgl. Herrmann,

Die Notwendigkeit hiervon hatte der Warschauer Hof immer vorstellen lassen; solange die Pazifikation nicht erzielt war, erschien ein Friedensbruch Rußlands mit der Pforte unter allen Umständen gefährlich: die russischen Hilfstruppen konnten dann zu frühzeitig vermindert werden, die noch vorhandenen Anhänger Leszczyńskis Mut zu weiterem Widerstande schöpfen und vielleicht auch von der Türkei Unterstützung erhalten. Getreulich leistete jedoch Rußland dem Kurfürstkönige die noch eine Zeitlang notwendige Waffenhilfe. Die Beratungen über die russische Truppenunterstützung für den Kaiser waren ganz in beiderseitigem Einvernehmen gepflogen worden; besonders mit Münnich hatte man in Warschau sich über die Zahl und die zweckmäßige Verwendung der abzusendenden Truppen verständigt. Ursprünglich waren hierzu insgesamt 33 000 Mann bestimmt worden; der ersten aus 8 Infanterieregimentern bestehenden Kolonne (ca. 13 000 Mann), die Anfang Juni an der schlesischen Grenze eintraf, sollte in gewissem Abstände noch eine zweite von 15 000 Mann folgen und der Rest von 5000 Mann zur weiteren Verfügung bereitgehalten werden.¹ Doch zur Absendung dieser beiden Korps kam es nicht mehr; darüber entstanden zwischen Wien und Petersburg Meinungsverschiedenheiten, weil die Hofburg außer den ersten 13 000 Mann nur noch 5000 Mann gewünscht hatte.² Als deren Abmarsch nach Böhmen der kaiserliche Gesandte Graf Ostein in Petersburg kurz vor den Wiener Präliminarien verlangte, machte man ihn hier von Augusts Zustimmung abhängig.³ Zu Maßnahmen, welche das Pazifikationswerk hemmen konnten, bot natürlich die Zarin nie die Hand. Als Biron von sächsischer Seite benachrichtigt wurde, daß auf Preußens Veranlassung hin möglicherweise die protestantischen Mächte auf dem bevorstehenden Reichstage alte Beschwerden der Dissidenten zur Sprache bringen und unterstützen würden⁴, versprach er sofort ihre Ablehnung durch seinen Hof.⁵

Auf seine tatkräftige Unterstützung vor allem rechnete man

a. a. O. S. 573; Uebersberger, a. a. O. S. 167ff.) Die offizielle russische Kriegserklärung sollte erst am 12./23. April 1736 erfolgen.

¹ Konferenzen, d. d. Warschau, 5. Mai u. 1. Juni. (Loc. 3672. Vol. VI. u. VII.)

² Zech, d. d. Wien, 25. Mai. Loc. 3672. Vol. VI.

³ Lynar, 26. Sept., 1. Nov. u. 3. Dez. (Loc. 3025. Vol. IV.)

⁴ Ordre an Lynar, 18. Aug. (Loc. 3672. Vol. VII.) — Der Warschauer Hof hatte aus aufgefangenen Berichten des preußischen Residenten ersehen, welche Mittel er zwecks Sprengung des bevorstehenden polnischen Reichstages nach Berlin anriet, und daß er von hier beauftragt war, die englischen und holländischen Gesandten zu bestimmen, daß ihre Höfe gemeinsam mit Preußen die russische Kaiserin zu energischen Schritten zugunsten der Dissidenten bewegen sollten. (Brühl an Sulkowski, 17. Aug. Loc. 460. Vol. 50.) Um die protestantischen Mächte zu beruhigen, erklärte August dem dänischen und russischen Gesandten in einer Audienz, daß er während seiner Regierungszeit die Dissidenten in ihren Rechten gemäß der Pacta Conventa schützen werde. (Brühl an Debrose, 21. Sept. Loc. 2875. Vol. V. Ordre an Plessen, 6. Okt. Loc. 3435.)

⁵ Lynar, 7. Sept. Loc. 3025. Vol. IV.

in Warschau auch in den künftigen Friedensverhandlungen zwischen den Mächten. Obwohl im Osten Augusts Sache durch die Waffen offensichtlich einem siegreichen Abschluß zugeführt wurde, war es bis zu dem Präliminarfrieden zwischen Österreich und Frankreich nicht entschieden, ob die polnische Krone in seinem gesicherten Besitze bleiben würde. Besonders Preußens hiergegen zielende Bestrebungen waren noch immer nicht unbedenklich.¹ Man hatte durch Manteuffel Kenntniss erhalten von einem neuen, in eigenartiger Weise entstandenen Plane des preußischen Königs², der im Falle einer Ausführung vollauf sein Interesse gewahrt haben würde trotz der darin enthaltenen Versicherungen, nur selbstlos dem Kaiser helfen und weiter nichts als den bloßen Ruhm davontragen zu wollen, mehr als die Seemächte getan und ihn umsonst aus jeder Bedrängnis gerettet zu haben. Denn der Kernpunkt seines Entwurfes war, daß sowohl Stanislas als auch August auf die Königskrone verzichten und daß in Polen zu einer Neuwahl geschritten werden sollte. Friedrich Wilhelm wollte dafür auf seine Kosten dem Kaiser für vier Jahre 60 000 Mann überlassen, sich aber das Generalkommando im Reich, geeignete Winterquartiere und freie Verfügung über Krieg und Frieden ausbedingen; wenn die gemeinsame Armee 200 000 Mann betrüge, sollten die Vorschläge an Frankreich erfolgen, das im Falle einer Ablehnung gänzlich zu unterdrücken sei. Als Entschädigung für den sächsischen Kurfürsten und den Schwiegersohn des französischen Königs waren monatliche Pensionen von je 150 000 Talern vorgesehen³; berücksichtigt war auch die Regelung der italienischen Verhältnisse⁴;

¹ Kurze Zeit hatte namentlich auch ein Ausspruch des Wiener englischen Gesandten gegenüber Zech Besorgnisse am sächsischen Hofe erweckt. Daß dieser sehr wohl das „Opfer“ sein könnte, äußerte nämlich Robinson anlässlich der Erörterung bekannt gewordener Bemühungen des französischen Gesandten im Haag, des Marquis Fénelon, einen Waffenstillstand mit Einschluß Polens zu erwirken. (Ordre an Loß, 10. Sept. Loc. 2875. Vol. V.) Diesen wünschte Augusts Politik vor allem deshalb nicht auf sein Königreich auszudehnen, weil dort der Widerstand der Gegenpartei noch nicht gebrochen war und in ihr Verhalten wenig Vertrauen gesetzt wurde. So arbeitete sie auch gegen dieses Ziel des französischen Hofes, seitdem vor Monaten die ersten Anzeichen davon erfolgt waren. (Konferenz, d. d. Dresden, 6. Mai. Loc. 2875. Vol. III.)

² In der Nacht vom 19. zum 20. Aug. soll er erwacht sein und das Projekt einem seiner Sekretäre in die Feder diktiert haben. Manteuffel schickte am 24. Aug. den Inhalt in einem chiffrierten Briefe an Brühl. (Loc. 456. Vol. 25.) Droysen, der diesen erstmalig benutzt hat (Droysen, IV. 3, S. 268; vgl. auch Ranke, S. 222) bezweifelte nicht die Existenz des Entwurfes und Friedrich Wilhelms Verfasserschaft.

³ Droysen spricht irrtümlich von 200 000 Talern, von denen Preußen die eine, der Kaiser die andere Hälfte übernehmen sollte. — Die Pension für Stanislas sollte aber in Wahrheit von Holland, die für August zu einem Drittel vom Kaiser, zu zwei Dritteln von Preußen gezahlt werden.

⁴ Österreich sollte wieder Parma und Piacenza, sowie das mailändische Gebiet bis zum Tessin, Sardinien den Rest hiervon, Don Karlos Sizilien erhalten.

Kurland sollte an Rußland fallen und der lothringische Herzog sogleich die Kaiserwürde erhalten.¹

Sofort teilte Brühl dem sächsischen Gesandten Lynar zwecks Übermittlung an Biron dieses Projekt Friedrich Wilhelms mit, daß, wie auch verlautet war, bereits in einer Konferenz zwischen dem König und zwei Ministern vorgelegen und den Beifall des einen gefunden haben sollte.² Der sächsische Staatsmann empfahl, einen etwaigen preußischen Antrag nach Petersburg sogleich von Anfang an als „lächerlich“ fallen zu lassen und dem Verfasser nachdrücklich zu antworten, daß seine Mühen hinsichtlich Polens aussichtslos und seine Vorschläge unausführbar seien; falls man diesen auch nur der Form wegen Gehör schenke, so würde seine Hoffnung, die Vermittlerrolle spielen zu können, nur gestärkt werden und doch „am Ende nichts als Kletterey und Verdruß herauskommen“. Bald erhielt man aus Petersburg Erklärungen, die durchaus beruhigen konnten.

Hier war schon bekannt geworden, daß sich Friedrich Wilhelm eines unfehlbaren Mittels, um dem Kaiser aus aller Not zu helfen, gerühmt habe; gegenüber Brackel, dem russischen Gesandten, hatte er seine Pläne angedeutet und daraus bereits die Neuwahl, Pensionen für die beiden Verzicht leistenden Könige sowie die Art und Weise, um Frankreich gefügig zu machen, erwähnt. Wiederholt gab nun auch Biron sein Wort, daß die Zarin mit Preußen auf nichts, am allerwenigsten aber auf seine ersehnte Friedensvermittlung, eingehen, sondern jeden seiner Anträge abweisen werde.³

Schließlich wurden im großen und ganzen die Befürchtungen der sächsischen Politik hinsichtlich einer dritten polnischen Wahl hinfällig durch den Wiener Friedensschluß vom 3. Oktober. Denn in dem ersten Präliminarartikel, der die polnische Frage behandelte, war neben der Abdankung Leszczyńskis die Anerkennung des Kurfürsten als König von Polen ausdrücklich ausgesprochen.⁴ Wie man in Warschau erfuhr, hatte trotz Frankreichs anfänglichem Widerstreben der Wiener Hof, vor allem bewogen durch Preußens Bemühungen um eine nochmalige Wahl in Polen, gemäß der Mitte Juni im Haag überreichten gemeinsamen Erklärungen auf der für August wichtigsten

¹ Dies teilte Manteuffel in einem zweiten Briefe vom 28. Aug. mit. (Loc. 426. Vol. 25.)

² Manteuffel an Brühl, 24. Aug. (Ebda.) Brühl an Lynar, 8. Sept. (Loc. 2875. Vol. V.)

³ Lynar an Brühl, 24. Sept. Lynar, 8. Okt. (Loc. 2875. Vol. V.)

⁴ Die übrigen hauptsächlichlichen Bestimmungen setzten fest: Der Kaiser tritt Neapel und Sizilien an Don Karlos, ferner einige kleine lombardische Gebiete an Sardinien ab; er erhält dafür Parma und Piacenza; Toskana fällt nach dem Erlöschen der Medici an Franz v. Lothringen, der das Herzogtum Bar sofort und Lothringen selbst bei Übernahme Toskanas an Stanislas Leszczyński überläßt; nach dessen Tode fällt Lothringen an Frankreich; letzteres garantiert die pragmatische Sanktion und willigt in jede Heirat der kaiserlichen Töchter.

Bedingung bestanden, daß seine Anerkennung unzweideutig festgesetzt ward.¹

Es sollte indessen noch Jahre dauern, bis eine völlige Einigung aller beteiligten Faktoren erzielt und das Friedenswerk beendet wurde. Monate vergingen, ehe Friedrich August dem Wiener Präliminarvertrage beitrug. Die Verhandlungen darüber und über neue kaiserliche Wünsche führten abermals zu häufigen und oft scharfen Auseinandersetzungen mit der Hofburg.

Sogleich bei der ersten auszugsweise erfolgten Mitteilung der Präliminarien² trat sie mit neuen Geldforderungen an Sachsen heran, die, meist in Verbindung mit den bisherigen, in der Folge oft wiederholt wurden, jedoch immer mit dem gleichen negativen Ergebnis. Sie hatte sich in dem zweiten Präliminarartikel verpflichtet, bis zu dem Zeitpunkt, wo das lothringische Haus nach dem Erlöschen der Medici in den Besitz Toskanas gelangen würde, dem Herzoge

¹ Dem kaiserlichen Reskript an Wratislaw vom 11. Nov. war ein Extrakt eines Briefes Fleurys an dessen Unterhändler La Beaume, d. d. Versailles, 11. Sept., beigegeben. Es hieß darin: „Les seules difficultés, qu'on pourroit vous faire seroient les conditions du 15 Juin, auxquelles les cours de Saxe et de Russie ont déclaré qu'Elles accepteroient le Plan sur la Pologne. Une de ces Conditions est que l'El. de Saxe soit reconnu pour Roi. Je ne crois pas que la Cour de Vienne puisse en exiger la stipulation dans les Preliminaires. Cependant si cela arretoit quelque chose, vous pourriez y consentir, en stipulant que cette reconnaissance se feroit en meme tems que le Roi Stanislas entreroit en possession de Lorraine et qu'il seroit reconnu sous le titre et la denomination de Roi de Pol. La seconde de ces conditions est que la Czarienne et l'Electeur interviendront au Congres comme Parties Principales. Il ne nous peut pas convenir de stipuler cela formellement, il peut s'y rencontrer des difficultés par rapport au tems où le roi Stan. auroit abdiqué et pris possession de son dedommagement, avant lequel Nous ne pourrions pas reconnaitre les Min. de l'El. comme Min. de Roi. La Czarienne de son coté pourroit former des demandes embarassantes ou etrangeres à l'objet de la Paix generale . . .“ — Ein schon am 19. Okt. von Wratislaw in Warschau übergebenes Reskript Karls vom 13. Okt., worin die teilweise Bekanntgabe der Präliminarien anbefohlen wurde, enthielt den Passus: „In re aber hat man sich angelegen sein lassen, den Punkt von Polen nach denen in Haag übergebenen Declarationen einzurichten, die Erkenntniß Augusts . . . ausdrücklich auszudingen, nicht minder denen im Pacifikations Plan zur Besänftigung des franz. Hofes häufig ausgesonnene, sowohl für König August als die Pohl. Nation eben nicht gar anständigen Spiegelfechtereien auszuweichen. Und haben wir die ausdrückliche Erkändniß des Königs August umb so mehrers beizurücken für Preußen auf einer dritten Wahl noch immer verseßen sei . . .“ (Loc. 2875. Vol. V.) — Gelegentlich schien es in der Folgezeit auch, als ob Frankreich auf einer feierlichen Abdankung Leszczyńskis bestehen und daß diese in förmlicher Weise auf einem polnischen Reichstage erfolgen könnte; da wurden wieder Befürchtungen am sächsischen Hofe rege, daß doch noch ein Interregnum und eine Neuwahl in Polen proklamiert werden könnten. (Brühl an Zech, 4. Jan. Zech, 21. Jan. Konferenz, d. d. Dresden, 27. Jan. 1736. Loc. 2904. Vol. VI.)

² Zech, 8., 12. u. 13. Okt. 1735. (Loc. 2904. Vol. V.) — Der vollständige Wortlaut der Präliminarien wurde Zech erst am 26. Nov. zugestellt.

Franz Stephan von Lothringen die Einkünfte des Herzogtumes Bar zu vergüten, das dieser sofort an Stanislas Leszczyński abtreten mußte. Hierzu verlangte man nun kaiserlicherseits, auch auf dem Wege über Petersburg¹, einen sächsischen Zuschuß, ohne je die Höhe von diesem oder von jenen Einkünften anzugeben. Man suchte die Leistung eines Beitrages namentlich damit zu begründen, daß dem Kurfürsten die nun nicht mehr notwendige Gewinnung Preußens bedeutend mehr gekostet haben würde, und man gab, wie bald in noch stärkerem Maße während der gleichzeitigen Verhandlungen über den Beitritt Augusts zu den Präliminarien, vielfach in Form von Vorwürfen zu verstehen, daß seinetwegen der Kaiser übermäßige Opfer gebracht habe und in eine Schuldenlast von vielen Millionen geraten sei.² Stets antworteten die sächsischen Staatsmänner, welche wieder die Berechtigung der kaiserlichen Klagen und Vorwürfe nicht anerkennen zu müssen glaubten³ und sie nach wie vor häufig zurückwiesen, ablehnend oder hinhaltend: sie führten entweder die eignen Schulden und leeren Kassen an oder machten von der Zahlung der Beiträge Rußlands und der Seemächte, die gleichfalls in Wien erhofft wurden, einen entsprechenden sächsischen Zuschuß abhängig.

Über die Art und Weise des Beitrittes Friedrich Augusts zu dem vorläufigen Friedensschlusse, über die Form, unter der sich die gegenseitigen Anerkennungen der bisherigen Rivalen vollziehen sollten, über Titelfragen und Zugeständnisse von seiner Seite folgten überaus langwierige Verhandlungen, die einerseits zwischen Frankreich und dem Kaiser, anderseits zwischen diesem und dem sächsischen und russischen Hofe geführt wurden. Häufige Unterredungen, in denen ebenso wie in vielen Denkschriften die Politik des Kurfürst-königs aus Rücksicht auf sein Königreich allerlei Wünsche zu vertreten suchte, fanden in Wien, Petersburg und Warschau statt, und viele Entwürfe und Gegenentwürfe wurden ausgewechselt, ehe die verschiedenen endgültigen Friedensinstrumente⁴ zustande kamen.

Seine hauptsächlichen Forderungen und Gegenanschläge gegen

¹ Lynar, 6. Nov. Loc. 3025. Vol. IV.

² Zech, 13. Okt. — Karls VI. Reskript an Wratislaw vom 13. Okt. Dessen Promemorien vom 22. u. 25. Okt. (Loc. 2875. Vol. V.)

³ So schrieb Wack.-Salm. am 22. Okt. an Brühl: „... überhaupt wäre zu wünschen, daß man doch an Seiten des kais. Min. auf einen glimpflicheren Weg, sich in Schriften zu expliciren, einschlagen, und nicht mit beständigen Vorwürfen von übergroßen Sacrificien und mehr den allianzmäßigen Wohlthaten, I. K. M. beschwerlich fallen wolte; Wenigstens ist dießbeits nicht bekant, worinnen der kais. Hof, der in Anno 1733 errichteten Allianz noch zur Zeit ein Genügen getan, wohl aber hat man zu Petersburg und anderwärts öfters solche Insinuations und Anträge gemacht, welche I. M. gewiß nicht verdient, noch dero Interesse vortürlich gewesen.“ (Ebda.)

⁴ Gedruckt sind die vielen Friedensinstrumente u. a. bei F. A. W. Wenck, Codex juris gentium recentissimi (1781), T. I, S. 1ff. Vgl. L. Bittner, Chronologisches Verzeichnis der österreichischen Staatsverträge. I. (1903). S. 156 ff.

die darin vereinbarten Bestimmungen hatten Änderungen sowohl formeller als auch inhaltlicher Natur betroffen; namentlich wollte er überall da, wo auf Stanislas' Rücktritt Bezug genommen wurde, den Ausdruck „abdanken“ durch „verzichten“ ersetzt wissen und die vorbehaltlose Zustimmung zur Generalamnestie und Restitution der Leszczynskischen Güter vermeiden; auch der Termin der Herausziehung der Truppen aus Polen war ein heiß umstrittener Differenzpunkt gewesen. Schließlich mußte sich August den Bestimmungen formell unterwerfen, die zwischen dem kaiserlichen und französischen Hofe unter dem 11. April 1736 in einer Konvention über die Ausführung des Polen betreffenden Präliminarartikels vereinbart worden waren. Am 15. Mai unterzeichneten in seinem und der Zarin Namen der sächsische und russische Gesandte in Wien Akzessionsurkunden; der Beitritt von August und Anna zu den Friedensbestimmungen über Polen war damit vollzogen.

Preußen sah sich in seinen Hoffnungen, daß Frankreich die polnische Sache nicht preisgeben werde, tief getäuscht. Es hatte während ihrer Entscheidung keinen einzigen größeren Vorteil davongetragen und war in keiner Hinsicht auf seine Kosten gekommen; ohne sein Zutun und trotz seiner so oft unverhüllt zutage getretenen feindseligen Politik und Gesinnung gegen Sachsen war dessen Kurfürst in den endgültigen Besitz von Polens Königsthron gelangt.

Der Dresdner Hof hielt es nicht für nötig, seinerseits die tiefgehende Kluft überbrücken zu helfen, die durch die polnische Frage seit dem Tode Augusts des Starken in die ehemalige offenkundige sächsisch-preußische Freundschaft gekommen war. Denn hierzu wären zum mindesten als Vorbedingung Zugeständnisse erforderlich gewesen, wozu er aber nach den erzielten Erfolgen und in Anbetracht der auch fernerhin unfreundlichen Haltung Preußens noch weniger Lust als vordem hatte.

Von dessen Seite war zwar inzwischen unter der Hand wiederholt die Neigung zu einem besseren gegenseitigen Verhältnis, aber immer in Verbindung mit Wünschen bekanntgegeben worden.

Nicht lange nach den Wiener Präliminarien wurde bereits Manteuffel ganz im geheimen von einem ihm befreundeten Berliner Minister im Auftrage Friedrich Wilhelms sondiert, ob diesem nicht gelegentlich einer Aussöhnung irgendein Vorteil noch verschafft werden könnte. Die diplomatische Antwort des Grafen bestand aus zwei Fragepunkten: worin die Bedingungen des preußischen Königs bestehen würden, und was er für ihre Erfüllung seinerseits zugestehen wolle.¹ Eine vollständige Aussöhnung, nicht nur Augusts Anerkennung

¹ Manteuffel an Brühl, 19. Nov. 1735. (Loc. 456. Vol. 25.) — Am 22. November teilte Manteuffel einen Brief Friedrich Wilhelms an den betreffenden Minister, dessen Namen er verschweigt, mit, worin es heißt: „... il n'y a que Dieu, moi, vous et le C. de Manteuffel qui soient informez

durch Friedrich Wilhelm, glaubte Manteuffel bei der Lage der Dinge erwarten zu dürfen, wenn ihm ein Dutzend großer Soldaten sowie zwei oder dreitausend Dukaten¹ zur Verfügung gestellt werden würden; ein dauerndes Einvernehmen sogar erhoffte er durch die jährliche Abgabe von einem halben Dutzend langer Leute. Doch auch diese Anregungen stießen in Warschau auf kein Entgegenkommen, wo man an dem Standpunkt festhielt, erst überzeugende Beweise von der ernstesten Absicht des Preußenkönigs zu einer Wiederannäherung abzuwarten, ehe man sich näher erklären werde.² Die mit Manteuffel angeknüpfte geheime Unterhandlung fand ein schnelles Ende: auf seine Anfragen erhielt er keine Antwort³; der befreundete Minister hatte ihn aber doch noch von den Punkten in Kenntnis gesetzt, womit Preußen Entgegenkommen bewiesen werden könne; die hierin enthaltenen, noch immer hochgespannten Wünsche betrafen die jülichische und kurländische Frage, sowie die Angelegenheit von Elbing und Draheim.⁴

Ein paar Wochen später erfolgten durch den preußischen Kammerherrn Karl Ludwig Freiherrn von Pöllnitz, der die Gunst Friedrich Wilhelms besaß und den deshalb seit längerer Zeit die sächsische Politik durch Verleihung des Kammerherrntitels und durch Geldgeschenke für ihre Interessen zu gewinnen gesucht hatte⁵, neue sondierende Schritte. Er wandte sich sowohl an Brackel, den Berliner russischen Gesandten, als auch an Manteuffel⁶; durch Vermittlung des ersteren und seines Kollegen in Warschau sollte Sachsen zum Geschenk eines halben Dutzend langer Soldaten veranlaßt werden; dem Grafen Manteuffel deutete er außerdem die Notwendigkeit an, auch weitere Wünsche, wie den hinsichtlich Kurlands, zu erfüllen, weil ohne irgendein Zugeständnis Friedrich Wilhelm nie August anerkennen werde.

Aber auch diese Winke blieben ohne jeden Erfolg, ebenso wie die in den nächsten Monaten oftmals von preußischer Seite — meist durch den Generalmajor Graf Truchseß zu Waldburg — übermittelten

de cette ouverture . . . que les prelim. etant surem. signez de part et d'autre, et Auguste restant roi de Pol. il faudroit au plutot songer a renouer l'ancienne amitié avec la Saxe, et tenter d'en obtenir quelque petit avantage; qu'il ne conviendrait pas de nous faire aucune proposition formelle la dessus, mais qu'il faudroit me consulter confidemment . . ." (Ebda.)

¹ Diese zu dem Zwecke, um die etwaige Gegenarbeit von Ministern und Günstlingen zu hindern. (Manteuffel an Brühl, 21. Nov. Ebda.)

² Brühl an Manteuffel, 30. Nov. Ebda.

³ Manteuffel an Brühl, 10. Dez. Ebda.

⁴ Hinsichtlich der ehemaligen Forderung von Mansfeld und Gommern äußerte der Berliner Minister: „Je comprends bien que vous ne nous accorderiez rien de fort réel, et qu'il seroit ridicule de penser à Mansfeld à Gommern et autres choses pareilles, que nous avons eu l'impertinence de vous demander cy devant . . ." (Manteuffel an Brühl, 29. Nov. Ebda.)

⁵ Vgl. hierüber Droysen, IV. 4, S. 97ff., 107.; K. v. Weber, N. F. I. S. 109ff.

⁶ Ponickau, 19. Dez. (Loc. 2994. Vol. IV.) Manteuffel an Brühl, 20. Dez. (Loc. 456. Vol. 25.)

Anregungen und Bitten, eine größere Menge von Sandsteinen zu schenken.¹

Durch nichts wollte Friedrich August Preußens Freundschaft und Anerkennung seiner neuen Würde erkaufen; in den entsprechenden Antworten nach Berlin wurde meist betont², daß sie sonst für ihn jeden Wert verlieren würden. Er konnte die preußische Anerkennung, um die er sich nicht weiter bemühte³, in Ruhe abwarten, mußte sie über kurz oder lang ja doch erfolgen. In seiner Rechnung, die vor allem auch russischerseits immer gutgeheißen wurde, sah er sich denn schließlich auch nicht getäuscht. Nachdem mehrmals vom Berliner Hofe die Anerkennung, die aus politischen Gründen selbst der preußische Kronprinz für wünschenswert gehalten hatte⁴, in Aussicht gestellt worden war, wurde sie endlich unter dem 12. April 1737 ausgefertigt und durch den Grafen Truchseß nach Dresden überbracht.⁵ Sicher hatte man sie in der Erwartung erteilt, dadurch wenigstens noch zwei Wünsche erfüllt zu bekommen, die bereits gleichzeitig mit ihr im Vorjahre angekündigt worden waren und die Freilassung des Exulantenpredigers Liberda sowie die Zustimmung zum Kaufe zweier in der Niederlausitz gelegener und für den zweiten preußischen Prinzen August Wilhelm bestimmter Güter betrafen.⁶ Auf Grund seiner Instruktion⁷ wiederholte Graf Truchseß am Dresdner Hofe

¹ Diese — es wurden 23 000 Quadratfuß gewünscht — sollten vor allem zum Bau einer Kirche in Rathenow und einer Statue in Ruppin verwandt werden. Die darüber zwischen Truchseß und Brühl geführte Korrespondenz: Loc. 460. Vol. 54. — Truchseß an Manteuffel, d. d. Havelberg, 28. Febr. 1736. (Loc. 456. Vol. 26.) In ähnlichem Sinne wandte sich am 4. April der preußische wirkl. geh. Etats- und Kriegsrat Franz Wilh. v. Happe an Suhm; Brühls Antwort an Suhm, 13. Juni. (Loc. 460. Vol. 53.)

² So Reskript an Ponickau, 31. Dez. (Loc. 2994. Vol. IV.) Brühl an Manteuffel, 28. Dez. 1735. (Loc. 456. Vol. 25.)

³ Da man sie nicht erteilte, wurde Ponickau unter dem 18. April 1736, wenn auch noch nicht förmlich, abberufen. Die offizielle Abberufung erfolgte erst am 18. Aug. 1738. (Loc. 2994. Vol. V.)

⁴ Friedrich an Grumbkow, d. d. Rheinsberg, 28. Jan. 1737. (R. Koser, Briefwechsel, Publik. aus den Kgl. Preuß. Staatsarchiven 1898, S. 146 ff.)

⁵ Loc. 3690. Vol. III. — Preußens Anerkennung war noch nicht die letzte; es folgten nach ihr die der Pforte (Juni 1737), Spaniens (Dez. 1737) und Portugals (Febr. 1738).

⁶ Am 27. Juli 1736 hatte der preußische Resident Hoffmann dem Grafen Brühl auf Befehl seines Herrn dessen Neigung zur Anerkennung, sowie den Wunsch, daß Liberda freigelassen werde, bekannt gegeben. (Brühl an Manteuffel, d. d. Warschau, 28. Juli. Loc. 456. Vol. 27.) Daß hierüber Schreiben und außerdem noch ein Gesuch um die Einwilligung zu dem Gutskaufe — es handelte sich um die Güter Cossenblatt und Platekow in dem Lübbenschen Oberamtsbezirke — ergehen würden, war der Inhalt eines Manteuffel übergebenen Promemorias der drei preußischen Kabinettsminister vom 14. Nov. gewesen. (Manteuffel an Brühl, 16. Nov. Ebda.)

⁷ Datiert vom 12. April 1737. (Berl. Arch. Rep. 9. Nr. 29c. b.) Graf Truchseß traf am 20. in Dresden ein und wurde vom Könige am 22. sehr gnädig empfangen, der in der Audienz äußerte, es bliebe wohl dabei, daß das, was Gott einem gönnte, die Menschen nicht verhindern könnten. (Truchseß,

diese Gesuche in zwei Promemorien. Hatte man in den Antworten¹ auf die vorjährigen Wünsche ein bestimmtes Zugeständnis nicht gegeben, so wurde nun nach erfolgter Anerkennung dem preußischen Gutskaufe unter der Bedingung der Regelung der Lehnverhältnisse zugestimmt; die Freigabe Liberdas hingegen machte man wieder von der kaiserlichen Erlaubnis abhängig.²

Offizielle Freundschaftsversicherungen wurden anlässlich der preußischen Anerkennung zwar ausgetauscht, bessere Beziehungen zwischen Berlin und Dresden bahnten sich aber nicht an. Die sächsische Regierung sah keine Veranlassung, sie herbeizuführen.

Unterdessen hatte diese Zutrauen zu freundlicheren Gesinnungen des Berliner Hofes nicht gewinnen können. Seine Gegnerschaft in der polnischen Frage und die Versuche, dem Friedenswerke Schwierigkeiten zu bereiten, waren bis zuletzt offensichtlich gewesen. Seine häufigen Werbeexzesse, die man nie hatte verhüten können, wurden überboten durch die schweren Ausschreitungen und Erpressungen, welche in der Grafschaft Mansfeld, dem Merseburger Stift, in den Henneberg-Schleusingischen Ämtern und dem Thüringer Kreis die vom Rheine heimkehrenden preußischen Hilfstruppen Ende 1735 verübt hatten.³ Namentlich legten aber die Verdächtigungen, mit denen Preußen die sächsische Politik in Petersburg zu diskreditieren fortfuhr, beredtes Zeugnis von fernem Übelwollen ab; sie erschienen ihr um so gefährlicher, als sie jetzt im Zusammenhang mit Bemühungen erfolgten, sich durch Neuanbahnung guter Beziehungen zum russischen Hofe mit dem Ziele eines Bündnisses Vorteile zu sichern. Damit trat die Sorge, Preußen könne sich ihm zum Schaden des Kurfürstkönigs nähern, stärker an dessen Staatsmänner heran; ihre sogleich einsetzende Gegenarbeit, den preußischen Einfluß in Petersburg nach Möglichkeit auszuschalten, gab Gelegenheit, daß dem Grafen Biron neue Versicherungen mit noch überzeugenderer Beweiskraft erteilt wurden.

Je näher die Zeit der vollständigen Beruhigung Polens heranrückte, um so deutlicher zeigte es sich, wie sehr die kurländische

d. d. Dresden, 23. April. Ebda.) Komplimente sollte er Brühl und besonders Sulkowski übermitteln; diesen, der meist an den auswärtigen Höfen zu Unrecht für den fast alleinigen Leiter aller Staatsgeschäfte gehalten wurde, sollte er in das preußische Interesse zu ziehen und seine Freundschaft zu gewinnen suchen. Ihn fand Truchseß auch sehr entgegenkommend. (Truchseß, d. d. Dresden, 29. April. Ebda.)

¹ Sächsisches Promemoria vom 23. Nov. 1736. (Brühl an Manteuffel, 24. Nov. Loc. 456. Vol. 27.)

² Antwort von Sulkowski und Brühl, d. d. Dresden, 2. Mai 1737 (Berl. Arch. Rep. 9. Nr. 29 c. b.), auf Truchseß' Promemorien vom 24. u. 26. April. — Vgl. v. S k a l s k ý, a. a. O. S. 279 ff. — Liberda unternahm bald darauf einen zweiten Fluchtversuch und wandte sich, als dieser geglückt war, nach Berlin.

³ Der Schaden, den dadurch die Bevölkerung erlitten hatte, wurde auf über 30 000 Taler beziffert. (Berichte der geh. Räte vom 28. Jan., 6. März, 28. Mai 1736. Loc. 2877.)

Frage dem getreuen Freund am Herzen lag. Seit August 1735 hatte er mehrfach seine Landsleute mit der Begründung, daß sie die Einverleibung ihrer Heimat befürchteten, dem Schutze des Königs empfohlen und bereits um günstige Aufnahme eines künftigen kurländischen Deputierten nachgesucht¹, die dann auch von Warschau aus zugesagt wurde²; im Oktober fanden zwischen ihm und dem kurländischen Kammerherrn von Buttler viele geheime Unterredungen statt, deren Gegenstand aller Vermutung nach die Art und Weise betraf, wie die noch uneinigen Stände des Herzogtumes für seine Zwecke bearbeitet werden könnten.³ Obwohl inzwischen der sächsische Gesandte von dem Befehle, im Bedarfsfalle die erlassenen Versicherungen zu wiederholen, gelegentlich Gebrauch gemacht hatte, so wurden Anfang Dezember doch wiederum von seiten des Grafen — jetzt infolge von Depeschen des russischen Gesandten Keyserling — große Zweifel an der künftigen Erfüllung laut.⁴ Er betonte von neuem, daß die russische Kaiserin niemals Kurlands Einverleibung dulden werde, es möge kosten, was es wolle, und wie vordem und verschiedentlich auch nachher ließ er die volle Bereitwilligkeit erkennen, gemeinsam mit ihr den Kandidaten, der in Warschau gewünscht würde, während und nach der Wahl zu unterstützen; er werde diesem bei der Ablösung der verpfändeten herzoglichen Güter behilflich sein, sich selbst aber nie zum Herzoge wählen lassen; als einzigen Lohn für seine Mühen werde er nur ein passendes Amt aus der Hand des neuen Herzogs annehmen; Preußen allein müsse jedoch auf alle Fälle ausgeschlossen sein.

Bereits auf diese Meldungen hin ergingen neue Erklärungen aus Warschau. Der König deutete selbst in einem unterm 31. Dezember datierten Handschreiben⁵ dem Oberkammerherrn die Neigung zur Erfüllung seiner Wünsche an; wie er ihm schrieb, sei Lynar beauftragt zu erklären, daß er nichts lieber wünsche, als bald „bequeme Gelegenheit“ zu erhalten, die Absichten der Zarin zu befördern sowie seine großen Verdienste zu belohnen. Um seine falschen Vermutungen zu zerstreuen, wurden gleichzeitig dem sächsischen Vertreter in Petersburg einige weitere Eröffnungen gemacht.⁶ Es war hierin auf den gescheiterten Pazifikationsreichstag Bezug genommen, auf dessen Verlauf der Wiener Friedensschluß nicht die erhoffte günstige Rückwirkung ausgeübt hatte. Denn am 8. November fand er, ohne daß auch nur ein Marschall gewählt werden konnte, sein unrühmliches Ende, das hauptsächlich durch Zwistigkeiten unter den großen Adelsfamilien über die Verteilung erledigter Ämter und Würden bedingt

¹ Lynar, 7. Sept. Lynar an Brühl, 7. Sept. 1735. (Extrakte. Loc. 2696.)

² Ordre an Lynar, 29. Sept. Loc. 3673. Vol. VIII.

³ Lynar, 15. Okt. Loc. 2696.

⁴ Lynar, 11. Dez. Lynar an Brühl, 11. Dez. Extrakt. (Ebda.)

⁵ Mit dem zugehörigen Reskript gleichen Datums am 2. Jan. 1736 an Lynar abgeschickt. (Kopien ebda.)

⁶ Ordre an Lynar, 31. Dez. Ebda.

worden war.¹ Deren Vergebung nahm der König am folgenden Tage vor und berücksichtigte auch da wieder die Vorschläge der Zarin. Sicher in der Erwartung, vollständig Polens Beruhigung auf dem begonnenen Reichstage durchführen zu können, hatte er den Zeitpunkt für gekommen erachtet und war er einverstanden gewesen, daß der russische Gesandte gemeinsam mit dem kurländischen Deputierten Benedikt Heinrich von Heyking die Wünsche des Herzogtumes bei der Republik vorbrachte; denn ohne Einwand hatte er einen darüber zwischen Keyserling und den polnischen Ministern vereinbarten Artikel gebilligt. Doch durch das Scheitern des Reichstages blieb diesen ersten Schritten ein Erfolg versagt. Es kam nach wie vor zunächst wieder auf die Zustimmung von Polens Senat und Ständen zur Aufhebung des Inkorporationsdekretes von 1726 und zu der Herzogswahl an. Daß nun diese danach von Kurlands Ständen eher auf einen Angehörigen ihres Landes und Adels² als auf ein Mitglied eines fremden Hauses gelenkt werden würde und auf Biron fallen möchte, wurde als Ansicht und Wunsch des Königs dem sächsischen Gesandten übermittelt; hinzugefügt war auch, daß er ganz gleicher Meinung über den Ausschluß eines brandenburgischen Prinzen sei; ein preußisches Ansuchen würde an den Reichstag verwiesen werden.

Welche Stellung Friedrich August zu der kurländischen Frage weiterhin einnehmen wollte, legte mehrere Wochen später Graf Brühl dem russischen Oberkammerherrn in einem Handschreiben vom 10. Februar 1736 dar³: es müsse in ihr vorsichtig vorgegangen werden, damit die Polen nicht das geringste von der zwischen dem Könige und Rußland getroffenen Vereinbarung erführen; der Anschein solle gewahrt bleiben, als ob dieser allein durch die künftig zu wiederholenden förmlichen Gesuche Rußlands dazu veranlaßt würde, die Stände zu ermahnen, daß sie der Aufhebung der Konstitution von 1726 sowie der Herzogswahl zustimmten; im übrigen versicherte Brühl dem Grafen Biron die Gunst seines Herrn und bemerkte, wen dieser dem kurländischen Adel unter der Hand vorschlagen lassen werde, könne er wohl erraten.

Währenddem hatte der Warschauer Hof seit den letzten Monaten des Vorjahres von Preußens Annäherungsversuchen in Petersburg⁴ vielfach Kenntnis erhalten. Durch Biron namentlich erfuhr man, mit welchen Mitteln es ihnen hier günstigen Boden zu bereiten suchte, und daß es sich dabei in der Hauptsache an ihn selbst wandte. Ihm gegenüber hatte es Mardefeld als unzweifelhafte Tatsache hingestellt,

¹ Brühl an Wack.-Salm., 9. Nov. (Loc. 461. Vol. 56.), an Zech, 9. Nov. (Loc. 3333 b.), Friedr. Aug. an Anna, 9. Nov. (Loc. 3025. Vol. IV.)

² Biron war mit seiner Familie am 6. Sept. 1730 in den kurländischen Indigenatsadel aufgenommen worden.

³ Kopie. Loc. 2696.

⁴ Über diese vgl. Droysen, IV. 3, S. 287 ff.

daß Sachsen das treibende Rad an dem ganzen Friedenswerke und am französischen Hofe sei; Augusts des Starken gefährliche Absichten kämen wieder in Schwang; Frankreich begnüge sich jetzt um so lieber mit ungünstigen Friedensbedingungen und überlasse dem Kurfürsten die polnische Krone, weil es hoffe, mit seiner Hilfe zu gelegener Zeit reichlich alles wieder einzuholen sowie Rußland und Österreich den Rang abzulaufen; zwischen jenen sei im größten Geheimnis schon eine Verständigung getroffen worden, alle Besorgnisse hierüber könnten aber durch einen neuen Allianztraktat, den sein König anbiete, vermieden werden.¹ Wie Biron anlässlich dieser Mitteilungen und ebenso noch in den folgenden Wochen des öfteren erwähnte, hatte er dem preußischen Gesandten ablehnend oder hinhaltend geantwortet und ihn mit seinen Bündnisanträgen an das russische Ministerium verwiesen, bei dem sie dann auch von ihm wiederholt wurden.²

Sofort ließ die sächsische Politik mit großer Energie die preußischen Verdächtigungen zurückweisen.³ Lynar mußte deren Grundlosigkeit durch allerlei beweiskräftige Gründe darlegen. Vor allem wurden die langjährigen Bemühungen Preußens, um eigener Vorteile willen Sachsen an den Kaiserhöfen herabsetzen, angeführt und dessen Anhänglichkeit an beide ins rechte Licht gerückt. August der Starke habe weder ein Bündnis mit Frankreich gegen Karl VI. geschlossen noch es beabsichtigt, sondern den Kaiser nur durch die Beziehungen zum Pariser Hofe nachgiebiger machen wollen; diese habe aber sein Nachfolger, der Frankreich nie trauen werde, schon als Kurprinz stets mißbilligt, er sei auch auf dessen Andeutungen, ihm unter Umständen zur polnischen Krone zu verhelfen, nicht eingegangen. Daß es mitten im Glück der Waffen Frieden geschlossen habe, sei nicht so unbegreiflich, wie es Mardefeld hingestellt habe: mehr als Lothringen und Bar hätte es auch später nicht erhalten, überdies habe es mit einem Eingreifen der Seemächte und einem vorzeitigen Friedensschluß Spaniens rechnen müssen.

Die erwähnten Schritte des Berliner Hofes wie seine vorausgegangenen⁴ und folgenden Bestrebungen, in Petersburg für seine Interessen — sei es in der jülich-bergischen oder kurländischen Frage, sei es in der Elbinger Angelegenheit⁵ — Unterstützung zu erhalten, waren und wurden künftig sicher mit voller Absicht von Biron mitgeteilt. Dadurch

¹ Lynar, 21. Dez. 1735. Loc. 3025. Vol. IV.

² Lynar, 31. Dez. Ebda.

³ Ordre an Lynar, 7. Jan. 1736. Loc. 2875. Vol. VII.

⁴ Lynar, 6. Nov. u. 3. Dez. 1735. Loc. 3025. Vol. IV.

⁵ Seit 1657 im Pfandbesitz des Elbinger Territoriums und der Starestei Draheim beanspruchte der Berliner Hof nach wie vor auch Pfandrechte auf die Stadt Elbing selbst und erstrebte ihre wie die endgültige Abtretung jener Gebiete. Nachdem ihm August der Starke die Stadt 1698 preisgegeben hatte, war sie vorübergehend von preußischen Truppen besetzt gewesen, die sie aber bald wieder hatten räumen müssen. Die preußischen Ansprüche auf Elbing erloschen, sobald Polen die Pfandsumme von 300 000 Talern zahlte. (Vgl. Droysen, IV. 1, S. 132ff., IV. 3, S. 17.)

und durch seine beständigen Versicherungen, für sie nicht nur nicht eintreten zu wollen, sondern ihnen entgegenzuarbeiten, konnte er seine Ergebenheit für den Kurfürstkönig aufs neue beweisen und zugleich diesen in der für seine Hoffnungen günstigen Stimmung erhalten. Er mußte wiederum in Warschau wie so oft schon als derjenige gelten, der gegenüber einer preußenfreundlichen Partei, die mit der Annäherung an den Berliner Hof gleichzeitig dessen Wünsche begünstigte¹, seine Kaiserin dazu bestimmte, derartige Versuche zurückzuweisen.

Daneben unterließ er es in diesen Monaten, wo Preußen den alten Einfluß in Petersburg zurückzuerlangen trachtete, ebensowenig, seine Absichten zu offenbaren, indem er besonders häufig und in geschickter Weise von neuem seine Gespräche auf das kurländische Thema lenkte. So zeigte er dem sächsischen Gesandten gelegentlich Originalbriefe Friedrich Wilhelms noch aus der Zeit Augusts des Starken, worin er den „älteren“ Löwenwolde² mit 200 000 Talern gewonnen hatte, damit dieser für die Nachfolge eines brandenburgischen Prinzen oder des Markgrafen Karl in Kurland eintrete.³ Als Lynar den Befehlen vom 31. Dezember nachkam, bemerkte Biron zwar wiederum, daß, obwohl er für die Anerbieten und die große Bevorzugung vor seinen Landsleuten unendlich dankbar sei, er dennoch „davon abstrahiere“. Aber die Zufriedenheit, mit der er dies äußerte, seine vorangegangene Versicherung, daß auf des Königs Wort die Zarin und zugleich auch er sich völlig verlassen würden und diese die kurländische Wahl einzig und allein Augusts Fürsorge anheimstelle, sagten genug.⁴ Noch deutlicher als bisher wurde es, daß der Oberkammerherr einerseits niemals den Anschein erwecken wollte, als ob er selbst aus eigenem Interesse in der Sache vorgehe, daß er andererseits gleichzeitig aber doch immer wieder seine Anliegen auf indirektem Wege in Erinnerung zu bringen und entsprechende Antworten zu erhalten suchte. Gerade in dieser Zeit verbreitete er sich auch eingehender in mehreren längeren Unterredungen mit dem sächsischen Gesandten über die künftige Besitznahme und Regelung der Hinterlassenschaft des kurländischen Herzogs sowie über die Art der interimistischen Regierung des Herzogtumes

¹ So scheint diese außer Ostermann namentlich der Oberhofmarschall Karl Reinhold v. Löwenwolde stark befürwortet zu haben. (Lynar, 21. Jan. 1736. Loc. 3025. Vol. V.) Neben Biron legte der Kabinettsminister Jagu-sinsky eine für Preußen feindliche Gesinnung an den Tag. In welchem Grade Biron die seinige zuweilen zeigte, mag eine Bemerkung beweisen, die Lynar am 21. Dez. 1735 mit berichtet hatte: es solle ihm, wenn er sonst nur wolle, nicht drei Tage Zeit kosten, um die Zarin — die gegenwärtig mehr als gegen die Türken und Tartaren auf den preußischen König erzürnt sei — zu dem Entschlusse zu bringen, ihre Truppen wider diesen marschieren zu lassen.

² Vermutlich den Oberstallmeister Karl Gustav v. Löwenwolde.

³ Lynar, 21. Dez. Loc. 3025. Vol. IV.

⁴ Lynar, 18. Jan. 1736. Extrakt. Loc. 2696.

nach dessen Tode.¹ Er selbst gab hierbei bereits zu erkennen, daß es am besten und sichersten sei, wenn noch bei Lebzeiten Ferdinands eine „eventuelle Disposition“ Kurlands wegen getroffen und durch Augusts Unterstützung auf dem künftigen Reichstage die Bestätigung einer neuen Herzogswahl erwirkt werden könnte; natürlich beteuerte er wieder, daß er nicht um eigener Vorteile willen diese Gespräche führe und daß er jedem, den der König sonst im Sinne habe, die herzogliche Würde „lieber“ als sich gönne.

Anfang Februar 1736 teilte Biron vertraulich abermalige, noch gesteigerte Bemühungen des preußischen Gesandten mit: daß dieser ihm die Kopie eines neuen Reskriptes zum Durchlesen übergeben habe, worin auf ein neues Bündnis auf die Dauer von zehn Jahren — enthaltend die russische Unterstützung der preußischen Ansprüche auf Jülich-Berg und Elbing samt Territorium — angetragen worden sei; Mardefeld habe es annehmbar zu machen gesucht durch Hinweise, daß die Freundschaft zwischen Preußen und Rußland jederzeit die natürlichste bleibe; was man mit dem sächsischen Hof eingehe, müsse im Laufe der Zeit von selbst wieder scheitern; der Gesandte sei jedoch von ihm erneut ans Ministerium verwiesen worden. Und kurz zuvor hatte der Oberkammerherr den geheimen, durch Mardefeld übermittelten Antrag Friedrich Wilhelms bekanntgegeben, wonach ihm zuliebe dieser auf seine Ansprüche auf Kurland zu verzichten und ihm jede Unterstützung zur Erlangung der Herzogswürde zu gewähren erklärte; die damit verbundenen Bemühungen des preußischen Vertreters, der die Erfüllung der elbingischen Forderung als Gegenleistung stellte, hatte Biron ebenfalls nicht unerwähnt gelassen. Überdies war von ihm gleichzeitig angeboten worden, daß er seine Kaiserin gegen entsprechende Sicherheit zu einem Vorschuß für die Einlösung des von Polen an Preußen verpfändeten Elbinger Gebietes bewegen wolle, und gelegentlich hatte er auch schon gemeinsam mit dem Kabinettsminister Jagusinsky gegebene Versicherungen wiederholt, nicht einzuwilligen, wenn in den zu dieser Zeit noch schwebenden Friedensverhandlungen Österreich dem französischen Hofe „zu viel“ einräumen werde.²

Die Folge dieser Nachrichten war, daß Friedrich August selbst mit direkten, unzweideutigen Worten dem Günstling der Zarin den künftigen Besitz Kurlands verhielt.

Unter dem 22. Februar schrieb er ihm eigenhändig³: obwohl

¹ Lynar, 21. Jan. u. 7. Febr. (Loc. 3025. Vol. V.) Biron vertraute auch, daß der russische Resident in Danzig, Erdmann, ohne Vorwissen des Ministeriums im Besitze eines Handsiegels der Kaiserin sei, um Bülow unter Umständen bei dem Tode Ferdinands zur Seite zu stehen.

² Lynar, 7. Febr. (Ebda.) Diese Relation traf am 16. in Warschau ein.

³ Friedr. Aug. an Biron, d. d. Warschau, 22. Febr. (Kopie, Loc. 2696.) — Cruse, a. a. O., S. 301, erwähnt kurz dieses Handschreiben wie auch Brühls Brief vom 10. Febr.

er ihm schon verschiedene Male seine Dankbarkeit für seinen redlichen Eifer habe bezeugen und sein Absehen auf ihn bei der nächsten Herzogswahl „nicht undeutlich“ erkennen lassen, so wolle er auf Grund verschiedener neuer Beweise seiner fortdauernden Vertraulichkeit, ganz besonderen „Wohlmeinung“ und standhaften Ablehnung aller nachteiligen Anträge nicht länger zögern, ihm im Vertrauen selbst zu eröffnen und zu versichern, daß er der freien Wahl eines Herzogs geneigt sei und hierzu ihn für den würdigsten halte; die Hauptschwierigkeit bestehe allein in der Wahlerlaubnis seitens der Republik, die vorher durchgesetzt werden müsse.

Es ist nicht ersichtlich, ob die Politik des Kurfürstkönigs jemals geschwankt hat, den bisher so oft an Biron gegebenen Versprechungen einst nachzukommen. Zweifel an deren Erfüllung mußte sein nun erlassenes Handschreiben so gut wie ausschließen. Dem Empfänger konnte ein noch deutlicherer Beweis der Beförderung seiner Absichten von seiten Augusts vorläufig nicht mehr übermittelt werden. Daß dieser sich jetzt dazu entschloß, wurde zweifellos bei der Lage der Dinge für erforderlich gehalten. Denn zurzeit lag die Gefahr mehr als je vor, daß der sächsische Einfluß am Petersburger Hofe zugunsten des preußischen verdrängt werden könnte; dies mußte geschehen, sobald der Oberkammerherr das Angebot Preußens, die kurländische Frage gemeinsam zu regeln und seine Kandidatur zu befördern, annahm; daß er dann seine machtvolle Fürsprache zum Schaden Sachsen-Polens in den Dienst der Berliner Regierung stellte, war nur die natürliche Folge. Andererseits hatte er neue, starke Proben seiner Anhänglichkeit abgelegt; es durfte damit gerechnet werden, ihn in Zukunft gleichfalls gefällig zu finden; neben den Dankesbezeugungen verlieh das königliche Handschreiben auch der Hoffnung auf seine weitere Freundschaft und Hilfe genügend Ausdruck, was sächsischerseits unzählige Male vorher und in der Folge zu erkennen gegeben wurde.

Es ist bezeichnend, daß Biron, nachdem dieser Brief in seine Hände gelangt war, fortan die protestierenden Äußerungen gegen die ihm zugedachte Herzogswürde einstellte, von der Ehrlichkeit der Versicherungen überzeugt zu sein schien und nunmehr Augusts Anerbieten auch offiziell annahm.¹

Von ihm erhoffte dessen Politik in der nächsten Zeit für ihre Zwecke namentlich Unterstützung der Wünsche, auf denen sie noch in den Beitrittsverhandlungen zum Frieden gegenüber Österreich bestand, sowie weitere Opposition gegen alle ihr nachteiligen und gefährlichen Bestrebungen Preußens. Es sollte sich zeigen, daß

¹ Lynar, 11. u. 20. März. (Loc. 3025. Vol. V.) Biron's Dankschreiben an Friedr. Aug., d. d. Petersburg, 29. Febr. / 11. März. (Loc. 2696.) Kammerherr v. Korff äußerte zum sächsischen Gesandten, Biron habe bisher stets geglaubt, daß August den Entschluß „wegen Kurland noch nicht so ganz und gar genommen“.

diesen künftig ebensowenig Erfolg beschieden war. Auch sie wie ihre Ablehnung wurden wieder in der Hauptsache durch Biron bekanntgegeben.¹

Bezüglich der Elbinger Angelegenheit, in der von seiten Augusts gelegentlich der preußischen Politik entgegengearbeitet wurde, wenn diese sie am Petersburger Hofe verfolgte², kam es dann freilich nicht zu einer Einlösung der verpfändeten Gebiete; der Oberkammerherr gab vielmehr bald den Rat, dem man sich in Warschau anschloß³, sie vorläufig hinauszuschieben und abzuwarten, bis man Polen gänzlich beruhigt und die Kaiserin wieder freie Hand gegen die Türkei habe. Auch seine Anerbieten, daß unter Umständen die von der Zarin dem Könige im Vorjahre geliehenen 100 000 Dukaten zur Einlösung verwendet werden könnten und sie noch die Restsumme vorschießen würde⁴, blieben schließlich unausgeführt. Nach den ursprünglichen Rückzahlungsbestimmungen mußte die sächsische Schuld in zwei Hälften, Ostern 1736 und 1737, abgetragen werden; zur Freude des Warschauer Hofes brauchte aber wenigstens der fällige Termin nicht rechtzeitig eingehalten zu werden, da dessen Verlängerung zugleich Biron freiwillig angeboten hatte.⁵

Daß durch seine Vermittlung die sächsische Politik an der russischen Kaiserin weiterhin einen festen Rückhalt gegen Preußen besaß, war, abgesehen von den polnischen Angelegenheiten, besonders von Wichtigkeit, falls die preußischen Übergriffe in den Erblanden sich in der Folge wiederholen und etwa noch größeren Umfang annehmen

¹ Ihn umwarb Mardefeld auch weiterhin eifrig; er erneuerte das Angebot der Garantie Kurlands, erklärte, daß in der beantragten Erneuerung der preußisch-russischen Allianz auf 6 oder 10 Jahre das, was der Zarin in bezug auf Friedrich August mißfallen könnte, sowie die polnischen Dinge unerwähnt bleiben sollten usw. Biron übergab sogar dem sächsischen Gesandten die Kopie eines die Berliner Wünsche enthaltenden Extraktes aus einem Reskripte vom 24. Jan., den ihm Mardefeld überreicht hatte. (Lynar, 11. März. Loc. 3025. Vol. V.) Im April erschienen Preußens monatelange Bemühungen in Petersburg um einen neuen Vertrag endgültig gescheitert. (Lynar, 17. April. Ebda. Vgl. Droysen, IV. 3, S. 287.) Dahingestellt muß bleiben, von welchem Einfluß etwa hierauf Augusts Handschreiben vom 22. Febr. an Biron und wie groß überhaupt dessen Gegenarbeit in Wirklichkeit gewesen ist.

² Lynar, 1. u. 23. Mai, 7. Juni. Ordre an Lynar, 13. Mai. Ebda.

³ Lynar, 20. März. (Ebda.) Ordre an Lynar, 12. April. (Loc. 2696.) — Gebilligt wurde auch Biron's gleichzeitiger Vorschlag, die Reliquien der in Kurland gelegenen Güter noch auszusetzen, welche für 40 000 Taler im Pfandbesitz der verwitweten Herzogin v. Sachsen-Meinigen, Elisabeth Sophie, sich befanden und nach ihrem Tode an den preußischen König fallen sollten. Sie war eine Tochter des Großen Kurfürsten; ihr Gemahl war der kurländische Herzog Friedrich Kasimir und ihr Sohn Friedrich Wilhelm der Vorgänger Ferdinands gewesen.

⁴ Lynar, 3. April. Loc. 3025. Vol. V.

⁵ In einem Promemoria Keyserlings wurde dann die Rückzahlung der Schuld für Ostern 1737 festgesetzt. (Brühl an Lynar, 26. April. Loc. 3018.) Sie erfolgte schließlich aber erst Anfang Juli 1739.

sollten¹, sodann aber bald auch im Hinblick auf die jülichische Frage, in der von Petersburg aus die Ansprüche des Wettinerhauses erhoffte Unterstützung finden und namentlich gegenüber denen der Hohenzollern vertreten werden konnten.

Während man so in Warschau und Dresden auf die ständige Beförderung der eigenen Interessen durch den russischen Oberkammerherrn fernerhin baute, verließ sich dieser auf den König in der kurländischen Frage. Hin und her gingen nach wie vor des öfteren entsprechende gegenseitige Versicherungen, geheime Kundgebungen und Erklärungen, daß man einander vertraue.

Durch Biron oder von ihm nahestehender Seite wurden dabei die weiteren Versuche, die Sukzession doch noch zugunsten des Berliner Hofes zu entscheiden, ebenfalls mitgeteilt. Einer solchen Lösung schien die preußenfreundliche Partei in Petersburg sehr zuzuneigen, die vielfach für die unbedingt notwendige Gewährung irgendeines Vorteiles an Preußen eingetreten war. So erwähnte der Oberkammerherr, daß der Oberhofmarschall Graf Reinhold von Löwenwolde — nachdem er diesem gegenüber Absichten der Zarin und seiner Person auf Kurland abgestritten, zugleich aber den Ausschluß eines Kandidaten aus dem brandenburgischen Hause zu erkennen gegeben hatte — vorgeschlagen habe, dem um das Reich verdienten Prinzen von Hessen-Homburg das Herzogtum zuzuwenden und ihn mit Luise Ulrike, einer Tochter des preußischen Königs, zu vermählen.² Dann gab der russische Kammerherr von Korff, der Vertraute Biron's, Kenntnis von einem Schreiben Friedrich Wilhelms an Polens Primaten, worin dieser um die Empfehlung des zweiten preußischen Prinzen August Wilhelm bei einer künftigen kurländischen Wahl ersucht wurde³. Später erfuhr man auch in Warschau von den ferneren monatelangen Bemühungen der Berliner Regierung, mit dem Zarinhofe und besonders wieder mit Biron wegen der Sukzession in Verbindung zu treten, etwas über ihre Regelung und den aussichtsreichsten Kandidaten in Erfahrung zu bringen und Unterstützung für den Markgrafen Karl zu erwirken.⁴

Suchte in der Öffentlichkeit Annas Oberkammerherr weiterhin

¹ Als Biron durch ein königliches Handschreiben vom 27. April von den Ausschreitungen der preußischen Truppen in Kenntnis gesetzt worden war, erklärte er, Preußen werde seine „Zunötigungen“ nicht eher einstellen, als bis es eine ernsthafte Gegenwehr erfahre, riet aber zurzeit noch zur diplomatischen Verfolgung der Sache, zu Protesten und zum weiteren Drängen auf Ersatz, da August wohl ohne Mitwirkung der Zarin das letzte Mittel nicht werde ergreifen wollen; sie bedauere sehr, sich der Angelegenheit wegen des Türkenkrieges — der aber nicht lange dauern werde — nicht sogleich annehmen zu können. (Lynar, 23. Mai. Loc. 3025. Vol. V.)

² Lynar, 20. März. Extrakt. Loc. 2696.

³ Lynar an Brühl, 24. März. Ebda.

⁴ Lynar, 16. Aug. (Ebda.) Lynar an Brühl, 11. Sept. (Ebda.) Relationen des sächs. Residenten Joh. Sigism. Pezold, d. d. Petersburg, 31. Okt. (Loc. 3025. Vol. VI.) u. 1. Dez. (Loc. 2696.)

jeden Anschein, als strebe er nach der kurländischen Herzogswürde, ängstlich zu vermeiden, um sich nicht Vorwürfen und ungünstigen Urteilen der Welt auszusetzen, so war Friedrich August mehr und mehr bestrebt, möglichst nur in der Stille seinen Einfluß dahin zu verwenden, daß ohne größere Reibungen die Zustimmung der Republik zum Weiterbestehen von Kurlands Regierungsform und zur Herzogswahl erteilt würde. Daß er zu diesem Zwecke unter der Hand redlich die polnischen Magnaten bearbeite, ließ er wiederholt dem Grafen Biron versichern, und ebenso ließ er ihn fernerhin nicht darüber im unklaren, daß keiner der sich meldenden Kandidaten Berücksichtigung finden werde. Zum Beweise hierfür konnte unter anderm ein ihm abschriftlich mitgeteiltes, nicht beantwortetes Schreiben der Herzogin Eleonora Charlotte von Braunschweig-Bevern — einer geborenen kurländischen Prinzessin, der jüngeren Tochter von Ferdinands Bruder Friedrich Kasimir — vom 17. Mai dienen, in dem sie ihren ältesten, in preußischen Diensten stehenden Sohn zum Nachfolger ihres Onkels empfohlen hatte.¹ —

— Der in Warschau im Juni und Juli 1736 abgehaltene Reichstag, der als einziger während der Regierungszeit Augusts III. einen ordentlichen Abschluß erreichte, vollendete endlich die Pazifikation Polens und erkannte diesen als König an. Für Rußland und Kurland brachte er zum guten Teil die Erfüllung alter Wünsche und Forderungen. Der Petersburger Hof erhielt jetzt den deutlichen Beweis, daß den vor drei Jahren anläßlich der Verhandlungen wegen der polnischen Wahl geforderten, erst widerwillig gegebenen, dann in der Folge aber oft wiederholten Versprechungen von seiten des Wettiner Kurfürstkönigs in der Hauptsache nachgekommen war. Bei ihm hatte der wiederum abgeschickte Bevollmächtigte des kurländischen Landtages von Heyking Aufnahme und Gehör mit seinen unter russischem Druck zustande gekommenen Anträgen für den Reichstag gefunden, welche auf die Aufhebung der alten polnischen Beschlüsse der Inkorporation Kurlands² und die Bestätigung des von dessen Ständen beanspruchten Rechtes, ihren Herzog zu wählen, zielten. Dank der eifrigen Arbeit des russischen Gesandten Keyserling und dem Einflusse des Königs gelang es, wenn auch nur mit großer Mühe³,

¹ Ordre an Lynar, 9. Juni. (Extrakt. Loc. 2696.) Auch ein Reskript vom 4. Juli wiederholte die bekannten Versicherungen an Biron. (Ebda.)

² In Betracht kamen auch noch Beschlüsse aus dem Jahre 1589. Über die kurländische Frage auf dem Warschauer Pazifikationsreichstages vgl. Ziegenhorn, Staatsrecht der Herzogtümer Kurland u. Semgallen (1772), S. 80; L. A. Gebhardi, a. a. O. S. 183; Cruse, a. a. O. S. 300; E. Sera- phim, a. a. O. S. 195.

³ Ordre an Lynar, 23. Juli. (Loc. 2696.) — Die letzte Sitzung im Senat mit den erschienenen Landboten dauerte von nachmittags 2 Uhr bis zum anderen Morgen (10. Juli) gegen 6 Uhr. Der Widerstand der Landboten verstummte plötzlich am 9. Juli auf Grund des Verdachtes von preußischen Intrigen und Bestechungen. (Friedr. Aug. an Karl, 10. Juli. Brühl an Zech u. Lynar, 11. Juli. Loc. 3673. Vol. IX.)

in der am 21. Juli abgeschlossenen Reichstagskonstitution durchzusetzen, daß der weitere Bestand Kurlands als eines im Lehnverband mit Polen verbleibenden Herzogtumes festgestellt wurde.¹ Zwar fand das Recht der Herzogswahl keine ausdrückliche Erwähnung, aber Polens frühere Annexionspläne waren wenigstens preisgegeben und Kurlands Freiheiten bis auf weiteres gewährleistet; diesem drohte nun nicht mehr die Gefahr, von der Oberlehnsmacht nach dem Aussterben des Kettlerschen Hauses einverleibt und in Palatinate aufgeteilt zu werden. Es muß dahingestellt bleiben, welche Stellung der König zur Frage der Einräumung des Wahlrechtes, wodurch sich die polnische Krone eines wichtigen, formell nach wie vor festgehaltenen Rechtes begeben haben würde, tatsächlich eingenommen und inwieweit er im einzelnen versucht hat, die hierüber in dem sächsisch-russischen Verträge und dann seit Jahresbeginn verschiedentlich nach Petersburg und an Biron² abgegebenen Erklärungen gegenüber den von der Republik ausgegangenen Widerständen in die Tat umzusetzen. Fortan nahm er jedenfalls die auf dem Warschauer Reichstage erzielten Bestimmungen zur Richtschnur und war bemüht, ihr in der kurländischen Sache nichts vorzulegen, was neuen Widerspruch erregen und zu Konflikten führen konnte.

Vorläufig war somit das Fundament gelegt und der Weg frei, um den Herzogstuhl, über dessen Besetzung die oberste Entscheidung der Krone Polen verblieb, einem ihr genehmen Kandidaten zuzuwenden. Daß unverändert Annas Oberkammerherr der Gunst und Unterstützung des Königs gewiß sein durfte, ward noch manches Mal von dessen Seite versichert; bald sollten auch nähere Beratungen und Verhandlungen, zu denen er sich bereit erklärte³, ihren Anfang nehmen; in der Hauptsache mit dem russischen Gesandten geführt, hatten sie die geeignetsten Mittel und Wege für Biron's Erhebung zum Gegenstand.

¹ In § 269 der *Constitutio Comitiarum Pacificationis extraordinariorum*.

² So in der *Ordre* an Lynar vom 31. Dez. 1735, in Brühls und Augusts Schreiben an Biron vom 10. u. 22. Febr., in den Reskripten vom 9. Juni u. 4. Juli 1736.

³ *Ordre* an Lynar, 25. Aug. u. 1. Sept. 1736. (*Loc.* 3025. *Vol.* VI. u. *Loc.* 2696.) Im November fanden die ersten Konferenzen statt: am 2. zu Hubertusburg und am 25. in Dresden. (*Loc.* 2696.)

Schluß.

Mit den Wiener Friedensschlüssen und dem Pazifikationsreichtage war die polnische Frage für Sachsens Kurfürsten im großen und ganzen zu einem glücklichen Ende gebracht. Das erste Ziel seiner Großmachtpolitik war erreicht und zwar mit Hilfe des Bündnis-systems, das schon gegen Ausgang der Regierung seines Vaters vergebens anzubahnen versucht worden war. Aber erst dessen Tod machte endgültig und offenkundig dem ehemaligen Schwanken der sächsischen Politik zwischen den europäischen Parteien ein Ende. Seitdem erschien sie immer und überall im engsten Bunde mit Österreich und Rußland; selbst nur im Besitze verhältnismäßig geringer Machtmittel verdankte sie ihnen in erster Linie die Gewinnung und Behauptung der polnischen Königskrone. Die Gegenleistungen, die sie dafür zugestehen mußte, hatte sie in der Hauptsache nicht freiwillig, sondern nur gezwungen und nach längerem Widerstande gewährt; darauf, daß es Preußen gegenüber keiner Opfer bedurfte, war die Haltung der kaiserlichen Höfe von nicht geringem Einfluß gewesen.

Mit dem Tode Augusts des Starken waren die alten Pläne auf Gebietszuwachs und künftigen Machterwerb keineswegs aus dem Programm der sächsischen Staatsmänner verschwunden; diese hatten sich jedoch unter dem Druck der Verhältnisse nur vorübergehend und im geheimen mit ihnen befassen können und mußten ihre Verfolgung bis auf weiteres aussetzen.

Daß sie an dem russischen Hofe den hilfsbereitesten Bundesgenossen dank dem Wirken des Grafen Biron besaßen, hatte Beginn und Verlauf des polnischen Thronfolgekrieges zur Genüge gezeigt. Mit Rußland war es nie zu ähnlich scharfen Auseinandersetzungen wie mit der Hofburg gekommen; meist in voller Übereinstimmung waren die gemeinsamen Angelegenheiten geregelt worden. Freilich, das hatte sich allmählich immer mehr herausgestellt, daß die für die sächsische Politik so überaus wertvolle Harmonie mit der Zarin nur aufrecht erhalten werden konnte, wenn der Kurfürstkönig sich dem geheimen Ziele ihres Oberkammerherrn, den Herzogshut von Kurland zu erwerben, nicht widersetzte, sondern dessen Wünsche unterstützte. Neben der polnischen Frage war es im besondern die Stellungnahme zu dem Schicksale des kurländischen Lehnsherzogtums, die vor allem in den Beziehungen zwischen Sachsen-Polen und Rußland eine Rolle

gespielt hatte; wir haben gesehen, welche Haltung ihr gegenüber man auf seiten Friedrich Augusts im einzelnen beobachtet hatte und wie man auch hierbei verlauteten Forderungen und Wünschen zumeist nur schrittweise und ungerne entgegengekommen war.

Die Erwerbung der polnischen Königswürde hatte Kursachsen trotz allem aufgewandten diplomatischen Geschick und trotz vielfach geübter Sparsamkeit schwere Opfer gekostet. Es waren nicht allein große Zugeständnisse politischer Art an Österreich und Rußland erforderlich gewesen. Dazu kam, daß das Heer in den mehrjährigen Kämpfen überaus starke Verluste erlitten hatte, und gewaltig waren die Summen, welche die sächsische Finanzpolitik abermals für eine fremde Königskrone hatte aufbringen müssen. Am Dresdener Hofe selbst wurden die Ausgaben, die Polens wegen in den letzten drei Jahren nötig gewesen waren, auf mindestens 8 Millionen Taler geschätzt. Daß diese Berechnung, wie sie in einer unter dem 7. August 1736 ausgefertigten Tabelle vorliegt¹, vollständig war, ist nicht anzunehmen, denn für viele Ausgaben konnten sicher die Belege überhaupt nicht mehr beschafft werden. Ohne Zweifel sind hierin namentlich viele Summen für die zahllosen Geldgeschenke, Pensionen, Wertsachen, künstlerischen und praktischen Gegenstände nicht mit einbegriffen, die im Interesse der sächsischen Politik an maßgebende Personen der meisten europäischen Höfe zur Verteilung gelangt waren.

Die Beschaffung finanzieller Mittel war weiterhin ständig eine der hauptsächlichsten Sorgen der sächsischen Staatsmänner, die nach wie vor des öfteren zur Aufnahme von Anleihen gezwungen waren.² Im März 1737 wurde wieder ein Landtag berufen; statt verlangter 10898203 Taler 12 Gr.³ bewilligte er — abgesehen von indirekten Steuern — nur gegen 8 870 000 Gulden⁴; den Hauptanteil beanspruchten wie in den Bewilligungen von 1734 die militärischen Bedürfnisse.

Aber trotz dem andauernd bedenklichen Stande der Staatsfinanzen und der Erkenntnis der eigenen Schwäche trieb Kursachsen auch fernerhin europäische Politik. Nach allen Seiten hin unterhielt es weiter rege diplomatische Beziehungen in der Hoffnung, durch sie, durch die Gunst der internationalen Verhältnisse und mit Hilfe seines Allianzsystems neue Wünsche auf Machtzuwachs erfüllt zu erhalten.

Nach Beendigung des polnischen Thronfolgestreites lenkte die allgemeine Weltlage in höherem Grade als bisher die Aufmerksamkeit

¹ Loc. 443. S. Anhang II.

² So wurde im April 1736 beim Leipziger Rate wieder eine Anleihe von 100 000 Talern aufgenommen; um das Doppelte war nachgesucht worden. Er mußte sich später auch zur Erhöhung der Meßgeschenke an die königliche Familie verstehen: betrogen sie 1736 und 1737 je 30 000 Taler, so wurden Ostern 1738 und 1739 60 000 bzw. 50 000 Taler verlangt und gezahlt. (Loc. 1297. Vol. I. u. II.)

³ Proposition vom 10. März 1737. (Loc. 1484. Vol. I. u. Tabelle Vol. II.)

⁴ Tabellen Loc. 1484. Vol. II.

der europäischen Mächte vor allem nach zwei Seiten: auf die jülichbergische Sukzessionsfrage und auf die Dinge im Orient. An ihnen sollte nunmehr auch die sächsische Politik lebhaften Anteil nehmen.

Während im Osten Rußland und bald auch Österreich sich in den Kampf gegen die Türken einließen, drohten lange im Nordwesten Deutschlands ernste Verwicklungen, da aller Voraussicht nach das Aussterben des kurpfälzischen Hauses in nächster Zeit bevorstand und endlich das alte Streitobjekt zwischen den beteiligten Mächten, die weitere Sicherung der Erbfolge in Jülich und Berg, erledigt werden mußte.

Es war Sachsen gelungen, daß es sich in den letzten Jahren der hierauf zielenden jahrhundertalten Ansprüche zu Preußens Gunsten nicht zu begeben brauchte. Das kam zwar seiner Diplomatie bei der Vertretung eigener Rechte zustatten; aber mit dieser selbst sollte sie in Zukunft nie den erwünschten Erfolg haben.

Bei der neuen Regelung der jülichischen Erbschaft nicht leer auszugehen, das war das eine Hauptziel der sächsischen Politik während der folgenden Jahre. Daneben trat in ihren Bereich als zweites allmählich immer mehr die künftige Stellung zu den im stillen stets festgehaltenen Ansprüchen auf das österreichische Erbe. Stützte man sich in Dresden und Warschau in der jülichischen Frage fortan vornehmlich auf die bisherigen Alliierten, auf den Kaiser, die Zarin, sodann auch auf England-Hannover, mit dem das Defensivbündnis im August 1736 erneuert worden war, so sollte im Laufe der Zeit für eine gegen Österreich gerichtete Politik — die man einst, erst nach des Kaisers Tode, offen zu ergreifen gedachte — die russische Kaiserin Anna als voraussichtliche Bundesgenossin gewonnen werden. Der Hauptvermittler zu diesem Erfolge wurde Graf Biron. Während er mit seinen Wünschen und Hoffnungen fernerhin auf die hilfreiche Mitwirkung des Wettiner Kurfürstkönigs angewiesen blieb, konnte dieser auf der anderen Seite im Interesse seiner Zukunftsträume für das nach wie vor ersehnte Ziel, eine europäische Großmacht zu begründen, die Dienste des Günstlings der Zarin verwerten.

Anhang.

I.

An den Generalpostmeister Grafen von Lynar. eine dem Ober Cammerherrn Grafen von Biron wegen Curland zu machende Insinuation und in Ihro Königl. Mt. Nahmen zu thuende, auch demselben Originaliter vorzuzeigende Erklärung betr.

d. d. Warschau 23. November 1734. (Konzept Loc. 2696.)

P. P.

Da Wir schon eine geraume Zeit her auf Mittel und Wege gedacht, wie Wir des Ruß. Kayserl. Ober Cammerherrn Grafens von Biron, seither Unser angetretenen Regierung und so wohl vor als nach Unser Erhebung auf den Pohln. Thron, beständigst vor Unser Interesse und die gemeinsame gute Sache geäusernten rühmlichen Eyfer und deßen dadurch bey Unß erworbene Verdienste auf eine proportionirte und ihm angenehme Art belohnen könnten; So ist Unß unter andern in Erinnerung gekommen, daß noch zu Lebzeiten Unsers in Gott entschlaffenen Herrn Vaters Majt, obgedachtem Ober Cammerherrn, unter gewissen damahls vorgewesenen Absichten, zu dem Hertzogthum Curland Hoffnung gegeben worden. Wiewohl nun derselbe dazumahl keine sonderliche Lust dazu bezeiget, so könnte es wohl geschehen seyn, daß er zu selbiger Zeit den Antrag davon, mehr wegen der angehängt gewesenen Conditionen und derer dabey gefundenen Schwürigkeiten, als aus denen alsdann vorgeschützten Ursachen, abgelehnet, numehr aber, da die conjuncturen favorabler und zu Ausführung der Sache bequemer worden, u. da die damahlige Bedingung einer gewissen Heyrath vor des Hertzogs Johann Adolph von Sachsen-Weissenfels, auf die nach der Hand weiter nicht gedacht worden, durch deßelben würlliche Verlobung mit einer Gothaischen Printzeßin vorietzo von selbst cessiret, würde es bloß darauff ankömen, ob dem Grafen von Biron mit dem Hertzogthum Curland nach Ableben des Hertzog Ferdinands ein Gefallen geschehen könne oder nicht? und ob er auf den erstern Fall, mit Genehmhabung Seiner Kayserin Mt. und Sr. Mt. des Römischen Kayzers, woran wohl fast nicht zu zweifeln stehet, es durch seine Freunde in Curland dahin einzuleiten sich bemühen wolte, daß die dasigen Stände Unß ihn, den Ober Cammerherrn,

zu seiner Zeit zu Ihrem Hertzoge geziemend vorschlugen und unterthänigst ausbäthen; auff welchen Fall, in Unserm Nahmen, ihr mehrgedachten Grafen fest versichern könnet, daß er alsdann auf Unsere dazu erforderliche Einwilligung und Confirmation gewisse Rechnung zu machen habe, und Wir ihm, als Unserm so lieben und Werthen Freunde, die Erhebung in den FürstenStand und den Besitz des von Unser Cron zu Lehn gehenden Hertzogthums vor allen andern am Liebsten gönnen würden. Wir begehren solchemnach hiemit gnädigst ihr wollet den Ruß. Kayserl. Ober Camerherrn Grafen von Biron über obiges gelegentlich sondiren, ihm, zu desto mehrer Überzeugung Unser wohlbedächtigen Erklärung und ernsthaften Entschlußung, gegenwärtiges Rescript unter Unser eigenhändigen Unterschrift originaliter vorzeigen, und Unß, weßen er sich darauff herausgelaßen, zu Unser Information gehorsamst einberichten, die Sache aber noch zur Zeit behutsam tractiren und geheim halten . . .



II.

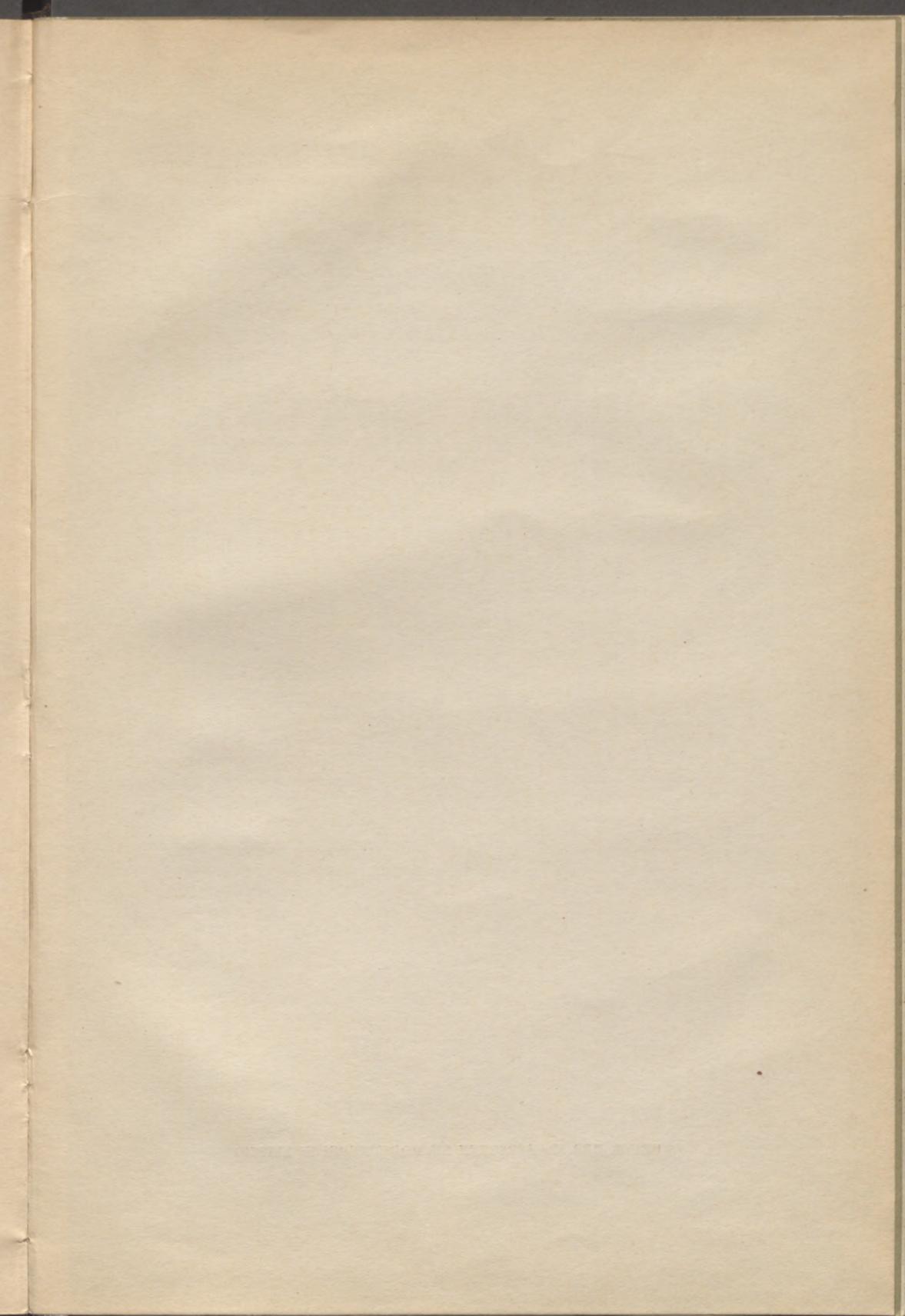
Ihro K. M. Unser allergnädigster Herr haben zu dem Pohnischen Negotio, aus Dero Renth,,Cammer,, und General-Accis-Caßen auch sonsten, folgende Posten, an Capital und Intereseßen, biß hieher verwendet, (Loc. 443. Kopie.)

1 375 000	₤	—	„	—	—	oder 500 000 Species Ducaten, welche inhalts der von I. K. M. unterm 26.ten Septembr. 1733. allerhöchst eigenhändig unterschriebenen Tabelle, theils von denen in Warschau befindlich gewesen beyden Herren Ministres Grafen v. Wackerbarth, u. General v. Baudißin, zu I. K. M. Diensten verwendet, theils sonst ausgegeben worden.
100 000	₤	—	„	—	„	Interesse von 500 000 ₤ —, —, welche zu obigen 1 375 000 ₤ —, —. auf Vier Jahr zinßbar aufgenommen werden müßen à 5. pro Cent, als 1733. 1734. 1735. und 1736.
643 213	₤	2 Gr.	9 ¹ / ₂	ſ.	„	welche der Commißion Rath und Hofzahlmeister EBenius zur Reise,,Cammer,,Caße aus der Renth,, Cammer und General Accise auf das 1734ste Jahr baar erhalten, exclusivé was in Danzig und Warschau erhoben worden, und von obigen 1 375 000 ₤ —, —. übrig geblieben.
180 000	₤	—	„	—	„	Interesse von 600 000 ₤ —, —. welche zu bevorstehenden 643 213 ₤ 2 Gr. 9 ¹ / ₂ ſ. auf Sechs Jahr zinnßbar aufgenommen werden müßen à 5 proCent als 1734. 1735. 1736. 1737. 1738. 1739.
300 000	₤	—	„	—	„	zur General,,Kriegs,,Caße zu Bestreitung derer extraordinair Bedürfnüße, aus der Renth,,Cammer und General Accise Anno 1733. und 1734. bezahlet.
60 000	₤	—	„	—	„	Interesse von 200 000 ₤ —, —. welche zu ieztbemeldten 300 000 ₤ —, —. auf Sechß Jahr zinßbar aufgenommen werden müßen, à 5. pro Cent als 1733. 1734. 1735. 1736. 1737. u. 1738.
1 256 499	₤	5 Gr.	—	„	„	so der Commißion Rath und Hofzahlmeister EBenius zur Reise Cammer,,Caße aus der Renth,, Cammer und General,,Accise auf das 1735ste Jahr, inhalts derer biß und mit dem 21.sten Juny 1735. ausgestellten Agnitions,,Scheine, theils baar erhalten, theils biß ult. Octobr. a. c. noch zu empfangen hat.
285 285	₤	8 Gr.	3	ſ.	„	Interese von 1 141 141 ₤ 9 Gr. —. als so viel zu jeztbemeldten 1 256 499 ₤ 5 Gr. — auf Fünff Jahr zinßbar aufgenommen werden müßen à 5. pro Cent als 1735. 1736. 1737. 1738. und 1739.
300 000	₤	—	„	—	„	aus der Renth,,Cammer, aufs 1736ste Jahr.
75 000	₤	—	„	—	„	Interese von vorstehenden 300 000 ₤ —, —. auf Fünff Jahr, als 1736. 1737. 1738. 1739. und 1740.
200 000	₤	—	„	—	„	aus der General Accis,,Caße, aufs 1736ste Jahr.
50 000	₤	—	„	—	„	Intereseßen davon, auf Fünff Jahr, als 1736. 1737. 1738. 1739. und 1740.
4 824 997	₤	16 Gr.	— ¹ / ₂	ſ.	„	exclusivé was bey der General,,Kriegs,,Caße auf die Jahre 1733. 1734. 1735. extraordinair erfordert und aus denen Königl. Caßen dahin bezahlet, ingleichen von denen Danziger Pfund,,Cammer,, Confiscier,,Rathen,, und Pohnischen Oeconomie,,Geldern, an den Hof,,Zahlmeister EBenium vergnüget, auch aus Ihro Königl. M. Scatouille und sonst, besage derer Rechnungen, bestritten worden, welches über gegenwärtige Post wenigstens 30. Tonnen Goldes, folglich aller Aufwand biß hierher an die

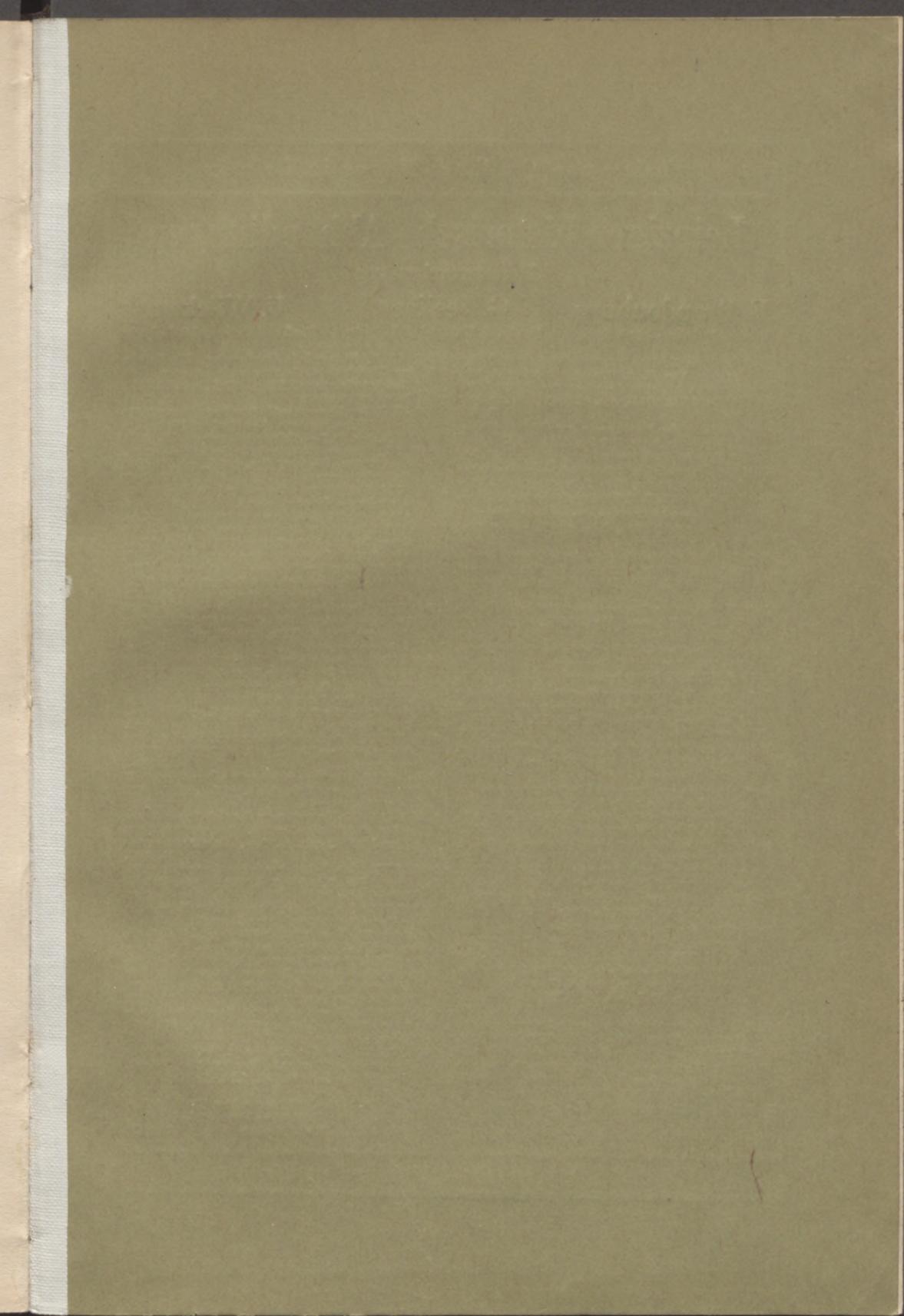
beträgt.

Achzig Tonnen Goldes

Dreßden, am 7.den August 1736.



DRUCK DER SPAMERSCHEN BUCHDRUCKEREI IN LEIPZIG



Verlag von Quelle & Meyer in Leipzig

Leipziger historische Abhandlungen

Herausgegeben von

E. Brandenburg

Prof. a. d. Universität Leipzig

G. Seeliger

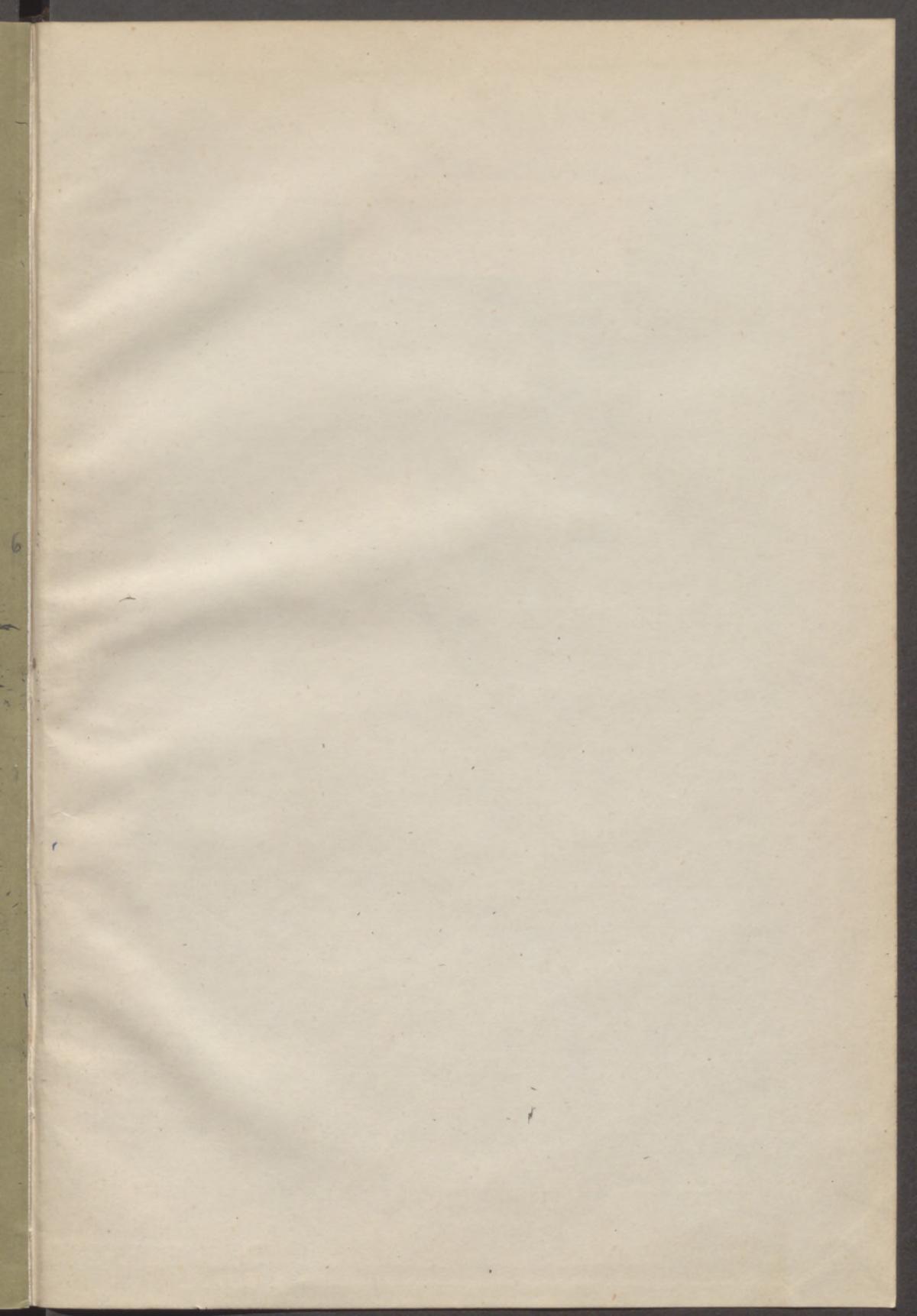
Prof. a. d. Universität Leipzig

U. Wilcken

Prof. a. d. Universität Leipzig

- Heft I. Karls V. Plan zur Gründung eines Reichsbundes. Von **D. A. Hecker**. Ursprung u. erste Versuche bis zum Ausgange des Ulmer Tages (1547). IX u. 101 S., geh. M. 3.40, Subskriptionspreis M. 2.80
- Heft II. Kritische Forschungen zur Österreichischen Politik. Von **Jacob Strieder**. VIII u. 101 S., geh. M. 3.40, Subskriptionspreis M. 2.80
- Heft III. Fahnlehn u. Fahnenehehung im alten Deutschen Reiche. Von **Julius Bruckauf**. VI u. 113 S., geh. M. 3.60, Subskriptionspreis M. 3.—
- Heft IV. August der Starke u. die pragmat. Sanktion. Von **Albrecht Philipp**. XI u. 136 S., geh. M. 5.—, Subskriptionspreis M. 4.—
- Heft V. Die Gerichtsbefugnisse der patrimonialen Gewalten in Niederösterreich. Von **Paul Öbwald**. VIII u. 99 S., geh. M. 3.40, Subskriptionspreis M. 2.80
- Heft VI. Die soziale Gliederung im Fränkischen Reiche Von **Josef Vormoor**. V u. 105 S., geh. M. 3.50, Subskriptionspreis M. 2.80
- Heft VII. Zur Geschichte des Reichstages im XV. Jahrhundert. Von **Rudolf Bömmann**. VIII u. 95 S., geh. M. 3.25, Subskriptionspreis M. 2.60
- Heft VIII. Das literarische Porträt Alexanders des Großen im griechischen und römischen Altertum. Von **Werner Hoffmann**. VIII u. 115 S., geh. M. 4.—, Subskriptionspreis M. 3.20
- Heft IX. Die Ministerialität in Köln u. am Niederrhein. Von **Jakob Ahrens**. VI u. 97 S., geh. M. 3.50, Subskriptionspreis M. 2.80
- Heft X. Adam von Bremen. Ein Beitrag zur mittelalterlichen Textkritik u. Kosmographie. Von **Philipp Wilhelm Köhlmann**. VIII u. 135 S., geh. M. 4.40, Subskriptionspreis M. 3.30
- Heft XI. Italienische Geschichtsschreiber des XII. u. XIII. Jahrhunderts. Ein Beitrag zur Kulturgeschichte. Von **B. Schmiedler**. VIII u. 87 S., geh. M. 2.75, Subskriptionspreis M. 2.20
- Heft XII. Die Naumburger Freiheit Von **Paul Keber**. VI u. 91 S., geh. M. 3.25, Subskriptionspreis M. 2.60
- Heft XIII. Studien zur Byzantinischen Verwaltung Ägyptens. Von **Matthias Gelzer**. X u. 107 S., geh. M. 3.60, Subskriptionspreis M. 3.—
- Heft XIV. Die Gerichtsbarkeit in den Dörfern des mittelalterlichen Hennegaues. Von **Otto Goldhardt**. IV u. 62 S., geh. M. 2.20, Subskriptionspreis M. 1.80
- Heft XV. Die deutsche Presse u. die Entwicklung der Deutschen Frage 1864—66. Von **Otto Bandmann**. VI u. 193 S., gh. M. 6.—, Subskriptionspreis M. 4.80
- Heft XVI. Die Finanzpolitik Bismarcks u. die Parteien im Norddeutschen Bund. Von **Karl Zuchardt**. 89 Seiten, geh. M. 2.80, Subskriptionspreis M. 2.25
- Heft XVII. Bevölkerungsverhältnisse Mühlhausens i. Th. im XV. u. XVI. Jahrhundert. Von **Arno Vetter**. X u. 102 S., geh. M. 3.25, Subskriptionspreis M. 2.60
- Heft XVIII. Ptolemais in Oberägypten. Ein Beitrag zur Geschichte d. Hellenismus in Ägypten. Von **Gerhard Plaumann**. XII u. 137 S., geh. M. 4.50, Subskriptionspreis M. 3.60
- Heft XIX. Der Bürgerstand in Straßburg bis zur Mitte des XIII. Jahrhunderts. Von **Karl Achtnich**. X u. 55 S., geh. M. 2.—, Subskriptionspreis M. 1.60
- Heft XX. Bunsen u. die deutsche Einheitsbewegung. Von **Walther Ulbricht**. X u. 146 S., geh. M. 4.80, Subskriptionspreis M. 3.85
- Heft XXI. Steinbrüche u. Bergwerke im ptolemäischen u. römischen Ägypten. Von **Kurt Fitzler**. VIII u. 159 S., geh. M. 5.—, Subskriptionspreis M. 4.—
- Heft XXII. Zur Frage des Ursprunges der mittelalterlichen Zünfte. Von **Walther Müller**. IV u. 92 S., geh. M. 3.20, Subskriptionspreis M. 2.60
- Heft XXIII. Das Territorium der Reichsstadt Mühlhausen i. Th. Von **Raimund Steinert**. XV u. 98 S., geh. M. 3.40, Subskriptionspreis M. 2.80
- Heft XXIV. Zur Geschichte des Reichsmatrikelwesens im ausgehenden Mittelalter (1422-1521) Von **Johannes Sieber**. VI u. 106 S., geh. M. 3.60, Subskriptionspreis M. 3.—
- Heft XXV. Die Empörung König Heinrichs (VII.) gegen seinen Vater. Von **Peter Reinhold**. VIII u. 90 S., geh. M. 3.—, Subskriptionspreis M. 2.40
- Heft XXVI. Die Finanzen Albrecht des Beherzten. Von **Alexander Puff**. XV u. 205 S., geh. M. 7.—, Subskriptionspreis M. 5.60
- Heft XXVII. Die Septembermorde u. Danton. Von **Edwin Schelber**. 80 S., geh. M. 2.50, Subskriptionspreis M. 2.—
- Heft XXVIII. Das Bauergut der alten Grundherrschaft Von **Johannes Kühn**. IX u. 97 S., geh. M. 3.25, Subskriptionspreis M. 2.60
- Heft XXIX. Die Rekrutierung der sächsischen Armee unter August dem Starken. Von **Walter Thum**. X u. 89 S., geh. M. 3.—, Subskriptionspreis M. 2.40
- Heft XXX. Die Reichseinnahmen Ruprechts v. d. Pfalz. Von **Otto Schmidt**. 100 S., geh. M. 3.20, Subskriptionspreis M. 2.60
- Heft XXXI. Die Anfänge des stehenden Heerwesens in Kursachsen unter Johann Georg III. u. Johann Georg IV. Von **Walther Thenius**. XII u. 148 S., geh. M. 5.—, Subskriptionspreis M. 4.—
- Heft XXXII. Joseph Görres u. die deutsche Einheits- u. Verfassungsfrage bis zum Jahre 1824. Von **Johannes Uhlmann**. X u. 155 S., geh. M. 5.20, Subskriptionspreis M. 4.20
- Heft XXXIII. Henneberg u. das Haus Wettin. Von **Erich Meinel**. XIV u. 121 S., geh. M. 4.20, Subskriptionspreis M. 3.35
- Heft XXXIV. Die Entstehungszeit der Stadtbefestigungen in Deutschland. Von **Walther Gerlach**. VI u. 81 S., geh. M. 2.70, Subskriptionspreis M. 2.15
- Heft XXXV. Die Beziehungen der Stadt Braunschweig zum Reich. Von **Hans Achilles**. 67 S., geh. M. 2.10, Subskriptionspreis M. 1.70

Prospekte unentgeltlich und postfrei

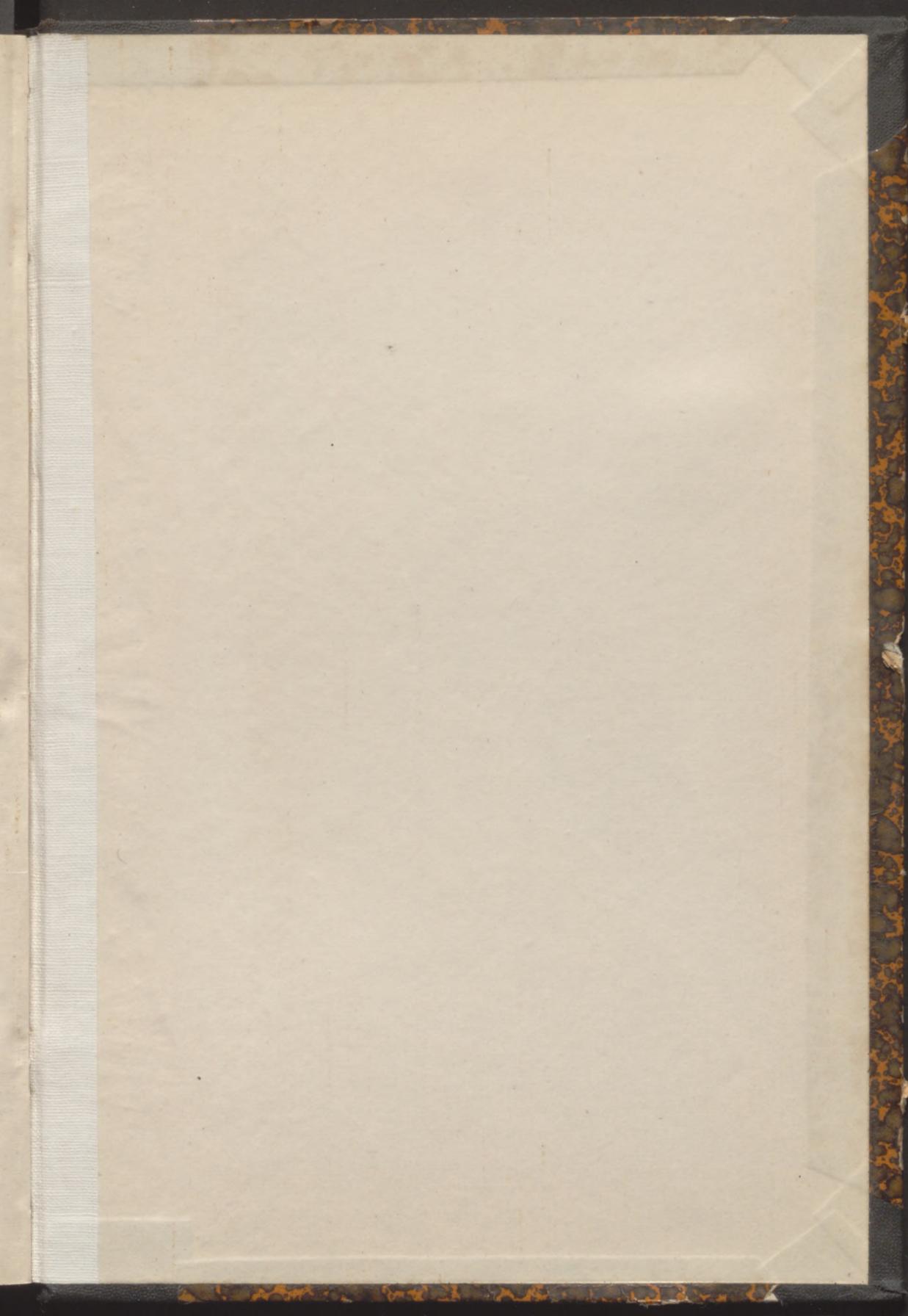


Biblioteka Główna UMK



300049726357

17



Biblioteka Główna UMK



300049726357